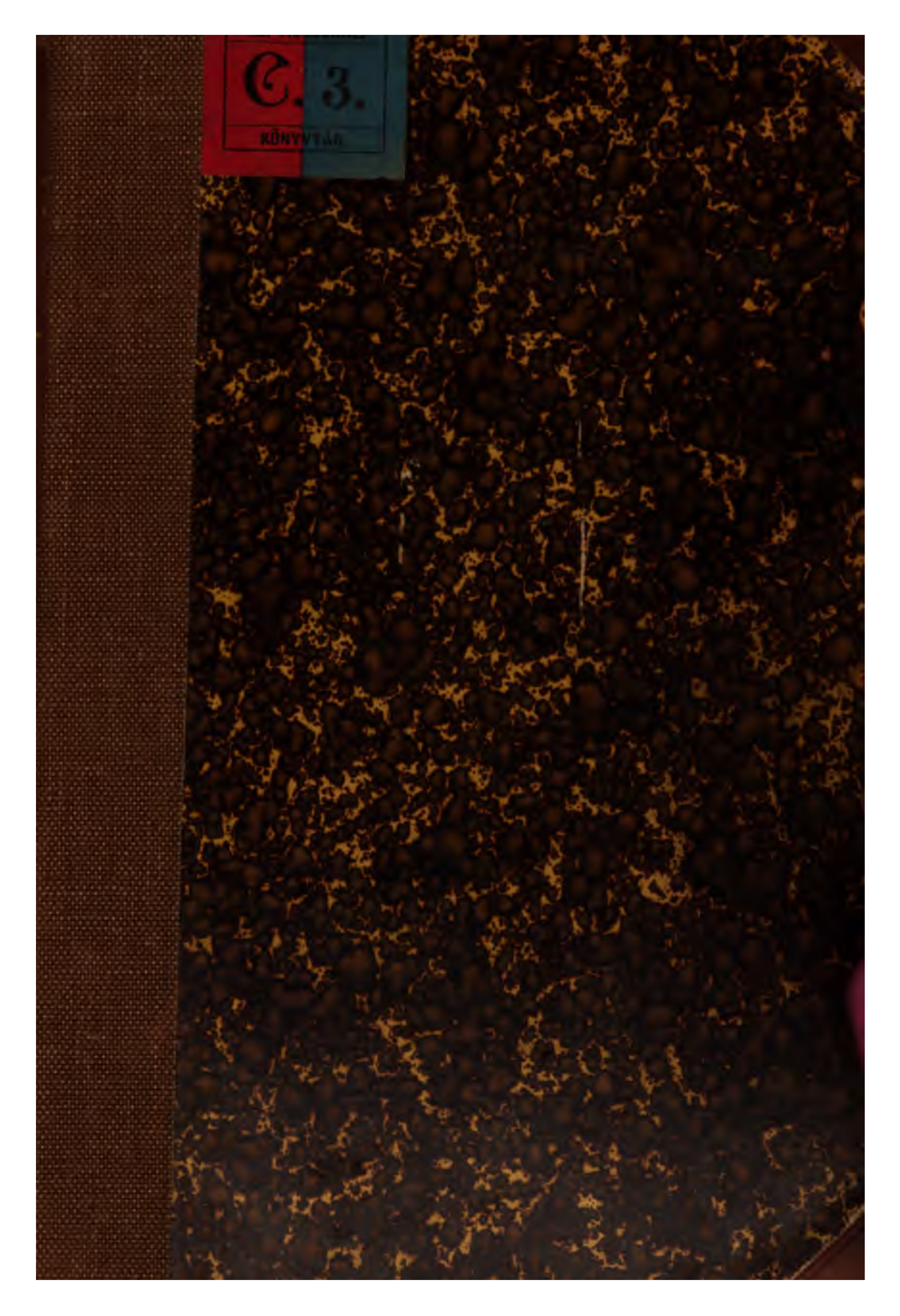

Google

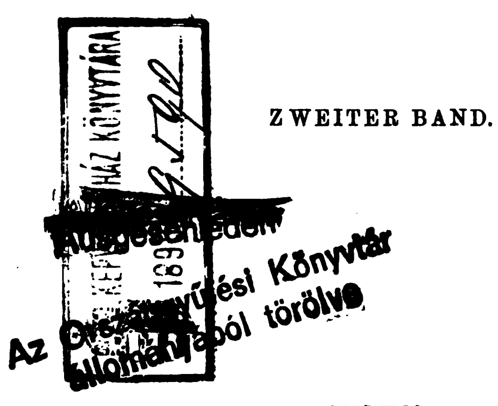

C. 3.
KÖNYVTÁR

DIE

ERSTE THEILUNG POLENS.

VON

ADOLF BEER.



ZWEITER BAND.

WIEN.

DRUCK UND VERLAG VON CARL GEROLD'S SOHN.

1873.

DIE

ERSTE THEILUNG POLENS.

VON

ADOLF BEER.

ZWEITER BAND.

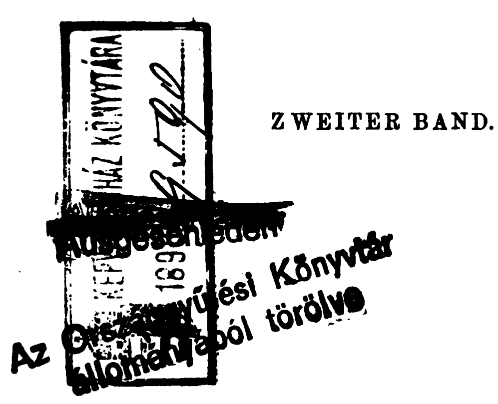
WIEN.
DRUCK UND VERLAG VON CARL GEROLD'S SOHN.
1873.

DIE

ERSTE THEILUNG POLENS.

VON

ADOLF BEER.



ZWEITER BAND.

WIEN.
DRUCK UND VERLAG VON CARL GEROLD'S SOHN.
1873.

INHALTS-VERZEICHNISS.

Eilftes Capitel.

Zwölftes Capitel.

Dreizehntes Capitel.

Vierzehntes Capitel.

Fünfzehntes Capitel.

Analecten.

Die erste Theilung Polens.

Neuntes Capitel.

Friedensversuche und der österreichisch-türkische Vertrag.

Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Neustadt, am 14. September, befürwortete Friedrich in einem Schreiben an Catharina die Beilegung der polnischen Wirren und den raschen Abschluss eines Friedens mit den Türken, indem er zugleich mit warmen Worten hervorhob, welch' grossen Verdienste sich dadurch die Kaiserin erwerben würde. In einer gleichzeitig abgesendeten Depesche an den preussischen Gesandten verbreitete er sich ausführlich über die Intentionen des Wiener Hofes. Oesterreich, sagte er, gönne Russland einen ehrenhaften, Dauer verbürgenden Frieden, jedoch müssten die Moldau und Wallachei unter türkischer Herrschaft verbleiben. Zugleich bezeichnete er jene Punkte, die bei der Pacification Polens zumeist in Betracht kämen. Es waren dieselben, die er schon so oft in seinen Weisungen an Solms berührt hatte. Dem Könige müsse der Thron gesichert werden; die Dissidenten sollten auf das Recht, in den Senat einzutreten, verzichten, dem Kronfeldherrn grössere Befugnisse eingeräumt werden. Auch einer Heranziehung Oesterreichs zur Garantie der in dieser Weise revidirten Verfassung redete er das Wort, indem durch dessen Vermittelung die Conföderirten zur Annahme billigerer Bedin-

gungen bewogen werden könnten.[1]) Von seinen eigenen Bemühungen, die Pforte zur Annahme der Mediation Oesterreichs und Preussens zu bestimmen, erwähnte er kein Wort. Auch nicht die geringste Andeutung liess er fallen, dass es ihm erwünscht wäre, wenn die Kaiserin die Mediation annehmen möchte; er erwarte, schrieb er ihr, die Antwort über Annahme oder Nichtannahme, ohne irgend einen der vielen Gründe vorzubringen, die ihm Kaunitz in selbstgefälliger Weise dargelegt. Er rieth nur, die Vermittlung des Wiener Hofes nicht zurückzuweisen, da Oesterreich sonst den Insinuationen Choiseul's Gehör schenken und die Conföderirten und Türken begünstigen könnte.[2])

Russland hatte mittlerweile die Bestrebungen Oesterreichs und Preussens durch einen meisterhaften Gegenzug gekreuzt. Man hatte in Petersburg bange Ahnungen, dass die Zusammenkunft in Neustadt von nachhaltigen Folgen begleitet sein könnte, und sann auf Mittel, denselben vorzubeugen.[3]) In Constantinopel war jedes Geheimniss feil, und obzwar ohne Vertreter daselbst war der Petersburger Hof von den Vorgängen am Bosporus vortrefflich unterrichtet. Durch den englischen Gesandten erhielt er Kunde von den auf die Mediation bezüglichen Schritten des Wiener und

---

[1]) Der Brief Friedrich's im Berliner Archiv. Auszüge aus der Depesche an Solms bei Smitt II. S. 5; die daselbst abgedruckte Depesche, deren Datum bei Smitt fehlt, ist vom 13. Sept., abgesendet am 14. und von dem König eigenhändig abgefasst; der Abdruck bei Smitt stimmt im Wesentlichen mit dem Original überein, nur fehlen S. 6 nach „Je laisse le reste a ma mère" die Worte „quant a mon personel ce Prince m'a comblé d'amitié, Luy et Conis mont dit plus de 20 fois qu'ils avoient pour jamais oublyé La Silesie."

[2]) Eine zweite, jedoch nicht eigenhändige, sondern von Finkenstein geschriebene Depesche vom 13. Sept. bei Smitt S. 8.

[3]) Solms vom $\frac{\text{25. Juni}}{\text{6. Juli}}$ 1770. Elle (l'Imp.) est persuadée, comme tout le monde l'est ici egalement, que ce sejour aura des suites pour la Russie et pour l'Europe en general.

Berliner Hofes. Rasch entschloss man sich, an Romanzow den Auftrag zu ertheilen, in directe Unterhandlung mit der Pforte, mit Ausschlus jedes Unterhändlers, zu treten.

Als das Schreiben Friedrich's über die Zusammenkunft zu Neustadt in Petersburg einlangte, war man dort nunmehr in der Lage, auf diese vollendete Thatsache als einen Beweis einer Geneigtheit zum Frieden hinweisen zu können. Die Rathschläge des Königs zur Herstellung des Friedens nahm Catharina scheinbar wohlwollend und dankbar auf, allein sie wies auf die vielen zu überwindenden Schwierigkeiten hin. Vor Allem forderte sie die Freilassung ihres seit Jahren in Haft gehaltenen Ministers; ehe diese erfolgt sei, könne sie sich durchaus in keinerlei Verhandlungen einlassen. Zugleich richtete sie die Bitte an den König, zu diesem Behufe seinen Einfluss in Constantinopel aufzubieten.

Die Mediation aber lehnte Catharina in der höflichsten Form ab. Sie wisse sehr gut, schrieb sie, dass bei keiner Nation eine Vermittlung so sehr nothwendig sei, wie bei den Türken, sie könnte sich auch Niemand wünschen, der ihr genehmer wäre als der König, aber man komme oft in die Lage gerade in dem, was uns am meisten am Herzen liege, beirrt zu werden.[1]) England habe schon seit Beginn des Krieges in Petersburg und Constantinopel Schritte gethan, damit die Vermittlung in seine Hand gelegt würde, die Kaiserin habe auf eine förmliche Anfrage die Antwort ertheilt, dass sie, wenn eine Mediation sich als nothwendig herausstellen sollte, dieselbe England in Verbindung mit Preussen, als ihrem treuen und an dem Kriege auch betheiligten Bundesgenossen, übertragen werde. Ohne ein bündiges Versprechen abgegeben zu haben, könnte sie sich doch nicht entschlagen, England heranzuziehen. Dann werde

[1]) Brief Catharina's an Friedrich vom $\frac{\text{28. Sept.}}{\text{9. Oct.}}$ 1770. (B. A.)

aber Frankreich, dessen Zulassung der Czarin widerstrebe, Himmel und Erde in Bewegung setzen, um auch an dem Geschäfte einen Antheil zu haben. Was nun Oesterreich anbelangt, so wies sie auf dessen Verbindung mit dem französischen Hofe hin, wodurch die Interessen Russlands eine Schädigung erfahren könnten, wenn sie auch in Betracht ziehe, dass die Nachgiebigkeit gegen einen befreundeten Hof nicht vollständig die eigenen Interessen in den Hintergrund drängen werde. Der König wurde ersucht, dem Wiener Hofe mitzutheilen, welche Gründe die Kaiserin zur Ablehnung bestimmen, zugleich aber ihrer Bereitwilligkeit zur Annahme „guter Dienste" Ausdruck zu geben; sie werde die Rathschläge und Ansichten Oesterreichs gerne anhören und berücksichtigen. Bezüglich der Pacification Polens erklärte sie, Alles thun zu wollen, was zur Beendigung der dortigen Wirren beitragen könnte.

Mit banger Ungeduld harrte Kaunitz auf die erste Nachricht aus Petersburg. Ende October wurde ihm ein russisches Memoire vom 29. September mitgetheilt, worin Panin auf Befehl der Monarchin nochmals ausführlich den Standpunkt Russlands darlegte.[1]) Der Staatskanzler sah sich in seinen Aussichten getäuscht, die höfliche und für Oesterreich schmeichelhafte Form des Petersburger Schriftstückes entschädigte für die Ablehnung der Vermittlung nicht. Preussen, schrieb er nicht ohne Ironie an Thugut, werde mit schönen Worten abgespeist; die Erwähnung der „guten Dienste" sei ein schönes Compliment; wenn es nach Russlands Sinn ginge, würde das ganze Friedensgeschäft für Oesterreich ein tiefes Geheimniss bleiben.[2])

---

[1]) Note remise par le ministère de S. M. J. de toutes les Russies à Mr. le Comte de Solms Ministre Plenipotentiaire de S. M. le Roi de Prusse. St. Petersbourg le 29. Sept. 1770; Documente S. 104.

[2]) An Thugut 6. Nov. 1770. (W. A.)

Noch war über die künftige Richtung der österreichischen Politik nichts festgestellt. Momentan war eine Nöthigung, eine Entscheidung zu treffen, nicht vorhanden. Nur die Antwort an den Kaimakam drängte, da man in Wien Nachricht erhielt, dass Finkenstein schon ein Schreiben abgeschickt hatte. Selbst in formalen Fragen durfte sich Oesterreich nicht den Rang ablaufen lassen. In einem Anfangs November abgesendeten Schreiben wurde daher die Pforte über die in Wien herrschenden Gesinnungen beruhigt, zugleich aber auch die türkischen Staatsmänner verständigt, aus welchen Gründen man eine Zulassung Frankreichs fordere und einer Betheiligung Englands entgegenarbeite. Dies geschah natürlich nur im Interesse der Pforte, indem England als inniger Verbündeter der russischen Kaiserin ihren Forderungen das Wort reden werde.

Gleichzeitig suchte aber der Staatskanzler eine Verständigung mit Versailles. Russland hatte seine Ablehnung einer jeden Vermittlung vornehmlich mit dem Hinweis auf Frankreich motivirt. Leicht konnte in Petersburg eine Sinnesänderung eintreten, die Zuziehung Oesterreichs an der Mediation angenommen und nur jene Frankreichs abgelehnt werden. Sollte Oesterreich seine Theilnahme verweigern? Kaunitz überliess dem allerchristlichsten Könige die Entscheidung.

Kaunitz war nicht zweifelhaft, welche Antwort er von Versailles zu erwarten hatte. Da man zu ernsthaften Massnahmen noch nicht entschlossen war, wollte er sich einen anständigen Rückzug ermöglichen, wenn er trotz der Andeutungen, die er in Neustadt gemacht, in Unthätigkeit verharrte. Er konnte dann Alles dem Bundesgenossen in die Schuhe schieben und die eigene Politik doch als eine streng consequente hinstellen. Das Schreiben an den Kaimakam erhielt auch aus diesem Grunde eine derartige Fassung, dass der Pforte Hoffnung auf eine Willfährigkeit von Seite Oester-

reichs, zur Mediation beitragen zu wollen, gelassen, andererseits aber der Rücktritt noch offen behalten wurde.[1]) Die Antwort aus Versailles liess nicht lange auf sich warten; es wurde darin der Wunsch ausgesprochen, dass sich Oesterreich keineswegs an der Mediation betheiligen sollte.

Die österreichische Politik stand an einem Wendepunkte. Die Vortheile, die nach der Ansicht des Staatskanzlers Russland eingeräumt werden konnten, ohne das Gleichgewicht im Oriente zu schädigen, waren so unbedeutend, dass der Abschluss eines Friedens auf dieser Grundlage schwerlich zu erwarten war. Man gönnte Russland Azow, eine Genzerweiterung in Neuservien, höchstens noch freie Schifffahrt auf dem schwarzen Meere. Dabei wünschte Kaunitz gleichzeitig die polnischen Wirren auf eine angemessene Weise auszugleichen. Für den Fall einer Ablehnung von Seite Russlands — und diese war höchst wahrscheinlich — rieth er zu einer activen Betheiligung Oesterreichs an dem Kriege.

Kaunitz stand mit seiner Ansicht allein. Der Kaiser war entschieden dagegen. Seiner Meinung nach konnte Oesterreich nur in Polen oder in der Wallachei militärisch eingreifen; dort werde es Preussen nicht zulassen, hier sei es ohne dessen Unterstützung gefährlich. Josef befürwortete eine Verständigung mit Friedrich, um einer Vergrösserung Russlands entgegentreten zu können, erfolge diese nicht, dann müsste man sich darauf beschränken, einen allzuraschen Abschluss des Friedens unter für die Türken ungünstigen Bedingungen zu hindern. Jedenfalls sollten die Resultate des nächsten Feldzuges abgewartet werden.

Feilich wenn das Kriegsglück auch künftighin in solch stetiger Weise wie bisher die russischen Waffen begünstigte, dann allerdings konnte für Oesterreich die Noth-

[1]) An Mercy vom 29. October, an Thugut vom 3. Nov. 1770. (W. A.)

wendigkeit zu handeln herantreten. Ueberschritten die Russen die Donau und drangen gegen Adrianopel vor, dann sollte Oesterreich ihnen in den Rücken zu fallen suchen. Eine Vernichtung der russischen Armee war sodann gewiss. Die durch Oesterreichs Mitwirkung gerettete Pforte musste ihre Dankbarkeit durch Abtretung der im Belgrader Frieden rückerstatteten Wallachei bezeigen. Wenn aber Russland mit seiner Flotte den Durchgang durch die Dardanellen erzwang und Constantinopel bedrohte, dann sollte Oesterreich einige türkische Provinzen besetzen, um sie nicht den Russen zu überlassen. Für diese beiden Fälle wünschte Josef eine Armee von 50.000 Mann bereit zu halten. [1]) Die Kaiserin stand nach Frauenart bei ihrem Sohne; eine definitive Entscheidung wurde auf diese Weise hinausgeschoben, und der Versuch mit Preussen konnte jedenfalls ohne Nachtheile nach sich zu ziehen gemacht werden. Auch widerstrebte es ihrem christlichen Gemüthe, für den Halbmond gegen Russland aufzutreten.

Der neue Vertreter, den man sich entschloss nach Berlin zu schicken, erhielt die Aufgabe, den König für die österreichische Auffassung zu gewinnen und zu einem Bündnisse zu bewegen. Ein junger Staatsmann wurde zum Gesandten Oesterreichs am Berliner Hofe ausersehen. Van Swieten, der Sohn des bekannten Leibarztes Maria Theresia's, gehörte zu den Günstlingen des Fürsten Kaunitz. Der Staatskanzler scheute die Mühe nicht, ihn mit den ersten Anfangsgründen staatsmännischer Doctrin und den Grundwahrheiten seines politischen Systems genau bekannt zu machen. Der junge Mann realisirte die Hoffnungen, die der Minister frühzeitig auf ihn setzte; in allen Stellungen erwies er sich gewandt, anstellig, von rascher Auffassung und meist richtigem Urtheile. Bei dem Fürsten Kaunitz kam ihm zu Gute, dass er mit des-

[1]) Josef an Leopold 18. Dec. 1770 bei Arneth I. 316.

sen Brille sah und es selten an Argumenten fehlen liess, um die Auffassung seines Vorgesetzten zu bekräftigen. An Selbstständigkeit fehlte es ihm entweder ganz, oder er liess diese nicht durchblicken, weil er nur zu gut wusste, dass Kaunitz Widerspruch nicht duldete und es nicht liebte, wenn die Untergebenen ihm seine Cirkel störten. Was ihn für den Hof Friedrichs besonders geeignet machte, war seine umfassende allgemeine Bildung, die sich auf die wichtigsten Wissensgebiete erstreckte. Mit der Cultur der bedeutendsten Völker innigst vertraut, besass er vornehmlich eine grosse Belesenheit in der französischen Literatur, und bei dem lebhaften Interesse, mit dem Friedrich gerade die Erzeugnisse französischen Geistes verfolgte, konnte es an Anknüpfungspunkten nicht fehlen, um sich dem Könige persönlich angenehm zu machen. Friedrich liebte es bei seinen Audienzen mit den Gesandten die verschiedenartigsten Gegenstände zur Sprache zu bringen, nachdem die Fragen der Politik in genugsamer Weise erörtert waren.

Die Instruction van Swieten's lautete einfach genug. Der Wiener Hof, sollte van Swieten sagen, sei vollkommen bereit auf alles einzugehen, was der König etwa vorschlagen würde; Oesterreich werde eher das Aeusserste wagen als einer Vernichtung der Pforte ruhig zusehen. Es wurden hier dieselben Gesichtspunkte wiederholt, die Kaunitz erst vor Kurzem dem Könige persönlich dargelegt hatte. Nur hatte der Staatskanzler seitdem einige neue Argumente erhalten, um die von Russland drohende Gefahr mit etwas düsteren Farben zu schildern. Gerade damals wurden in Petersburg die eine Zeit lang unterbrochenen Verhandlungen zwischen England und Russland über den Abschluss eines Vertrages wieder aufgenommen. Nicht mit Unrecht nahm Kaunitz an, das Catharina sodann um so weniger geneigt sein werde, irgend eine Nachgiebigkeit an den Tag zu legen, denn, obwohl man in Wien keine officielle Kunde von den

russischen Forderungen hatte: Kaunitz war scharfsinnig genug, um die einzelnen Bedingungen ziemlich zu errathen. [1])

König Friedrich hatte, wie wir gesehen, die Ansichten des österreichischen Staatskanzlers sich theilweise zu eigen gemacht und denselben in Petersburg das Wort geredet. An einen Bruch mit Russland dachte er nicht im Entferntesten. Sein Misstrauen gegen Oesterreich war stets rege und die heiligsten Versicherungen von Freundschaft und Vertrauen konnten ihn hierin nie irre machen. Wohl gab er sich in manchen Momenten nach der Zusammenkunft von Neustadt dem Gedanken hin, als ob der Gegensatz zwischen Preussen und Oesterreich zu überbrücken wäre, allein feste Wurzeln fasste derselbe nie. Kaunitz hatte auf ihn einen vertrauenerregenden Eindruck nicht gemacht, und sein Scharfblick las in der jungen Seele des Kaisers den brennenden Ehrgeiz, der ihn verzehrte. Allgemeine Principien sind es nicht allein, welche die Staatslenker leiten und bestimmen, mehr als man wähnt, entscheiden persönliche Sympathien und Antipathien.

Der momentan günstige Eindruck, den die Begegnung mit Joseph und der Gedankenaustausch mit Kaunitz auf den König gemacht hatte, war jedenfalls schon verraucht, als der neue Gesandte Oesterreichs in Berlin erschien und gleich in seiner ersten Unterredung mit Friedrich am 30. December 1770 die Mediation zur Sprache brachte. Es lag dem Könige daran, den Unmuth, den die Ablehnung derselben auf die Wiener Kreise gemacht, zu bannen und von weitergehenden Schritten abzuhalten. Noch gab er nicht alle Hoffnung auf, sich bei Catharina Gehör zu verschaffen.

Deshalb bemühte er sich, die russischen Forderungen

[1]) Instruction und Anweisung, wornach sich van Swieten zu richten hat, vom 28. Nov. 1770. (W. A.)

den König bereit, sich in Verhandlungen mit der Pforte einzulassen und einen Bevollmächtigten nach irgend einem Orte der Wallachei oder Polens zu diesem Behufe abzusenden. Die Friedensbedingungen theile sie blos dem Freunde mit; auch halte sie es nicht für angemessen, sich vorläufig dem Wiener Hofe zu eröffnen. Blos mit dem König wolle sie zu thun haben. Doch ging aus den weiteren Andeutungen hervor, dass die Czarin sich von einer Intimität mit Oesterreich grosse Vortheile versprach, wenn es möglich wäre, dass es sein „thörichtes Systems" aufgeben, und in die Auffassungen Russlands und Preussens eingehen würde. Deutschland wäre seinem natürlichen Zustande zurückgegeben, und Oesterreich durch andere Aussichten von seinen Plänen auf die Besitzungen des Königs abgelenkt. Sie erwarte indess in dieser Beziehung Alles von der Zeit, den Umständen und der Klugheit des Königs. Und in einer beigeschlossenen Denkschrift wurden die Bedingungen, unter denen man in Petersburg zu einem Abkommen sich bereit erklärte, formulirt. Die Czarin forderte vor Allem Freilassung Obreskows, sodann Azow, die beiden Cabarden, freie Schifffahrt auf dem schwarzen Meere, Unabhängigkeit der Tataren, eine Insel im Archipelagus, allgemeine Amnestie für die Griechen, die Abtretung der Moldau und Wallachei auf 25 Jahre, um sich für die Kriegskosten schadlos zu halten, nach welchem Zeitraume dieselben an die Pforte rückerstattet werden sollen; werde dies nicht angenommen, so wolle die Kaiserin davon abstehen, aber in diesem Falle müsse sie verlangen, dass die Donaufürstenthümer von der Souveränetät des Sultans entlassen und als selbstständige unabhängige Staaten constituirt würden.[1])

[1]) Brief und Plan bei (Goerz) Memoires et Actes authentiques relatifs aux negociations qui ont précedées le partage de la Pologne 1810. S. 107 ff.

Die russischen Schriftstücke machten auf Friedrich einen niederschmetternden Eindruck. Die Hörner sind mir gewachsen, als ich die Friedensbedingungen erhielt, welche die Russen vorschlagen, schrieb er an Heinrich am 3. Jänner. [1]) In seinem Unmuthe fasste er den Entschluss nochmals Vorstellungen zu machen, wenn man aber in Petersburg bei diesen Forderungen beharren wollte, sich ganz zurückzuziehen, um mit der ganzen Sache nichts mehr zu thun zu haben und die Herren in Petersburg ihrem Geschick zu überlassen. Die Mittheilung der russischen Friedensbedingungen in Wien oder Constantinopel hielt er für ganz unthunlich; auch hatte er nunmehr den sehnlichsten Wunsch des Mittleramtes zwischen Wien und Petersburg sich entledigt zu sehen.

Unmittelbar nach Empfang der russischen Schriftstücke liess er van Swieten rufen. Er habe, eröffnete er ihm, nun die Bedingungen Russlands kennen gelernt, die allerdings exorbitant, unannehmbar wären; er wolle sie jedoch nicht mittheilen, da Oesterreich nur mit einer Kriegserklärung antworten könnte. Der König sprach sich in ziemlich energischer Weise über seinen Bundesgenossen aus, er werde jetzt in einem andern Tone mit Russland sprechen und erklären, dass er von der Mediation abstehen und sich in nichts mischen wolle. [2])

Mit Ungeduld hatte man in Wien den ersten Berichten van Swieten's entgegengesehen. Ihr Inhalt befriedigte durchaus nicht. Der König behandle Alles als Bagatelle, klagte Josef seinem Bruder, halte den freien Handel auf dem schwarzen Meere für unwichtig, lege der Abtretung der

---

[1]) Les cornes me sont venues à la tête., lorsque j'ai reçus les propositions de paix que les Russes presentent. Friedrich an Heinrich 3. Januar 1771 Oeuvres XXVI S. 344.

[2]) Depesche van Swieten's vom 4. Januar 1771. (W. A.)

Krim und der Unabhängigkeit der Tataren keine grosse Bedeutung bei.[1])

Ueber die zu ergreifenden Massnahmen herrschte in den leitenden Kreisen nicht einerlei Meinung; die Ansichten gingen weit auseinander. Man hat vielfach behauptet, dass Josef es gewesen, der die Verbindung mit der Türkei am entschiedensten befürwortet, während Kaunitz sich längere Zeit dagegen gesträubt und sich schliesslich dem jungen Monarchen gefügt habe. Gerade umgekehrt war der Sachverhalt. Seit den letzten Monaten des Jahres 1770 stellte Kaunitz bei verschiedenen Gelegenheiten die Nothwendigkeit einer Allianz mit den Türken dar. Oesterreich sollte den Russen auch ohne Mitwirkung Preussens den Krieg erklären, wenn es sich versichert hätte, dass der König ein unbetheiligter Zuschauer des Kampfes bleiben werde. In mündlichen Gesprächen, in schriftlichen Darlegungen kam er darauf zurück; der Widerwille Maria Theresia's war unüberwindbar. Die eifrige Katholikin sollte sich mit den Ungläubigen verbinden! Sie fand anfangs an ihrem Sohne eine Unterstützung.

In einer grösseren Denkschrift vom 14. Jänner 1771 unterzieht der Kaiser den Plan des Staatskanzlers einer einschneidenden Kritik.[2]) Die Russen, meint er, haben für den nächsten Feldzug zwei Wege vor sich. Wenn sie klug sind und sich zu beschränken wissen, werden sie Oczakow und die Krim zu erwerben suchen, wobei ihnen kein Hinderniss im Wege steht, oder sie können die Donau überschreiten und die Eroberung Constantinopels um jeden Preis zu bewerkstelligen suchen. Die Schwierigkeiten zur Aus-

---

[1]) Josef an Leopold am 10. Januar 1771 bei Arneth I 323.

[2]) Tableau de la situation actuelle de la guerre Russe comparée avec les deux Campagnes passées pour pouvoir juger de celles avenir de leur issue et de moyens à employer contre leur agrandissement, in den Documenten zur ersten Theilung Polens S. 11.

führung dieses Planes waren nach der Ansicht des Kaisers sehr beträchtlich; denn dass die Russen schon im nächsten Feldzug ihr Ziel erreichen würden, sei nicht anzunehmen, da sie nicht in der Lage seien, über ihre gesammten militärischen Kräfte zu verfügen, und für die Dauer nicht mit Sicherheit auf die Inactivität Oesterreichs rechnen könnten.

Josef stellt es nicht in Abrede, wie wünschenswerth und vortheilhaft es sein würde, wenn die Russen ohne Vortheile aus dem Kampfe hervorgingen, wie würdig und rühmlich es für Oesterreich wäre, Russland Mässigung vorzuschreiben und gewissermassen als Schiedsrichter zwischen den kriegführenden Staaten aufzutreten.

Seiner Ansicht nach stand jedoch die Wagschale nicht gleich, wenn sich Oesterreich zum Kampfe entschloss. Dass die Kaiserin von Russland auf die eroberten Gebiete augenblicklich Verzicht leisten würde, sobald Oesterreich es fordern sollte, nahm er nicht als wahrscheinlich an. Selbst nach mehreren ganz unglücklichen Feldzügen, nach entschiedenen Niederlagen konnte ihr nicht mehr zugemuthet werden. Was hatte sie eigentlich zu fürchten? die Provinzen herausgeben zu müssen, die sie im Laufe des Krieges erobert. Sie hatte nicht zu besorgen bei einem Friedensschlusse, selbst nach einem höchst unglücklichen Feldzuge, auch russisches Gebiet abtreten zu müssen. Ferner konnte sie sich leicht auf die einfache Defensive beschränken und die Entscheidung so lange als möglich hinausschieben. In diesem Falle war der Vortheil auf Seite der Russen; sie kannten das Land, die Truppen hatten sich an das Klima gewöhnt, der grösste Theil der Bevölkerung dieser Provinzen bestand aus Griechen, die schon an und für sich eine grössere Hinneigung für Russland empfanden: Umstände, die wesentlich in Betracht gezogen werden mussten und für Oesterreich nicht so günstig lagen.

Und wie viel setzte Oesterreich auf das Spiel! Josef schlug die Unterstützung von Seiten der Polen, auf die Kaunitz einen besonderen Werth zu legen schien, nicht hoch an. Wie leicht konnte Russland seinen Frieden mit der Republik machen und sie zu einer Diversion gegen Oesterreich bewegen. Auf die protestantischen Fürsten des Nordens konnte man sich nicht verlassen, Dänemark und die andern Staaten konnten von Russland gewonnen werden. Und endlich Preussen! Wie bereit werde Catharina sein, dem Könige Alles zu gewähren, was er nur wünschen mag: Danzig und Polnisch-Preussen. Josef hatte die Ansicht des Fürsten Kaunitz adoptirt, dass der König von Preussen bei seinen politischen Massnahmen nicht die Zukunft, sondern nur die Gegenwart ins Auge fasse. Schon die blosse Furcht, dass Friedrich sich entschliessen könnte, gegen Oesterreich aufzutreten, wenn er sich auch Anfangs vollständig ruhig verhalten würde, musste lähmend auf die zu ergreifenden Massnahmen einwirken.

Josef wollte die Türken darüber nicht im Zweifel lassen, dass nur die unvermeidliche Rücksichtnahme auf Preussen Oesterreich hindere, ihnen die erwünschte Hilfe angedeihen zu lassen; offen und unumwunden sollte ihnen erklärt werden, dass man dem Könige den Antrag gemacht habe, in Verbindung mit der Pforte gegen Russland einzuschreiten, auch bereit sei, die energischesten Massnahmen zu ergreifen, wenn es der Pforte gelänge, Preussen zur Mitwirkung zu bewegen. Nach der Ansicht Josefs konnte Oesterreich bei einem derartigen Schritte nur gewinnen. Abgesehen von dem erhöhten Zutrauen der Pforte, wurde Friedrich zu einer Entscheidung gedrängt. Entweder er ging mit Oesterreich Hand in Hand und brach auf diese Weise mit Russland, oder aber er verlor allen seinen Einfluss in Constantinopel. Der Vortheil war jedenfalls auf Seite Oesterreichs. Wenn es gelang, den Credit Friedrichs in Constantinopel

zu erschüttern und zu vernichten, so wog dies eine siegreiche Schlacht, die man über die Russen davontragen würde, in hohem Grade auf.

Dem Könige von Preussen wünschte Josef erklärt zu wissen, dass es mehr an ihm als an Oesterreich liege, der Vergrösserung Russlands Schranken zu setzen; man vertraue so sehr auf seine Einsicht und seinen Verstand, dass man sich entschlossen habe, sich durchaus nicht von ihm zu trennen und Allem zuzustimmen, was er vorzuschlagen für gut befinden würde. Entweder entschloss er sich in energischer Weise in Petersburg zum Frieden zu mahnen, oder er gab Garantien seiner Neutralität, und Oesterreich konnte es sodann mit vollständiger Sicherheit wagen, den Krieg an Russland zu erklären, zu welch letzterem Schritte Josef indess nie rathen wollte. In beiden Fällen lud der König die Gehässigkeit und allen Unwillen Russlands auf sich.

Daneben rieth Josef zu Ergreifung einiger Massnahmen. Er wünschte Pferde anzuschaffen, Waffen verfertigen zu lassen, Recruten auszuheben, Truppen aus Italien und den Niederlanden heranzuziehen, Lebensmittel an der Donau anzusammeln, kurz und gut einige Massnahmen zu treffen, die Russland in vollständiger Ungewissheit erhalten und bei dem Könige die Furcht wach rufen sollten, dass er gezwungen werden könnte, Partei ergreifen zu müssen. Die hierauf zu verwendenden Geldmittel kamen bei den grossen Vortheilen, die dadurch für Oesterreich bestimmt abfielen, nicht in Betracht.

Gegen die Türkei wollte Josef keinesfalls auftreten. Nur dann, wenn sie unrettbar verloren war und jeden Widerstand gegen Russland aufzugeben gezwungen werden sollte, wollte er die Nachbarprovinzen besetzen und den Russen einen anständigen Frieden vorschlagen, was ohne Schwierigkeit zu bewerkstelligen sein würde.

Die Darlegungen des Kaisers überzeugten den Staats-

kanzler nicht. Er beharrte bei seiner Ansicht und bat die Kaiserin eine Entscheidung zu fällen. Der Kaiser, schrieb er, sehe die Dinge anders an, er selbst könne nur wiederholen, was er mündlich und schriftlich so oft auseinandergesetzt.[1]) Die Monarchin befand sich in einer peinlichen Lage. Sie sagt es selbst: kein Entschluss wäre ihr so hart gewesen wie der gegenwärtige. Sie stimmte mit ihrem Sohne in einem Puncte überein: mit Russland keinen Krieg führen zu wollen. Die Darlegung des Kaisers über die grossen Gefahren eines solchen Schrittes war ihr aus der Seele gesprochen. Ihrer Ansicht nach waren die Türken die Angreifer und die Russen Christen. Jahrelang hatte man sie gewähren lassen, Polen zu unterdrücken, und nun wollte man den Türken zu Hilfe kommen. Auch wollte sie sich nie zu einem Bündnisse mit den Russen hergeben, um die Türken zu vernichten. Mit der Tendenz ihres Sohnes, Preussen in Verlegenheit zu setzen und dessen Stellung, sei es in Constantinopel oder in Petersburg, zu erschüttern, war sie nicht einverstanden. Ein derartiges, zweideutiges Gebahren war ihr zuwider. Sonst hatte sie nichts dagegen, wenn einige militärische Massnahmen getroffen wurden, um die Monarchie gegen alle Eventualitäten sicher zu stellen, nur wollte sie nicht mehr als 3 Millionen darauf verwendet wissen. Man werde diese Entscheidung schwach, furchtsam nennen, schrieb sie, aber sie habe nicht Kraft genug, sich zu einem Kriege zu entschliessen, den sie für ungerecht halte. In meinem Alter, fügte sie hinzu, denkt man ruhiger nach den schrecklichen Kriegen, die ich zu führen hatte. In einem rührenden Briefe wendete sie sich zugleich an Kaunitz mit

---

[1]) Rapport a. S. M. l'Imperatrice sur un Memoire de S. M. l'Empereur concernant le Campagne des Russes contre les Turcs et le systeme à adopter par notre Cour, le 18. Janv. 1771. (W. A.)

[2]) Die Resolution der Kaiserin bei Arneth a. a. O. S. 325 Note.

der Bitte ihre Ansichten zu unterstützen; sie fühle es nur zu sehr, dass ihr grauer Kopf zum Regieren nicht mehr geeignet sei.[1])

Josef war mit dem Beschlusse seiner Mutter ganz unzufrieden. Sein Vorschlag gehe durch die von ihr angebrachten Verbesserungen ganz in die Brüche, schrieb er ihr. Man müsse fest entschlossen sein, ein Stück türkisches Gebiet an sich zu reissen, wenn die Vernichtung der Pforte unausweichlich sein sollte, oder ihr im Nothfalle eine Unterstützung zu gewähren, und zwar nicht blos in der Moldau. Nach Josef's Ansicht durfte man daher auch vor einem Kriege mit Preussen nicht zurückschrecken. König Friedrich musste überzeugt sein, dass er von Oesterreich angegriffen werden würde, wenn er sich ein Stück von Polen aneignen wollte. Eine Entscheidung, die nur den Frieden im Auge hat, hält Josef für schädlicher als den Krieg. Bei Nichtannahme seines Vorschlages wollte er sich mit dem Projecte des Staatskanzlers trotz aller Schwierigkeiten, welche dasselbe in sich berge, befreunden.[2])

Die Darlegungen Josef's scheinen doch auf die Kaiserin Eindruck gemacht zu haben; sie beharrte auf ihrem Entschlusse nicht. Die Berathungen begannen von Vorne. Kaunitz versuchte es nochmals, in einer Denkschrift seinen Standpunkt zu rechtfertigen. Vor allem handle es sich, sagt er, um die Sicherheit und die Erhaltung der Monarchie. Dieser Grundsatz dürfe nie aus dem Auge gelassen werden, erst in zweiter Linie stehe die Erreichung von Vortheilen. Vortheile, die nicht mit der Sicherheit vereinbarlich sind und nicht in gleichem Verhältnisse zur Vergrösserung

[1]) Maria Theresia an Kaunitz 19. Januar 1771 in den Analecten. (W. A.)

[2]) Josef an die Kaiserin am 19. Januar 1771 bei Arneth I. 325.

anderer Mächte stehen, könnten nicht als Vortheile angesehen werden. Das Anschwellen der russischen Macht sei jedenfalls bedenklich, um so viel als sich diese vermehrt, um eben so viel verringert sich jene des Erzhauses. Wenn Russland die Pforte zu einem höchst nachtheiligen Frieden gezwungen habe, werde es sodann bei geeigneter Gelegenheit in der Lage sein, das gesammte türkische Reich über den Haufen zu werfen, Oesterreich aber werde sich mit geringen Abfällen begnügen müssen. Nur so lange der Krieg mit den Polen und der Türkei zugleich andauert, könnte diesem bevorstehenden Uebel entgegengewirkt werden. Um so sicherer und ohne Gefahr, wenn der König von Preussen bewogen werde, entweder mit Oesterreich gemeinschaftliche Sache zu machen, oder aber sich bei einem Kampfe gegen Russland vollständig neutral zu verhalten. Für höchst gefährlich bezeichnete er es, dem Könige Misstrauen einzuflössen und ihm Verlegenheit zu verursachen; Preussen würde sich um so enger an Russland anschliessen und auch andere Höfe, die ohnehin gegen Oesterreich Neid und Eifersucht empfinden, an sich ziehen. Freunde und Feinde erhielten die Gelegenheit sich an Oesterreich zu reiben, welches nichts zu besorgen hätte, so lange ein gutes Einvernehmen mit dem Könige von Preussen aufrecht erhalten würde. Wenn Josef auf die Vernichtung des preussischen Einflusses in Constantinopel hingewiesen hatte, so betont Kaunitz, dass die Pforte dem Könige Friedrich nicht viel anhaben könne; es sei ihr ja ohnehin bekannt, dass Preussen in einer Allianz mit Russland stehe, Subsidien zahle, und doch sehe sie sich genöthigt, ihre Unzufriedenheit darüber zu verbergen. Selbst für den Fall, als man bei einem Umsturze des türkischen Reiches sich einiger Gebiete bemächtigen wollte, müsste man sich mit Preussen verständigen. Die Denkschrift des Staatskanzlers mündet in dem Satze: Den König zu einem Neutralitätsversprechen

zu bewegen und gleichzeitig mit der Pforte eine Verständigung zu suchen.[1])

Der Plan von Kaunitz war einfach folgender: Oesterreich und Preussen sollten je 30—40.000 Mann in Polen einrücken lassen, eine Aussöhnung des Königs mit den Conföderirten zu bewerkstelligen suchen und sodann als bewaffnete Vermittler den beiden kriegführenden Theilen die Friedensbedingungen vorschreiben. Falls aber Friedrich aus Rücksicht für Russland zu einem solchen Abkommen die Hand nicht bieten sollte, wurde blos die bindende Erklärung gewünscht, dass er vollste Neutralität wahren würde, wenn Oesterreich im Frühjahre eine Armee von 40—50.000 Mann zusammenzöge.[2])

Es dauerte noch einige Tage ehe man zu einem Entschlusse kam. Berathungen über Berathungen wurden gehalten, Beschlüsse gefasst und wieder verworfen. Die Kaiserin konnte sich mit einer Allianz mit den Türken nicht befreunden und schwankte unentschlossen hin und her, Kaunitz verfiel in Indolenz, Josef wurde missmuthig und liess den Dingen ihren Lauf.[3]) Erst nach langem Widerstreben gab Maria Theresia ihre Zustimmung, nach Zeit und Umständen auch mit Waffengewalt den weiteren Fortschritten Russlands entgegenzutreten.[4])

---

[1]) Kurze Anmerkungen über die gegenwärtigen Weltumstände in Beziehung auf die Sicherheit und Aufrechthaltung des durchl. Erzhauses vom 23. Januar. Die Kaiserin sprach sich hierüber folgendermasssen aus: Die Anmerkungen über die jetzige Weltumbstände seind nur gahr zu wahr, doch kunnte selben nicht beyfallen, weillen gleich mich in Krieg verführten, den noch allzeit suche abzuhalten und alle Mittel anzuwenden, umb selben zu verhindern.

[2]) Geheime Instruction an Swieten vom Januar 1771. (W. A.)

[3]) Einige Andeutungen in den Briefen Josefs an Leopold vom Februar und März a. a. O. S. 331 fg.

[4]) Maria Theresia an Kaunitz 5. Febr. 1771. (W. A.) Die Resolution der Kaiserin erfolgte jedoch schon früher. Auf den Vortrag

In Berlin suchte mittlerweile Friedrich den österreichischen Gesandten zu bearbeiten. Die Furcht, dass man sich in Wien entschliessen könnte zu den Waffen zu greifen und zu einem allgemeinen Kriege die Veranlassung zu geben, liess ihn die mannigfachsten Mittel dem vorzubeugen ersinnen. Er verfiel auf den Gedanken, dass man an die Eröffnung der Verhandlungen schreiten und sich im Laufe derselben bestreben sollte, auf eine Milderung der harten Bedingungen hinzuarbeiten. Van Swieten, den er hierüber befragte, erwiederte ohne Instruction zu sein. Der König wünschte die persönliche Ansicht des Gesandten kennen zu lernen. Auf diese zudringliche Frage, wie Swieten die Forderung Friedrichs bezeichnet, eine Antwort zu geben genöthigt, beschränkte er sich blos zu erwiedern: man werde die russischen Vorschläge als die Würde der Mächte verletzend nicht zur Basis weiterer Verhandlungen nehmen können. Zugleich benutzte er diese Gelegenheit, um den König zu bewegen in Gemeinschaft mit Oesterreich vorzugehen. Der Darlegung des österreichischen Gesandten, dass man in dieser Frage unbedingt dem Rathe Friedrich's zu folgen entschlossen sei, setzte der König entgegen, dass die Interessen der beiden Staaten nicht die gleichen seien. Er sei der Verbündete Russlands und demselben zu Dank verpflichtet; auch berühre es ihn im Grunde genommen nicht ernstlich, wenn dieses in der Nachbarschaft Oesterreichs Eroberungen mache. Der Gesandte begann sogar dem Verdachte Raum zu geben, dass Friedrich sich schon mit Catharina über die Friedensbedingungen verständigt habe.[1])

---

vom 23. Januar, womit ihr auch die Instruction an Swieten vorgelegt wurde, schrieb die Kaiserin: Ich bekenne Subsidien bei Türken begehren scheint mir nicht anständig, wünschte vielmehr, dass der König mit uns operirte in allen als eine Neutralität zu halten.

[1]) Bericht van Swieten's vom 22. Januar 1771. (W. A.)

Die neuen Weisungen waren in den letzten Tagen des Monats Jänner an Swieten abgegangen[1]); am 14. Februar entledigte er sich seiner Aufträge. Der König zeigte sich ungemein dankbar, dass man in Wien auf seinen Rath so viel gebe, dass es ihn freuen würde, mit Oesterreich in innigere Verbindung zu treten, er sprach viel von gemeinschaftlichen Interessen, gemeinsamen Bestrebungen, vollkommenem Einverständniss, allein die positive Erklärung eines Zusammengehens mit Oesterreich konnte Swieten nicht herauslocken. Immer und immer kam Friedrich darauf zurück, dass Russland sein Alliirter sei, gegen den er gewisse Rücksichten zu nehmen habe. Ebensowenig machte sich der König verbindlich, die Neutralität vollständig zu wahren, wenn Oesterreich und Russland mit einander in Conflict gerathen sollten. Wohl billigte er die militärischen Vorbereitungen Oesterreichs, dies würde in Petersburg Eindruck machen, es werde den Leuten zu denken geben, allein man müsse im Auge behalten, dass dies nur eine Demonstration sein dürfe, Hauptsache sei es an der Herstellung des Friedens zu arbeiten. Was ihn selbst betreffe, setzte er ausführlich auseinander, dass er eigentlich durch keine Verpflichtung gebunden sei, Russland in einem Krieg mit Oesterreich zu unterstützen, aber das bindende Wort, sich neutral zu verhalten, gab er nicht. Der Fall existirt noch nicht, sagte er, die Leute in Petersburg werden Wasser in ihren Wein giessen und wir werden den Frieden haben.[2])

Die Friedensbedingungen Russlands theilte Friedrich dem österreichischen Gesandten auch diesmal nicht mit. Die Nachrichten aus Petersburg stellte er günstiger dar, als

[1]) An Swieten vom 26. Januar 1771 und ein französisches Schreiben vom selben Tage. (W. A.)

[2]) Bericht van Swieten's vom 17. Februar 1771. (W. A.)

sie waren. Er betonte es, dass man sich daselbst entschlossen habe, die guten Dienste Oesterreichs anzunehmen, und als van Swieten über diese Form der Vermittlung einige Einwendungen machte, suchte ihn Friedrich davon abzubringen und den Unterschied zwischen Mediation und guten Diensten als ganz unbedeutend hinzustellen.

Von Preussen war nichts zu erwarten. Dies war nun klar. Und doch wollte Kaunitz die Türkei nicht ganz und gar der Willkür Russlands überliefert wissen. Es gab nur die Alternative: entweder fügte sich die Pforte den harten Bedingungen Russlands, oder sie ging neuen Niederlagen entgegen, denn eine Besiegung Russlands war nach den gemachten Erfahrungen der letzten Feldzüge, bei welchen die Untüchtigkeit der Muselmänner und die Unfähigkeit ihrer Feldherrn in schreiender Weise zu Tage getreten, schwerlich zu erwarten. Keine Macht der Welt, meinte der Staatskanzler, kann das türkische Reich von seinem Untergange erretten als Oesterreich; nur dieses sei noch im Stande den Uebermuth Russlands in gehörige Grenzen zurückzuweisen. Kaunitz liess sich durch die Nachrichten aus Berlin in der Fortführung der Verhandlungen mit der Pforte nicht beirren, obwohl eine der Voraussetzungen, worauf seine Pläne aufgebaut waren, hinfällig geworden war.

Die Pforte hatte sich, wie wir gesehen, nur schwer entschlossen, die Mediation der Mächte nachzusuchen. Nachdem dies jedoch geschehen, konnte sie die Annahme derselben kaum erwarten. Ehe noch eine Antwort von Wien und Berlin einlaufen konnte, wurde Thugut fortwährend um Rath und Nachrichten bestürmt. In geheimen Zusammenkünften, die jetzt häufiger, bald in einem entlegenen Hause Constantinopels, bald in Kuzkundschuk, einem Dorfe bei Skutari, in nächtlicher, oft auch mitternächtlicher Stunde stattfanden, wurde die Sachlage zwischen dem Reis Effendi und Thugut erörtert. Die Trostlosigkeit der Situation gaben die Minister nun zu, sie er-

warteten stündlich die Nachricht, Romanzow sei über die Donau gegangen und habe Bender genommen. Der Reis Effendi wollte dem peinlichen Zustande ein Ende gemacht wissen. Ob es nicht rathsam wäre, den russischen Feldherrn zu benachrichtigen, dass die Pforte die Mediation des Wiener und Berliner Hofes angerufen habe und einen Waffenstillstand eingehen wolle, wurde Thugut im Namen des Sultans gefragt. Dieser machte als Privatmann auf das Bedenkliche des Schrittes aufmerksam; er fachte das Ehrgefühl der Muselmänner an, indem er bemerkte, dass dies ein Zeichen von Schwäche wäre. Die Absicht Thuguts war dahin gerichtet, eine unmittelbare Verhandlung zwischen den Türken und Russen zu verhindern. Bei der damaligen Stimmung der Gemüther hätte Romanzow fast jede noch so harte Bedingung durchgesetzt. Wie aber, wenn Romanzow den Antrag stellt? fragte weiter der Reis Effendi. Dies sei nicht zu erwarten, erwiederte Thugut, falls es dennoch geschehe, müsste die Antwort dahin lauten, die Pforte habe Oesterreich und Preussen zu Vermittlern angenommen und sei daher verpflichtet, sich mit denselben erst zu verständigen. Trotz der heiligsten Schwüre und energischesten Betheuerungen des Reis Effendi war Thugut doch nicht ausser Sorgen, dass der Divan den Beschluss fassen könnte, sich mit Russland in Verhandlungen einzulassen.[1])

Daneben spielten neue Intriguen von Seite Frankreichs und Englands. St. Priest's Bemühungen, die Mediation seines Königs durchzusetzen, waren bisher erfolglos geblieben. Nun suchte er sich mit Thugut in's Einvernehmen zu setzen, um durch dessen Vermittlung einen Antheil an dem Geschäfte zu bekommen. Andererseits schlug er der Pforte eine Allianz mit Frankreich unter sonderbaren Bedingungen

[1]) 3. Sept. 1770 von Thugut. (W. A.)

vor. Englands Vertreter schürte unablässig gegen Oesterreich und Preussen.

Die Vertreter der auswärtigen Mächte suchten einander den Rang abzulaufen, um die Pforte für die Ansichten ihrer Höfe zu gewinnen, und belogen und betrogen einander nebenbei um die Wette. Eine besondere Meisterhaftigkeit in erlaubten und unerlaubten politischen Kniffen entwickelte Thugut. Kaunitz fand die grossen Erwartungen, die er auf diesen Zögling setzte, weit übertroffen, in verhältnissmässig kurzer Zeit hatte sich Thugut auf dem schwierigen Posten wunderbar zurechtgefunden.

Thugut hatte in Constantinopel einen schwierigen Stand. Seine eifrigsten Bemühungen waren darauf gerichtet, die Pforte in ihrem Widerstande gegen eine einseitige Verhandlung mit Russland zu befestigen und alle Versuche der andern Mächte, sich einzudrängen, abzuwehren. Und doch war er nicht in der Lage positive Vorschläge zu machen, keinerlei Aussichten auf eine energische Unterstützung Oesterreichs zu eröffnen, während Frankreich mit einem verlockenden Antrage hervortrat. Die bisherigen Vorschläge der französischen Regierung liefen auf eine Allianz hinaus, die erst künftighin in Kraft treten sollte, auf die Beendigung des gegenwärtigen Kampfes konnten sie kaum irgendwie bedeutsamen Einfluss üben. Die französische Diplomatie mochte sich allerdings Hoffnung machen, damit durchzudringen, indem sie den Türken vorspiegelte, welchen Eindruck schon die Nachricht eines zwischen der Pforte und Frankreich abgeschlossenen Bündnisses auf Russland machen würde, welches mit dem Inhalte des Tractates nicht bekannt, eine sofortige Unterstützung der Pforte annehmen musste. Allein für diese Feinheiten di-

[2]) Thugut P. S. vom 3. Sept. und Depesche vom 17. Sept. 1770. (W. A.)

plomatischer Kunst legten die Türken durchaus kein Verständniss an den Tag. Nun aber gab Frankreich seinen Entschluss der Pforte kund, mit ihr „von nun an“ gemeinschaftliche Sache gegen Russland zu machen. Der Sultan war nicht abgeneigt darauf einzugehen, in der Meinung, dass Oesterreich, dessen Allianz mit Frankreich eine bekannte Thatsache war, zustimmen würde.

Der Nidschandschi Osman Effendi hatte eine Zusammenkunft mit Thugut, um sich dessen Meinung zu erbitten. Thugut war schon durch den französischen Gesandten unterrichtet, dass er hierüber von den Pfortenministern würde befragt werden. Ehe er sich in eine Darlegung seiner Ansicht einliess, musste ihm Osman Effendi mit den heiligsten Schwüren bei Gott und dem Propheten betheuern, dass er das Geheimniss streng wahren werde. Thugut verlangte sodann die von Frankreich gestellten Bedingungen zu kennen. Diese waren: Frankreich wollte die Vertreibung der Russen aus den türkischen Gewässern übernehmen und sich auch verpflichten in Zukunft die Pforte mit 12—15 Kriegsschiffen gegen Zahlung jährlicher Subsidien von 3—4 Millionen Piaster zu unterstützen, gleichzeitig sollte auch Spanien zu einer Hilfeleistung bewogen werden. Thugut wurde es nicht schwer, dem türkischen Minister die Unzulänglichkeit der ganzen Sache darzulegen. Nicht die Beendigung, sondern die Verlängerung des Krieges stünde in Aussicht; England werde sich einmischen und sodann Frankreich vollauf beschäftigen, wodurch für die Pforte durchaus keine Vortheile abfallen dürften.[1])

Thugut traute indess dem muselmännischen Würdenträger nicht recht und liess nichts unversucht, um das türkisch-französische Bündniss im Keime zu ersticken. Zegelin wirkte bereitwillig mit. Die gerade eingelangte Nachricht

---

[1]) 20. Januar 1771 von Thugut. (W. A.)

von dem Rücktritt Choiseuls, die zuerst dem österreichischen Residenten zuging, wurde von diesem auf das trefflichste ausgebeutet. Thugut stellte St. Priest, der darüber in Bestürzung zu gerathen schien, vor, er möge jetzt den Antrag einer von Frankreich zu gewährenden Hilfeleistung zurückzuziehen suchen, ohnehin sei das Ganze nur schädlich, liefe auch gegen die Verabredung zwischen beiden Höfen; nun komme noch der Rücktritt Choiseuls dazu, er sollte bedenken, dass der neue Minister vielleicht ganz andere Ideen haben dürfte. Diese Darlegungen scheinen auf St. Priest Eindruck gemacht zu haben; seit damals erkaltete sein bisheriger Eifer allmällig und von dem Projecte war nicht mehr die Rede.[1])

So standen die Angelegenheiten als die Weisungen vom 27. Januar aus Wien anlangten. Diese waren über die kriegerischen Anstalten, die Oesterreich in's Werk setzen sollte, nur in allgemeinen Andeutungen gehalten; eine detaillirte Auseinandersetzung wurde in der letzten Stunde auf Josefs Anrathen abgeändert. Dagegen wurden die Bedingungen, unter denen man bereit war, mit der Pforte eine Allianz einzugehen, erörtert. Es wurde der Geschicklichkeit Thuguts überlassen, die türkischen Minister zu bewegen, die Hilfe Oesterreichs nachzusuchen, indem er ihnen die Ueberzeugung beibringen sollte, dass man eher das Aeusserste wagen werde, als das türkische Reich dem gänzlichen Untergange Preis zu geben.

Oesterreich wollte demnach ein Defensivbündniss mit der Pforte eingehen, und die Verpflichtung übernehmen, eine Donauüberschreitung der Russen um jeden Preis, jetzt und auch in Zukunft, zu verhindern, wogegen sich die Pforte anheischig zu machen hatte, die Kriegskosten zu bestreiten. Den erforderlichen Aufwand gab Kaunitz für das laufende Jahr auf 34 Millionen Gulden an, und eben soviel für die

[1]) 4. Februar 1771 von Thugut. (W. A.)

folgenden Jahre, wenn der Krieg mit Russland fortdauern sollte. Ferner verlangte er die Abtretung der Siebenbürgischen Wallachei mit Inbegriff der beiden Ufer des Altflusses, womöglich sollte aber auch die Cession von Belgrad und Widdin durchgesetzt werden.

Gleichzeitig sollten aber auch noch andere Vortheile für Oesterreich ausbedungen werden. Einmal Begünstigungen im Handel; Oesterreich sollte künftighin den meistbegünstigten Nationen gleichgestellt werden. Die Vortheile, die Frankreich im Belgrader Frieden durch Befreiung seiner Unterthanen von einer Auflage eingeräumt worden waren, sollten auch Oesterreich zu Theil werden. Ferner war Frankreich, bisher allein von allen christlichen Nationen, befugt, Handel nach der Tatarei und auch auf dem schwarzen Meere zu treiben. Auch Oesterreich erhob nunmehr Ansprüche darauf, das schwarze Meer mindestens mit Kauffahrzeugen befahren zu dürfen.[1])

Fast unmittelbar nach dem Empfange der Depeschen schrieb Thugut, er zweifle nicht an dem Gelingen der ganzen Sache; gleichzeitig aber machte er auf die Schwierigkeiten aufmerksam: die bedeutenden Geldsummen und die Abtretung Belgrads und Widdins. Es kam dem österreichischen Vertreter zu Statten, dass Zegelin in den ihm zugegangenen Weisungen den Auftrag erhielt, die Pforte anzufrischen, ihre Kriegsrüstungen eifrigst fortzusetzen und die Versicherung hinzuzufügen, dass der König, sein Herr, die Pforte nicht verlassen werde.[2]) Die erste nächtliche Zusammenkunft zwischen Thugut und den Pfortenministern, dem Reis Effendi,

[1]) An Thugut 27. Januar 1771. (W. A.)

[2]) 18. Februar 1771 von Thugut (W. A.); am 3. Januar 1771 schrieb Friedrich an Zegelin, es wäre rathsam und auch die Klugheit erfordere es, sich in Verfassung zu setzen für den Fall als die Verhandlungen sich zerschlagen würden. (B. A.)

Ismail Bey, und dem Nidschandschi Osman Effendi, fand in der Nacht vom 27. auf den 28. Februar statt. Thugut legte dar, dass die Czarin nur durch Waffengewalt in die Schranken zurückgewiesen werden würde, wenn der König von Preussen zu einem Einverständnisse mit Oesterreich bewogen werden könnte. Die Türken waren allsogleich Feuer und Flamme; sie fragten, wodurch man Friedrich gewinnen könnte, ob durch Geld, sie seien bereit Alles zu thun; sie liessen den Staatskanzler ersuchen, die Mittel anzugeben. Wie aber, wenn der König von Preussen auf eine Verbindung mit Oesterreich nicht eingehen sollte, fragten die Türken. Thugut hatte nun Gelegenheit, sich seiner Aufträge zu entledigen. Die Darlegung fand ungemeinen Anklang, mit grosser Freude gingen der Reis Effendi und Osman Effendi auf diese Ideen ein. Wohl machten sie einige Schwierigkeiten, die Geldsumme schien ihnen zu hoch, sie behaupteten, die Abtretung von Land und Leuten streite gegen das Gesetz, welches dies nur im Falle der äussersten Noth gestatte. Thugut verstand es, die Bedenken zu beschwichtigen, indem er eine scharfe Unterscheidung machte zwischen einer Abtretung, die einem verhassten Feinde gewährt und dessen Macht vermehren würde, und einer Cession an einen aufrichtigen Freund. Nur bei Widdin und Belgrad fand er, wie er es vorausgesehen, unüberwindliche Schwierigkeiten. Die türkischen Minister beschworen ihn hievon abzugehen; sie betheuerten wiederholt bei Gott und dem Propheten, selbst wenn die Russen vor Adrianopel stünden, würde es kein Minister wagen, dem Grossherrn den Rath zu ertheilen, den Frieden dadurch zu erkaufen.

Schon Tags darauf fand eine Conferenz der hervorragendsten Minister statt, um die Vorschläge des österreichischen Vertreters in Erwägung zu ziehen. Auch der Sultan wohnte derselben verkleidet bei. Der Mufti und seine zwei Genossen bestritten die Nothwendigkeit einer Ab-

tretung, der Reis Effendi und Osman Effendi befürworteten dieselbe eifrigst. Der Sultan ertheilte diesen den Auftrag, die Unterhandlung mit Thugut fortzusetzen.[1])

Während diese nun ihren Fortgang nahm, liessen die Pfortenminister im Einvernehmen mit Thugut auch den preussischen Envoyé nicht aus dem Auge. Sie setzten ihm wegen der Mediationssache eifrigst zu; durch die russische Abweisung sei die Ehre und das Ansehen des Königs verletzt, sie hofften eine thätige Unterstützung. Dem Rath des österreichischen Gesandten folgend, erhielten er und Zegelin am 4. März einen Takrir zugestellt, worin die Pforte erklärte, sie beharre bei der Mediation, setze aber voraus, dass die beiden Mächte, Oesterreich und Preussen, wenn Russland dem Frieden einen längern Widerstand leisten sollte, nachdrückliche Massnahmen und eventuell Gewalt anwenden würden.[2]) Thugut war nicht wenig stolz darauf, den Dingen eine solche Wendung gegeben zu haben, dass wenn der König von Preussen nunmehr zögerte, in energischer Weise der Pforte unter die Arme zu greifen, dessen Ansehen in Constantinopel auf dem Spiel stand.

Am 18. März übersendete Thugut einen Takrir, in welchem die Unterstützung Oesterreichs zur Anbahnung eines Friedens und eventuell thätige Hilfeleistung angerufen wurde. Zegelin erhielt ein ähnliches Schriftstück zugestellt, welches sich nur dadurch von dem an Thugut übermittelten unterschied, dass es einleitungsweise eine längere Auseinandersetzung von den bisherigen Schritten Preussens, von seinen Bestrebungen, Oesterreich zur Annahme der Mediation zu bewegen, enthielt, und speciell hervorgehoben wurde, da sich die Pforte auf Zureden Zegelin's entschlossen habe, die österreichische Vermittelung anzurufen,

[1]) Bericht von Thugut vom 4. März 1771. (W. A.)

[2]) Zweiter Bericht von Thugut vom 4. März 1771. (W. A.)

sie der Hoffnung lebe, dass der König nunmehr sein Werk kräftigst unterstützen werde. Thugut berieth mit Zegelin über die zu ertheilende Rückantwort und verstand es meisterhaft durch Ueberredung den preussischen Vertreter zu bewegen, der Pforte die Versicherung zu ertheilen, dass sein König mit Oesterreich nähere Verbindungen pflegen und bei andauerndem Widerstande eine seiner Würde und Ehre angemessene Entschliessung fassen werde. Der Osman Effendi war mit dieser Fassung nicht zufrieden; er liess Zegelin ein anderes Memoire zur Unterschrift zustellen, des Inhalts, dass der König, wenn es ihm nicht gelingen sollte bei Russland eine Sinnesänderung hervorzurufen, durch thätige Vorkehrungen und durch Gewalt der Waffen die Pforte zu unterstützen bereit sein werde. Der preussische Dolmetsch Frangopulo, von Osman Effendi durch Drohungen und Schmeicheleien erschreckt und gewonnen, drang in den preussischen Minister, das Memoire zu unterschreiben, wobei er auch zu einer falschen Uebersetzung seine Zuflucht nahm. Zegelin erholte sich bei seinem Collegen Thugut Rath und erklärte sich dazu bereit, wenn die Worte „mit Waffengewalt" ausgelassen würden und Thugut eine ähnliche Erklärung abgeben würde. Dieser machte Anstände. Osman Effendi bat ihn, zum Scheine ein ähnliches Actenstück zu unterschreiben, es solle ihm augenblicklich zurückgestellt werden. Thugut liess sich willig herbei; Frangopulo übergab das preussische Memoire, Testa das österreichische; nachdem sich der preussische Dolmetsch entfernt hatte, erhielt dieser das österreichische Schriftstück in Fetzen zurück. [1])

Kaunitz konnte mit seinem Schüler ungemein zufrieden sein. Der Staatskanzler zeigte Anwandlungen grossmüthiger Gesinnung. Man wolle sich die Verlegenheit der Pforte nicht zu Nutzen machen, schrieb er an Thugut,

---

[1]) Thugut am 18. März 1771. (W. A.)

von der Cession Widdins und Belgrads abstehen, auch bezüglich des Geldes aus Rücksichten für die Abtretung der Wallachei es so genau nicht nehmen und billigere Bedingungen stellen. Er war in der Lage, die grossmüthige Handlungsweise Oesterreichs hervorzuheben; da es die ihm unter der Hand gemachten Theilungsvorschläge, wobei unter Anderm Bosnien, Serbien, Dalmatien und das türkische Croatien angeboten wurden, blos in Berücksichtigung dessen, dass die Pforte während der letzten Kriege eine friedliche Gesinnung gezeigt, abgelehnt habe. Thugut sollte auch in der Geldfrage sich willfährig erweisen; die Pforte bot 18.000 Beutel oder $10^1/_4$ Million Gulden. Womöglich sollte er 23—24 Beutel zu bekommen suchen, im äussersten Falle sich mit dem türkischen Anerbieten begnügen. Darauf ging er jedoch nicht ein, dass diese Summe, wie man in Constantinopel wollte, blos „ein für allemal" verabfolgt werden sollte. Die Pforte sollte sich zu einer jährlichen Subsidienzahlung verpflichten. Sollte es aber nicht möglich sein, dies mit klaren unzweideutigen Worten in den Vertrag aufgenommen zu erhalten, dann musste mindestens jener Ausdruck „ein für allemal" beseitigt werden.

Bezüglich der von Oesterreich geforderten Handelsvortheile gab es keine Schwierigkeiten. Das wichtigste Moment lag in der Fassung jener Bestimmung, welche als Gegenbedingung von Oesterreich die Anbahnung eines angemessenen Friedens forderte. Begreiflicher Weise rechnete die Pforte darauf, durch ihre Verbindung mit dem Erzhause den Belgrader Frieden Russland gegenüber vollständig aufrecht zu erhalten; in Bezug auf Polen forderte sie nicht nur die Aufrechterhaltung der Freiheit, sondern auch die Entthronung des Königs. Nach beiden Richtungen konnte und wollte sich Kaunitz nicht so weit verpflichten. Die Fassung musste allgemeiner lauten. Demnach wollte sich Oesterreich anheischig machen, der Pforte einen solchen

Frieden zu verschaffen, welchen sie selbst nach Beschaffenheit der Umstände für annehmbar halten würde. In Polen wollte Kaunitz von einer Beseitigung Stanislaus August's nichts wissen; im Gegentheil, man müsse dahin streben, die Polen zur Anerkennung des Königs zu bewegen.[1])

In geheimen Zusammenkünften wurden die einzelnen Punkte der Convention eingehenden Erörterungen unterzogen. Die Verhandlungen schritten nur langsam vorwärts. Trotz der unläugbaren Gewandtheit Thugut's, die grossen, für die Pforte erwachsenden Vortheile ins helle Licht zu setzen, hatten die türkischen Unterhändler denn doch eine, wenn auch leise Ahnung, dass die in Wien geforderten Modificationen Oesterreich vollkommen freie Hand liessen, sich eventuell allen Verpflichtungen zu entziehen. Allein alle Bedenken wurden von Thugut beschwichtigt. Der Ausdruck „ein für allemal“ bei Festsetzung der Subsidien wurde beseitigt, dieselben auf 20.000 Beutel oder 11,250.000 Gulden erhöht. Auch machte sich die Pforte anheischig, noch 2—3000 Beutel gewähren zu wollen, falls Oesterreich dieselben zu geheimen Ausgaben verwenden wollte. Man hatte dabei die Gewinnung des Königs von Preussen im Auge. Die grössten Schwierigkeiten hatte die Festsetzung der Gegenverpflichtung Oesterreichs. Die türkischen Minister verlangten die Aufnahme der Bestimmung, dass Oesterreich der Pforte zu einem Frieden auf Basis des Belgrader Tractates verhelfen, daher die Rückstellung aller von Russland eroberten Gebiete erwirken werde. Hierauf konnte Thugut nicht eingehen, er setzte schliesslich die Formulirung durch, der künftige Friede werde entweder auf Basis des Belgrader Tractates oder auf Grundlage anderer nach Zeit und Umständen für die Pforte annehmbarer Bedingungen eingeleitet werden.[2]) Noch im letzten Momente

[1]) An Thugut 19. April 1771. (W. A.)

[2]) Von Thugut 3. Juni 1771. (W. A.)

erhoben sich neue Schwierigkeiten. Die Türken verlangten die Festsetzung eines Termines für die von Seite Oesterreichs zu beginnenden Feindseligkeiten. Es glückte Thugut auch dies zu beseitigen. In den wichtigsten Punkten drang Thugut durch; in Kleinigkeiten musste er schliesslich nachgeben. Die Festsetzung einer bestimmten Summe für den Fall, wenn der Feldzug ein zweites Jahr in Anspruch nehmen würde, konnte er nicht erlangen, auch musste er sich für den ersten Zahlungstermin mit 4000 Beuteln begnügen.

In der Nacht vom 6. auf den 7. Juli wurden endlich die Conventionsinstrumente in dem Hause der Schwester des Sultans und Gemalin des Kaimakams beiderseitig ausgetauscht.[1])

---

[1]) Die bei Neumann Recueil des Traités Band I abgedruckte Convention in italienischer Sprache ist eine Uebersetzung des türkischen Originals, von Testa verfertigt; das österreichische Instrument ist in französischer Sprache ausgefertigt und findet sich bei Hammer Band VIII, der Text bei Goerz, Memoires et actes S. 146 ist in der Schreibung der Namen incorrect.

Zehntes Capitel.

Die Genesis der Theilung.

Die Politik Friedrichs war bisher eine einfache, correcte gewesen. Herstellung des Friedens mit der Pforte und Pacification Polens waren die Angelpunkte, um die sich alle seine Bestrebungen drehten. Wenn er manchmal, ohne davon überzeugt zu sein, den Rüstungen Oesterreichs in Petersburg eine grössere Bedeutung beizulegen suchte, so hatte er dabei nur im Auge, Russland zur Herabminderung seiner Bedingungen zu bewegen, eigennützige Absichten verfolgte er dabei nicht.

Vor Jahr und Tag hatte er allerdings beim Beginne des russisch-türkischen Krieges den Gedanken aufgegriffen, eine Verbindung Oesterreichs, Russlands und Preussens zu einer Theilung Polens zu Stande zu bringen. Von der Ueberzeugung durchdrungen, dass Oesterreich wahrscheinlich kein müssiger Zuschauer eines Kampfes bleiben werde, wobei dessen Interessen so wesentlich berührt wurden, mochten die Würfel des Krieges wie immer ausfallen, sah er sich selbst in die Wirren desselben hineingezogen. Gerüchte von kriegerischen Tendenzen des Wiener Hofes waren damals, wie wir gesehen, verbreitet, die Bemühungen des Königs sich über die polnische Politik Oesterreichs volle Klarheit zu verschaffen, waren resultatlos geblieben, einige Anzeichen schienen die Annahme zu rechtfertigen, dass

zwischen Wien und Paris eine enge Verständigung vorhanden sei, kurz ein allgemeiner europäischer Brand konnte sich leicht entzünden. Friedrich war durch seinen Vertrag zur Hilfeleistung verpflichtet, und ihm bangte davor zum Schwerte greifen zu müssen, während sein Land die Folgen des letzten Krieges noch nicht verwunden hatte. Durch seinen Antrag glaubte er allen Schwierigkeiten abgeholfen, die Gefahr, dass über Polen ein Krieg entbrennen könnte, war durch die Heranziehung und Abfindung Oesterreichs beseitigt. Auch die Erwägung blieb nicht ohne Einfluss, dass Preussen leichten Kaufes eine wichtige territoriale Abrundung erlangte, aber dieser Gesichtspunkt war durchaus nicht von massgebender Bedeutung. Diesen Combinationen hat das sogenannte Lynar'sche Project seine Entstehung zu danken, welches der König im Februar 1769 nach Petersburg schickte. Der ganze Plan war ein Fühler, um die in den russischen Kreisen vorhandenen Ansichten zu erkunden, wodurch es sich erklärt, dass Friedrich unter einem fremden Aushängeschilde seine Ideen mittheilte, und ein weiteres Vorgehen erst von der Aufnahme derselben abhängig machen wollte. Der Name Lynar's, des Unterhändlers von Kloster Zeven, war auch in Petersburg bekannt, es konnte daher nicht auffallen, dass ein Politiker von diesem Schlage sich mit ähnlichen Projecten trug. Hiernach sollte Oesterreich für seine Unterstützung gegen die Türken Lemberg und dessen Umgebung, Preussen das polnische Preussen, Ermeland und das Schutzrecht von Danzig erhalten, Russland sich durch einen beliebigen Theil von Polen für die Kriegskosten zu entschädigen suchen.

Solms benützte eine passende Gelegenheit, dem Grafen Panin diese Ideen auseinanderzusetzen, ohne jedoch auch nur mit einem Worte anzudeuten, dass der König ihm den Plan übermittelt habe. Diese Gedanken, sagte er, rühren

von einigen speculativen Köpfen in Deutschland her. Panin ging nicht näher auf die Sache ein, er fand nur, dass die Erwerbung der Zipser Starosteien allerdings für Oesterreich sehr vortheilhaft wäre, äusserte aber seine Verwunderung über den demselben zugewiesenen Antheil, da doch Lemberg mit dem übrigen österreichischen Staatsgebiete in keinem Zusammenhange stünde. Im weiteren Verlaufe des Gespräches erklärte Panin: Russland sei sehr geneigt, sich mit Preussen und Oesterreich zu verbinden, um dann die Türken aus Europa zu vertreiben und nach Asien zurückzuwerfen; eine Allianz zwischen den drei Höfen wäre das beste Mittel, die Ruhe der Christenheit zu sichern; man hätte in Petersburg nichts dagegen, wenn sich Preussen auf Kosten Polens, Oesterreich aber in der Türkei schadlos machen möchte, für Russland beanspruchte er keinen Antheil, höchstens einige Grenzfestungen, es besitze ausgedehnte Gebiete genug.[1]) Friedrich erwiderte: Der Plan des Grafen Panin sei leichter entworfen, als auszuführen; er dürfte in Wien auf grosse Schwierigkeiten stossen. Oesterreich werde während dieses Jahres ruhig bleiben, ob aber künftighin, sei die Frage.

Es war dies das einzige Mal, dass dieses Planes in den Unterredungen zwischen Solms und Panin Erwähnung geschah. Friedrich war natürlich durchaus nicht geneigt,

---

[1]) Ich folge der Originaldepesche von Solms im Berliner Archiv vom $\frac{\text{20. Febr.}}{\text{3. März}}$ 1769. Der Anfang derselben fehlt bei Schlözer p. 213; er lautete: Je lui ai fait connaitre comme l'idee de quelques speculatits en Allemagne sans lui donner à connaitre en aucune façon, la source, par laquelle il etoit parvenu jusqu'a moi. La première observation, qu'il fit, etoit qu'il trouvoit, que l'acquisition de la Starostie de Zips etait très convenable pour l'Autriche, mais qu'il ne savoit pas, comment l'auteur du projet, avoit pu y joindre la Ville de Leopol, qui etant située au milieu de la Pologne, etoit fort eloignée des frontières et de l'Autriche, et par consequent peu convenable pour elle. Der Rest bei Schlözer.

sich auf solch weitgehende Projecte einzulassen, wie sie der russische Staatsmann auszuhecken liebte. Sein Vorschlag sollte den Krieg im Keime ersticken, nicht einen noch grösseren Brand hervorrufen. In der weiteren Correspondenz mit Solms wird des Lynar'schen Planes keine Erwähnung mehr gethan; von einer Theilung Polens ist seitdem fürderhin nicht die Rede. So viel überhaupt an den verschiedenen Höfen Europa's von Abmachungen zwischen Friedrich und Catharina bezüglich Polens gesprochen wurde; seitdem der König von Preussen zu Russland in innigere Beziehungen getreten war, waren derartige Projecte durchaus nicht erörtert worden. Mochte auch Friedrich den Erwerb Polnisch-Preussens als ein höchst werthvolles Object für seinen Staat betrachten, es ist in keiner Weise ersichtlich, dass seine Politik von diesem Gedanken geleitet war.[1])

Seit dem Beginne des Krieges liess Friedrich keine irgendwie passende Gelegenheit verstreichen, ohne zum Frieden zu mahnen. Besonders seit dem Frühjahre 1770 wiederholte er seine Rathschläge in immer dringenderer Weise. Man heuchelte in Petersburg fortwährend friedliche Neigungen, ohne dieselben durch die That zu erhärten. Catharina und Panin betheuerten, dass sie den Frieden dem Kriege vorzögen, eingehenden Erörterungen wichen sie aus. Schon im Frühjahre 1770 hatte Friedrich einige Anläufe gemacht, die eigentlichen Intentionen Catharina's zu erforschen. Die

[1]) Viel Gewicht legte Friedrich dem sogenannten Lynar'schen Projecte überhaupt nicht bei; am 3. März 1769 schrieb er an Solms: Quant au projet du Comte de Lynar, mes ordres du 2 de Fevrier vous auront fait sentir d'avance que j'ai regardé d'abord comme très chimerique. C'est pourquoi je vous ai laissé entierement le maitre d'en parler au Cte. de Panin ou de le supprimer entièrement, et il dependra encore de votre jugement de le laisser toute a fait ignorer a ce ministre.

Berichte über die Kriegsrüstungen Oesterreichs kamen ihm zu diesem Behufe gelegen.[1]) In Petersburg ging man über einige Andeutungen nicht hinaus. Panin gerieth Anfangs sogar in Verlegenheit, als sich Solms seines Auftrages entledigte; eine grosse Partei wollte vom Frieden nichts wissen, ehe die Pforte noch tiefer gedemüthigt war. Friedrich drängte um Antwort. Es scheint, dass die Kaiserin mit Herzenslust ganz Europa in den Strudel des Kampfes hineinziehen will, schrieb er an Solms.[2]) Erst nach und nach lernte der König einen Punkt nach dem andern kennen. Zuerst hiess es, Russland verlange gar nichts für sich. Catharina gab sich den Anschein vollständiger Uneigennützigkeit; sodann liess man fallen, Azow sei man entschlossen zu behalten. Natürlich wurde die Sache so dargestellt, als habe diese Forderung eigentlich nichts zu bedeuten. Nach einigen Wochen rückte man mit dem Gedanken heraus, die Griechen von der türkischen Herrschaft zu befreien, und als die Expedition nach Morea nicht den gehegten Erwartungen entsprach, liess man diese von Orlow auf's Tapet gebrachte Idee fallen und befürwortete die Selbstständigkeit der Tataren. Auch über die Moldau und Wallachei gelangten einige Anspielungen nach Berlin. Friedrich wurde demnach erst allmälig mit den weitgehenden Forderungen Russlands bekannt. Dass unter solchen Bedingungen die Beendigung des Krieges nicht zu erwarten war und eine Betheiligung Oesterreichs wahrscheinlich bevorstand, war dem Könige vollständig klar. Ein allgemeiner, europäischer Krieg schien dann unvermeidlich.

---

[1]) An Rhode vom 30. Mai 1770. Les demonstrations que la Cour ou vous etes continue à faire sur les frontières d'Hongrie et de Transylvanie ..... viennent fort à propos. J'en devine le but, et je ne manquerai pas de le faire. servir à penetrer les dispositions de la Russie pour le retablissement de la paix. (B. A.)

[2]) An Solms 30. Mai 1770. (B. A.)

Durch den Einblick, den der König in die österreichische Staatskunst in Folge der Auseinandersetzungen des Fürsten Kaunitz sich erworben hatte, wurde er in seinen Ansichten nur noch mehr bestärkt, dass ein Krieg unwiderruflich bevorstehe, wenn man sich in Petersburg nicht entschloss, die Forderungen herabzumindern. Als er das Schreiben der Kaiserin vom 9. October erhielt, konnte er sich momentan des Unmuths nicht erwehren, weil man in Petersburg zu einer directen Verhandlung mit der Pforte sich entschlossen hatte. Auch berührte ihn das Ansinnen der Czarin unangenehm, dass der preussische Gesandte in Warschau alle Weisungen, die sie ihrem Minister zur Pacification Polens ertheilen werde, unterstützen solle, ohne dass irgendwelche Andeutungen gegeben waren, worin denn diese Befehle bestünden. Er sei nicht gewohnt, schrieb er seinem Bruder, seine Minister handeln zu lassen, ohne die Aufträge zu kennen, auch sei es Sitte, dass sich alliirte Mächte die Dinge mittheilen und sich verständigen, bevor sie handeln. Indess beschwichtigte er sich bald.

Mit der ministeriellen Note, die er über die Mediationsfrage gleichzeitig mit dem Schreiben vom 9. October erhielt, war er zufrieden. Mit vollständigem Gleichmuthe sah er darüber hinweg, ob Russland seine Vermittlung oder blos seine guten Dienste annahm. Es sei ihm dies ganz indifferent, schrieb er an seinen Minister Finkenstein, der die russische Denkschrift in ähnlicher Weise beurtheilte wie Kaunitz; kam nur der Friede zu Stande, über alles Andere sah er hinweg,[1]) seinetwegen mochte ihn Russland an der Spitze seiner Heere dictiren.[2])

Grosse Hoffnungen setzte der König auf die persönliche Einwirkung seines Bruders Heinrich, dessen Reise

---

[1]) An Finkenstein Ende October 1770. (B. A.)

[2]) An Heinrich 11. Nov. 1770. Oeuvres XXVI p. 330.

nach Stockholm und Petersburg, seit dem Frühjahre beschlossen, unmittelbar bevorstand. Zwingende Gründe, nach der schwedischen Hauptstadt zu eilen, waren genug vorhanden. Unaufhörlich standen daselbst die beiden grossen Parteien, Hüte und Mützen, in grimmer Fehde einander gegenüber, die einen auf Petersburg, die andern auf Versailles sich stützend. Hatte sich auch Friedrich bisher genöthigt gesehen, in den schwedischen Angelegenheiten mit Russland gemeinsame Sache zu machen, so lag ihm das Schicksal seiner Schwester doch am Herzen. Womöglich sollte Heinrich sie vor übereilten Schritten abzuhalten suchen.[1]) Auch in Petersburg, wo die Czarin ausdrücklich seine Anwesenheit gefordert hatte, um Preussen bei dem Bündnisse mit Russland festzuhalten, konnte er von grossem Nutzen sein und mit gewichtigen Gründen die Anschauungsweise des Königs vertreten. Nur mit der einen Aufgabe war er betraut: für den Frieden thätig zu sein. Friede ist die Losung Friedrich's; in seinen Briefen an Heinrich ist er unerschöpflich an Gründen und er benützt das unbedeutendste politische Ereigniss, um die Nothwendigkeit, dem Kriege ein Ende zu machen, zu erweisen. Auch bezüglich der Beilegung der polnischen Wirren wiederholt er seinem Bruder dieselben Gesichtspunkte, denen er in Petersburg so oft Ausdruck gegeben. Die Erhaltung des Königs ist ihm Hauptsache, in allen anderen Punkten räth er zur Nachgiebigkeit.

Dem Prinzen Heinrich, der am 12. October in der russischen Hauptstadt angelangt war, glückte es in den ersten Wochen seiner Anwesenheit in Petersburg nicht, entschieden friedlichen Tendenzen zum Durchbruche zu verhelfen. Russland wollte die Beute nicht fahren lassen; die errungenen Vortheile waren zu gross, um leichten Kaufes preisgegeben zu werden. Dagegen trat sichtlich das Bestre-

[1]) Briefe Friedrich's an Heinrich vom 30. Aug. u. 1. Oct.

ben zu Tage, Friedrich inniger an Russland zu ketten. Die Productivität Panins in neuen Projecten war erstaunlich. Bald sprach er von einer neuen mit Preussen abzuschliessenden Convention, bald erörterte er den Gedanken der Bildung einer Triplealliauz und Heranziehung Oesterreichs zur Bekämpfung der Pforte. Friedrich zeigte keine Neigung sich tiefer mit Russland einzulassen und hielt es für unwahrscheinlich, dass Oesterreich zur Durchführung der russischen Pläne seine Hand bieten und sich von Frankreich trennen werde.

Nie werde man Kaunitz bestimmen, schrieb Friedrich am 30. November an seinen Bruder, mit den Verbündeten Frankreichs, den Türken, zu brechen, und den Leckerkuchen mit den Russen zu theilen. Hieran sei nicht zu denken, wohl aber daran, dass die Kaiserin den Krieg nicht fortführen kann, ohne über den Rubicon zu gehen, und dass sie damit einen Brand anfacht, dessen Ende Gott allein kennt. Darum Frieden, und nur den Frieden, so rasch als möglich. [1])

Nur bezüglich eines Punktes, der dem Könige auch ebenso sehr am Herzen lag, als der Abschluss des Friedens mit der Pforte, legte man in Petersburg ein grösseres Entgegenkommen an den Tag: in Bezug auf Polen. Panin hatte

---

[1]) Oeuvres XXVI p. 340. Vrgl. auch den Brief vom 16. November. Am 4. Januar 1771 schreibt Friedrich eigenhändig an Finkenstein: Er bezweifle sehr, dass die Entschlüsse Russlands nach Wunsch ausfallen werden, man werde den Krieg fortsetzen „dans l'Esperance d'engager la Cour de Vienne par quelque Cessions en Hongrie d'embrasser leur parti mais cela Venant surement a Manquer je ne sais quel parti ils prendront, en atendant les Turcs ne seront points ecrassez et leur vaste projets se reduiront a peu de Chose. Il me parait partout ce qui me revient de Petersbourg que le Conte Panin n'a pas des Idées justes ni des Interets des Princes de l'Europe ni de leur Politique, ni de leur puissance, c'est un moyen de s'egarer etrangement dans le metier qu'il fait.“ (B. A.)

lange Zeit gehofft, in Warschau durchzudringen, ohne genöthigt zu sein, irgend etwas von den im Jahre 1768 festgesetzten Bestimmungen zurücknehmen zu müssen. Auch konnte er sich zur Strenge gegen die Czartoryski, wie Friedrich für diesen Fall gerathen, nicht entschliessen. Den König von seinen Rathgebern, seinen Oheimen, zu trennen, war Panin's fruchtloses Bemühen wäkrend des ersten Halbjahres 1770. Nun gelangte er zur Einsicht, dass er von dem erwünschten Ziele, eine Beruhigung der Gemüther zu erzielen, sehr weit entfernt war. Die Conföderirten beharrten bei ihrer Opposition gegen Russland und den König. Auch die gewaltigen Fortschritte der russischen Waffen gegen die Türkei riefen keine Wandlung dieser Gesinnungen hervor, sie wollten den hoffnungslosen Kampf bis auf's Aeusserste durchfechten. Friedrich hatte keine Gelegenheit verabsäumt, die russischen Kreise anzutreiben, den trostlosen Zuständen in Polen ein Ende zu machen; je nach Zeit und Umständen rieth er zur Milde oder Strenge, sorgfältig alle in Betracht kommenden Factoren erwägend. Panin war lange zu keinem bestimmten Entschlusse zu bringen; seine träge, etwas schwerfällige Natur fand an einem bequemen Sichgehenlassen volles Behagen. Der unmittelbaren Einwirkung Heinrich's scheint gelungen zu sein, was der Depeschenverkehr des Königs nicht erlangen konnte. Im November hatte sich Panin endlich zu einem Entwurfe aufgerafft, der die Grundsätze über das nunmehrige Vorgehen in Polen enthielt.[1])

Den Vorschlag Friedrich's, dass auch Oesterreich zur Pacification des Landes mit herangezogen werden sollte, lehnte man in Petersburg rundweg ab. An den Verhandlungen mit dem künftigen Reichstage sollten nur Preussen und Russland Antheil nehmen. Sonst waren die Bedingungen, unter denen man sich bereit erklärte, Frieden mit

[1]) Documente zur ersten Theilung Polens. S. 112.

den Polen zu machen, mässige zu nennen. Von selbst verstand es sich, dass Stanislaus August auf dem Throne erhalten werden müsse. Die Ehre und das Ansehen der Czarin standen dabei auf dem Spiele, und so wenig Sympathien auch Catharina für ihren ehemaligen Geliebten gegenwärtig hegen mochte, in dieser Beziehung blieb sie unerschütterlich. Friedrich hatte selbst dazu beigetragen, dass jene Strömungen in den Petersburger Kreisen, die auf eine Beseitigung des Königs und auf die Erhebung eines sächsischen Prinzen auf den polnischen Thron hinarbeiteten, in den massgebenden Kreisen nicht durchdrangen.[1])

Das Jahr ging zur Neige, ohne dass die Aussichten auf den Frieden sich günstiger gestaltet hätten. In Russland war man fest entschlossen, nur unter den härtesten Bedingungen für die Pforte die Waffen niederzulegen; man gönnte Oesterreich einen Antheil, aber die Türkei sollte gedemüthigt werden. Bei einer Willfährigkeit von Seite Oesterreichs wäre ein Abkommen leicht möglich gewesen. Andererseits scheute man selbst einen Krieg mit dem Donaustaate nicht, wenn man der Bundesgenossenschaft Preussens sicher war.

Wir haben gesehen, welchen Eindruck die Friedensbedingungen Russlands auf Friedrich machten; er sah in dem Schriftstücke eine Art Kriegserklärung.[2]) SeinerMeinung nach musste Russland auf die Artikel über die Moldau und Wallachei, die Krim und die Insel im Peloponnes Verzicht leisten, wenn der Krieg vermieden werden sollte.[3])

So standen die Dinge, als die Kaiserin Catharina bei

---

[1]) Viele Depeschen an Solms aus den Jahren 1769 u. 1770 erörtern diesen Gegenstand.

[2]) An Heinrich 3. Januar 1771. Oeuvres XXVI 344. Vous pouvez regarder cette pièce comme une declaration de Guerre.

[3]) Am 4. Januar an Heinrich. (B. A.)

dem Könige die Ideen vom Jahre 1769 wieder wach rief, und dadurch die Anregung gab, dass dieselben seit dem Frühjahre 1771 ihrer Verwirklichung entgegen gingen. Die äussere Veranlassung dazu gab die Besetzung einiger Starosteien in Polen von Seite Oesterreichs.

Schon Anfangs 1769 brachte Kaunitz die Zusammenziehung von Truppen an den Grenzen Polens und der Türkei in Folge des zwischen Russland und der Pforte ausgebrochenen Krieges in Anregung. Die Absicht ging blos dahin, Grenzverletzungen vorzubeugen und das süsse Bewusstsein zu haben, bei Freunden und Feinden „einen heilsamen Eindruck" zu machen; wobei jedoch der Staatskanzler nicht unterliess aufmerksam zu machen, dass in Petersburg und Berlin hievon die Anzeige erstattet werden müsste, um keinen Argwohn wachzurufen.[1]) Der Hofkriegsrath, der darüber einvernommen wurde, erklärte sich damit einverstanden und rieth insbesondere an den Grenzen des verpfändeten Zipser Districtes die Aufsteckung der kaiserlichen Adler vorzunehmen, einerseits um diese Gebiete vor Streifereien der Conföderirten zu sichern, anderseits aber um dadurch das österreichische Anrecht auf dieselben durch einen Possessionsact klar an den Tag zu legen.[2]) Im darauffolgenden Jahre ging man einen Schritt weiter. Im Sommer 1770 besetzten österreichische Truppen zwei Starosteien, Novitarg und Czorstyn, und bemächtigten sich auch der wichtigen Salzwerke von Wieliczka und Bochnia. Leider sind wir nicht unterrichtet, von welchen Gesichtspunkten man sich hiebei leiten liess. Nur so viel ist ersichtlich, dass diese Besitzergreifung gegen das Anrathen des Staatskanzlers erfolgte.[3]) Der Grosskanzler Polens wendete sich, Auskunft

[1]) Vortrag vom 9. Januar 1769. (W. A.)

[2]) Vortrag vom 30. Januar 1769. (W. A.)

[3]) Diese Thatsache erhellt aus einem Vortrage vom 25. Sept. 1771. (W. A.)

erbittend, an Kaunitz. Dieser antwortete, man habe sich beim Ausbruche des Krieges genöthigt gesehen, das österreichische Gebiet vor Verletzungen sicher zu stellen. Die Vornahme von Abmarkungen sei nicht unberechtigt: man habe damit im Vorjahre begonnen und sie im heurigen Jahre nur fortgesetzt. Die Kaiserin könne sich nicht entschlagen, ihre Rechte in Sicherheit zu bringen, und sei entschlossen, sie aufrecht zu erhalten. Weit entfernt jedoch, sich das Gut eines Andern anzueignen, werde sie bereit sein, mit dem Könige und der Republik in freundschaftlicher Weise nach Zeit und Umständen in Verhandlung zu treten. Diese Bereitwilligkeit wurde jedoch paralysirt durch die Andeutung, dass es der Republik zukommen werde, den Beweis zu führen, dass diese Districte ihr gehörten. [1])

Schon daraus ging hervor, dass man keine blos zeitweilige Occupation beabsichtigte. Auch setzte man eine Regierung ein, die sich eines besondern Siegels bediente und erklärte Ende November 1770 diese im Jahre 1412 an Polen abgetretenen Gebiete mit Ungarn wieder vereinigt. [2])

---

[1]) Der Brief des Grosskanzlers Mlodzieiowski vom 28. Juli 1770. Die Antwort von Kaunitz vom 30. Sept. 1770. Diese scheint jedoch dem Grosskanzler von Polen nicht zugekommen zu sein, wie aus einem Schreiben desselben an Kaunitz vom 19. Dec. 1770 hervorgeht.

[2]) Das Siegel hatte die Umschrift: Sigillum administrationis terrarum recuparatarum. Der polnische Grosskanzler führte darüber Klage; er schrieb am 19. December 1770 an Kaunitz: que le Sr. Török prenant le titre d'administrateur au nom de S. M. Impl. et Ryl. a agi le 20 9bre de cette année a Sadecz Ville polonaise qui est le siege d'une Starostie de Jurisdiction d'une manière, qui ne peut être passée sous silence de notre part, et principalement en demandant par ecrit à la noblesse polonaise de ce Canton alors presente à Sadecz: 1° Si elle accepte S. M. l'Imp. Reine pour souveraine héreditaire. 2° En lui préscrivant des livraisons pour un nombre de trouppes encore plus considerable que celui, qui s'y trouve deja. 3° En lui recommandant de se defaire de la monnaie Polonaise, pour n'user desormais que de celle qui a cours dans les Etats hereditaires de. S. M. Imp. et Roy.

Die Kunde von diesen Vorgängen war Anfangs Jänner nach Petersburg gedrungen. Catharina besprach an einem Abende — es dürfte am 7. Jänner gewesen sein — mit dem Prinzen Heinrich dies Ereigniss. Warum, fügte sie hinzu, solle nicht jeder zugreifen. Heinrich erwiderte: sein Bruder habe wohl einen Cordon in Polen gezogen, aber keine Starosteien in Besitz genommen. Warum nicht, rief die Kaiserin lachend. Kurz nachher, noch an demselben Abende, berührte Graf Czernischeff denselben Gegenstand, auch er fragte verwundert, warum der König sich nicht Ermelands bemächtige, denn jeder müsse doch etwas haben. Obzwar diese Reden scheinbar nur scherzweise gehalten wurden, war Heinrich doch der Ansicht, dass ihnen eine ernste Tendenz innewohne und sein Bruder einige Vortheile aus der Sachlage werde ziehen können. [1])

Nicht blos in Hofkreisen wurden diese Gesichtspunkte erörtert. Die Politiker in Petersburg beschäftigten sich ernsthaft mit derartigen Plänen und besprachen lebhaft das Für und Wider. Man nahm für Russland den Rest Livlands in Anspruch und warf begehrliche Blicke auf weitere polnische Gebiete. Man meinte: Dies wäre eine angemessene Entschädigung für Russland, auch der König von Preussen könnte sich schadlos halten für die Ausgaben, welche die Allianz gekostet. [2]) Nur eine hervorragende Persönlichkeit wird uns namhaft gemacht, die einem derartigen Plane vollständig abhold war, — Graf Panin. Er berührte in seinem Gespräche mit Heinrich — zwischen dem 8. und 11. Jänner — mit keinem Worte Ermelands; zu Solms äusserte er, Preussen und Russland sollten eher daran denken, Oesterreichs Pläne, in Polen Fuss zu fassen, zu hindern,

---

[1]) Heinrich's Brief an Friedrich vom 8. Januar 1771 in den Oeuvres XXVI, p. 345.

[2]) Heinrich an Friedrich am 11. Januar 1771 a. a. O. 346.

als seinem Beispiel zu folgen; er würde der Kaiserin nie einen ähnlichen Rath ertheilen; endlich fügte er auch die Bitte hinzu, der Gesandte möge die Angelegenheit nicht weiter öffentlich besprechen. [1])

Zwei Parteien standen einander demnach in den Petersburger Kreisen gegenüber. Die eine sah in einer Zerstückelung Polens ein geeignetes Mittel, Preussen auch fernerhin bei dem Bündnisse mit Russland festzuhalten, um die weiteren Pläne gegen die Pforte verfolgen zu können, die andere perhorrescirte diesen Gedanken und schmeichelte sich durch einige Rücksichtnahme auf den Wiener Hof zu dem gewünschten Frieden mit der Pforte zu gelangen, den Wirren in Polen ein Ende zu machen und für Russland allein Vortheile einzuheimsen.

Wir sind über den Process, in welcher Weise der Gedanke einer Theilung Polens in russischen Kreisen zuerst auftauchte und Wurzel fasste, nicht genau unterrichtet. Nur die russischen Archive könnten hierüber vollste Klarheit bringen, aber es scheint gewiss, dass man sich schon längere Zeit damit beschäftigte und darin ein Mittel erblickte, zu einer Beendigung der polnischen Wirren zu gelangen. Einige Monate früher, ehe Catharina in ihrem Gespräche mit Heinrich diesen Gegenstand berührte, sprach sich der russische Gesandte Wolkonski zu Benoit in diesem Sinne aus; die Herstellung der Ruhe in Polen, sagte er, sei nur auf diese Weise zu erzielen. In dem Vorgehen Oesterreichs sahen auch die Diplomaten in Warschau einen äusserlichen Anlass diesem Beispiele zu folgen. Russland hatte nun zu wiederholten Malen erklärt, das Gebiet der Republik unverletzt zu erhalten, und darin liegt auch der Grund, dass sich Panin abwehrend verhielt. Catharina hatte

---

[1]) Depesche von Solms vom $\frac{\text{28. Dec. 1771}}{\text{8. Jan. 1872.}}$ (W. A.)

diese Rücksichten nicht, wenn es sich darum handelte, einen wesentlichen Erfolg zu erzielen. Die Annäherung zwischen Preussen und Oesterreich sah sie vom Anfang an mit scheelen Blicken an, und die Frucht derselben trat auch bald zu Tage. Die Friedensmahnungen aus Berlin wurden seit der Neustädter Zusammenkunft dringender, Heinrichs Anwesenheit in Petersburg sollte denselben einen grösseren Nachdruck verleihen. Den Projecten Panin's gegenüber verhielt sich der König abwehrend. Man musste in Petersburg befürchten, der Früchte des Türkenkrieges verlustig zu werden. Durch den Hinweis auf einen Theil Polens erhielt man in Petersburg eine Handhabe, um Friedrich nicht nur fester an sich zu ketten, sondern auch dessen Unterstützung in Anspruch zu nehmen, wenn es Oesterreich wirklich beifallen sollte, seine Waffen gegen Russland zu kehren. Vielleicht schwebte den Politikern in der russischen Hauptstadt auch vom Anfang an der Gedanke vor, durch Vermittlung Friedrich's Oesterreich herüberzuziehen. Die grössten Vortheile fielen doch Russland in den Schoss. Man erwarb ein Stück polnischen Gebietes, erhielt gegen die Türkei freie Hand, und der schon einige Jahre andauernde polnische Aufstand fiel in sich zusammen, wenn Russland und Preussen allein oder gemeinschaftlich mit Oesterreich die Republik umklammerten und alle Hoffnungen auf auswärtige Unterstützung mit einem Schlage zertrümmert wurden, denn trotz aller Bemühungen war es bisher nicht gelungen, die Conföderirten zu bemeistern, und die Aussicht auf eine Beruhigung Polens lag noch in weiter Ferne.

Auf König Friedrich machte die Aufforderung seines Bruders, sich Ermelands zu bemächtigen, wenn sich die Nachricht, dass die Oesterreicher die Zipser Starosteien besetzt hätten, bestätigen sollte, keinen Eindruck. Sich deshalb von Russland bei einem etwaigen Kriege mit Oesterreich ins Schlepptau nehmen zu lassen, schien ihm wirklich

nicht der Mühe werth; für den Erwerb Ermelands wollte er nicht sechs Sous geben. Käme es zum Kriege zwischen Russland und Oesterreich, antwortete er seinem Bruder, so stünden ganz andere Fragen auf dem Spiele als der Cordon in Polen; er wollte dann zusehen, ob nicht irgend eine bessere Acquisition zu erzielen sei, wo nicht, bleiben wie er ist. Sich wegen Ermelands dem Geschrei der ganzen Welt auszusetzen, hatte er keine Lust. Ja, wenn es sich um Polnisch-Preussen handeln würde, selbst Danzig nicht mit inbegriffen, dafür wollte er sich selbst zu einer beträchtlichen Geldsumme entschliessen; denn er erlangte auf diese Weise die Weichsel und die freie Verbindung mit dem Königreich, aber mit Bagatellen sich begnügen, zeige eine Gier und Unersättlichkeit, und er wünschte nicht, dass man ihn in dieser Richtung noch mehr beschuldige, als es ohnehin schon der Fall sei.[1])

Seit jenem Gespräche mit Catharina ruhte die Angelegenheit während der Anwesenheit Heinrichs in Petersburg ganz. Auch in den Briefen des Prinzen an seinen Bruder wird der Sache nicht mehr Erwähnung gethan.[2]) Nur die Herbeiführung eines Friedens zwischen Russland und der Pforte nahm die Thätigkeit des Königs ausschliesslich in Anspruch. Unter dem unmittelbaren Eindrucke seiner Gespräche mit Van Swieten war eine Denkschrift abgefasst, die im Januar 1771 nach Petersburg übersendet wurde. Der König setzte auseinander, er könne von den ihm übermittelten Propositionen keinen Gebrauch machen, weder in Wien noch in Constantinopel. Durch Mit-

[1]) Friedrich an Heinrich vom 24. und 31. Januar 1771 Oeuvres XXVI, p. 349.

[2]) Ich habe hiebei nicht nur die veröffentlichte Correspondenz im Auge, sondern auch eine Anzahl ungedruckter Schreiben, die mir im Berliner Archive zu Gesicht kamen, ohne jedoch die ganze Correspondenz benützt zu haben.

theilung derselben werde man Oesterreich nur die Waffen gegen Russland in die Hand drücken. Er sei ganz unparteiisch bei dieser Sache; die Moldau, Wallachei und die Krim berührten ihn nicht: es sei ihm gleichgiltig, ob die Pforte eine Insel im Archipel behalte oder verliere. Ganz anders stünde es mit Oesterreich. Nie werde dieses in eine Abtretung der Donaufürstenthümer willigen, die Pforte werde sich in die Arme des Wiener Hofes werfen und dessen Beistand durch die Abtretung Belgrads und anderer Vortheile erkaufen. Auch Frankreich werde zu Gunsten der Pforte einschreiten.[1])

Heinrich war mit der Antwort seines Bruders nicht einverstanden, er sah die Dinge anders an. Seiner Meinung nach unterlag es keinem Zweifel, dass Russland seine hochgeschraubten Forderungen ermässigen werde, wenn die Verhandlungen nur in Fluss gerathen sein würden; er verheimlichte nicht, dass Catharina mit dem Schreiben des Königs nicht zufrieden sei. Sie habe nicht erwartet, sagte sie, dass sich der König zum Anwalt der Türken machen werde.[2]) Heinrich meinte, Russland werde nur auf die Freigebung der Tataren bestehen, die beabsichtigte Erwerbung der Moldau und Wallachei aber fallen lassen, auch auf die Insel im Archipel Verzicht leisten. Der König möge den Widerstand gegen die Forderungen Russlands Anderen überlassen, wenn er sich dessen Allianz erhalten wolle.[3])

Auch die Kaiserin wendete sich an den König. Sie legte ihm ihre Sache nochmals warm ans Herz und suchte

[1]) Die Denkschrift, auf Basis eines eigenhändigen Entwurfs Friedrich's, von Finkenstein gearbeitet, bei Goerz p. 129. Gleichzeitig wurde auch ein Brief Friedrich's an Catharina übermittelt.

[2]) Je sais que l'Imperatrice a dit; qu'elle ne l'attendait pas, vous voir plaider mon très cher frère la Cause des Turcs. Heinrich an Friedrich 23. Januar 1771. (B. A.)

[3]) Heinrich an Friedrich 25. Januar 1771. (B. A.)

ihn für ihre Vorschläge zu gewinnen. Das Hauptgewicht legte sie auf die Freilassung Obreskows, diese müsse einer jeden Verhandlung vorhergehen; die Erfüllung dieser Bedingung habe mit dem Frieden nichts zu thun. Sonst suchte sie nochmals ihren Standpunkt zu rechtfertigen. Nur in einem Punkte machte sie eine Concession. Während sie früher den Besitz der Moldau und Wallachei auf 25 Jahre verlangt hatte, wollte sie sich nunmehr mit der Unabhängigkeit dieser beiden Provinzen begnügen.

Der Wiener Hof widerspreche seinen eigensten Interessen, wenn er seine Eifersucht dadurch erregen liesse. Der kleine Staat in seiner Nähe könne ihm keinen Schrecken einflössen, wenn er einen solch schwachen Nachbar wünsche wie die Pforte. Man lege in Wien auf das Gleichgewicht im Oriente zu grossen Nachdruck, dieses werde nicht gestört, ob Donau oder Dniester die Grenze bilden. Catharina bezeichnete eine derartige Besorgniss als eine „frivole". Sie zeigte dem Könige an, dass sie sich nach Wien gewendet; auch sonst ging aus einer Stelle hervor, dass sie gegen die Erwerbung Belgrads durch Oesterreich keinen Anstand erheben werde. Erhielten die Moldau und Wallachei ihre Unabhängigkeit, so bestand die einzige Entschädigung Russlands nach der Ausführung der Czarin in einer Insel des Archipelagus; die Befreiung der Krim vom Despotismus der Türken sah sie blos als eine Sache der Humanität an.[1])

König Friedrich liess sich dadurch in seiner Auffassung nicht irre machen. Er bezweifelte es sehr, dass selbst unter diesen Bedingungen der Friede hergestellt werden könne. Die Freiheit der Tataren war seiner Meinung nach ein schwieriger, kaum erfüllbarer Punkt. Weder die Zustimmung Oesterreichs, noch die der Pforte werde zu erlangen

[1]) Der Brief der Kaiserin vom 30. Januar bei Goerz, S. 136.

sein. Er beklagte die Blindheit der russischen Staatsmänner, die so leichten Kaufes grosse Erwerbungen machen wollten und glaubten, dass die Nachbarhöfe ohne Neid und Eifersucht die Hände in den Schoss legen würden. Wenn Russland seinem Ehrgeiz nicht Schranken setze, gehe es nur neuen, schwer zu beendigenden Kämpfen entgegen.[1]) Auch der Kaiserin verhehlte er seine Ansicht nicht, er beschwor sie, die ganze Angelegenheit nicht als Bagatelle zu behandeln. Die Lage wäre bei den Rüstungen in Oesterreich kritisch genug.[2])

Die Dinge hatten eine ernste Wendung genommen. Hier lud Oesterreich zu einem Bündnisse ein; dort war der König durch seine Verträge mit Russland gebunden, wenn der Kriegsschauplatz auf polnischen Boden verlegt wurde. Die Richtung seiner Politik stand ihm unwiderruflich fest; um jeden Preis die Neutralität zu wahren und eine Betheiligung am Kampfe zu vermeiden.[3]) Weder die Vorstellungen Oesterreichs noch die Berichte aus Russland machten auf ihn Eindruck und erschütterten den einmal gefassten Entschluss. Mit Oesterreich konnte er nicht gehen. Man mochte, wenn es gerade Noth that, im diplomatischen Verkehre sich in freundlichen Formen bewegen und die innerste tief eingewurzelte Antipathie überwinden, jedoch eine innige Allianz beider Staaten gegen Russland war ein Ding der Unmöglichkeit. Die Verbindung mit Russland wog doch schwerer, als

---

[1]) Friedrich an Finkenstein 9. u. 10. Febr. 1771. (Berliner Archiv.)

[2]) Je prie V. M. de ne pas traiter cette negociation en bagatelle. J'ai tout lieu de la regarder comme une affaire de la plus grande importance et qui, si elle venoit a manquer, pourroit facilement lui attirer une guerre beaucoup plus serieuse et plus difficile que celle des Turcs. Friedrich an Catharina vom 13 Febr. 1771. (B. A.)

[3]) Friedrich an Finkenstein 7. Febr. 1771. (B. A.)

alle Auseinandersetzungen des österreichischen Staatskanzlers. Andererseits verspürte der König nicht die geringste Lust, sich für Russland in die Schanze zu schlagen, damit dieses ein Stück mehr von der Pforte erhasche.

Bange Sorgen quälten Friedrich in diesen Tagen, ob es ihm gelingen werde, die Betheiligung am Kampfe von sich fern zu halten. Seine Bemühungen in Wien und Petersburg eine nachgiebigere Stimmung hervorzurufen, waren bisher im Sande verlaufen. Wenn er bisher den Rüstungen Oesterreichs kein grosses Gewicht beigelegt und mehr als Popanz in Petersburg benützt hatte, um dem Frieden das Wort zu reden, die Gespräche mit Van Swieten liessen denn doch erkennen, dass man an der Donau nicht unter allen Umständen das Schwert in der Scheide lassen werde. In diesem Falle hatte er keine Wahl, er war zur Theilnahme an dem Kampfe gezwungen, der grosse Dimensionen annehmen konnte. In dieser Stimmung fand ihn sein Bruder bei seiner Rückkehr aus der nordischen Hauptstadt. Die Situation zu einer Erwerbung für sich auszubeuten, lag ihm bis dahin fern. Die Mittheilungen seines Bruders und seines Gesandten hatten ihn bisher nicht ernstlich beschäftigt; dass das Beispiel Oesterreichs es rechtfertigen würde, wenn auch Russland und Preussen in Polen zugreifen würden, schien ihm zwar ausgemacht, aber daran zu denken sei Zeit, bis man über die grosse Frage des Tages, über Krieg oder Frieden, klarer sehen würde.[1]) Es wunderte ihn höchlichst, als Solms meldete, dass Panin dem Projecte nicht geneigt sei; es scheine, schrieb er an seinen Gesandten, dass es in Petersburg zwei Regierungen gebe, die sich wie weiss und schwarz von ein-

[1]) Eigenhändige Worte Friedrich's auf die Depesche von Solms vom $\frac{\text{28. Dec. 1771}}{\text{8. Jan. 1772.}}$ (B. A.)

ander unterscheiden; es wäre ganz billig, meinte er, wenn auch er und Russland zugreifen würden, aber man brauche nichts zu übereilen.

Die abwehrende Haltung des Königs lag in seiner Furcht, durch sein Zugreifen an dem Kriege sich betheiligen zu müssen. Er setzte voraus, und die Annahme war nach mancherlei Andeutungen zu schliessen keine unbegründete, dass Russland grosse Anforderungen an ihn stellen werde. Heinrich blieb es vorbehalten, eine Umstimmung seines königlichen Bruders zu bewerkstelligen. Am 17. Februar langte der Prinz in der preussischen Hauptstadt an, kurz darauf entschloss sich Friedrich seinen Gesandten zu beauftragen, über eine Theilung Polens die erforderlichen Schritte thun. Oesterreich habe, schrieb er am 20. Februar 1771, nicht nur die Zipser Starosteien besetzt, sondern auch Novitarg, Szolin und andere nicht unbeträchtliche Gebiete, im Ganzen mehrere Städte und 97 Dorfschaften, etwa 20 Meilen im Umfange, in seinen Cordon einbezogen; schon habe es mehrere Souveränitätsacte ausgeübt, und auf die Beschwerden der Republik sei von Kaunitz eine unbestimmte Antwort ertheilt worden, die deutlich zeige, dass man gesonnen sei, einige alte Rechte geltend zu machen. Von einer unverkürzten Erhaltung Polens könne nun nicht mehr die Rede sein, wohl aber müsse verhindert werden, dass diese Zerstückelung nicht das Gleichgewicht zwischen Preussen und Oesterreich störe. Hiezu gebe es kein anderes Mittel als das Beispiel Oesterreichs nachzuahmen. Dieser Schritt werde nach keiner Seite Anstoss erregen; die Polen, die allein berechtigt wären sich dagegen aufzulehnen, verdienen keine Rücksicht, und wenn die Mächte erst mit einander einig sind, werde das Friedenswerk keine Hemmniss erfahren.[1])

[1]) Depesche an Solms vom 20. Febr. 1771 (B. A.), theilweise abgedruckt bei Schlözer.

Es ist zweifellos, dass die Darlegungen Heinrichs auf diesen Entschluss von massgebendem Einfluss waren. Heinrich mochte dem Könige dargelegt haben, dass man in Petersburg keine Schwierigkeiten machen und an ihn keine harten Forderungen stellen werde, sondern nur eine Verbindung zwischen Preussen und Oesterreich hindern wolle. Das Beispiel Oesterreichs reizte ohnehin zur Nachahmung. Wenn dieses den günstigen Moment mit Raschheit benützt hatte, um sich ein Stück polnischen Landes anzueignen, so brauchten auch Preussen und Russland nur zuzugreifen, ohne dass ihnen von irgend einer Seite ein Widerstand entgegengesetzt werden konnte. Kaunitz hatte zwar erklärt, mit Polen einen Vergleich eingehen zu wollen, allein jedenfalls beharrte er auf der Wiedererwerbung der Zipser Städte, die für Oesterreich einen Zuwachs an Land und Leuten bildeten. Ferner wer bürgte für die Rückstellung des gesammten übrigen Gebietes von Seite Oesterreichs. Dieses wollte erst nach hergestelltem Frieden von einer Rückgabe etwas wissen, und wenn diese doch nicht in ihrer Totalität erfolgte, so musste es erst durch einen Krieg dazu gezwungen werden. Ob aber Russland bereit sein durfte, nach Beendigung des Kampfes mit der Pforte sich in einen neuen Conflict mit Oesterreich einzulassen, war mehr als zweifelhaft. Durch ein Uebereinkommen mit Russland war allen Schwierigkeiten abgeholfen. Russland erhielt jedenfalls eine Erweiterung seines Gebietes, wenn auch nicht ausschliesslich auf Kosten der Türkei, der König bekam eine Entschädigung für die grossen Summen, die ihn der Krieg gekostet hatte und welche er bei seiner bekannten Sparsamkeit nur ungerne ausbezahlen liess. Und Oesterreich musste freiwillig oder gezwungen der Dritte im Bunde sein, oder einen Kampf auf Leben und Tod führen.

Bei sorgfältiger Prüfung der Sachlage konnte Friedrich auch schwer einen anderen Entschluss fassen. Beharrte

Oesterreich bei seinem Widerspruche, so konnte er sich auf die Dauer einer Betheiligung an dem Kriege nicht entschlagen, und für diesen Fall war sein Streben, im Vorhinein eine Entschädigung sicher gestellt zu erhalten, nur gerechtfertigt. Entschloss er sich zu einer Lösung seines Bündnisses mit Russland, so lauerte im Hintergrunde eine noch grössere Gefahr, eine Verständigung der moskowitischen Macht mit dem Donaustaate. Oder endlich, Russland liess seine Eroberungen in der Türkei fallen, um seine Herrschaft in Polen aufzupflanzen, dann ging die Ostsee vielleicht für alle Zukunft verloren. Dagegen schien es nicht unmöglich, durch eine Herabminderung der russischen Forderungen gegenüber der Pforte den Krieg überhaupt zu umgehen, denn dass Oesterreich sich entschliessen würde, gegen Russland im Bunde mit Preussen die Waffen zu ergreifen, konnte mit vollem Rechte bezweifelt werden.

Nachdem der König sich den Plan zu eigen gemacht, arbeitete er mit der grössten Lebhaftigkeit und der ihm eigenen Energie an dessen Verwirklichung. Ohne eine Antwort abzuwarten, gab er nach einigen Tagen seinem Gesandten neue Gründe an die Hand, um in Petersburg eine zustimmende Antwort zu erhalten. Ein Passschein, den er nach Petersburg übersendete, sollte als Beweis dienen, dass Oesterreich das in Besitz genommene Gebiet dauernd zu behalten beabsichtige. In ganz bestimmter Weise stellte Friedrich nun den Antrag, dass Russland und Preussen dem Beispiele Oesterreichs folgen sollten; ersterem könne es gleichgiltig sein, auf welche Weise es sich für die Kriegskosten entschädige. Und da Polen eigentlich indirect den Ausbruch des Krieges herbeigeführt, so lasse es sich rechtfertigen, wenn es jetzt auch in Mitleidenschaft gezogen werde. [1])

[1]) Depesche vom 27. Febr. bei Smitt II, 112, mit unrichtigem Datum.

Unmittelbar nach dem Empfange der Weisungen antwortete Solms. Mit Ernst und Eifer wolle er das schwierige Werk in Angriff nehmen, allein bei der Langsamkeit, mit der alle Geschäfte in Petersburg behandelt würden, werde nicht sobald eine unzweideutige Antwort zu erlangen sein. Indess weit früher, als er es erwartet, bot sich ihm eine günstige Gelegenheit dar, mit Panin darüber zu sprechen. Der Minister hatte sich in den letzten Wochen, wahrscheinlich durch die Einflussnahme der andern in Petersburg massgebenden Persönlichkeiten, mit dem Gedanken allmälig befreundet. Wenigstens verhielt er sich nicht ablehnend, sondern betonte nur die grossen Schwierigkeiten der Ausführung. Die Kaiserin habe so oft feierlich versprochen, die Integrität Polens zu wahren, dass ein Verlassen dieser Grundsätze einen gewaltig unangenehmen Eindruck aller Orten machen werde, sagte er zu Solms. Dem preussischen Gesandten gelang es jedoch, vorläufig alle Bedenken des Ministers zum Schweigen zu bringen. Panin gestand auch im Laufe des Gespräches zu, dass der Plan im Conseil grossem Widerspruche nicht begegnen werde, da ein Theil der Mitglieder demselben von Vornherein günstig gestimmt sei. Man kam überein noch einige Zeit verstreichen zu lassen, ehe die Angelegenheit der Kaiserin zur Entscheidung vorgelegt werde, mittlerweile sollte Friedrich bei dem österreichischen Hofe anfragen, auf welche Rechtstitel hin man einige polnische Districte besetzt habe, zugleich aber andeuten, dass auch andere Höfe Ansprüche auf polnische Gebiete machen könnten. Aus der Antwort des Wiener Hofes werde jedenfalls erhellen, welcher Weg einzuschlagen sei.[1]) Der russische Staatsmann mochte in seinem Vorschlag ein geeignetes Mittel sehen, um sich später

[1]) Depeschen von Solms vom $\frac{\text{25. Febr.}}{\text{8. März,}}$ 1./12. März 4./15. März, 8./19. März. (B. A.)

vor der Welt zu rechtfertigen, dass Russland nur widerwillig seine Zustimmung ertheilt habe zu einem Werke, welches zu hindern es nicht in der Lage war. Man belud auf geschickte Weise den befreundeten Monarchen mit dem Makel, zu einer Theilung Polens den ersten Anlass, die gewichtigste Anregung gegeben zu haben.

Dazu kam, dass Panin wirklich eine grössere Ausdehnung des Krieges befürchtete, da Oesterreich eher zum Schwerte greifen werde, ehe es eine Gebietsvergrösserung Preussens zugeben würde. Für diesen Fall wünschte er eine unzweideutige Erklärung von Seite Friedrich's, ob er den Krieg gegen Oesterreich allein führen wolle, oder auf eine Unterstützung von Russland Anspruch mache; ein Umstand, der schwer in die Wagschale fiel, da Russlands Kräfte vollständig in Anspruch genommen waren. Panin hatte sich überdies während des Winters zu wiederholten Malen mit dem Plane beschäftigt, den Wiener Hof durch Anbietung türkischer Gebietstheile für die russischen Friedensbedingungen zu gewinnen; nur die Vorstellungen des Prinzen Heinrich scheinen bisher eine Annäherung zwischen dem Wiener und Petersburger Hofe verhindert zu haben. Nun sah Panin ein geeignetes Mittel, doch Oesterreich herüberzuziehen; ein gemeinsames Abkommen zwischen den drei Höfen behagte ihm mehr, als eine Specialvereinbarung mit Preussen allein[1]) Wurde auch Oesterreich in das Concert mit einbezogen, so brauchte Russland von seinen Forderungen an die Türkei nicht das Mindeste nachzulassen und erhielt überdies noch ein Stück

[1]) Qu'il souhaitoit (Panin nämlich) de tout son coeur, qu'on put attirer la Cour de Vienne dans notre parti et convenir avec elle par un concert amiable d'un partage. Dep. von Solms vom $\frac{\text{29. März}}{\text{9 April}}$ 1771, auch die folgende Depesche vom 1./12. April. (B. A.)

Polen. Solms war sogar der Ansicht, dass nur Furcht vor Oesterreich das Zögern Panin's verursache.[1])

Der russische Minister hatte allerdings genügende Anhaltspunkte, um die in Wien herrschenden Ansichten einigermassen beurtheilen zu können. Bis in die letzte Zeit war Friedrich das Sprachrohr zwischen Oesterreich und Russland gewesen; ein directer Ideenaustausch hatte zwischen Wien und Petersburg nicht stattgefunden. Die ernsten Vorstellungen des Königs über die Härte der russischen Friedensbedingungen, sowie seine Weigerung, dieselben in Wien und Constantinopel zur Kenntniss zu bringen, reiften in Petersburg nach hartem Widerstreben den Entschluss, eine directe Verständigung mit Wien zu suchen, wobei auch Misstrauen gegen die preussische Mittlerschaft im Spiele gewesen sein mag.[2]) Jedenfalls bahnte man sich dadurch den Weg zu etwaigen Abmachungen mit Oesterreich. Ein äusserlicher Anlass war bald gefunden. Galitzin erhielt den Auftrag, direct dem Staatskauzler die Gründe auseinander zu setzen, die Russland abhalten, die Mediation des kaiserlichen Hofes anzunehmen, dass aber die Czarin den König von Preussen gebeten habe, in Wien mitzutheilen, dass sie die guten Dienste Oesterreichs in Verbindung mit jenen Preussens, im Laufe der Verhandlung gerne anrufen werde. In den wesentlichsten Punkten stimmte die von dem russischen Gesandten in Wien dem Fürsten Kaunitz übergebene Erklärung mit dem an Friedrich Ende September übersendeten Schrifstücke überein. Auch hier wurde zunächst die Freilassung Obreskow's gefordert, ehe überhaupt von Verhandlungen zwischen Russland und der Pforte die Rede sein könne; dieselben Gründe werden wiederholt. Von den Frie-

[1]) P. S. zur Depesche vom 1./12. April 1771. (B. A.)

[2]) Solms vom $\frac{25.\ \text{Jan.}}{5.\ \text{Febr.}}$ 1771. (B. A.)

densbedingungen, die Russland stellen wollte, wurde nicht die geringste Erwähnung gethan. Die Erklärung war sonst in freundschaftlichen Ausdrücken gehalten, jedes Wort genau abgewogen.[1])

In ähnlichen glatten Formen bewegte sich die von Kaunitz hierauf ertheilte Antwort. Die kaiserlichen Majestäten, hiess es daselbst, hätten mit Vergnügen in Verbindung mit dem Könige von Preussen die Vermittlung übernommen, wenn Russland dieselbe in gleicher Weise wie die Pforte in Anspruch genommen hätte; nunmehr könne davon nicht weiter die Rede sein, nachdem die Czarin, weit entfernt sie zu fordern, Gründe zu haben erkläre, sie abzulehnen. Ehe man sich darüber äussere, ob man nunmehr in freundschaftlicher Weise irgend eine Thätigkeit entfalten könne, müsste man zuerst mit den Friedensbedingungen bekannt sein. Zur Befreiung Obreskow's werde man sich augenblicklich verwenden. Man gebe sich der Hoffnung hin, dass die Friedensbedingungen den bekannt gegebenen Grundsätzen der Kaiserin von Russland entsprechen werden, dass sie keine Eroberungen machen und sich darauf beschränken werde, eine Entschädigung für die Kriegskosten und eine Sicherung ihrer Grenze zu verlangen; auch nicht die Absicht habe, den Interessen Oesterreichs Zuwiderlaufendes zu fordern.[2])

Diese Antwort liess keine grosse Geneigtheit Oesterreichs, die Friedensbedingungen Russlands zu unterstützen, erkennen, und wenn die russische Diplomatie bei ihren hochgeschraubten Forderungen beharren wollte, musste sie sich entschliessen, entweder einen Versuch zur Gewinnung des

[1]) Der Inhalt derselben aus den Briefen von Panin an Galitzin bei Goerz, p. 1 fg. ersichtlich.

[2]) Reponse verbale du Prince de Kaunitz au Prince Galitzin le 16. Fevrier 1771. (W. A.)

Wiener Hofes zu machen, oder sich die Unterstützung Friedrich's für den Fall zu sichern, als Oesterreich Miene machen sollte, für die Pforte einzutreten.

Friedrich entledigte sich rasch der ihm von Panin zugedachten Aufgabe; er hatte schon einmal in dieser Richtung einen Schritt gethan. Ehe er sich entschlossen, der Anregung seines Bruders Folge zu leisten, hatte er den österreichischen Gesandten sondiren lassen und Heinrich es übernommen, mit Van Swieten zu sprechen. Er setzte demselben auseinander, dass man in Petersburg zum Frieden neige, und wenn auch Anfangs hochgespannte Bedingungen gestellt werden sollten, dennoch im Laufe der Verhandlungen eine Ermässigung eintreten würde. Oesterreich möge nur eine gewisse Nachgiebigkeit an den Tag legen. Im Laufe des Gespräches warf er hin: Oesterreich werde dabei seine Rechnung finden können, indem man in Petersburg geneigt sei, demselben andere Vortheile zuzuwenden. Van Swieten erwiederte: dies würde weder mit den reinen interesselosen Absichten, noch mit dem wahren Staatsinteresse seines Hofes zu vereinbaren sein. Wenn Oesterreich, sagte Heinrich, den ihm zugedachten Vortheilen entsage, dann könnten der Pforte leichtere Propositionen gemacht werden. Eine Theilung Polens wurde in diesem Gespräche nicht erwähnt, auch keine Andeutung gemacht, welche Vortheile Oesterreich zufallen sollten; man scheint damals in Berlin eine Entschädigung Oesterreichs auf Kosten der Türkei in's Auge gefasst zu haben, wenn es sich mit den bereits occupirten polnischen Provinzen nicht begnügen sollte. [2])

---

[1]) 2. Febr. 1771, Dep. Swieten's. Aus dieser merkwürdigen Antwort, schliesst Swieten seinen Bericht, scheint mir, dass man immer mehr und mehr glauben könne, der hiesige Hof habe sich mit dem Petersburger Hof bereits zu einem förmlichen Traité de partage einverstanden und man sich gemeinschaftlich bestreben werde, auch unsere Einwilligung dazu zu erhalten. (W. A.)

Auch seitdem hatte sich Friedrich mit der Frage beschäftigt, ob er schon jetzt die polnischen Angelegenheiten mit Swieten zu Sprache bringen sollte; er war dazu nicht abgeneigt. Finkenstein brachte ihn davon ab; man solle erst die Antwort aus Petersburg abwarten, ehe man einen weitern Schritt thue. [1]) Nun in Petersburg der Wunsch ausgesprochen wurde, dass der König Oesterreich ausholen sollte, beauftragte er Finkenstein mit Swieten zu sprechen. [2]) Swieten beschränkte sich darauf, die Angelegenheit zur Berichterstattung zu übernehmen. [3]) Erst als die Antwort aus Wien eingelaufen war, hatte der König selbst eine eingehende Unterredung mit dem österreichischen Gesandten.

Friedrich leitete dieselbe — am 27. April — mit der Bemerkung ein, dass nunmehr die Herstellung des Friedens binnen wenigen Monaten erfolgen werde. Russland würde die Moldau und Wallachei den Türken zurückerstatten, dagegen die Verzichtleistung auf die Unabhängigkeit der Tataren und auf Azow mit grossen Schwierigkeiten verbunden sein; bezüglich des letztgenannten Ortes, meinte er, sollte man nachgeben, die Ueberlassung desselben an Russland sei unbedenklich. Russland, fügte er sodann hinzu, werde seine Entschädigung auf Kosten Polens am besten finden; auch denke man in Petersburg daran, die Moldau und Wallachei der Republik zur Schadloshaltung zu überlassen; er glaube

[1]) Finkenstein an Friedrich 11. März und Friedrich an Finkenstein 12. März 1771. (B. A.)

[2]) Friedrich an Finkenstein praes. am 27. März eigenhändig. Vous aures donc le bonté a parller a Monsieur Van Swieten et de lui dire qu'on m'avait chargé sous main de cette Commission, que bien loin que l'on en ait jallousie, je leur conseillerai de s'etendre sellon leur Convenience, que j'etois charmé de faire ce cadau au l'Empereur et quil le pourrait faire avec d'autant plus de sureté que Leur Exemple pourroit etre Imité par les autres Voissins de la Pologne.

[3]) Finkenstein an Friedrich 28. März. (B. A.)

jedoch nicht, dass dies durchführbar sei. Am besten wäre es, wenn Russland ein Stück von Polen erwerbe, Oesterreich könnte den bereits in Besitz genommenen Theil behalten; er werde auch „seine Convenienz“ suchen.

Swieten hielt sich in seiner Antwort fast wörtlich an die jüngst erhaltenen Instructionen.[1]) Schon beim Beginne des Krieges zwischen Russland und der Pforte, setzte er auseinander, habe man sich genöthigt gesehen, „zur Wahrung des allerhöchsten Ansehens und der eigenen Sicherheit Truppen an der Grenze zusammenzuziehen, um dadurch an den Tag zu legen, dass man österreichisches Gebiet nicht ungeahndet verletzen lassen wolle.“ An manchen Stellen habe man zur Bezeichnung der Grenzen für nothwendig gefunden, kaiserliche Adler aufzupflanzen. Bei der Durchführung habe sich gezeigt, dass ein oder das andere Gebiet zwischen Ungarn und Polen streitig sei. Man habe vorläufig wohl von jenen Districten, auf die man ein Recht zu haben vermeine, Besitz ergriffen, sei jedoch zu einem Einverständnisse mit der Republik bereit, falls die von Oestereich vorzubringenden Beweise für nicht genügend befunden würden. Man habe schon in diesem Sinne an den König von Polen und an seinen Kanzler geschrieben. Nach Herstellung des Friedens zwischen Russland und der Pforte und nach erfolgtem Rückzuge der russischen und preussischen Truppen aus Polen, sei man bereit auch die österreichischen Heerestheile zurückzurufen und den früheren Besitzstand der Grenzdistricte herzustellen.

Die Kaiserin hatte sich in der That schon im Januar in einem Schreiben an den König von Polen in dieser Weise ausgesprochen.[2]) Kaunitz hatte eine Ahnung, dass Friedrich entweder nach dem Vorgange Oesterreichs von einigen pol-

---

[1]) Rescript an Swieten vom 10. April 1771. (W. A.)

[2]) Im Documentenband abgedruckt S. 86.

nischen Districten Besitz ergreifen oder die Herausgabe der von Oesterreich besetzten Gebiete erzwingen werde. Um derartigen Plänen entgegenzuarbeiten, hielt er es am rathsamsten eine Verständigung mit Stanislaus zu suchen; und um diesen zu gewinnen, sollte ihm versprochen werden, dass sein Bruder die aus den besetzten Starosteien bezogenen Einkünfte lebenslänglich beibehalten, oder ihm ein Aequivalent gegeben werden sollte.[1])

Als König Friedrich diesen Gegenstand berührte, bemühte sich Swieten den Unterschied zwischen Besitzergreifung der Grenzdistricte und der Occupirung der Zipser Städte hervorzuheben; die beiden Dinge müssten von einander getrennt werden. Friedrich begnügte sich zu erwidern: man solle doch in den österreichischen Archiven nachsuchen lassen, ob man nicht noch weitere Anrechte auf das eine oder andere Palatinat ausfindig machen könne; man müsse die Gelegenheit benützen, er werde auch seinen Theil nehmen, ebenso Russland. Auch werde man dadurch in der Lage sein, die Pacification Polens möglichst bald herbeiführen zu helfen. Swieten antwortete: er müsse es der Beurtheilung des Königs überlassen, ob das Anwachsen der russischen Macht an der preussischen Grenze so ganz gleichgültig sei. Russland verlange nicht viel, lautete die Antwort des Königs, es fordere nur den polnischen Antheil an Livland; für sich selbst habe er Pommern oder Polnisch-Preussen ins Auge gefasst.[2])

Unmittelbar nach seinem Gespräche mit van Swieten wiederholte Friedrich in einer Depesche an Solms alle Gründe, die für eine Vereinbarung zwischen Preussen und Russland bezüglich Polens sprachen. Die Erwerbung Azows werde keine Schwierigkeiten machen, die Freiheit der Tataren

---

[1]) Vortrag vom 18. April 1771.

[2]) Bericht van Swieten's vom 27. April 1771. (W. A.)

dürfte man ebenfalls durchsetzen können, aber nie werde Oesterreich in eine Lostrennung der Moldau und Wallachei von der türkischen Herrschaft willigen. Russland möge sich auf Kosten Polens schadlos halten; er stehe dafür gut, dass dies ohne Blutvergiessen erfolgen werde. Oesterreich sei mit gutem Beispiele vorangegangen, Preussen und Russland seien berechtigt ein Gleiches zu thun, denn seiner Meinung nach hätte man in Wien durchaus nicht die Absicht die in Besitz genommenen Gebiete zurückzustellen. Von der österreichischen Auffassung, die einen Unterschied machte zwischen den Zipser Städten und den anderen Districten, erwähnte er in seiner Depesche an Solms nicht.[1])

Panin hatte sich während der letzten Wochen mit dem Gedanken einer Erwerbung polnischer Gebietstheile immer mehr befreundet. Von einem Widerspruch war nichts mehr zu hören. In den Petersburger Kreisen erörterte man den Plan, die Moldau und Wallachei an Polen zu geben, wodurch man einerseits eine Schwächung der Pforte erreichte, andererseits auch die Polen beschwichtigen konnte und den bisherigen Versicherungen, die Integrität der Republik zu erhalten, scheinbar nachkam. Die übrigen Bedingungen der Türkei gegenüber hoffte man dann um so leichter durchsetzen zu können, wenn auch Oesterreich herangezogen wurde. Die Betheiligung Oesterreichs lag daher dem russischen Minister sehr am Herzen; in seinen ausführlichen Gesprächen mit Solms kam er immer wieder auf diesen Punkt zurück.[2]) Aus der Stellung des österreichischen Gesandten glaubte man entnehmen zu dürfen, dass

---

[1]) Die eigenhändige Depesche ist vom 28. April 1771, fast wörtlich übereinstimmend mit der bei Smitt II p. 15 abgedruckten, wodurch dessen Zeitbestimmung eine Berichtigung erhält.

[2]) Depeschen von Solms vom 3./14. Mai u. 6./17. Juni 1771. (B. A.)

der Wiener Hof keine grossen Schwierigkeiten machen und bereitwillig dem Theilungswerke seine Zustimmung geben werde.[1])

Die Beziehungen Oesterreichs zu Russland waren in den letzten Jahren blos ganz äusserliche gewesen. Die Antipathie, die man in Petersburg gegen Frankreich hegte, übertrug man auf die Wiener Kreise, die man in inniger Beziehung zu den Versailler Staatsmännern wähnte. Die persönlichen Gefühle der beiden Monarchinnen gegen einander mögen auch auf das politische Verhälniss nicht ohne Rückwirkung geblieben sein. Bei Ausbruch des Türkenkrieges wurde von Petersburg aus ein Versuch zu einer Annäherung gemacht. Man erinnerte sich, dass ein Vertrag vom Jahre 1746 Oesterreieh in diesem Falle zu einer Hilfeleistung verpflichte, und verfiel auf den sonderbaren Gedanken anzufragen, ob Oesterreich die Rechtskraft desselben anerkenne, ferner, wie es sich Preussen gegenüber verhalten würde, wenn dieses seinen Verpflichtungen nachkommen sollte. Schon nach einigen Tagen erhielt Fürst Galitzin von dem österreichischen Staatskanzler eine Antwort. Die Validität des Tractates vom Jahre 1746 wurde in Abrede gestellt; Russland selbst habe denselben im Jahre 1762 durch das mit Preussen geschlossene Bündniss über den Haufen geworfen. Gegen die active Betheiligung Preussens erhob Kaunitz keine Einwendung, nur betonte er, dass Oesterreich nicht gleichgültig bleiben werde, wenn preussische Truppen in Polen einrücken sollten.[2]) Diesen Schrift-

---

[1]) Les propos de Mr. Lobkowitz semblent promettre aussi, que la Cour de Vienne ne voudra peut-être pas s'y opposer mais qu'elle entrera au contraire volontiers dans le partage, qu'elle voudra seulement alors etendre aussi un peu plus loin sa part. Solms am 17./28. Mai 1771. (B. A.)

[2]) Die beiden Schriftstücke in den Documenten S. 101 u. 102.

wechsel hatte Kaunitz in Neisse vor Augen, als er dem Könige von Anwürfen Russlands zu einem engeren Bündnisse, die Oesterreich zurückgewiesen, sprach; er hatte natürlich keine Ahnung, dass der König den Schritt des russischen Ministers gebilligt, ja ihn darin bestärkt hatte, den Versuch zu wagen, um nur von der Stellung von Truppen befreit zu sein.[1]) Andererseits erfuhr auch Friedrich nicht den Grund, wesshalb man sich in Russland mit Subsidienzahlungen begnügte. Seitdem war die Stimmung gegen Oesterreich eine erregtere geworden. Man war unzufrieden über die Haltung desselben den polnischen Confőrderirten gegenüber, man tadelte es, dass die polnischen Flüchtlinge auf österreichischem Gebiete eine Freistätte fanden; auch schrieb man den hartnäckigen Widerstand der Polen dem Wiener Hofe zur Last, indem diese auf eine Unterstützung nicht geringe Hoffnungen setzten.

Fürst Lobkowitz fungirte seit einer Reihe von Jahren als Vertreter Oesterreichs in Petersburg. Seit mehreren Monaten auf Urlaub, erhielt er Anfangs März den Befehl, sich nach der russischen Hauptstadt zu verfügen. Die neue Instruction, welche der Gesandte am 7. März erhielt, wiederholte nur den schon bekannten Standpunkt des Wiener Hofes. Lobkowitz erhielt die Weisung, besonders scharf die Friedensliebe Oesterreichs zu betonen, aber aus der Zusammenziehung der Truppen kein Hehl zu machen und durchsickern zu lassen, welchen Zweck man damit verbinde. Russland, hiess es ferner in der Instruction, habe zwar oft erklärt, dass es keine Eroberungen in der Nähe der österreichischen Ländergebiete machen wolle, doch habe man

[1]) 1. Febr. 1769 Friedrich an Solms: Je passe plutot a l'idee du Cte Panin de demander aux Autrichiens le secours stipulé dans leur alliance contre les Turcs. Cette idee m' est venue, il y a longtemps, dans l'esprit, mais je n'ai point voulu m'ingerer à l' insinuer à la Russie. Je le trouve cependant très bonne. (B. A.)

„Spuren“, dass es derartiges im Sinne habe. Diese Andeutung musste vorläufig genügen, denn mit den letzten Zielen seiner Politik machte Kaunitz nur selten seine Untergebenen bekannt; er wies ihnen nur einen bestimmt umschriebenen Wirkungskreis an, theils weil er von den Fähigkeiten der meisten Gesandten keine hohe Meinung besass, theils um die Hände für alle Eventualitäten frei zu behalten. Lobkowitz wurde in die Politik seines Hofes nicht im Geringsten eingeweiht; er war blos angewiesen in den meisten Fällen seine Unwissenheit vorzuschützen und die zur Sprache kommenden Gegenstände einfach zur Berichterstattung zu nehmen. Nicht die geringste Andeutung wurde gemacht, dass von russischer Seite unter der Hand in Wien versucht worden sei, Oesterreich durch den Hinweis auf einige türkische Provinzen in das Interesse Russlands zu ziehen.

Als Lobkowitz am 10. April in Petersburg anlangte, war dort, wie wir gesehen, die Neigung vorhanden, Oesterreich um jeden Preis zu gewinnen. Auf seiner Reise nach der Hauptstadt war der Gesandte mit Saldern, der damals nach Warschau eilte, zusammengetroffen. In einer längeren Unterredung äusserte dieser: es sei nicht rathsam, die Moldau und Wallachei den Türken rückzustellen; Russland denke jedoch nicht daran, diese Gebiete zu behalten, es gebe keinen bessern Plan, als sie dem Herzoge Albrecht von Sachsen oder einem österreichischen Erzherzog zu geben. Lobkowitz erwiderte: er sei mit der Denkungsart seines Hofes unbekannt, aber er glaube schwerlich, dass man in Wien darauf eingehen werde. [2])

Wenige Tage nach seiner Ankunft liess ihn Panin

[1]) Anmerkungen loco instructionis für den Fürsten Lobkowitz. (W. A.)

[2]) Depesche von Lobkowitz 12. April 1771. (W. A.)

rufen und erklärte ihm, man wolle den Friedensverhandlungen jeden möglichen Vorschub leisten; sobald die Freilassung Obreskow's erfolgt sei, werde man auch nicht zögern, dem österreichischen Hofe die Friedensbedingungen bekannt zu geben. Mit Zurückhaltung sprach sich der russische Minister über Polen aus. Nur darüber legte er einige Besorgniss an den Tag, dass die Vorrückung der österreichischen Truppen in Polen einen unruhigen Nachbar verleiten könnte, seine vermeintlichen oder wirklichen Absichten auf einzelne Gebiete geltend zu machen. Aus einigen Andeutungen Panin's ging hervor, dass er in die Lauterkeit der Gesinnungen Preussens kein allzugrosses Vertrauen setze, auch liess er es nicht an Versicherungen fehlen, dass Russland mit Oesterreich das beste Einvernehmen pflegen wolle; nie werde die Czarin zu irgend etwas die Hand bieten, was dem gemeinschaftlichen Interesse der beiden kaiserlichen Höfe abträglich sein könnte. [1])

Schon nach einigen Tagen ging Panin einen Schritt weiter. Mit nicht gewöhnlicher Lebhaftigkeit schilderte er dem österreichischen Gesandten die überhandnehmende Verwirrung in Polen, die vornehmlich durch französische Umtriebe hervorgerufen worden sei. Schon denke man an eine neue Königswahl, man wolle den sächsischen Prinzen Carl ins Land rufen. Zwar erwecke dies geringe Sorge, zeige nur, wie von mancher Seite der Beilegung der Unruhen in Polen entgegengearbeitet werde. Nach diesen einleitenden Worten richtete er an den Gesandten die Frage, ob Oesterreich sich nicht bereit finden liesse, sein Missvergnügen über dies Thun und Treiben auszusprechen, man werde in Petersburg sehr dankbar sein, wenn man sich in Wien entschliessen könnte, zur Beruhigung Polens bei-

[1]) Depesche von Lobkowitz 26. April 1771. (W. A.)

zutragen.[1]) In Petersburg hatte man den sehnlichsten Wunsch, sich über die Ziele der österreichischen Politik volle Klarheit zu verschaffen. Die Conföderirten posaunten es überall aus: sie könnten nicht blos auf Frankreichs, sondern auch auf Oesterreichs Unterstützung hoffen. Bei der bekannten intimen Verbindung zwischen Wien und Paris wurde dies nicht unglaubhaft gefunden. Panin kam hierauf wiederholt zurück. Es wäre gut, sagte er zu Lobkowitz am 17. Mai, wenn man in Wien die öffentliche Erklärung abgeben würde, dass die Conföderirten auf eine Unterstützung Oesterreichs nicht zu rechnen hätten; auch wäre es angezeigt, wenn der Wiener Hof einen Gesandten in Warschau besässe, der mit dem russischen Vertreter Hand in Hand gehen würde. Der Besetzung der Zipser Städte erwähnte Panin mit keinem Worte, auch Lobkowitz berührte diesen Gegenstand nicht.[2])

In Wien hatte man sich bisher in keiner Weise willfährig gezeigt, die russischen Forderungen in Constantinopel zu unterstützen. Zwar erging an Thugut der Auftrag die Freilassung Obreskow's zu erwirken, auch die Pforte zu bewegen, von der Mediation abzustehen und sich mit guten Diensten zu begnügen, denen jedoch dieselbe Kraft und Wirkung beigelegt werden sollte. Auch gelang es wirklich trotz mancherlei Anstände und Schwierigkeiten, welche die türkischen Minister machten, dieselben umzustimmen; sie willigten darein, Obreskow nach Semlin bringen zu lassen, von wo aus er den Rückweg nach Russland antreten sollte, während man in Petersburg die Auslieferung desselben an die russische Armee verlangt hatte; auch zeigten sie sich geneigt, auf den Vorschlag einzugehen, dass alle Formalitäten

---

[1]) Lobkowitz am 8. Mai 1771. (W. A.)

[2]) Lobkowitz am 18. Mai 1771. (W. A.)

der Mediation bei den künftigen Verhandlungen vermieden werden sollten.

Man glaubte in Wien mit besonderer Genugthuung darauf hinweisen zu können, dass man den ersten Stein des Anstosses aus dem Wege geräumt habe. Allein man wár weit entfernt, dem Frieden in Constantinopel das Wort zu reden. Noch hatte man keine schriftliche Erklärung von Russland über die Friedensbedingungen erhalten; dieses hatte sich bisher begnügt, nur von seiner Uneigennützigkeit zu sprechen. Auch Orlow sang während seiner Anwesenheit in Wien dieses Lied. Russland wolle keinerlei Eroberungen, sagte er dem Staatskanzler, aber vollkommene Freiheit der Tatarei, der Moldau und Wallachei.[1]) Kaunitz hatte Anhaltspunkte genug, um die Tragweite und Grösse der russischen Forderungen zu beurtheilen. Er erklärte in einer Depesche vom 2. Mai 1771 die Annahme dieser Bedingungen an und für sich für unmöglich und dem österreichischen Staatsinteresse zuwiderlaufend. Weit leichter, meinte er, liesse sich das ganze türkische Reich über den Haufen werfen, als ein derartiger Friede zu Stande bringen.

Am 31. Mai machte Panin den Fürsten Lobkowitz endlich mit den russischen Bedingungen bekannt.[2]) In einigen Punkten hatte Russland auf den Rath Friedrichs die Bedingungen gemildert. Es zeigte sich bereit auf die beiden Cabardeien zu verzichten, liess die Sequestration der Moldau und Wallachei fallen und verlangte blos die Unabhängigkeit; an den übrigen Punkten hielt es fest. Der anwesende Solms bemerkte, er finde dieselben nicht übertrieben; sein König werde sie billigen. Der österreichische Gesandte begnügte sich dem Grosskanzler einen Theil der

[1]) Josef an Leopold 2. Mai 1771 bei Arneth I 338.

[2]) Abgedruckt bei Goerz a. a. O. S. 11 fg.

erwähnten Depesche vom 2. Mai vorzulesen. Panin konnte daraus entnehmen, dass man sich in Wien mit dem Inhalte der von ihm ausgearbeiteten Schriftstücke schwerlich befreunden werde. Um denselben eine bessere Aufnahme in Wien zu bereiten, liess Panin die Bemerkung fallen, es scheine, dass man in Wien gewillt sei, durch Besitzergreifung einiger polnischen Gebiete, worauf man Ansprüche zu machen berechtigt sei, sich für die beträchtlichen Kosten einigermassen zu entschädigen, die man in Folge der Zusammenziehung von Truppen gehabt habe, vermuthlich werde auch Preussen die Gelegenheit benützen, seine Ansprüche auf einige Bezirke in Polen geltend zu machen; Polen solle für diese Verluste durch die Moldau und Wallachei entschädigt werden. Den Antrag auf Abschluss eines Waffenstillstandes lehnte Panin mit der Zusage ab, dass die Kaiserin sich durch weitere Waffenerfolge nicht bestimmen lassen werde, ihre Forderungen hinaufzuschrauben.

Je mehr die Aussichten, Oesterreich zu gewinnen, schwanden, je spröder sich dieses zeigte, in Bezug auf die Conföderirten bindende Versprechungen zu leisten, desto geneigter wurde Panin mit Preussen zu einem Abschlusse zu gelangen. Keinen geringen Antheil hatte die Furcht, dass es Oesterreich vielleicht gelingen könnte, den König dem Bündnisse mit Russland abspenstig zu machen. Noch in der ersten Hälfte des Mai redete Panin einer Verständigung mit Oesterreich das Wort, und solange man in Petersburg keine klare Einsicht über die Haltung Oesterreichs besass, liess Panin das Drängen von Solms um eine entscheidende Antwort unbeachtet und vertröstete ihn auf baldige Erledigung.[1])

Ende dieses Monates — wie es scheint an demselben

---

[1]) Vrgl. die beiden Schreiben von Solms an Panin vom 16. u. 19. Mai bei Smitt S. 19.

Tage, an welchem er sein Gespräch mit Lobkowitz geführt — machte Panin dem preussischen Gesandten die Mittheilung, dass er von seiner Monarchin den Auftrag erhalten, die Angelegenheit in's Reine zu bringen. Solms wollte auf Grundlage einer ihm übersendeten Denkschrift eine Auseinandersetzung über die Rechte geben, die Preussen auf einige polnische Districte zu haben vermeinte. Panin verzichtete auf eine nähere Prüfung derselben einzugehen, er schenkte der ihm ertheilten Versicherung vollen Glauben, dass Preussen im Stande sei, einen solchen Nachweis zu liefern. Das Gespräch drehte sich zumeist um die Fixirung des Gebietes, welches man beanspruchen wollte. Solms forderte Pomerellen sammt dem sich daran schliessenden kleinpolnischen Gebiete von Driesen beginnend, die Strecke zwischen den beiden Flüssen Netze und Weichsel bis zu deren Mündung mit Inbegriff der Stadt Danzig.[1]) Nur gegen letzteres erhob der russische Minister einige Einwände; in Polen werde man darüber grossen Lärm machen, wenn man die bedeutendste Handelsstadt losreissen wolle. Und als Solms auseinanderzusetzen suchte, dass die gesammte Erwerbung ohne Danzig eigentlich werthlos sei, warf Panin die Frage auf, ob der König nicht auf seine Rechte hinsichtlich Pomerellens und der bezeichneten kleinpolnischen Gebiete verzichten und sich als Aequivalent mit Ermeland, dem Marienburger District und dem Palatinat von Kulm mit Inbegriff der Stadt Thorn begnügen wollte. Wie sehr man sich in Petersburger Kreisen schon damals

---

[1]) J'ai demandé alors pour V. M. la Pomerellie avec les districts de la petite Pologne depuis Driesen, et tout le pais situé depuis les frontières de la Pomeranie et de la nouvelle Marche entre les rivières de la Netze et de la Vistule jusqu'à son embouchure, la ville de Dantzig avec la langue de terre, la Nehrung, y compris. Solms $\frac{\text{21. Mai}}{\text{1. Juni}}$ 1771.

mit der Erwerbungsfrage beschäftigte, geht daraus hervor, dass Panin in dieser Unterredung das von Russland in Anspruch zu nehmende Land in jenem Umfange bezeichnete, wie es später in der Convention festgesetzt wurde. Panin ersuchte gleichzeitig um Uebersendung eines Vertragsentwurfes.[1])

Mit Ungeduld hatte Friedrich der Entscheidung aus Petersburg entgegengesehen. Die Depesche, welche ihm die Kunde brachte, dass Panin endlich beauftragt sei, die Unterhandlungen einzuleiten, machte ihm grosse Freude. Er beeilte sich, den Entwurf einer Convention nach Petersburg zu übersenden.[2]) Für sich nahm er in Anspruch, entweder Pomerellen, Danzig ausgenommen, und als Ersatz für diese Stadt die Starosteien Kulm und Marienwerder; oder falls dieser Vorschlag auf Schwierigkeiten stossen sollte: Ermeland, Elbing, Marienburg und Kulm. Natürlich musste ihm die zuerst genannte Erwerbung mehr entsprechen, und der Gesandte sollte diese in erster Linie durchzusetzen suchen, denn sie rundete die Lande des Königs vortrefflich ab und gewährte eine Verbindung zwischen dem östlichen und westlichen Theil, während im zweiten Falle polnisches Gebiet in das preussische hineinragte. Der König blos darauf bedacht sich jene Ländertheile zu sichern, die er für seine Monarchie für unumgänglich nothwendig hielt, liess sich durchaus nicht in Erörterungen über das von Russland zu erwerbende Gebiet ein, er überliess es demselben, „nach seinen Interessen und seinem Belieben“ die Auswahl zu treffen. Auf Oesterreich wurde damals gar keine Rücksicht genommen. Friedrich war herzlich froh, dass Panin von seinem früheren Gedanken, eine Verständigung mit Oester-

[1]) Solms in der citirten Depesche. (B. A.)

[2]) Der Conventionsentwurf wurde gleichzeitig mit der bei Smitt II, 23 gedruckten Depesche vom 14. Juni nach Petersburg geschickt.

reich zu suchen, abgegangen war, und stimmte ihm natürlich bei, über die gegenseitigen Absichten auf Polen nichts verlauten zu lassen und erst damit hervorzutreten, bis die Friedensverhandlungen mit der Pforte ein gedeihliches Resultat versprechen würden. Bei Friedrich kam insbesondere als massgebender Grund in Betracht, dass er hoffen mochte, bei einer Vereinbarung mit Russland allein viel rascher an's Ziel zu kommen.

Friedrich bemühte sich auch den russischen Minister über jede von Oesterreich kommende Gefahr zu beruhigen. Auch war seine Motivirung im Ganzen zutreffend. Kam einerseits eine Vereinbarung zwischen Russland und Preussen zu Stande, einigte sich mittlerweile ersteres mit der Pforte über die Friedensbedingungen, so war Oesterreich eine jede Handhabe sich einzumischen benommen, denn dass dieses, nachdem die Pforte die Waffen niedergelegt haben würde, sich ohne Bundesgenossen in einen Krieg stürzen werde, um eine Zerstücklung Polens zu hindern, glaubte Friedrich in Zweifel ziehen zu sollen. Hatte es bisher nicht gewagt, in energischer Weise sich den Fortschritten Russlands entgegenzustellen, so war um so weniger zu erwarten, dass es mit zwei Gegnern zugleich, mit Russland und Preussen, den Kampf werde aufnehmen wollen. Und zwar ohne Bundesgenossen. Denn Friedrichs Annahme, dass man in Wien auf Frankreich sich keine Rechnung machen dürfe, war ganz begründet. Wie aber, wenn Oesterreich mit den in Besitz genommenen Districten in Polen nicht zufrieden, dieselben namentlich im Verhältnisse zu den Erwerbungen Russlands und Preussens zu klein befinden dürfte? Auch dafür wusste Friedrich ein Auskunftsmittel. In diesem Falle schlug er vor, möge sich Oesterreich den an Triest grenzenden venetianischen Streif holen.[1])

[1]) Friedrich an Solms 14. Juni 1771 bei Smitt a. a. O. S. 26.

An der Zustimmung Oesterreichs zweifelte der König nicht. Einige Gespräche, die Finkenstein mit dem österreichischen Gesandten geführt hatte, bestärkten ihn in dieser Auffassung. Am 13. Mai erklärte van Swieten dem preussischen Minister, dass die Kaiserin ihre Rechte und Ansprüche, so begründet sie auch sein mögen, auf freundschaftliche Weise geltend machen und nur auf dem Wege eines gütlichen Vergleiches durchführen wolle. Der Antrag des Königs weitere Ansprüche zu erheben, stehe mit ihrer Gesinnung nicht im Einklange; auch sei die politische Lage derart verwirrt, dass es nicht rathsam scheine einen Plan festzusetzen, der die Verwirrung zu steigern geeignet sei.[1]) Finkenstein hatte eine solche Antwort nicht erwartet. Seiner Ansicht nach beruhte die Sprödigkeit Oesterreichs nur darin, dass es die Erwerbungen Preussens und Russlands höher veranschlagte als seine eigenen, und der König nannte dies eine dem politischen Katechismus des Fürsten Kaunitz widersprechende Gesinnung und trug den Widerspruch leicht. Indess beauftragte er Finkenstein dem österreichischen Gesandten zu sagen, dass der Theilungsgedanke in der russischen Werkstatt geschmiedet sei, er hoffte, dies werde doch Eindruck machen. Finkenstein kam am 15. Mai der Weisung des Königs nach. Swieten erhob nun gegen den Plan als solchen keinen Widerspruch, liess sogar die Aeusserung fallen, dass wenn es nicht gelingen sollte, die Türkei zur Abtretung eines Russland befriedigenden Gebietes zu bewegen, Polen allerdings werde herhalten müssen. Und im weiteren Verlaufe des Gespräches hob van Swieten den verhältnissmässig geringen Antheil Oesterreichs im Vergleiche mit jenem Russlands hervor, worauf Finkenstein erwiderte, dass man sich in Wien nicht auf die schon in Besitz ge-

[1]) Swieten war durch die Depesche vom 7. Mai angewiesen worden, diese Antwort zu geben.

nommenen Gebiete zu beschränken habe, sondern noch weiter ausgreifen könne.[1]) Auf den Rath Finkenstein's verzichtete König Friedrich auf jeden weiteren Versuch mit dem Wiener Hofe in's Reine zu kommen, bis die Verhandlungen mit Petersburg zu einer Consistenz gelangt sein würden, sich damit beruhigend, dass Oesterreich seine Sprache ändern werde, wenn das Abkommen mit Russland zu Stande gekommen sein würde.[2])

Friedrich war unermüdlich in Combinationen, um jeden Anstand, der das in Fluss gebrachte Geschäft in's Stocken bringen könnte, zu beseitigen. Russland wollte eine Schwächung der Türkei. Diese sollte erreicht werden, ohne Oesterreichs Interessen allzunahe zu treten. Fürchtete auch Friedrich einen Krieg mit dem Donaustaate nicht, so wollte er ihn dennoch vermieden wissen. Die Erwerbung Polens sollte ohne Blutvergiessen erfolgen. Dass man in Wien in eine Lostrennung der Moldau und Wallachei nicht willigen werde, wenn dadurch Russlands Einfluss in den Donaufürstenthümern begründet würde, galt ihm als zweifellos. Selbst die von Russland geforderte Selbständigkeit dieser Länder konnte Oesterreich keine Bürgschaft bieten, indem dadurch an Stelle der türkischen Botmässigkeit nur eine russische treten würde. Friedrich kam daher auf den von Panin bei einer früheren Gelegenheit hingeworfenen Gedanken zurück, die Moldau und Wallachei für Polen als eine Entschädigung zu benützen.[3]) Hiemit konnten sich alle Parteien zufrieden

[1]) 15. Mai 1771 Depesche van Swietens. (W. A.) Eigenhändiges Schreiben von Friedrich an Finkenstein vom 13. u. 14. Mai 1771, Finkenstein an Friedrich 14. Mai, Friedrich an Finkenstein 15. Mai 1771. (B. A.)

[2]) Finkenstein an Friedrich 15. Mai u. Antwort des Königs vom selben Tage 1771. (B. A.)

[3]) Friedrich an Solms 24. Juni u. 3. Juli (B. A.); Smitt gibt nur einen Auszug.

geben. Eine Schwächung der Pforte wurde erzielt, das Argument Oesterreichs einer allzugrossen Verstärkung Russlands fiel hinweg, endlich war auch von Seite Polens ein geringerer Widerstand zu erwarten, wenn es auf diese Weise für das abzutretende Gebiet eine Schadloshaltung erhielt.

Als der Conventionsentwurf in Petersburg anlangte, hatten die Beziehungen Oesterreichs zu Russland eine etwas ernste Färbung erhalten. Die Berichte van Swieten's brachten den Staatskanzler von seinem genialen Plane nicht zurück, durch die Verbindung mit der Pforte Russland womöglich ohne Schwertstreich zur Verzichtleistung auf seine Forderungen zu zwingen, für Oesterreich einige Vortheile zu erwerben, Polens Integrität zu retten und Preussen leer ausgehen zu lassen.

Die Depeschen des Fürsten Lobkowitz vom 2. Juni, denen die oben erwähnten russischen Actenstücke beilagen, gelangten am 16. Juni nach Wien. Am 1. Juli antwortete Kaunitz. Er habe, schrieb er, nach den bisherigen Erklärungen des Fürsten Galitzin sich auf ganz andere Bedingungen gefasst gemacht, indem der russische Gesandte bisher die Versicherung ertheilt, dass Russland keine Eroberungen machen wolle, noch solche Forderungen stellen werde, die mit dem österreichischen Staatsinteresse nicht in Uebereinstimmung stünden. „Da ich in meinem Handwerke", fuhr er wörtlich fort, „seit mehr als dreissig Jahren den Werth der Staatsbearbeitungen zu beurtheilen erlernt habe, so kann ich dem Herrn Verfasser der erwähnten drei Piècen das verdiente Lob nicht absprechen, dass er die russischen Friedensbedingungen mit aller möglichen Geschicklichkeit einzukleiden gewusst habe. Bei näherer Prüfung kann man jedoch nicht verkennen, dass ein Friede mit der Pforte unter diesen Bedingungen für das russische Reich die wichtigste und grösste Eroberung sein würde, die eine europäische Macht in den letzten Jahren gemacht. Dass eine

solch ausserordentliche Vergrösserung eines ohnehin schon sehr mächtigen Reiches eine höchst bedenkliche und gefährliche Veränderung in dem europäischen Gleichgewicht hervorrufen und für die andern Mächte, ohne gleichfalls einen verhältnissmässigen Zuwachs zu erhalten, eine befugte Ursache bilde, einem derartigen Erfolg alle thunlichen Hindernisse in den Weg zu legen, ist ein Satz, der unter Staatsmännern keines weiteren Beweises bedarf. Dass aber eine dritte Macht, die ihr eigenes Staatsinteresse nicht misskennt, nicht nur gleichgültig bleiben, sondern auch noch behilflich sein soll, den schwächeren Theil dem mächtigeren völlig unterwürfig zu machen, würde in die Kategorie der seltenen und ganz unwahrscheinlichen Begebenheiten gehören."

Kaunitz lehnte es demnach schlechterdings ab, den von Russland vorgeschlagenen Friedensbedingungen in Constantinopel das Wort zu reden; denn selbst wenn die Rücksicht auf das österreichische Staatsinteresse bei Seite gesetzt würde, stünde ein derartiger Vorgang „mit dem guten Trauen und Glauben des Wiener Hofes" — ein beliebtes Stichwort österreichischer Depeschen — im Widerspruch. Abgesehen davon dass die Pforte in den letzten Jahren den Frieden getreulich gehalten und die Mediation Oesterreichs angerufen habe, eine Befürwortung dieser Friedensvorschläge daher mit der Unparteilichkeit im Widerspruch wäre, so stimme es noch weniger mit den in Wien herrschenden Ansichten überein, dem Vorschlage des Grafen Panin die Hände zu bieten, die Moldau und Walachei als Entschädigung an Polen zu geben für einige Striche Landes, die Oesterreich und Preussen in Anspruch nehmen wollten.

Zugleich liess Kaunitz den russischen Staatskanzler nicht im Unklaren über die Bedeutung der in Ungarn angesammelten Truppen. Lobkowitz sollte zwar einer jeden ministeriellen Aeusserung auszuweichen suchen, im Privat-

gespräche aber bei geeigneter Gelegenheit erklären, dass man den Entschluss, in Ungarn eine Armee zusammenzuziehen, in dem Momente gefasst, als die Sorge einen hohen Grad von Wahrscheinlichkeit erlangt habe, dass durch den glücklichen Erfolg der russischen Waffen das Gleichgewicht gestört würde, welches abzuwenden das Aeusserste gewagt werden müsste. Dies werde eintreten, wenn die russische Armee die Donau überschreiten sollte, in welchem Falle Oesterreich an dem Kriege zur Unterstützung der Pforte Antheil zu nehmen sich gezwungen sehen könnte. [1])

In einem gleichzeitig übersendeten Schriftstücke suchte Kaunitz den Nachweis zu führen, dass die Pforte unmöglich unter diesen Bedingungen den Frieden schliessen könne. Noch seien ihre Mittel nicht so erschöpft, um einer derartigen Vereinbarung die Hand bieten zu müssen. Ein solcher Friede sei nur der Anfang vom Ende; eine vollständige Vernichtung der Pforte sei dann nur eine Frage der Zeit. Die Unabhängigkeit der Tataren sei mit dem österreichischen Staatsinteresse ebensowenig vereinbar, wie die Lostrennung der Donaufürstenthümer von der türkischen Herrschaft, selbst wenn dieselben nicht mit Russland vereinigt, sondern irgend einem unabhängigen Fürsten übergeben würden. Schliesslich wurde die Erwartung ausgesprochen, die Kaiserin werde diese Entgegnung einer sorgfältigen Prüfung unterziehen und solche Vorschläge machen, die einen günstigen Erfolg hoffen lassen könnten, worauf man sich beeilen werde, dieselben zu unterstützen. [2])

In Petersburg zeigte man sich über diese Ablehnung des Wiener Hofes höchst verwundert. Panin fand es unbegreiflich, dass man die russischen Forderungen ganz unan-

---

[1]) Rescript an Lobkowitz 1. Juli 1771. (W. A.)

[2]) Reponse verbale a l'exposé confidentiel des intentions de l'Imperatrice de Russie etc. bei Goerz a. a. O. p. 40.

nehmbar befunden habe; die Rückstellung der Moldau und Wallachei erklärte er für ganz unthunlich, nie werde die Czarin darein willigen. Zugleich fügte er hinzu, er könne es nicht verstehen, dass Oesterreich diese Gelegenheit vorüber gehen lasse, ohne Vortheile aus einem Kriege zu ziehen, an dem es keinen Antheil genommen.[1])

Daneben erwachte der russische Stolz. Man wolle sich nicht von Oesterreich Gesetze vorschreiben lassen, sagte Panin zu Solms.[2]) Um so geneigter wurde man in den Petersburger Kreisen die Bande zu Preussen enger zu schürzen. Das preussische Project hatte mancherlei Anfechtungen erfahren. Gegen die Erwerbung Danzigs hatte man schon früher Bedenken erhoben, auch bezüglich Thorns machte man Anstände. Solms kam einer späteren Weisung des Königs zuvor und war bereit auf Thorn zu verzichten, wenn Preussen Elbing erhielte. Nach dem Einlangen der österreichischen Antwort machte man keine Schwierigkeiten mehr; man zeigte sich zu Allem willfährig, auch die Freiheit der Stadt Danzig, die Panin in der Convention sicher gestellt wissen wollte, sollte nun fallen gelassen oder nur leichthin erwähnt werden. Dafür nahm man aber eine entschiedene Unterstützung Preussens nicht blos für den Fall eines Krieges mit Oesterreich in Anspruch[3]), indem man an Friedrich das Ersuchen stellte, die Städte Posen und Thorn in seinen Cordon mit einzubeziehen, um über die dortigen russischen Truppen

[1]) Depesche von Lobkowitz vom 24. Juli 1771. (W. A.)

[2]) Solms am 19./31. Juli 1771. (B. A.)

[3]) Solms am $\frac{\text{26. Juli}}{\text{6. Aug.}}$ 1771; man sei geneigt, allen Wünschen des Königs zu willfahren, parce qu'on est persuadé, qu'en cas que les choses vinssent à s'embrouiller avec la Cour de Vienne, au point d'en venir a des realités, on trouvera en V. M. un allié utile et puissant, qui prendra surement parti pour la Russie contre la maison d'Autriche. (B. A.)

anderweitig verfügen zu können. Als Solms auf die bedenklichen Folgen aufmerksam machte, erwiderte Panin, es sei gleichgiltig, ob Preussen einige Meilen mehr besetzt halte, Oesterreich werde doch keinen Krieg vom Zaune brechen.

Solms hatte auch diesmal über die stereotype Langsamkeit in der russischen Staatskanzlei keine Klage zu führen. Schon Mitte August war er in der Lage, den Gegenentwurf Russlands zu der von Friedrich übersendeten Convention nach Berlin schicken zu können. [1]) Der Schwerpunkt des russischen Elaborats lag in einem neu hinzugefügten geheimen Artikel, der die von Preussen für den Kriegsfall zu leistende Hilfe festsetzte. Die Forderungen Russlands waren weitgehender Natur. Wenn Oesterreich seine Truppen gegen Polen oder die von den russischen Truppen eroberten türkischen Gebiete vorrücken lassen sollte, in der Absicht einen Krieg zu beginnen, habe Preussen in Wien die Erklärung abzugeben, dass es mit Russland gemeinschaftliche Sache machen werde. Lasse sich aber der Wiener Hof trotzdem nicht abhalten, die Feindseligkeiten zu eröffnen, verpflichte sich Preussen nach erhaltener Aufforderung von Seite Russlands 20.000 Mann überall hinzusenden, wo dieselben erforderlich sein sollten, um gemeinschaftlich mit den russischen Truppen zu operiren. Sollte dies aber zur Bekämpfung Oesterreichs nicht ausreichend sein, verband sich Preussen an Oesterreich den Krieg zu erklären und eine Diversion in das österreichische Gebiet zu machen. Russland dagegen übernahm die Verpflichtung, erst dann den König zu unterstützen, wenn der Krieg mit den Türken zu Ende geführt sein werde.

Gewiss, es waren harte Bedingungen, die man russischer Seits stellte. In Petersburg und Wien roch es nach

---

[1]) Mit der Depesche vom 6./17. August 1771. (B. A.)

Pulverdampf. Alle Bemühungen Friedrich's, hier und dort zur Mässigung zu rathen, waren bisher fruchtlos geblieben. Es lag wohl in seiner Absicht, Russland in einer gewissen Furcht vor Oesterreich zu erhalten, um die Verhandlung über Polen desto rascher enden zu können, aber den Krieg wollte er vermieden wissen. In Russland sträubte sich der Stolz der Czarin gegen eine Nachgiebigkeit, in Wien wähnte sich Kaunitz auf dem besten Wege die Herausgabe der türkischen Beute zu erzwingen und die Friedensbedingungen vorschreiben zu können.

Kaunitz hatte das nach Petersburg gesendete Schriftstück, worin er die Mitwirkung zum Frieden unter den von Russland vorgeschlagenen Bedingungen ablehnte, in Berlin mitgetheilt. Der König würde dasselbe im Einklange mit denjenigen Ansichten finden, die er ihm in Neustadt auseinandergesetzt, schrieb er an Van Swieten. Als Motiv, weshalb er sich nicht zuvor mit Friedrich verständigt, führte er an: dies sei geschehen, um dem Könige eine desto nachdrücklichere Verwendung in Petersburg möglich zu machen. [1])

Auf den König machte diese Kunde keinen angenehmen Eindruck. Essentielles gegen den Inhalt der Note wusste er nicht einzuwenden, er hätte nur eine mässigere, entgegenkommende Sprache gewünscht, die eine Verständigung nicht ganz unmöglich machte; er beurtheilte die Stimmung in den russischen Kreisen nicht unrichtig, wenn er befürchtete, dass diese schon aus Erbitterung über den Widerstand Oesterreichs zur Nachgiebigkeit sich nicht bequemen werden. Wie, wenn Russland es verweigert, seine Bedingungen herabzustimmen, was würdet Ihr thun, fragte er Van Swieten. Sodann, Russland wolle die Moldau und Wallachei nicht für sich, es habe nur eine Schwächung der Türkei im Auge, unbekümmert darum, wem diese Gebiete anheimfallen;

[1]) An Swieten Juli 1771. (W. A.)

wenn es diese Gebiete an Oesterreich abtreten würde, welches sie gegen Herausgabe Belgrads an die Pforte zurückerstatten könnte?

Diese bohrenden Fragen, eine stereotype Redeform Friedrich's, hatten eigentlich nur den Zweck, sich über die Tendenzen des Wiener Hofes genauer zu unterrichten. Swieten befand sich nicht selten in der That in grosser Verlegenheit und machte auch seinem Unmuthe in seinen Berichten Luft: man könne sich nicht vorstellen, wie beschwerlich es sei, dem Andrängen des Königs zu widerstehen und sich in nichts Verfängliches einzulassen.

Der vom König hingeworfene Gedanke einer Abtretung der Moldau und Wallachei an Oesterreich wurde von Kaunitz ganz richtig beurtheilt, als ein Fühler einerseits, um die in Wien in dieser Beziehung herrschenden Ansichten kennen zu lernen, anderseits aber als eine Lockangel, um vielleicht Oesterreich dennoch zu einem gemeinsamen Abkommen zu bewegen. Wenn auch Friedrich bei seiner tiefen Menschenkenntniss es nicht für unmöglich hielt, mit derartigen Eröffnungen auf Joseph oder Kaunitz einen tiefen Eindruck zu machen, im gegenwärtigen Augenblicke kam er jedenfalls zu spät. Denn erst kurz zuvor war die Convention mit der Pforte perfect geworden, und wenn bei einer andern Gelegenheit die Liebe und Lust vorhanden sein mochten, derartige Anerbietungen nicht gerade von sich zu weisen, momentan hatte man die Hände gebunden.

Kaunitz spielte den Tugendhaften. Der Vorschlag des Königs, konnte und musste er nun erklären, stehe mit dem bereits unwiderruflich festgestellten politischen Systeme des Wiener Hofes im entschiedenen Widerspruche; man sei nicht gewillt, die Nachbarschaft der Türkei mit einer anderen zu vertauschen, man könne sich doch nicht so undankbar gegen die Pforte erweisen und aus ihrer jetzigen Verlegenheit Vortheile ziehen; auch würde sie weit eher den Ver-

lust der Moldau und Wallachei, als die Abtretung Belgrads, dieser wichtigen Grenzfestung, verschmerzen. Und hatte nicht Russland gewonnenes Spiel, wenn Oesterreich in den hingeworfenen Köder biss? [1]) Auch die Eitelkeit des Staatskanzlers war in diesem Moment sehr verletzt. Nicht wenig lebte er in der Einbildung, wie gründlich es ihm gelungen sei, Friedrich in Neustadt von den unerschütterlichen Grundsätzen der österreichischen Politik überzeugt und ihm auch die feste Zuversicht zu der Festigkeit und insbesondere der Aufrichtigkeit derselben eingeflösst zu haben. Nun musste er sehen, dass all sein Mühen eitel gewesen. Er machte seinem gepressten Herzen in einer Depesche an seinen Liebling, van Swieten, Luft. „Der König muss entweder meine offene Sprache als eine Verstellung angesehen haben oder in dem Glauben leben, dass wir Leute wären, die von ihren systematischen Entschliessungen so leichten Kaufes abzubringen sind. Wie hätte sonst der König einen solchen Antrag auch nur vorbringen können, wie wäre es möglich, dass er über die nach Russland ertheilte Antwort missvergnügt ist, da dieselbe doch mit Allem, was dem König längst und oft auseinandergesetzt worden ist, vollkommen übereinstimmt. Der König sollte Oesterreich Dank wissen, dass es sich gegen Russland an den Laden legt, und eine grosse Gefahr nicht blos von Oesterreich, sondern auch von Preussen abwendet." „Wir verachten eben so wenig", fuhr Kaunitz fort, „wie der König, bei einer sich darbietenden Gelegenheit wesentliche Vortheile zu erlangen. Allein die Sicherheit und Selbsterhaltung der Monarchie bilden das Axiom der österreichischen Politik, denen man alle nur scheinbaren Vortheile anstandslos opfern müsse. Der gegenwärtige Moment sei ein kritischer, er entscheide das Schicksal Oesterreichs

---

[1]) An Swieten 5. August 1771. (W. A.)

und auch Preussens, es wäre daher unverantwortlich, einen politischen Fehler zu begehen."

Und wie sehr man in Wien die Bedeutung des Moments in seiner tiefsten Tiefe erfasse, glaubte Kaunitz dadurch erkennen geben zu sollen, indem er auf das freilich noch in der Scheide steckende Schwert hinwies, dessen Gebrauch nur eine Frage der Zeit sei. Denn der Entschluss sei nach einem mit kaltem Blute gemachten politischen Calcul unabänderlich gefasst, eher das Aeusserste zu wagen, als die Sicherheit Oesterreichs ewig der Gefahr auszusetzen.[1])

Die catonische Strenge des österreichischen Staatskanzlers prallte wirkungslos an dem grossen Skeptiker ab. Swieten entfaltete seine ganze Beredsamkeit, um Friedrich von der Unerschütterlichkeit des österreichischen politischen Systems zu überzeugen. Leider vergebens. Er verzweifelte schier, dass es gelingen dürfte Friedrich zu bestimmen, Hand in Hand mit Oesterreich „die gerade offene Strasse zu wandeln", und ihn von seinen „kleinen, einseitigen und gekünstelten Vorschlägen abzubringen."

Wie tief bedauerte es Friedrich, die Intentionen des Wiener Hofes verfehlt zu haben; er werde noch auf weitere Auswege sinnen, hoffentlich endlich einen finden; er sei alt, fuhr er in bemitleidungswürdigem Tone fort, sein Hirn sei

---

[1]) P. S. vom 5. August 1771. Am Schlusse desselben findet sich folgende eigenthümliche Stelle durchstrichen: „Es ist wahr, dass ein kurzes und ganz unfehlbares Mittel vorhanden wäre, der Verwirrung ein Ende zu machen, Vortheile zu erhalten, für die künftige Sicherheit zu sorgen. Dazu sei vollständiges Einverständniss zwischen ihren Majestäten und dem König nothwendig, dies von dem Könige nicht zu hoffen. Chimäre wäre es auch, zuerst von dem erwähnten Mittel Erwähnung zu thun. Wenn ihr euch auf meine mündlichen Raisonnements zurückerinnert, werdet ihr leicht errathen, was ich unter dem erwähnten Mittel verstehe, und warum selbiges der ewigen Vergessenheit widme."

abgenutzt, das gebe nur hohle Ideen, er sei nur eine Novize in der Politik im Vergleiche mit Kaunitz.[1])

Nochmalige Erörterung der ganzen Sachlage, Wiederholung derselben Gründe für und wider Russland, Hinweis des Königs auf die Verwirrung in Polen, und Betonung, dass gerade in Bezug auf dieselbe er sich genöthigt sehen könnte, an einem etwaigen Conflicte Antheil zu nehmen, dies war der Inhalt eines längeren Gespräches zwischen dem König und dem Gesandten. Letzterer brachte ebenfalls kein neues Argument bei. Nochmals machte er einen Versuch den König zu erschüttern; die Gefahr drohe von Russland, nur ein Mittel gebe es ihr zu begegnen: Allianz zwischen Oesterreich und Preussen. Und wieder blieben diese Gründe wirkungslos; es ist mein Verbündeter, war die ewige für Swieten monotone Antwort.

Wenn daher Friedrich von den ihm gemachten Eröffnungen und sonstigen Nachrichten reichlichen Gebrauch machte, um in Petersburg auf die hohe Wahrscheinlichkeit einer Verwicklung mit Oesterreich hinzuweisen und vielleicht doch die russische Kaiserin zu bestimmen, mildere Saiten aufzuziehen, so entsprach dies der Sachlage.[2]) In Wien gab sich Kaunitz den Anschein, als ob er nur auf Krieg sänne. Die Mächte müssten in der „Beisorge erhalten werden", wie sich der Staatskanzler ausdrückte, dass Oesterreich zum Schwerte greifen werde. Der König wähnte sich in der That am Vorabende eines allgemeinen Krieges; er verzweifelte fast, dass es ihm noch gelingen werde, den Ausbruch zu verhindern. Selbst wenn Russland in Bezug auf die Moldau und Wallachei sich nachgiebig erwies, konnte Oesterreich einen anderen Punkt, die Freiheit der Tataren, beanstanden und

[1]) Van Swieten's Bericht vom 14. Aug. 1771.

[2]) Die von Smitt II, 36 gemachten Bemerkungen sind unbegründet.

hierin einen Kriegsfall sehen.[1]) Indess erlahmte er in seinen Bemühungen in Wien und Petersburg zur Mässigung zu mahnen nicht. Auch seinem Gesandten in Constantinopel gab er den Auftrag, entschieden dem Frieden das Wort zu reden, aber er erwartete keine Erfolge: Frankreich und Oesterreich werden sich dagegen stemmen, und alle Bemühungen in dieser Richtung zu vereiteln suchen. Er trieb die Petersburger zur Verstärkung der Armee gegen die Pforte und die polnischen Confœderirten an; man werde dies im nächsten Jahre sehr benöthigen und die Kosten gewiss nicht bedauern, wenn man die Streitkräfte in ansehnlicher Weise vermehren würde.[2]) Auch erwog er schon den Kriegsplan Oesterreichs. Zunächst erwartete er einen Angriff auf die russischen Heere in der Moldau und Wallachei. Hierauf werde man sich nicht beschränken. In Polen werde man sodann an die Bildung einer allgemeinen Confœderation gegen Russland schreiten, die Absetzung des Königs und vielleicht auch ein Einfall in russisches Gebiet stehe zu erwarten. Seine unmittelbare Hilfeleistung schlug er in Petersburg nicht hoch an, denn er werde sich, im Falle er eine Diversion zu Gunsten Russlands mache, Frankreich und einige kleine deutsche Fürsten, die mit Oesterreich Hand in Hand gehen würden, auf den Hals ziehen. Er schlug diese Streitkraft auf 200.000 Mann an und gab zu erwägen, ob es nicht die Klugheit erheischen würde, lieber auf friedlichem Wege zum Ziele zu gelangen. Sei doch die Pforte ungemein geschwächt und gedemüthigt, wenn sie auch die Moldau und Wallachei behielte; es frage sich nur, ob sie dazu bewogen werden könnte, die übrigen Bedingungen anzunehmen. Wenn Oesterreich sich auch dem widersetzen würde, dann

[1]) Friedrich an Finkenstein vom 13. Sept. 1771. (B. A.)

[2]) König an Solms 29. Aug. 1771 u. 8. Sept. 1771 bei Smitt II. 39—41.

bliebe allerdings nichts anderes übrig als den Krieg zu führen. Allein er war einsichtig genug zuzugeben, dass Oesterreich nur in seinem Interesse handle, wenn es die Donaufürstenthümer weder unmittelbar noch mittelbar von Russland abhängig wissen wolle.[1])

Friedrich wusste damals noch nicht, dass zwischen Oesterreich und der Pforte am 6. Juli 1771 ein Vertrag zu Stande gekommen war, wohl aber hatte er Kunde von öfteren Zusammenkünften des österreichischen Vertreters und der türkischen Staatsmänner. Auch glaubte er, dass gewisse Abmachungen mit den Conföderirten im Zuge seien. Die russische Macht war dem nicht gewachsen. In Petersburg mochte man mit Rücksicht auf die errungenen Erfolge auf das Heer stolz sein. Friedrich urtheilte ganz anders. Russland müsse ganz andere, energischere Anstrengungen machen, wenn die Hoffnung, Stand halten zu können, nicht ganz illusorisch sein sollte, schrieb er nach Petersburg. In der Türkei müssten die Heere unter Rumänzow und Dolgorucki verstärkt, in Polen sogar verdoppelt werden.[2])

Es waren sorgenvolle Tage, die Friedrich verlebte. In Petersburg drängte Panin auf eine unzweideutige Erklärung, ob der König auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen an die Durchführung des Theilungsplanes denke, Russland müsste sonst auf ein anderes Mittel sinnen, um sich für die Kriegskosten zu entschädigen, überhaupt sowohl der Pforte als auch Polen gegenüber sein bisheriges System ändern.[3])

---

[1]) 1. Sept. 1771 Friedrich an Solms, Smitt II, 42.

[2]) An Solms vom 25. Sept. 1771 bei Smitt II, S. 45.

[3]) Mais, sagte Panin zu Solms, il importoit de savoir, si V. M. persistoit dans la resolution de faire pour elle même et de laisser faire à la Russie les acquisitions en Pologne, ou si elle avoit des raisons d'abandonner ce plan et de ne point accomplir le concert qui etait sur le point d'etre determiner pour cet effet entre les deux Cours, que si

Nicht blos Rücksichten auf Oesterreich, sondern auch die Verhältnisse in Polen drängten Russland, sich die Unterstützung des Königs um jeden Preis zu sichern. Wolkonski's Mission war gescheitert; es war ihm nicht gelungen, die Bildung einer compacten russischen Partei durchzusetzen; theilweise hemmten die Weisungen, die er aus Petersburg erhielt, jedes consequente Vorgehen. Bald hiess es, er solle die Gegner der Csartoryski zu gewinnen suchen, bald wollte man sich doch dieser Familie bedienen, um zur Beilegung der innern Wirren zu gelangen. Der Gesandte wurde dieses fortwährenden Systemwechsels überdrüssig und liess den Dingen ihren Lauf. Es scheint, dass man in Petersburg nicht abgeneigt war, sich auch mit den Conföderirten in Unterhandlungen einzulassen, aber diese stellten die Bedingung, dass der König abgesetzt werden müsse, zu welcher Forderung sie durch ihren Eid genöthigt seien. Eine Partei war mit dem Pacificationsplane, den man in Petersburg ausgearbeitet und in Warschau mitgetheilt hatte, vollständig zufrieden und geneigt Russland zu unterstützen. Aber diese Bemühungen scheiterten an dem Widerstand des Königs, sich von seinen Oheimen zu trennen, mit denen der Bischof von Wilna und andere, die sonst noch Russland ihre Unterstützung anboten, nichts zu thun haben wollten. Der preussische Gesandte klagte, dass nur der König die Schuld trage, wenn alle Versuche zur Herstellung der Ruhe scheitern. Wolkonski huldigte der Ansicht, dass nur durch Occupirung polnischer

V. M. se declaroit pour le dernier, il faudroit qu'alors sa cour songeat à d'autres moyens de se procurer un dedomagement pour les frais de la guerre et qu'elle changeat de sisteme par rapport a la paix qu'elle auroit a faire avec la Porte aussi bien, que pour ce qui etoit des affaires de Pologne, qu'en un mot il failloit alors faire un plan tout nouveau. Solms $\frac{23.\ \text{Aug.}}{3.\ \text{Sept.}}$ 1771. (B. A.)

Gebietstheile durch Preussen und Russland die Ruhe werde hergestellt werden können, er sagte zu Benoit, dass er in diesem Sinne in Petersburg wirke und wirken werde.[1])

Wolkonski wurde im Frühjahre 1771 durch Caspar von Saldern ersetzt. In Petersburg rechnete man stark darauf, dass diesem gewandten Diplomaten gelingen werde, was seinen Vorgängern im Amte missglückt war. Die ungemein reizbare und heftige Natur dieses Mannes war für die ihm ertheilte Mission ganz ungeeignet. Anstatt die Parteien zu versöhnen, hatte er es bald mit allen verdorben; er behandelte die Polen in ähnlicher Weise, wie seiner Zeit Repnin.[2]) Dabei war er einsichtig genug, sich der Ueberzeugung nicht zu verschliessen, dass Russland in Polen durchaus keine Partei besitze, auf die es mit Sicherheit zählen könnte. Der grösste Theil der Polen — etwa drei Viertheile — gehört offen oder heimlich den Conföderirten an, berichtete er nach Petersburg. Wenn ich mit General Waymarn heute Warschau verlasse, schreibt Saldern, Militär und Kanonen mitnehmend, so ist in 24 Stunden ganz Warschau conföderirt und der König wird in seinem Palaste mit Steinen todtgeworfen. Die Werber der Conföderirten trieben seit Jahren ungestört in Warschau ihr Wesen, russische Patrouillen wurden mit Steinen und Dachziegeln beworfen, mit Flinten und Pistolen beschossen.[3]) Die Schilderung, welche Saldern von den massgebenden Persönlichkeiten in Warschau entwarf, zeigt nur zu deutlich, dass die sogenannten Russenfreunde durchaus unzuverlässig waren, und der König hatte zwar am 16. Mai

[1]) Benoit's Berichte vom November und December 1770, vom 2. Januar, 6. und 11. Februar, 27. März 1771. (B. A.)

[2]) Il fulmine et dit beaucoup plus d'injures a tout le monde que ne l'a jamais fait le Pc. Repnin. Aus einer Depesche Benoit's vom 15. Juni 1771. (B. A.)

[3]) Bei Ssolowjoff a. a. O. S. 118 u. 123.

einen Revers unterzeichnet, worin er sich verpflichtete, mit der Czarin über Alles zu berathen und in Uebereinstimmung mit ihr zu handeln, ohne ihre Einwilligung Niemand zu belehnen, und keine erledigten Stellen und Starosteien zu besetzen, aber die Erfahrungen der letzten Jahre hatten nur zu oft gezeigt, dass auf Stanislaus August nicht zu bauen war.

Am 15. April langte Saldern in Warschau an, und schon nach einem Monate erklärte er dem preussischen Gesandten, nachdem er einen Einblick in das ganze wirre Getriebe gewonnen hatte, dass es am besten wäre, wenn die drei Mächte, Oesterreich, Preussen und Russland, sich über eine Theilung des Landes verständigen würden.[1] Auch an Panin schrieb er, man müsse Polen theilen, wenn man diese Republikaner zur Vernunft bringen will.[2] Wie Benoit berichtete, wollte Panin das Pacificationswerk fortgesetzt wissen, nach Beendigung desselben würde man die Polen nöthigen einige Provinzen abzutreten, während Saldern die Ansicht vertrat, dass Beides zugleich stattfinden solle, und Friedrich bitten liess, in diesem Sinne in Petersburg thätig zu sein.[3] Die russischen Truppen hatten das Feld von den Confōderirten nicht gesäubert, neue Schaaren tauchten fortwährend auf; in Litthauen wurden mehrere

---

[1]) Benoit schreibt am 8. Juni 1771 il (Saldern) m'a dit tout rondement que par des negociations il voyoit, que ni avec la Cour d'ici ni avec la Republique il n'y auroit absolument rien, qu'il faloit donc que V. M. pris des arrangemens necessaires avec les Cours de Petersbourg et de Vienne pour les mettre entièrement de concert avec Elle sur cet article afin de determiner formellement la part que chacun des trois Puissances s'approprieroit et qu'alors il ne s'agiroit plus que de mettre tout simplement chacun en possession et de laisser crier les Polonais. (B. A.)

[2]) Qu'il faloit absolument demembrer la Pologne pour mettre ces Republicains à la raison.

[3]) Benoit vom 6. u. 23. Juli 1771. (B. A.)

Detachements von Kossakowski aufgerieben, der Aufstand daselbst nahm grosse Dimensionen an. Saldern hielt die russischen Streitkräfte für zu schwach; lebhaft wünschte er, dass sich Friedrich entschliessen möchte, einige Regimenter, etwa 6—7000 Mann, an der polnischen Grenze zusammenzuziehen. Der König lehnte damals ab.[1])

Russland war, bei dieser Sachlage auf sich allein angewiesen, nicht im Stande, den Krieg mit der Pforte weiterzuführen, wenn diese von Oesterreich unterstützt wurde; in Polen reichten seine Truppen nicht aus, den Aufstand zu bemeistern. Und doch sträubte man sich dagegen, irgend welche Concessionen zu machen, sei es in Polen, sei es in Constantinopel.

Die Entscheidung über Krieg und Frieden lag bei Friedrich. Er hatte seine Ansicht nicht geändert. Lebhaft ersehnte er eine Beilegung der Wirren im Oriente, um nicht gezwungen zu werden, zum Schwerte greifen zu müssen, aber er traf alle Vorbereitungen zum Kampfe, an welchem er sich betheiligen wollte, wenn eine Einigung mit Russland erzielt wurde und der Preis den enormen Kosten und dem Wagnisse entsprach. Heinrich stimmte dieser Auffassung bei und rieth zur Neutralität, wenn die Russen auf die Entschädigung nicht eingingen.

Es sollte so weit nicht kommen; ein Systemwechsel in Wien veränderte mit einem Schlage die Situation.

---

[1]) Saldern an Friedrich am 31. Juli, Antwort des Königs vom 11. August 1771. (B. A.)

Eilftes Capitel.

Schwankungen der Wiener Politik.

Die Kunde von dem glücklichen Anschlusse der Convention mit der Pforte kam Anfangs August nach Wien. Kaunitz hielt das Ereigniss für so wichtig, dass er die Kaiserin beglückwünschte, indem er zugleich die Verdienste Thugut's hervorhob, der es bewirkt habe, dass die festgesetzten Bestimmungen weit vortheilhafter seien, als er erwartet hatte. Die Kaiserin stimmte in das Lob Thugut's ein und vollzog als Belohnung für seine Verdienste seine Ernennung zum Internuntius. Sonst empfand sie keine grosse Freude über die Verbindung mit der ungläubigen Pforte. „Ich nehme nicht gerne Geld von diesen Leuten“, schrieb sie am Rande des Vertrages, „Gott gebe diesen Winter nur den Frieden.“ Hieran zu arbeiten, empfahl sie am angelegentlichsten ihrem Staatskanzler. [1])

Die Pforte ersuchte kurze Zeit nach dem Anschlusse der Convention, Oesterreich möchte doch einige Demonstrationen machen. Kaunitz war bereit, sich den Türken willfährig zu erweisen. Von Russland und Preussen, meinte er, habe man nichts als Redensarten zu erwarten; Russland könnte nur mürber gemacht werden, wenn man in Wien den festen Entschluss bekunde, sich jeder Vergrösserung desselben mit Waffengewalt zu widersetzen. Der Staats-

[1]) Vortrag vom 2. Aug. 1771. (W. A.)

kanzler schlug deshalb vor, ein Corps von 15—20.000 Mann nach Siebenbürgen zu senden, ohne jedoch im gegenwärtigen Momente die siebenbürgische Wallachei zu besetzen. Schon die Zusammenziehung dieser Truppen werde einen grossen Eindruck machen, wenn sich zugleich der Kaiser zur Armee begeben würde.

Der Staatskanzler fand mit seinem Antrage Schwierigkeiten.[1]) Der kriegerische Rausch, der sich in manchen Stunden seiner bemächtigt haben mag, war ohnehin rasch verflogen. Die Situation hatte sich in den letzten Monaten in der That bedeutend geändert. Als man sich anschickte mit der Pforte Verhandlungen über den Abschluss eines Bündnisses anzuknüpfen und die Zusammenziehung von Truppen in Ungarn anzuordnen, erwartete man, dass die Nachricht von den militärischen Massnahmen in Russland und Preussen einen bedeutenden Eindruck machen werde. Die Furcht vor einem allgemeinen Kriege hatte Friedrich indess doch nicht bestimmt, bündige Zusicherungen seiner Neutralität bei dem Ausbruche eines Krieges mit Russland zu machen; er hatte im Gegentheile die Wiener Kreise in vollständiger Ungewissheit gelassen, und diese sollten annehmen, dass er kein theilnahmsloser Zuschauer bleiben werde, wenn die österreichischen Heere zur Bekämpfung seines Bundesgenossen sich mit der Pforte vereinen würden.

Im September 1771 sah man sich daher in Wien abermals genöthigt, eingehend und sorgsam das nun zu befolgende politische System zu erwägen. Sollte man in den bisherigen Bahnen beharren und die Convention mit der Pforte strict aufrecht erhalten, oder war eine Aenderung durch die mittlerweile eingetretenen Verhältnisse geboten

[1]) Der Marsch der Truppen kann wegen der Ursachen, die dem Fürsten bekannt sind, nicht erfolgen, lautete die kaiserliche Entschliessung. Vortrag vom 24. Aug. 1771.

und daher jene Politik, die zum Abschlusse eines Vertrages mit der Pforte geführt, zu verlassen. Es lag durchaus nicht in dem Plane des Fürsten Kaunitz, gegen Preussen und Russland zugleich in den Kampf einzutreten.[1]) So sehr man sich seit dem Frieden bemüht hatte, das Heer auf eine hohe Stufe der Entwickelung zu bringen, so vortheilhaft auch das Urtheil über die Ausbildung desselben aus dem Munde Friedrichs, des grössten Kenners in dieser Beziehung, lautete, man bangte doch vor einem Kampfe gegen einen Feind zurück, dessen geniale Unerschöpflichkeit man genugsam kennen zu lernen Gelegenheit gehabt hatte. Die Factoren, mit denen man zu rechnen hatte, waren andere geworden. Man hatte Preussen nicht bekämpfen zu müssen geglaubt, und die Annahme, mit den Russen bald fertig zu werden, war eine nicht gewagte. Nun legte Friedrich in seiner Politik denn doch eine grössere Consequenz an den Tag, als ihm Kaunitz zugemuthet hatte.

In einer Denkschrift rechtfertigt Kaunitz den Gang seiner bisherigen Politik.[2]) Nachdem das Kriegsglück Russland so sehr begünstigt, meint er, und demselben ein solches Uebergewicht über die Türken verschafft, wodurch die früheren Voraussetzungen vollständig über den Haufen geworfen worden seien, dass die beiden kriegführenden Mächte aus dem Kampfe geschwächt hervorgehen würden, ohne dass eine von ihnen irgend welche Vortheile erlangen werde, standen Oesterreich nur vier Wege offen: sich die Schwäche

[1]) Die Veranlassung eines Krieges mit dem ernannten König und zugleich mit Russland für die allerübelste und unglücklichste Begebenheit anzusehen wäre, so das durchlauchtigste Erzhaus betreffen könnte. Denkschrift des Fürsten Kaunitz, Beilage zum Vortrage vom 25. Sept. 1771.

[2]) Sie führt den Titel „Kurze Schilderung der diesseitigen Massnahmen während des zwischen den Türken und Russen obwaltenden Krieges“ vom 25. Sept. 1771. (W. A.)

der Pforte zu Nutzen zu machen und mit Russland gemeinschaftlich derselben den letzten Stoss zu versetzen, oder die Partei der Pforte zu ergreifen, oder vollständig passiv zu bleiben, oder endlich sich weder auf die Seite Russlands noch auf jene der Pforte zu stellen, sondern das eigene Verhalten nach Umständen einzurichten.

Die letzte Modalität wäre von Vornherein ausgeschlossen gewesen, denn sie würde das Vertrauen, welches sich Oesterreich durch seine gerade rechtliche Politik erworben, vollständig erschüttert haben; man hätte es nur nach allen Seiten verdorben, die Gefahr vergrössert und die Monarchie künftighin unberechenbaren Wechselfällen ausgesetzt. Die vollständige Unthätigkeit wäre ebenfalls nicht zu rechtfertigen gewesen. Man hätte alles dem Schicksale überlassen, nichts gutes gewirkt, noch das Uebel verhütet; Oesterreich hätte an Ansehen verloren, weil man die Inactivität nur der Furcht vor Russland zugeschrieben haben würde.

Es blieb demnach nur übrig: entweder die Partei Russlands oder jene der Pforte zu ergreifen. Mit mathematischer Bestimmtheit sucht nun Kaunitz den „Beweis zu liefern, dass Oesterreich nicht gleich Anfangs“ sich zur Ergreifung der Partei Russlands habe entschliessen dürfen und können. Denn es sei klar, dass es für die Monarchie am vortheilhaftesten gewesen wäre, wenn der Krieg die beiden kriegführenden Parteien sehr geschwächt hätte, und entweder der Status quo ante hergestellt worden wäre, oder aber, wenn Russland so geringe Vortheile als möglich und Oesterreich ebenfalls einige „Nebenavantagen“ erlangt hätten. Diese beiden Möglichkeiten wären von Vornherein ausgeschlossen gewesen; nicht einmal einen Versuch hätte man machen können, diesen wichtigen Endzweck zu erreichen. Durch eine Verbindung mit Russland hätte man zu einer Vergrösserung desselben beigetragen, was doch mit dem Interesse

Oesterreichs nicht vereinbarlich sei, und die zu erlangenden Vortheile hätten mit den russischen einen Vergleich nicht aushalten können. Preussen wäre in diesem Falle entweder ebenfalls in den Besitz eines grössern Länderstriches in Polen gekommen, und zwar ohne Gefahr, ohne Schwertstreich, oder aber, im Falle ihm nichts gewährt worden wäre, hätte es sich von Russland getrennt und eine Annährung an Frankreich gesucht, wodurch eine totale Umwälzung in dem europäischen System herbeigeführt, vielleicht auch ein allgemeiner europäischer Krieg veranlasst worden wäre.

Man musste sich demnach zu einer Unterstützung der Pforte entschliessen, um einen für dieselbe ungünstigen Frieden mit Russland zu verhindern. Indem man ihr Hoffnung zu einer nach Zeit und Umständen thätigen Unterstützung gemacht, habe man ihren tief gesunkenen Muth gehoben und bewirkt, dass sie sich nicht vollständig in die Arme Russlands geworfen. Auch entsprach die übernommene Verbindlichkeit durchaus dem staatlichen Interesse.

Kaunitz hielt die Lage, in der sich Oesterreich nun befand, nicht für unvortheilhaft. Nachdem man an Russland erklärt, dass die Friedensbedingungen desselben unannehmbar seien, befände man sich vor der Alternative, entweder dabei zu beharren, oder aber eine etwaige Nachgiebigkeit um so höher in Anschlag zu bringen. Der Abschluss eines Friedens ohne Betheiligung Oesterreichs sei nicht zu befürchten, da die Pforte durch die Convention gebunden sei, und es auch in ihrem Interesse liege, nur mit Zustimmung Oesterreichs sich in Verhandlungen einzulassen. Beharre man bei den einmal angenommenen Grundsätzen, so werde man auch einige Vortheile ziehen können. „Der Krieg ist noch nicht beendigt, die Würfel liegen sozusagen noch auf dem Tisch. Das blinde Glück, welches die russischen Waffen bisher so ausserordentlich

begünstigt hat, kann auf einmal umschlagen, und die Entkräftung Russlands muss zunehmen."

Allein selbst für den Fall wenn Russland die von ihm gestellten Friedensbedingungen dennoch durchsetzen sollte, habe man es von Vornherein dahin gebracht, dass auch Oesterreich einige Vortheile erlangen werde und müsse. Man werde entweder von Russland einige türkische Gebiete, z. B. die Moldau und Wallachei, abgetreten erhalten, oder man könne von dem schon gemachten Anbote, sich in Polen schadlos zu halten, Gebrauch machen.

Die Politik des Fürsten Kaunitz war abermals an einen Wendepunkt gelangt. Er überliess jedoch die Entscheidung über die nunmehr zu befolgende Richtung ganz den Majestäten, indem er sich beschränkte, eine Reihe „allerunterthänigster Anfragen" zu entwerfen, und „sein kurzes ohnmassgebliches Dafürhalten" hinzuzufügen.[1])

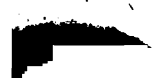
Der Staatskanzler sprach sich damals noch für die Erfüllung der Convention aus. Das Beharren auf der eingeschlagenen Bahn hielt er auch bei dem gegenwärtigen Systeme mit dem Staatsinteresse für vereinbar. Man könne von einem einmal gegebenen Versprechen nicht jählings abspringen, auch nicht von der Pforte stricte Erfüllung ihrer Zusagen fordern, ohne den übernommenen Verpflichtungen gerecht zu werden. So lange man an dem richtigen Grundsatze festhalte, dass durch das Anwachsen der russischen Macht dem Erzhause eine grosse Gefahr drohe und für dasselbe nur von den nachtheiligsten Folgen begleitet sein könne, sei es nur natürlich und vortheilhaft mit der Pforte in enger Verbindung zu bleiben. Ja, wenn die geheime Convention noch nicht zum Abschlusse gekommen wäre, müsste man dahin streben es zu thun, da Oesterreich die einzige Macht sei, welche sich den gefähr-

[1]) Dem Vertrage vom 25. Sept. 1771 beiliegend.

lichen Tendenzen Russlands entgegensetzen könne. Durch die Convention werde Oesterreich nur eine Verpflichtung auferlegt, die ohnehin mit dem Staatsinteresse vollständig übereinstimmt, nämlich einen guten Frieden befördern zu helfen. Sonst sei dieselbe unbestimmt, in allgemeinen Ausdrücken gehalten, denen leicht eine den Umständen angemessene, ungezwungene Auslegung gegeben werden könne, und die sogar unbenommen lasse, sich mit Preussen und Russland in zweckdienliche Unterhandlungen einzulassen.

Hielt man nun an der mit der Pforte vereinbarten Stipulation fest, so blieb nichts übrig, als die Kriegsanstalten und Demonstrationen weiter fortzusetzen, da man sonst „bei Freund und Feind eine schlechte Figur spielen würde.“ Kaunitz war ehrlich genug zu gestehen, dass er sich davon keine bedeutenden Erfolge verspreche; weder Russland werde sich bestimmen lassen, von seinen der Pforte gestellten Friedensbedingungen abzugehen, noch werde Preussen vollständig inactiv bleiben. Allein er erwartete, dass sich Russland dennoch eine gewisse Mässigung auferlegen und das Ansehen und der Einfluss Oesterreichs bei den kriegführenden Theilen nur gewinnen werde. Auch verlangte Kaunitz nicht, die ganze Armee auf den Kriegsfuss zu setzen, sondern nur alle Vorbereitungen zum Kriege zu treffen. Viel gewagt wurde dabei nicht. Der Winter stand vor der Thür, und bei der diplomatischen Action der nächsten Monate, wie sie von dem Staatskanzler in Aussicht genommen wurde, konnte der Hinweis auf die Kriegsanstalten doch vom Nutzen sein.

Die Möglichkeit einer Verständigung hatte dem Fürsten Kaunitz während der ganzen Zeit, als er sich Russland und Preussen gegenüber abwehrend verhielt, vorgeschwebt. Als Swieten ihm im April die Mittheilung machte, dass Friedrich die Aeusserung habe fallen lassen, Oesterreich möge in seinen Archiven nachsuchen lassen, ob es nicht grössere



Ansprüche auf einige polnische Gebietstheile erheben könne, gab Kaunitz, wie wir gesehen, zwar eine ablehnende Antwort, aber er trug dem Gesandten doch auf, zu ergründen, ob Russland wirklich schon seine Zustimmung gegeben oder sich blos im Allgemeinen willfährig gezeigt habe. Swieten hatte ihm geantwortet, dass Russland blos Livland fordere, und da schien es ihm doch zweifelhaft, dass man in Petersburg zu den wichtigen Erwerbungen des Königs die Zustimmung gegeben haben sollte, während man für sich ein verhältnissmässig unbedeutendes Gebiet in Anspruch nahm. Die Aufforderung Friedrich's sich in Polen noch weiter auszudehnen, übte auf den Staatskanzler keinen verführerischen Reiz aus; die Erwerbung polnischer Gebiete schien ihm eben nicht vortheilhaft genug. Zu etwas Grösserem und Soliderem hätte er augenblicklich seine Hand geboten. Mochte Preussen sich in Polen ausbreiten, wenn es nur Schlesien an Oesterreich zurückgab.[1])

Ein ähnlicher Gedanke beschäftigte den Staatskanzler in den Augusttagen, als er den Anwurf Friedrich's, dass die Moldau und Wallachei Oesterreich zugewiesen werden sollen, mit Entrüstung zurückwies.[2])

---

[1]) P. S. vom 7. Mai 1771 an Swieten heisst es Punkt 4: Eurer eigenen Erwägung wird anheimgegeben, wie allenfalls eine schickliche Gelegenheit zu finden, und blos als dero eigene Gedanken fallen zu lassen wäre, ob nicht überhaupt aus dieser Theilungsidee etwas grösseres und solideres zu Stande zu bringen und allenfalls gegen proportionirte Avantagen des Königs von Preussen in Polen auch unserem Hof mit Abtretung des glatzischen und einestheils von Schlesien ein anständiges Aequivalent zuzuwenden thunlich sein dürfte, wobei jedoch dieselben von selbst begreiffen, dass diese Insinuation mit der grössten Behutsamkeit und Delicatesse anzubringen sei und auf eine Art, damit bei dem König von Preussen ja nicht der alte Verdacht wieder aufgeweckt werde, als wenn wir den Verlust von Schlesien noch immer nicht verschmerzen könnten und keine gute Gelegenheit versäumen würden, ihn wieder mit Gewalt der Waffen zu ersetzen.

[2]) Vrgl. oben die Note S. 90.

Was war nun Preussen gegenüber bei der veränderten Sachlage zu thun? Schwer fiel es dem Staatskanzler aufs Herz, dass Friedrich an Einfluss und Vortheilen nur gewonnen hatte. Doch gab es kein Mittel dem zu steuern. Die Bemühungen, dem Könige einiges Vertrauen einzuflössen, hatten bisher keinen bedeutenden Erfolg gehabt. Der „echte Begriff von dem österreichischen Staatssysteme", welchen Friedrich erlangen sollte, hatte blos die Wirkung gehabt, dass er bei der Pforte die Uebertragung der Mediation an Oesterreich befürwortet hatte. So behauptete wenigstens Kaunitz und er war auf dieses Resultat seiner diplomatischen Thätigkeit nicht wenig stolz. Und für das Widerstreben Friedrich's zu gemeinsamen Massnahmen gegen Russland die Hand zu bieten, hatte der Staatskanzler eine bündige Erklärung zur Hand. Friedrich's Politik so lautete das stereotype Wort in der Staatskanzlei, fasse nur die Gegenwart in's Auge und lasse das Zukünftige ganz ausser Acht; er wolle nur momentan Vortheile erhaschen, unbekümmert um die Dinge, welche die Zukunft in ihrem Schosse barg. Dass es in Friedrich's Intentionen nicht lag einen Krieg mit Oesterreich zu führen, schien dem Kanzler ausgemacht, allein er zweifelte nicht daran, dass er zu den Waffen greifen werde, wenn dies nicht zu vermeiden sei. Kaunitz hatte auf diese „Furcht vor einem Kriege", die er bei dem Könige voraussetzte, seine tiefverschlungenen Pläne gebaut. Er hatte angenommen, dass sich Friedrich zur Vermeidung eines Kampfes bestimmt finden werde, mit Oesterreich gemeinschaftliche Sache zu machen; Russland musste sich dann zu einem Frieden bequemen, unter Bedingungen, die man in Wien vorschrieb. Eines war dem Fürsten Kaunitz allerdings gelungen. Friedrich hielt in der ersten Hälfte des Monats September den Krieg fast für unvermeidlich. Das Klirren mit dem Schwerte hatte doch momentan Eindruck gemacht. Die Nachrichten aus Wien und aus Petersburg liessen eine an-

dere Lösung schwer erwarten. Da zerriss die Kaiserin das fein gesponnene Gewebe des Fürsten Kaunitz. In der Kunst der Verstellung nicht so bewandert, wie der von ihr bewunderte Staatskanzler, entlud sie sich der Last, die ihr das Herz zuschnürte, bei der ersten Gelegenheit, wenn ihr die Normen für ihr Verhalten nicht von ihrem Minister vorgezeichnet waren.

In einem solchen unbewachten Momente hatte Rhode, der preussische Gesandte, am 5. September 1771 Audienz bei der Monarchin. Diese machte aus ihrer Verlegenheit kein Hehl; die Hoffnungen zur Herstellung des Friedens seien erblichen, sagte sie, Oesterreich sei nicht im Stande, die russischen Propositionen in Constantinopel vorzulegen, auch könne man sie daselbst nicht annehmen, wenn der Sultan nicht Thron und Leben verlieren wolle; sie wünsche sehnlichst die Dinge in ein besseres Geleise gebracht, nur mit Widerwillen würde sie zu den Waffen greifen. Nur ein Mittel sehe sie noch, wenn der König es übernehmen wollte, die Pforte dahin zu bringen, sich auf Basis der russischen Vorschläge in eine Verhandlung einzulassen, und Russland bewegen möchte von der Moldau und Wallachei abzustehen. Aus der Krim die Russen zu vertreiben sei unmöglich, man werde hier geschehen lassen müssen, was nicht zu hindern sei. Die Kaiserin schloss ihre Unterredung damit, dass sie von der aufrichtigen und freundschaftlichen Gesinnung des Königs alles erwarte und erhoffe. [1])

Friedrich athmete tief auf, eine Last fiel ihm von Herzen. Noch vor wenigen Tagen hatte er daran verzweifelt, den Frieden erhalten zu sehen, nun schöpfte er neue Hoffnung. [2]) Er zögerte keinen Augenblick in Petersburg und

---

[1]) Depesche von Rhode 7. Sept. 1771. (B. A.)

[2]) Friedrich an Finkenstein 15. Sept. il y aura peut-être moyen de conjurer l'orage.

Constantinopel im Sinne Maria Theresia's thätig zu sein. Thut euer Möglichstes, schrieb er an Zegelin am 15. September, damit die Pforte sich in einen Congress einlasse, sonst sei ein allgemeiner Krieg zu erwarten, indem Russland, welches er nicht im Stiche lassen könne, seine Hilfe in Anspruch nehme. Er bestärkte die Petersburger in ihrer nachgiebigen Stimmung auf die Moldau und Wallachei zu Gunsten eines christlichen Fürsten Verzicht zu leisten. Und an Rhode schrieb er: Der Friede läge ihm ebenso sehr am Herzen, als der Kaiserin, er bäte sie nur in einem milderen Tone mit Russland zu sprechen.[2])

An Swieten erklärte Friedrich in einer Audienz, die Wünsche der Kaiserin erfüllen zu wollen. Er begreife ganz wohl, dass man ihn bitte, bei der Pforte derartige Vorstellungen zu machen, indem man in Wien suchen müsste, die Türkei zu „menagiren", ihm selbst sei es jedoch gleichgiltig, wie er mit der Pforte stehe, er würde sogar keinen Anstand nehmen, seine bisherigen Verbindungen mit derselben und seinen Tractat zu opfern, wenn nur der Friede hergestellt werde. Zegelin hätte schon die erforderlichen Befehle erhalten; Kaunitz werde damit zufrieden sein.[1])

Kaunitz war wie aus den Wolken gefallen, als er diese Depesche in der Nacht vom 22. auf den 23. September erhielt. Die geschwätzige Gutmüthigkeit der Monarchin hatte sein ganzes System über den Haufen geworfen. Die Drohungen, sich vielleicht mit der Türkei zur Bekämpfung Russlands zu verbinden, konnten nunmehr nirgends verfangen, nachdem Friedrich seiner Annahme nach sich gewiss beeilt hatte, den Petersburger Hof von dem Stande der Dinge in Kenntniss zu setzen. Umsonst hatte sich der österreichische Staatskanzler bemüht, sein Gesicht in ernste

---

[1]) An Zegelin, Solms und Rhode vom 15. Sept. 1771. (B. A.)

[2]) Bericht Swieten's vom 18. Sept 1771. (W. A.)

Falten zu legen und sich den Diplomaten mit jener geheimnissvollen Miene zu zeigen, die er in geburtsschwangeren Momenten so gerne zur Schau trug. Monate lang hatte er sich abgemüht, eine Convention mit der Türkei geschlossen, von ernsthaften Entschliessungen, unerschütterlichem Systeme, ernstesten Massnahmen in Petersburg und Berlin gesprochen, und seine Herrin hatte ihm das ganze mühevoll errichtete Kartengebäude über den Haufen geworfen.

In hartem vorwurfsvollen Tone wendete er sich an Maria Theresia. Die Kaiserin werde daraus entnehmen, schrieb er ihr, dass Rhode ihr Unglaubliches zuschiebe, allen jenen Grundsätzen diametral entgegen gesetzt, welche sie selbst festgestellt; im vollständigen Widerspruche stehend mit der Sprache, die man bisher in Petersburg, Constantinopel und Berlin geführt; das Werk von drei Jahren sei nun zerstört, alle begründeten Hoffnungen, die man bisher genährt, seien vernichtet, die Ruhe der Monarchie und das wesentliche Interesse derselben seien auf's Spiel gesetzt. Er sei bestürzt und verliere den Muth, zum ersten Male in seinem Leben.

In einer ausführlichen Antwort berichtigte Maria Theresia allerdings manche Aeusserung, die man ihr unterschob, im Wesentlichen hatte Rhode einen ganz getreuen Bericht erstattet; auch beurtheilte sie Friedrich weit milder, als Kaunitz und Van Swieten. Sie sah in dem ganzen Gebahren desselben keinerlei Finessen, sondern nur Unschlüssigkeit. Sie müsse bemerken, fügte sie am Schlusse hinzu. dass man nicht im Stande sei Krieg zu führen, nicht einmal Demonstrationen zu machen; sie wies auf die schlechte Ernte Böhmens in diesem Jahre hin, auf die Epidemien, den Mangel an Geld, man müsse streben, so gut als möglich herauszukommen, die Türken und die Convention setzen sie mehr in Verlegenheit als alles Uebrige, nur auf den Staatskanzler setze sie noch ihr ganzes Vertrauen, die Monarchie vor dem

gänzlichen Ruine zu retten, welche so viel Blut und Mühen gekostet.[1])

Das Geschehene konnte Kaunitz nicht mehr rückgängig machen. Er sah sich genöthigt, die Fundgruben seines Geistes anzuwenden, um aus der heillossen Sackgasse herauszukommen. Die Kaiserin hatte es verstanden, die Saite zu berühren, die bei dem Fürsten ihre Wirkung nie verfehlte.

Aber dieser Vorfall musste nun jedenfalls bei der Preussen gegenüber einzunehmenden Haltung in Betracht gezogen werden. Kaunitz schlug vor, an Van Swieten zu schreiben, Rhode habe in seinem Berichte getreulich gemeldet, dass die Kaiserin dem Kriege abhold sei, aber es sei ein Missverständniss, wenn er ihr die Aeusserung in den Mund gelegt habe, dass die Krim Russland überlassen werden müsse; die Kaiserin wäre weit entfernt, der Pforte vorgreifen zu wollen, nur darin habe sie dem Gesandten beigepflichtet, dass zur Wiedereroberung der Krim wenig oder gar keine Hoffnung sei und das Staatsinteresse Oesterreichs durch die Abtretung derselben an Russland nicht so tief verletzt werde, als durch die Unabhängigkeit der Donaufürstenthümer. Die Entscheidung hänge einzig und allein von den Kriegführenden ab. Gleichzeitig musste aber der König darauf aufmerksam gemacht werden, dass die Friedensermahnungen des Königs in Constantinopel einen geringen Erfolg versprechen, daher auf andere Mittel gesonnen werden müsste, wie die Ausbreitung eines allgemeinen Krieges abgewendet werden könnte. Oesterreich verabscheue zwar den Krieg, würde sich aber zur Erhaltung des Gleichgewichts dazu genöthigt sehen, und nicht gleichgiltig bleiben, wenn Preussen und Russland sich vergrössern, ohne

[1]) Rapport du Prince Kaunitz à l'Imperatrice de 23. Sept. 1771 et Apostille de l'Imperatrice. (W. A.) Vrgl. Josef an Leopold vom 25. Sept. 1771 bei Arnoth I, 344.

dass es ebenfalls einen Vortheil erhielte, es könne daher nur auf eine gegenseitige Verständigung ankommen.

Friedrich hatte bisher dem österreichischen Gesandten blos seine und Russlands Absicht in Polen Erwerbungen zu machen mitgetheilt, zu einer eingehenden Erörterung war es nicht gekommen, und der Staatskanzler tappte eigentlich noch immer im Dunkeln über die eigentlichen Pläne. Er wünschte den König dazu zu bringen, Farbe zu bekennen und einen Plan zu entwerfen, in welcher Weise man aus der gegenwärtigen Lage mit Anstand herauskommen könne. Denn dazu wollte er sich nicht herbeilassen, selbst die Initiative zu ergreifen und dem Könige Vorschläge zu machen, da er befürchtete, dass Friedrich die ihm gemachten Mittheilungen missbrauchen würde.

Nicht blos Preussen, auch Russland gegenüber hatte sich die Situation geändert.

Der Feldzug des laufenden Jahres hatte den russischen Waffen neue Erfolge gebracht. Fürst Dolgorucki hatte die Aufgabe erhalten, die Krim zu erobern. Das Unternehmen gelang. Nach dem Falle von Jenikale, Kertsch und Kaffa war die ganze Halbinsel unterworfen. Die Mursen erkannten die russische Oberhoheit an, der neugewählte Chan der Tataren unterzeichnete einige Wochen später einen Tractat, worin er sich unter den Schutz der Kaiserin von Russland stellte. An der Donau war es den Türken nicht gelungen, den Russen irgend einen bedeutenden Vortheil zu entwinden, die Moldau und Wallachei blieben in den Händen der Moskowiter.

Hatte Russland bisher nicht die geringste Geneigtheit gezeigt, seine Friedensbedingungen zu ermässigen, so war eine Nachgiebigkeit nach den Erfolgen des Sommers um so weniger zu erwarten. Die Darlegungen des Fürsten Kaunitz in seiner Anfangs Juli nach Petersburg gesendeten Denkschrift hatten auch, wie wir gesehen, keinen Eindruck

gemacht. Panin begründete in einer Staatsschrift, die er dem Fürsten Lobkowitz Mitte August übergab, abermals die russischen Forderungen. Um denselben ein grösseres Gewicht beizulegen, wurden dieselben in eine Form gekleidet, als ob es die Kaiserin wäre, die in fast unwiderruflicher Weise ihre Ansichten zu begründen suche.[1] Zugleich betonte Panin in seinen Gesprächen mit Lobkowitz das gute Einvernehmen Russlands mit Preussen. Bei den hierüber stattfindenden Erörterungen war auch der preussische Gesandte gegenwärtig, der auf die Nothwendigkeit einer baldigen Beilegung der Differenzen hinwies, da der König sonst genöthigt sein würde, seinen Verpflichtungen gegen Russland nachzukommen. Es sei doch zu berücksichtigen, setzte er nicht ohne Absicht hinzu, dass der preussisch-russische Tractat Bestimmungen enthalte, von denen man in weiteren Kreisen keine Ahnung habe. Auch wurden die Kriegsrüstungen mit erhöhtem Eifer fortgesetzt; in Petersburg sprach man von einem bevorstehenden Kampfe mit Oesterreich.[2]

Trotz aller Beweisführungen des österreichischen Staatskanzlers, dass die hochgespannten Forderungen Russlands dem Interesse Oesterreichs strict zuwiderlaufen, zeigte die russische Diplomatie zu einer Ermässigung derselben keine Geneigtheit. Gegen die kriegerischen Alluren des Wiener Hofes gewährte die Allianz mit Preussen genügenden Schutz, und dieser Umstand hatte am meisten dazu beigetragen, dass man alle Bedenken über die Einräumung polnischen Gebietes an Preussen zum Schweigen brachte. Indess wünschte man doch nicht, den Bundesgenossen allzumächtig werden

---

[1]) Precis d'un raisonnement propre de Sa Majesté Imp. pour être communiqué à monsieur le Prince de Lobkowitz, bei Goertz l. c. p. 50.

[2]) Depesche von Lobkowitz vom Aug. 1771. (W. A.)

zu lassen, gegen die Ueberweisung von Danzig und Thorn stemmte man sich auf das Entschiedenste, wobei allerdings auch falsche Vorstellungen über Beeinträchtigung des Handels und Verkehrs mitgewirkt haben mögen. Die russische Politik erreichte ihre Ziel, wenn es doch gelang, Oesterreich auf die eine oder andere Weise zu gewinnen, sei es durch Anbote in Polen oder in der Türkei. Die Vortheile lagen in diesem Falle nur auf russischer Seite. Die Pforte war gedemüthigt, Preussen wurde mit einigen Fetzen in Polen abgefunden, der Wiener Hof mit der Pforte auf die Dauer verfeindet, endlich bessere Beziehungen zu Oesterreich eingeleitet, um bei geeigneter Gelegenheit die weiteren Pläne zur vollständigen Vernichtung der Türkei wieder aufzunehmen.

Von diesen Gesichtspunkten geleitet, war die erwähnte Staatsschrift vom August massvoll gehalten, Kaunitz hatte eine solche Sprache nicht erwartet und nicht ohne Selbstbewusstsein wies er darauf hin, dass dies die Wirkung des von ihm nach Russland gesendeten Schriftstückes sei, da Mässigung dem russischen Hofe sonst nicht eigen wäre. Es fragte sich nur, wie man sich jetzt zu verhalten habe. Je mehr nun Russland in Sorge erhalten werde, schloss Kaunitz, dass eine Betheiligung Oesterreichs am Kriege erfolgen könne, um so grössere Rücksicht und Willfährigkeit sei sich von demselben zu versprechen. Allein dennoch dürfte die Möglichkeit nicht ganz ausgeschlossen bleiben, mit Russland ein besseres Einverständniss anzubahnen, ja das Verlangen darnach müsste aus der ganzen Haltung Oesterreichs erkenntlich sein. Denn nur durch Russland könnten die eigennützigen Absichten Preussens in Schranken gehalten werden. Kaunitz wünschte daher eine kaiserliche Entschliessung nach dieser Richtung getroffen, dass ihm vollständig freie Hand gelassen werde, künftighin seine Sprache nach Umständen zu mässigen oder zu schärfen.

Die Geneigtheit Russlands zu einer Verständigung mit Oesterreich ging aus zwei Thatsachen hervor, die ungemein in die Wagschale fielen. Es war den Russen bisher in Polen nicht gelungen, die Conföderirten vollständig zu Paaren zu treiben. Um das in Polen in Verwendung stehende Heer compacter verwerthen zu können, ersuchte man Friedrich, die Stadt Posen in seinen Cordon einzubeziehen. Friedrich hatte Anfangs vornehmlich mit Rücksicht auf Oesterreich mancherlei Bedenken, erst später willigte er ein. Russland hatte aber, wie es scheint, ohne dass der König es wusste, gleichzeitig in Wien insinuirt, die Stadt Krakau zu besetzen. Kaunitz sah darin einen Fallstrick, um Oesterreich für die Friedensbedingungen zu gewinnen. Wenn man darauf eingehe, legte er dar, würde man anerkennen, dass Russland die Befugniss habe, über die Besitzergreifung der polnischen Länder nach eigenem Gutdünken zu entscheiden. Auch war der Umstand massgebend, dass ein solches Vorgehen bei den übrigen Mächten Europa's, insbesondere bei der Pforte, bei Frankreich und den Conföderirten, einen schlechten Eindruck machen würde. Am meisten kam aber in Betracht, „dass man durch eine Willfährigkeit in dieser Richtung von dem Hauptplane abging und sich mit scheinbaren Nebenvortheilen begnügte und die eigentlichen Ziele der österreichischen Politik errathen liess.“

Auch ein anderer Anwurf Russlands legte vollste Geneigtheit zu einer Vereinbarung mit dem Wiener Hofe an den Tag. In den Schriftstücken beharrte Russland dabei, dass die Moldau und Wallachei der türkischen Botmässigkeit entzogen werden sollen, jedoch aus mündlichen Aeusserungen ging hervor, dass man es Oesterreich anheimstelle, diese Länder für sich zu behalten. Diesen Antrag hielt Kaunitz für keinen ernstgemeinten, da es in der Absicht Russlands liege, diese Gebiete entweder dem Grafen Orlow oder dem ehemaligen Hospodar Ghika zuzuwenden. Der Staatskanzler

war sich nun darüber klar, dass dies eben so viel hiesse, als wenn Russland im Besitze dieser Länder wäre, allein er war nicht abgeneigt, im äussersten Fall einem solchen Abkommen beizustimmen. Die Entscheidung, ob es mit den österreichischen Interessen mehr zu vereinbaren sei, die Moldau und Wallachei für sich zu behalten oder an Polen zu überweisen, welches hiefür einzelne Gebiete an Preussen und vielleicht auch an Oesterreich abzutreten hätte, wollte Kaunitz gegenwärtig noch vertagen, nur sprach er seine Ansicht dahin aus, dass durch Erwerbung dieser Länder kein Vortheil erwachse, indem dadurch nicht so sehr eine Stärkung als eine Schwächung des österreichischen Staatskörpers die Folge wäre, ausser man könnte auch Bessarabien erlangen und auf diese Weise festen Fuss am schwarzen Meere fassen.

Was die Pforte anbelangt, wenn diese die Erfüllung aller von Oesterreich eingegangenen Verbindlichkeiten heischte, so fand Kaunitz auch hiefür einen Ausweg. Es dürfte nicht schwer fallen, setzte er auseinander, seinen Verpflichtungen ohne wirkliche Theilnahme am Kriege Genüge zu leisten, man müsste nur den Türken begreiflich machen, dass man wohl gegen Russland, mit nichten aber auch gegen Preussen die Waffen zu ergreifen verbunden sei. Denn unter diesen Umständen würde eine Betheiligung Oesterreichs am Kriege für die Pforte wenig Vortheile, sondern vielmehr Nachtheile im Gefolge haben, auch müsste man sich in Constantinopel unter diesen Verhältnissen zu weitern Subsidien von 36 Millionen entschliessen. Auch beabsichtigte Kaunitz Vorstellungen zu machen, dass Oesterreichs ganze Macht gegen Preussen zur Verwendung kommen müsste, womit der Pforte nicht geholfen sei, welche noch immer ganz allein sich des Uebergewichts Russlands zu erwehren haben werde; ferner wie unzeitgemäss es wäre, auch noch Preussen in den Kampf hineinzuziehen, endlich darauf hinzuweisen, dass die Pforte

schon durch die einfachen Demonstrationen Oesterreichs grosse Vortheile erworben habe. Hiermit liess sich der Rath vollständig vereinbaren, die von der Pforte abgelieferten und in Semlin in Contumaz liegenden Geldkisten nach Wien kommen zu lassen, weitere Zahlungen aber nicht zu betreiben.

Von grosser Wichtigkeit war es aber nunmehr festzustellen, wie man sich in den polnischen Angelegenheiten zu verhalten habe, denn künftighin konnte Oesterreich jene neutrale Linie, die ihm bisher zur Richtschnur gedient, nicht mehr einhalten. Allein andererseits vertrug es sich mit der abwartenden Rolle, welche Oesterreich nach der Ansicht von Kaunitz einhalten sollte, nicht, schon jetzt mit Russland ein Einverständniss über die polnischen Angelegenheiten zu suchen. Denn das Interesse der Pforte wurde dadurch nicht gewahrt und man gab dann die Möglichkeit preis, die Conföderirten seiner Zeit gegen Russland zu benützen.

Der von Kaunitz entworfene Plan band demnach Oesterreich vorläufig nach keiner Richtung die Hände und war auf alle Eventualitäten berechnet.

Wie man sieht, hatte Kaunitz theilweise sein politisches System geändert. Vor neun Monaten stellte er die Sicherheit der Monarchie in erste Linie. Damals schien es noch möglich Russland zu zwingen, sich mit mässigen Bedingungen zu begnügen, und für Oesterreich im Oriente eine nicht unbeträchtliche Eroberung zu machen. Dieser Gedanke musste jetzt fallen gelassen werden, und Kaunitz hatte nichts dagegen, auch eine Verständigung über Polen zu suchen, um nicht ganz leer auszugehen. [1])

Die Kaiserin übergab das Elaborat ihrem Sohne, um dessen Meinung zu vernehmen. Josef war längst mit sich

[1]) „Die wahre Absicht, alle werkthätigen Kriegsunternehmungen zu vermeiden und die Gelegenheit zu Vortheilen nicht aus der Hand zu lassen.“ Worte Kaunitzens in seiner erwähnten Denkschrift.

im Reinen, dass Oesterreich einige Vortheile erlangen müsse, wenn Preussen und Russland welche erhalten sollten[1]); die Frage war nur, welcher Weg einzuschlagen sei, um dies Ziel zu erreichen. Josef ging von der Annahme aus, dass nur drei Fälle denkbar seien. Der erste wäre: die beiden kriegführenden Theile beendigen den Krieg ohne wesentliche Vortheile. Diesen Fall hielt er für unwahrscheinlich. Noch wäre Russland nicht soweit erschöpft, dass es auf die errungenen Vortheile werde verzichten wollen. Ein zweiter Fall sei, wenn Russland gegen Einräumung einiger Vortheile bewogen werden könnte, mit Oesterreich gemeinschaftliche Sache zu machen, um eine jede Theilung Polens zu verhindern. Die Türken, welche nur Oesterreich die günstigen Friedensbedingungen zu danken hatten, mussten natürlich den Bestimmungen der Convention nachkommen. Oesterreich erhielt die ausbedungenen Vortheile und hatte nur auf die einverleibten polnischen Districte Verzicht zu leisten, die 13 Zipser Städte aber einzulösen; Polen verfiel in seine vorige Anarchie, und Preussen, durch Russland selbst gehindert neue Erwerbungen zu machen, ging ganz leer aus. Oder endlich, man musste dahin streben, zwischen Oesterreich, Russland und Preussen eine Vereinbarung zu Stande zu bringen. Erhielt nun Russland ansehnliche Vortheile, so mussten solche auch Oesterreich und Preussen zufallen. Entschied man sich hiefür, dann erwuchs die Frage, auf welche Gebiete Oesterreich sein Augenmerk richten solle, ob es in der Türkei oder in Polen Erwerbungen machen wolle, ob es nicht vortheilhafter wäre, statt der Walachei und Moldau, Bosnien und einen Theil der adriatischen Meeresküste zu erlangen. In diesem Falle musste man sich mit Russland und Preussen zu verständigen suchen, den ganzen Theilungstractat verein-

[1]) Josef an Leopold 25. Sept. 1771 bei Arneth, Band I, S. 344.

baren, um denselben sodann der Republik und der Türkei vorzulegen.

Josef hielt nur diese drei Fälle für möglich, denn einen vierten, dass die Türkei geschwächt würde, Russland und Preussen ansehnliche Vortheile erlangten, Oesterreich aber ganz leer ausginge, hielt er für ganz undenkbar, für absurd, da die Selbsterhaltung vielmehr anriethe das Aeusserste zu wagen.

Von den drei angeführten möglichen Fällen bezeichnete Josef den ersten für chimärisch, den zweiten für den leichtesten und den dritten für den schwierigsten. Er vermeidet es, selbst eine bestimmte Ansicht zu empfehlen, sondern beschränkt sich darauf, mit Uebergehung der ersten Modalität, die er als eine chimärische bezeichnet hatte, zu erörtern, welche Massnahmen ergriffen werden sollten, wenn eine principielle Entscheidung erfolgt sein würde; dass diese aber ohne Verzug getroffen werden müsse, schien ihm zweifellos, da günstigere Umstände schwerlich künftighin zu erwarten seien, um mit grösserer Aussicht auf Erfolg in der einen oder anderen Richtung thätig zu sein. [1])

Von Vornherein war es nicht zweifelhaft, wofür sich die Kaiserin entscheiden würde. Ihr Sohn hatte ihr aus dem Herzen gesprochen, wenn er die Schwierigkeiten eines Krieges gegen Russland und Preussen hervorhob. Gegen eine Vereinbarung mit diesen Mächten, um auf Kosten der Pforte oder Polens Erwerbungen zu machen, lehnte sich ihr rechtlicher Sinn, der sich während dieser für sie bangen Epoche nie verläugnete, auf. Sie entschied sich für die zweite Modalität. Russland sollte einige Vortheile erhalten; Oesterreich erfüllt die übernommenen Verpflichtungen gegen die Pforte und konnte auf die Erfüllung der in der Con-

[1]) Denkschrift Josef's vom 26. September 1771 in dem Documentenband S. 26.

vention festgesetzten Bestimmungen Anspruch machen. Preussen ging dabei ganz leer aus.[1])

Kaunitz erhob keinen Widerspruch, er mochte froh sein aus der Sackgasse, in die er sich verrannt, auf die angemessenste Weise herauszukommen, und die Kaiserin empfand darüber eine um so grössere Befriedigung, durch ihre Entscheidung auch ihrem Staatskanzler entsprochen zu haben, indem er mündlich und später schriftlich seine Uebereinstimmung mit der in zweite Linie gestellten Modalität zu erkennen gab, da, wie er sagte, „sein bisheriges Einrathen ebenfalls auf den zweiten Fall gerichtet gewesen.“ [2])

Während nach dem Kaunitz'schen Plane zuerst eine Verständigung mit Preussen gesucht werden sollte, konnte dieser Weg nun nicht eingeschlagen werden, sondern die einleitenden Schritte mussten in Petersburg geschehen. Kaunitz erbat sich, dass ihm die Kaiserin die weitern Schritte überlassen möge, er werde sich angelegen sein lassen, nichts zu übereilen, aber auch keine Zeit zu verlieren.

Zunächst galt es die Pforte zu beschwichtigen. Die

---

[1]) Die Resolution der Kaiserin lautet: In der beyliegenden Meinung des Kayssers vorgeschlagene andert ausweg begnehmige vollkommen, wornach also überall und vor sprache und politische Haltung zu richten sein wird, überhaupt wird auf des Fürsten erprobten eyffer und geschicklichkeit das vollkommene Vertrauen gesetzt, das er allerseits diejenigen Mitteln einschlagen wird, die einen uns angenehmen Frieden zwischen beiden kriegsführenden Theilen je ehender je besser zu stand bringen könnten, wie auch andere ausgaben sicher gestellt würden.

[2]) Vortrag vom 29. Sept.; bei dem Acte vom 25. Sept. findet sich folgender Zettel von der Hand Maria Theresia's: Je suis tout consolée sur ce que vous etes aussi pour le numero second et j'abbandonne de grand coeur et avec beaucoup de tranquilité le tout entre vos mains je m'en suis toujours bien trouvé, point de guerre, point de defection de notre systeme et point d'abandon des turcs total et point d'argent, je suis demain en ville expres vous viendrois a midi.

Kaiserin hatte Anfangs August die abgeschlossene Convention ratificirt, und das Original wurde auch an Thugut übersendet, jedoch mit der Weisung, dasselbe erst dann herauszugeben, wenn die Pforte nachdrücklich darauf bestände, oder andere Umstände es rathsam erscheinen lassen.[1])

Die armen Muselmänner! Ihr Vertrauen wurde bitter getäuscht. Im August erhielten sie zum ersten Male einen Einblick in die Grösse der russischen Forderungen. Mit ihrem vertrauten Freunde, dem Vertreter ihres nunmehrigen Bundesgenossen, berathschlagten sie in mannigfachen, mitternächtigen Zusammenkünften über ihre Lage. So harte Bedingungen sie auch von Russland erwartet hatten, hierauf waren sie nicht gefasst. England hatte ihnen bisher vorgespiegelt, man verlange in Petersburg keine Abtretung von Land und Leuten, sondern blos eine Entschädigung der Kriegskosten. Nun stellte Russland die härtesten Zumuthungen. Die Pforte, sagte Osman Effendi, und sein Genosse Ismail Beg stimmte ihm bei, könne keiner dieser Forderungen zustimmen, ausser Constantinopel würde bedroht. In echt orientalischer Weise schilderten die Beiden die von der nordischen Macht drohenden Gefahren; sie sprachen ihr volles Vertrauen zu dem Wiener Hofe aus, sie zweifelten nicht, dass Oesterreich der Ausführung der russischen Pläne noch bei Zeiten vorbeugen werde. Verdanke ja Russland seine jetzige Grösse nur seiner Verbindung mit Oesterreich. Dieselbe Macht, die zum Emporkommen Russlands beigetragen, werde auch den Missbrauch zu bestrafen wissen und die gefährlichen Anschläge des Hochmuthes vereiteln.

Thugut hatte nun zu mässigen, den hastigen Eifer zu dämpfen. Man dürfe nichts übereilen; die Beurtheilung, in welchem Momente zu ernsten Massnahmen zu schreiten

[1]) 6. August 1771 an Thugut. (W. A.)

sei, müsse ausschliesslich Oesterreich überlassen werden. Die Türken drängten: Oesterreich möge doch eine definitive Antwort von Russland fordern. Und so wenig Einsicht legten sie über die Charaktere der massgebenden Personen und die Beziehungen und Verhältnisse der Staaten an den Tag, dass sie auch jetzt noch an die Möglichkeit glaubten, Preussen durch Geld zu gewinnen, und in naiver Weise hinzufügten, dass, wenn die in der Convention festgesetzte Summe nicht ausreichen sollte, sie erbötig wären, grössere Beträge zu diesem Behufe in Bereitschaft zu halten. Allerdings hatte Oesterreich diesen Wahn bei den Ministern der Pforte eine Zeit lang genährt, und nun sich einmal dieser Gedanke bei ihnen eingenistet hatte, war es schwer ihn auszurotten.[1])

Der preussische Minister predigte tauben Ohren. Auf den Wunsch Russlands rieth Friedrich der Pforte, sich in Unterhandlungen einzulassen. Allein Zegelin's Anwürfe wurden von Ismail Beg und Osman Effendi mit grosser Gleichgiltigkeit aufgenommen. Thugut hatte ihnen angerathen, eine vollständige Indifferenz an den Tag zu legen. Nicht einmal in eine Zusammenkunft wollten sie willigen, nachdem sich der österreichische Gesandte entschieden dagegen erklärt hatte, und Zegelin sah sich genöthigt, seinen Antrag schriftlich auseinanderzusetzen. Das Schriftstück enthielt keine Specialisirung der Bedingungen, nur eine Formulirung

---

[1]) „Sollte es dahinzubringen möglich sein, dass dem Könige von Preussen entweder durch geheimes Einverständniss mit der Pforte oder mit E. M. etliche Millionen Gulden zugewendet werden könnten, so wäre dies nach meiner schwachen Einsicht ein so vortheilhafter Coup d'Etat, dass solchergestalt nicht nur die Acquisition der österreichischen Wallachei ausser alle Bedenklichkeit gesetzet, sondern der König der diesseitigen Discretion in Ansehung des gegen Russland zu haltenden Geheimnisses unterworfen wäre." Vortrag vom 18. April 1771. (W. A.)

der Grundsätze für den abzuschliessenden Frieden.[1]) Am 15. September erhält Zegelin die Antwort, der Sultan sei entschlossen, einem Frieden die Hand zu bieten, der mit seiner Ehre verträglich sei, werde sich jedoch ohne Beiziehung des österreichischen Hofes in nichts einlassen, auch künftighin nicht einmal etwas anhören.

Schon waren mehr alsz wei Monate verstrichen, seitdem die Convention mit Oesterreich abgeschlossen worden war, und noch traf dieses keine Anstalten zum thatkräftigen Eingreifen. Bald flehentlich, bald heftig wiesen die türkischen Minister auf die Nothwendigkeit hin, eine Verabredung für den nächsten Feldzug zu treffen; es könne von ihrer Seite nichts vorgekehrt werden, ehe sie die Willensmeinung Oesterreichs kennen. Sie schilderten ihre missliche Lage, indem ihnen allseitig nur die bittersten Vorwürfe gemacht würden, dass sie den Sultan bewogen, sich gänzlich einer fremden Macht anzuvertrauen, und ihn von derselben in vollständige Abhängigkeit gebracht hätten. [2])

Kaunitz bemühte sich, die Zuversicht der Pforte zu Oesterreich zu befestigen. Anfangs October, also nach Festsetzung der nun zu befolgenden politischen Grundsätze, schickte er eine Depesche an Thugut, aus der man entnehmen musste, dass Oesterreich seine kriegerischen Vorbereitungen fortsetze und entschlossen sei, sich durch die Bedrohungen Preussens und Russlands nicht irre machen zu lassen, dass man im Gegentheil eher das Aeusserste wagen, als die Unterdrückung der Pforte gestatten werde. Die türkischen Staatsmänner wurden ermahnt, energische Kriegsvorbereitungen zu treffen, selbst alle Anstalten zur Abreise des Sultans nach Adrianopel vorzukehren. Gleichzeitig

[1]) Zegelin erhielt dieselben durch Immediatdepesche vom 9. August übersendet. Wörtlich übereinstimmend mit den bei Goerz S. 24 angeführten drei Punkten.

[2]) Thugut vom 17. Sept. 1771. (W. A.)

suchte Kaunitz den späteren Rückzug vorzubereiten, indem er den Gesandten anwies, eventuell vorzustellen, dass die geheime Convention ausschliesslich einen Krieg Oesterreichs gegen Russland, mit nichten aber auch gegen Preussen festsetze;[1]) es sei nun zu besorgen, dass der König sich an dem Kampfe betheiligen werde, selbst wenn man gegen Russland auf ausserpolnischem Gebiete zum Angriffe schreiten sollte. Ob nun ein Krieg mit Russland und Preussen angezeigt sei, bedürfe jedenfalls der Erwägung, in welchem Falle die Pforte noch weitere 34—36 Millionen für einen Feldzug gewähren müsste.

Es vergingen einige Wochen, ehe Kaunitz an die weitere Action ging. Schon Anfangs October hatte er den russischen Gesandten auf eine wichtige Mittheilung vorbereitet, aber erst am 24. October, nach seiner Rückkehr von seinen Gütern in Mähren, beschied er ihn zu sich. Kaunitz entschuldigte zunächst, dass man das letzte russische Schriftstück so lange ohne Antwort gelassen. Dies geschehe jetzt. Man wolle sich jedoch in keinen weiteren Wortstreit oder in eine Widerlegung der von der Kaiserin Russlands angeführten Erörterungen einlassen, sondern beabsichtige blos in Kürze den Standpunkt des österreichischen Hofes darzulegen. Der Staatskanzler las dem Fürsten Galitzin ein Elaborat vor, welches demnächst nach Petersburg gesendet werden sollte[2]), und als dieser seiner Verwunderung Ausdruck lieh, dass man in Wien die Anträge Russlands in keiner Weise annehmbar finde und die guten Dienste bei der Pforte versage, liess sich Kaunitz in nochmalige Dar-

[1]) An Thugut 4. Oct. 1771. (W. A.) „Dass der esprit der geheimen Convention allein die Anwendung der diesseitigen Waffen gegen Russland, nicht aber zugleich gegen Preussen supponire."

[2]) Exposé des Sentimens de L. L. M. M. J. J. et R. R. sur l'objet du Precis etc. etc. bei Goerz 96.

legung der Gründe ein, welche seiner Ansicht nach einen Frieden unter solchen Bedingungen rein unmöglich machen.

Erst im Laufe des Gespräches nahm Kaunitz Veranlassung, dem Fürsten zu sagen, er habe von den kaiserlichen Majestäten den Auftrag, einige geheime Erklärungen hinzuzufügen; jedoch müsste über Alles das tiefste Geheimniss gewahrt werden, kein Wort dürfe in weitere Kreise dringen, in Wien selbst treibe man die Verschwiegenheit so weit, dass nicht einmal dem österreichischen Gesandten in Petersburg davon eine Mittheilung gemacht werde. Sollte Russland gegen besseres Vermuthen nicht reinen Mund halten, so müsste er von Vornherein erklären, dass er Alles als eine Erdichtung in Abrede stellen und dem russischen Gesandten ein entschiedenes Dementi geben werde. Oesterreich erkenne im vollen Masse an, liess sich Kaunitz vernehmen, dass Russland auf einige Vortheile vollständigen Anspruch habe, es sei auch erbötig, sich zur Erwirkung annehmbarer Bedingungen bei der Pforte zu verwenden, allein die Vortheile, welche Russland eingeräumt werden sollten, dürften keine Veränderung des bisherigen Gleichgewichtes hervorrufen. Russland müsse von seinen bisher vorgeschlagenen Friedensbedingungen abgehen und sich mit solchen begnügen, deren Annahme Seitens der Pforte mit Wahrscheinlichkeit zu erwarten sei und die auch mit dem österreichischen Staatsinteresse nicht im Widerspruch stünden. Den Abschluss eines Friedens auf anderen Grundlagen würde Oesterreich zu verhindern suchen, was um so leichter sei, da die Pforte die Versicherung gegeben, ohne Zuziehung Oesterreichs sich in keinerlei Abmachungen einzulassen. Im ärgsten Falle schrecke man auch vor einem allgemeinen Kriege nicht zurück, der jedenfalls dem Umsturze des Gleichgewichts vorzuziehen sei. In eine Freiheit der Krim, der Moldau und Wallachei werde weder die Pforte, noch Oesterreich willigen. Russ-

land müsste auf alle Erwerbungen Verzicht leisten und sich blos mit einer Entschädigung und einer Sicherstellung gegen etwaige spätere Angriffe von Seite der Pforte begnügen. Folgende Bedingungen würde daher Oesterreich bei der Pforte zu befürworten übernehmen: Abtretung der Stadt Azow mit ihrem Gebiete und der beiden Cabarden, Gewährung der Freiheit der Schifffahrt auf dem schwarzen Meere für alle Kauffahrteischiffe von bestimmter Grösse, Gestattung der Anlage von Festungen an der Grenze, oder im Falle Russland auf den einen oder den andern der erwähnten Punkte Verzicht leisten wolle, eine Geldentschädigung. Endlich müsste Polen bei seiner bisherigen Verfassung und in seinem gegenwärtigen Territorialumfange belassen werden. Sobald Russland und Preussen ihre Truppen aus Polen zurückgezogen haben werden, werde Oesterreich die daselbst besetzten Gebiete zurückstellen, die Zipser Städte ausgenommen.

Allerdings gäbe es noch ein anderes Mittel, den Frieden herzustellen, fügte Kaunitz hinzu, wenn Russland und dessen Verbündeter auf Vergrösserungen bestünden, müssten auch Oesterreich Vortheile an Land und Leuten erwachsen, wenn das Gleichgewicht nicht gestört werden sollte. Dieser Weg sei nicht ganz unmöglich und unstatthaft, und Oesterreich würde sich einem gemeinschaftlich festzusetzenden Theilungstractate nicht widersetzen, allein die Durchführung sei sehr grossen Hindernissen und Bedenken unterworfen, und in Wien würde man die zuerst dargelegte Alternative vorziehen.

Um Russland zur Nachgiebigkeit zu stimmen, benutzte Kaunitz diese Gelegenheit, die Andeutung zu machen, dass es nur von Oesterreich abgehangen hätte, die Pforte zu einer Unterstützung der Conföderirten zu bewegen; man habe nicht die Absicht, sich dieses Mittels zu bedienen, insolange noch Hoffnung, zu einem baldigen Friedensschluss zu gelangen, vorhanden sei. Die Bemühungen Galitzin's, den Grafen Kaunitz wenigstens bezüglich der Krim andern

Sinnes zu machen, blieben erfolglos; er sei überzeugt, die Pforte würde eine abschlägige Antwort ertheilen, lautete seine Erwiederung. Auch machte der russische Botschafter gegen die Behaltung der Zipser Städte einige Einwürfe. Kaunitz suchte ihm aber auseinanderzusetzen, dass diese noch immer als Eigenthum der ungarischen Krone zu betrachten seien, da sie nur pfandweise an Polen überlassen worden sind. [1])

An demselben Tage als Kaunitz das erwähnte Gespräch mit Galitzin hatte, sendete er das demselben vorgelesene Schriftstück nach Petersburg. Der Depesche war auch ein Bericht von Thugut beigeschlossen, welcher meldete, dass man in Constantinopel auf die Abtretung der Moldau und Wallachei nicht eingehen könne, indem der Sultan, wenn er einwilligen wollte, in Gefahr käme sein Leben zu verlieren. [2])

In Petersburg sah man mit Ungeduld einer Antwort aus Oesterreich entgegen und war auf Alles gefasst. Das Heer in Polen sollte auf 50.000 Mann gebracht werden, um beim Ausbruch eines Krieges gemeinschaftlich mit Preussen operiren zu können. In dem Kriegsdepartement studirte man eifrig den siebenbürgischen und ungarischen Kriegsschauplatz. Czernischeff liess sich vernehmen, es werde sich zeigen, wer dem andern zuvorkommen würde. Noch in der ersten Hälfte des Monats November hielt man den Krieg für unvermeidlich, da bis dahin eine Antwort nicht eingelangt

---

[1]) Wir besitzen über diese Unterredung zwei Depeschen von Galitzin an Panin bei Goerz S. 75. Obiger Darstellung liegt zu Grunde: Wesentlicher Inhalt einer am 24. October 1771 mit dem russisch-kaiserlichen Minister Herrn Fürsten Galizin gepflogenen Unterredung, welches Actenstück in einigen nicht unwesentlichen Punkten von den bei Goerz veröffentlichten Depeschen abweicht. Documente S. 32.

[2]) An Lobkowitz 24. Oct. 1771. (W. A.)

war.[1]) Am 17. November traf der Courier in Petersburg ein. Von der Unterredung des Staatskanzlers mit dem Fürsten Galitzin erhielt der österreichische Gesandte keine Kunde. Er war deshalb der Ansicht, dass die österreichische Staatsschrift keinen Eindruck machen werde. Man wünsche den Frieden, schrieb er unmittelbar nach dem Empfange der Weisungen, aber bei dem heftigen Ehrgeize der Kaiserin würde sie lieber einen hartnäckigen Kampf wagen, als einem Frieden zustimmen, durch welchen Russland keine Vortheile erlange.

Graf Panin beeilte sich, die Depesche Galitzin's zu beantworten. Die Abtretung Azow's, welche in dem Kaunitz'schen Plane als erster Punkt vorgeschlagen war, wurde nicht hoch angeschlagen. Die Stadt existire eigentlich nicht; Russland habe nie auf das Eigenthum dieses Gebietes, sondern nur auf die Benutzung verzichtet. Der Erwerb der beiden Cabarden sei eigentlich eine ganz unbedeutende Sache. Man habe keinen rechten Begriff von diesen Gegenden, wenn man diese Acquisition in die Wagschale lege; weder die geographischen Karten, noch die darüber erschienenen Schriften, verbreiten über diese Gebiete Klarheit, nur in Petersburg habe man sichere und positive Anhaltspunkte zur Beurtheilung des Werthes derselben. Es würde Russland keine grosse Ueberwindung kosten, auf diese Gebiete ganz Verzicht zu leisten und sein unbestreitbares Eigenthumsrecht der Pforte zuzusprechen. Die Gewährung des freien Handels könne ebenfalls nicht als eine wichtige Concession angesehen werden, da die Vortheile eines derartigen Verkehrs auch der Pforte zu Gute kommen. Gewiss, die Entschädigung für die Kriegskosten wäre sehr vortheilhaft, aber welcher Staat werde das Blut von Tausenden hin-

[1]) Depeschen von Lobkowitz vom 4. October, 8. u. 15. November 1771. (W. A.)

opfern, einzig und allein für Geldsummen. Dieser Punkt komme daher bei Russland nicht in Betracht. Fasse man diese Gesichtspunkte in's Auge, so erhalte Russland eigentlich keine Entschädigung. Uebergehend auf die Forderung Kaunitzens, die Integrität Polens aufrecht zu erhalten, wobei Oesterreich sich jedoch vorbehalte, seine Rechte auf einige Districte geltend zu machen, erwiederte Panin: auch Russland habe Ansprüche; welcher Staat könnte nicht auf das eine oder andere Gebiet seines Nachbars Rechte nachweisen. Von Preussen, als einem Nachbar Polens, gelte dasselbe. Wenn daher Oesterreich bereit sei, mit Russland und seinen Alliirten in Verhandlung zu treten, um ihre Rechte gemeinschaftlich festzustellen, sei man in Petersburg dazu bereit und man werde sich auch verwenden, den König von Preussen dazu zu bestimmen. Die Sprache Panin's war jedenfalls eine deutliche, es war eine Einladung zu einem Theilungstractate.[1])

Diesen Eröffnungen gegenüber verschwindet ganz der Inhalt der persönlichen Antwort Catharina's, worin sie sich erbötig zeigte, ihre Friedensliebe entschieden an den Tag zu legen, die Moldau und Wallachei gegen eine Geldsumme zurückzustellen, jedoch unter der Bedingung des Austausches von Bender gegen Oczakow oder wenigstens Kinburn. In einer ministeriellen Note erklärte sich Russland bereit, auf einen Waffenstillstand mit der Pforte einzugehen, und erbat sich die guten Dienste Oesterreichs zur Bewerkstelligung desselben.[2])

Diese beiden Stücke wurden Lobkowitz mitgetheilt,

---

[1]) Der Brief von Panin an Galitzin bei Goerz 153, ohne Datum, welches jedoch aus dem Schreiben Galitzin's vom 18./29. Januar 1772 zu entnehmen, hiernach am 5. Dec. A. St.

[2]) Reponse personnelle de sa Maj. Imp. de toutes les Russies etc. bei Goerz a. a. O. 163 und Note ministerielle S. 170.

der deshalb sein Befremden aussprach, dass Polens auch mit keinem Worte Erwähnung geschah. Auf diese Wendung des Gespräches war Panin augenscheinlich nicht gefasst; er erwiederte mit unsicherer Stimme, er sei in der letzten Zeit mit Geschäften sehr überhäuft, auch wären die Dinge daselbst in einer solchen Lage, dass hierüber kein Beschluss gefasst werden konnte. Der Gesandte fügt in seinem Berichte hinzu: Die Aeusserungen geschahen auf eine solch gezwungene Art, dass man der Ansicht sein könne, als wollte man die polnischen Unruhen ohne Zuthun Oesterreichs schlichten, dies sei vermuthlich durch Preussen veranlasst.[1])

Die Dinge hatten eine andere Wendung genommen. In Wien hatte man eine Vereinbarung mit Russland allein gesucht, Preussen sollte gar nicht berücksichtigt werden. Die vorgeschlagene zweite Modalität Josef's, welche die Genehmigung der Kaiserin gefunden hatte, war auf eine Ausschliessung Preussens berechnet. Nun lautete der russische Vorschlag direct auf Theilung Polens. In einem Vortrage vom 17. Januar 1772 erörtert Kaunitz die neue Sachlage. Er ist der Ansicht, dass eine längere Fortsetzung des Krieges nicht nur der Pforte zum Nachtheile gereichen, sondern auch das bisherige Gleichgewicht vollständig in Frage stellen würde. Vor Beginn des Frühjahres, der Zeit der Eröffnung einer neuen Campagne, müsste entweder der Friede geschlossen oder ein geheimes Einverständniss zwischen Russland, Oesterreich und Preussen angebahnt werden. Dass Oesterreich bei der Entkräftung der Pforte den Kampf mit Russland und Preussen aufnehmen könnte, hielt er für unmöglich, und ohne einen Krieg werde Russland auf die bereits erlangten Vortheile in Polen und der Türkei nicht

---

[1]) Lobkowitz vom 20. Dec. 1771. Die beiden erwähnten russischen Schriftstücke wurden mit dieser Depesche übersendet.

verzichten, ebensowenig werde man Preussen jene Districte entziehen können, welche Russland demselben zugedacht. Der im September festgesetzte Plan könne daher nicht mehr ausgeführt werden, es bleibe kein anderer Ausweg, als sich mit Russland und Preussen über einen Theilungstractat zu verständigen.[1])

Wurde dieser Grundsatz angenommen, so handelte es sich um Festsetzung jener Gebiete, die Oesterreich in Anspruch zu nehmen gesonnen war. Kaunitz legte zu diesem Behufe nicht weniger als sieben Theilungsvorschläge vor. Die beiden in erster Linie stehenden Projecte gehen von der Voraussetzung aus, dass Oesterreich sich mit Russland zur Vertreibung der Türken aus Europa verbinden könnte, indem von Seiten des Petersburger Hofes bereits vor längerer Zeit nach dieser Richtung sondirt worden war. Eine dieser von Russland stammenden Propositionen lautete, dass Bosnien, Serbien, Dalmatien, Macedonien, Albanien, überhaupt „sämmtliche türkische Besitzungen am adriatischen Meere bis nach Morea“, an Oesterreich, die am schwarzen Meere liegenden Provinzen, die Hauptstadt Constantinopel mit einbegriffen, an Russland fallen sollten. Eine zweite Alternative war, dass einzelne türkische Gebiete Oesterreich und Russland zufallen, der noch zurückbleibende Rest zu einem unabhängigen, selbstständigen Fürstenthum vereinigt werden sollte. In diesem Falle erhielte Russland Azow und dessen District, Kuban, die beiden Cabarden, Oczakow, Kinburn; Oesterreich bekäme das türkische Dalmatien, die siebenbürgische Wallachei, Bosnien, Serbien und Bulgarien. Die Bestimmung des Fürsten, dem die übrigen europäischen Provinzen zugewiesen werden sollten, hätte Russland zu treffen, nur dürfte dies Gebiet nie mit letzterem Reiche vereinigt werden; die Krim bliebe selbstständig, die Schif-

[1]) Vortrag vom 17. Januar 1772. (W. A.)

fahrt auf dem schwarzen Meere und dem Archipelagus würde freigegeben. Man könne auch einem österreichischen Prinzen Morea, Candia, Cypern und andere Inseln des Archipelagus als Secundogenitur zuwenden, allein diese allzugrosse Begünstigung des Erzhauses würde Eifersucht erwecken, es scheine daher rathsam, die Venetianer einzuladen, zur Vertreibung der Türken aus Europa behilflich zu sein, und denselben Morea zu überweisen. Bei dem ersten Projecte ist von einer Berücksichtigung Preussens nicht die Rede, im zweiten Fall wird demselben Ermeland und Pomerellen und allenfalls das polnische Preussen, jedoch mit Ausschluss von Danzig, zugewiesen, an Polen sollte als Entschädigung der Oesterreich nicht zugewiesene Theil der Moldau und Wallachei und Bessarabien übertragen werden.

Bei dem ersten Plane machte Kaunitz das wichtige Bedenken geltend, dass Russland den Löwenantheil erhalte; es werde der unmittelbare Nachbar Oesterreichs, und um so gefährlicher, je geringere Unterstützung sodann von den übrigen europäischen Mächten anzuhoffen sei, wenn Russland einmal Oesterreich angreifen sollte. Diese Bedenken entfielen bei dem zweiten Plane, die Vergrösserung Russlands wäre eine nur mässige, die Ausführung schiene leicht und sicher, der Vortheil Oesterreichs sei gewahrt; Frankreich und England würden zu beschwichtigen sein, da Constantinopel weder an Oesterreich noch an Russland käme.

Ein dritter Vorschlag fasste die Eventualität in's Auge, dass den Türken blos die jenseits der Donau liegenden Provinzen entrissen und Dalmatien, Bosnien, Moldau, Wallachei und Bessarabien getheilt würden.

Wie man sieht, gab in allen diesen Fällen nur die Türkei das Theilungsobject her. Die grossen Vortheile, die Oesterreich erwuchsen, falls die Monarchin einem solchen

Projecte zustimmte, hob Kaunitz ausführlich hervor. Er weist darauf hin, dass die Macht des Habsburgischen Hauses fast um das Doppelte vergrössert würde, wenn eines der beiden ersten Projecte zur Durchführung gelange; man habe die ausserordentliche Gelegenheit in Händen, ohne grosse Kosten und Zeitverlust die gesammte Christenheit von der noch immer gefährlichen Nachbarschaft der Türkei zu befreien und sich um die Religion ein grosses Verdienst zu erwerben. Die Türkei habe sich zwar in den letzten Jahren ganz ruhig verhalten, allein im Jahre 1762 doch eine Geneigtheit gezeigt, sich mit Preussen zu verbinden, was nur durch den Tod Peters verhindert worden sei. Wohl bestünde eine Convention zwischen Oesterreich und der Pforte, allein sei man erst mit Russland und Preussen einig, könnte es nicht schwer fallen, die Pforte zu solchen Friedensbedingungen zu bewegen, wodurch sie der Convention zuwiderhandeln und den Anlass zu einem Kriege geben würde. Es sei zu bedenken, dass entweder die Pforte oder Polen das Entschädigungsobject hergeben müsste, es daher besser wäre, wenn die erstere den Preis zahle.

Kaunitz ist jedoch für die Nachtheile einer Theilung der Türkei nicht blind. Er sieht in der Erwerbung grosser, weit entlegener Länderstrecken keine bedeutend in die Wagschale fallende Errungenschaft; an die Stelle eines in seiner gegenwärtigen Lage nicht gefährlichen Nachbars würde Russland treten. Da Russland und Preussen sich ebenfalls vergrössern würden, so verlöre der Oesterreich zu Theil werdende Zuwachs an Land und Leuten seinen Werth, besonders da Preussen, zwar nicht grosse aber wohlgelegene, einträgliche Gebiete erhielte.

Kaunitz erörtert nun den Fall, wenn die Pforte und Polen zugleich bei Ausmessung der gegenseitigen Ländererwerbung in Betracht kämen. So viel stand ihm fest, dass sich Oesterreich mit jenen mageren und unbeträchtlichen

Gebieten, die es in Polen occupirt, nicht begnügen dürfe, sondern dass nach dem Principe der vollständigen Gleichheit, besonders mit Preussen, vorgegangen werden müsste. Nach der Ansicht des Staatskanzlers war es in diesem Falle am zweckmässigsten, wenn an Preussen beide Antheile in Polen, der Oesterreich und Preussen zufallende, gegen Abtretung von Glatz und eines Theiles von Schlesien überlassen würden. Abgesehen von der grösseren Sicherheit, die Oesterreich gegen preussische Angriffe erhielte, würden auch die Vorwürfe, Polen entkräftet zu haben, einzig und allein auf Preussen gewälzt.

Falls Preussen auf Schlesien und Glatz nicht verzichten wollte, wäre Anspach und Bayreuth zu verlangen. Wollte Preussen aber auch hierauf nicht eingehen, wäre die ganze Wallachei und der am schwarzen Meere liegende Theil von Bessarabien zu fordern, der Rest aber als Entschädigung an Polen zu übermitteln.

Im äussersten Falle jedoch bleibe nichts übrig, als sich mit polnischen Gebieten zufrieden zu geben und die Ansprüche ganz nach dem Principe der Gleichheit mit beiden Mächten festzustellen.

Je nachdem man sich für eine oder andere Gruppe von Vorschlägen entschied, war auch der einzuschlagende Weg ein verschiedener. Wurde die gänzliche Ausschliessung der Türken aus Europa zum Grundsatze erhoben, so musste man zuerst eine Vereinbarung mit Russland anzustreben suchen, und wenn dieses auch noch einigen Groll gegen Oesterreich im Herzen trug, so war Hoffnung, die etwaige Opposition Russlands völlig zu überwinden, indem dieses nun alle Ursache hatte, sich mit Oesterreich auszusöhnen. Sollte aber Polen in die Theilung mit hineingezogen werden, blieb allerdings nichts übrig, als sich zuerst mit Preussen zu verständigen.

So unparteiisch und nüchtern auch Kaunitz alle

diese Projecte dargestellt und beurtheilt zu haben vermeinte, so sehr er sich auch die Miene des einfachen Referenten zu geben suchte, aus dem ganzen Tenor seiner Arbeit ging mit Klarheit hervor, auf welche Seite er sich neigte. Seinen Intentionen würde es zumeist entsprochen haben, wenn Polen bei dem ganzen Handel aus dem Spiele blieb und blos die Türkei herhalten musste, die Ländergier Oesterreichs und Russlands zu befriedigen. Die Allianz mit Russland, ein längst ersehntes Ziel der Kaunitz'schen Politik, wurde auf die einfachste Weise hergestellt, Catharina von Friedrich, dem natürlich nur einige Brocken zugeworfen wurden, abgezogen.[1])

Die Kaiserin sollte die Entscheidung treffen. In gewohnter Weise übermittelte sie den Vortrag ihrem Sohne, der schon nach zwei Tagen, am 19. Jänner, sein Gutachten abgab.

Josef theilte nicht die Ansichten des Staatskanzlers. Seiner Meinung nach konnten die Russen aus ihren bisherigen Positionen selbst nach einigen glücklichen Erfolgen der Türken nicht mehr vertrieben werden, allein andererseits stellte er in Abrede, dass sie künftighin noch grössere Vortheile erlangen würden. Zum weiteren Vordringen über die Donau reiche ihre Macht nicht aus, wobei auch in Betracht komme, dass sie sich von ihren Communicationen allzuweit entfernen, und fürchten müssen, von Oesterreich im Rücken angegriffen zu werden. Ihre Operationen könnten daher blos in einigen Streifereien, ihre Erfolge höchstens in der Einnahme von Oczakow und Kinburn bestehen. Oesterreich konnte dagegen nach der Ansicht des Kaisers

[1]) Vortrag vom 17. Januar 1772. Die Beilage führt die Ueberschrift: Des Chevalier Massin sieben Tractatsvorschläge. (W. A.) Ueber die Zeit, wann zuerst der erwähnte Anwurf Russlands in Wien gemacht wurde, ist mir nichts bekannt.

bei Fortsetzung seiner Kriegsrüstungen nur gewinnen. Beharre Oesterreich bei seiner bisherigen abwartenden Stellung, so sei nicht anzunehmen, dass Preussen zur Unterstützung Russlands in's Feld rücken werde. Dagegen sei man in der Lage, die mancherlei Wechselfälle, deren es in der Welt viele gibt, im eigenen Interesse auszubeuten. Bei einer weiteren Fortsetzung des Krieges würden Russland und Preussen nur noch mehr geschwächt und sich daher genöthigt sehen, Oesterreich weit grössere Vortheile anzubieten, und Preussen werde überdies durch sein gekünsteltes Benehmen nach allen Seiten anstossen.

Durch eine zuwartende Haltung glaubte Josef, dass Oesterreich in die Lage kommen würde, das entscheidende Wort zu sprechen. An dem bevorstehenden Feldzuge konnte man sich nicht betheiligen; die traurigen Zustände in Böhmen und Mähren, wo die Ernte missrathen war und Noth und Elend im Gefolge hatte, liessen einen derartigen Gedanken nicht aufkommen. Aber im Jahre 1773 hoffte der Kaiser, ein gewichtiges Wort mitsprechen zu können. Selbst die erforderlichen Kosten hatte Oesterreich nicht zu tragen. Entweder kam die Pforte ihren Verpflichtungen nach, dann war der aufgewendete Mehraufwand reichlich eingebracht, oder sie that dies nicht, dann erhielt Oesterreich freie Hand, sich durch türkisches Gebiet schadlos zu halten. Oesterreich musste daher auch künftighin Russland in fortwährender Sorge erhalten, dass es sein Schwert in die Wagschale werfen und eine für diese Macht ungünstige Entscheidung herbeizuführen sich entschliessen könnte.

Die Türkei musste zur weiteren Fortsetzung des Krieges angetrieben werden. Zeigte sie aber Neigung, dennoch in den Waffenstillstand zu willigen, so sollte ihr dargelegt werden, dass wenn Russland und Preussen eine Vergrösserung ihres Gebietes erhalten, Oesterreich leicht Mittel finden dürfte, sich mit denselben in's Einvernehmen zu setzen

und zum Nachtheil der Pforte das Gleichgewicht herzustellen. An Preussen wollte Josef dagegen erklären lassen: Oesterreich werde sich in Polen ganz nach dem Vorgange des Königs richten, Krakau, Sandomir, Lemberg und Czeschotow besetzen und aus diesen Gebieten erst dann seine Truppen herausziehen, wenn Russland und Preussen ein Gleiches thäten. Durch ein derartiges Vorgehen erhielte Oesterreich schlimmsten Falls, wenn die Türkei einem raschen Friedensabschluss mit Russland bereitwilligst die Hand böte, ein Unterpfand, um sich nach dem Beispiel Preussens und Russlands in den Besitz eines gleichbeträchtlichen Gebietes in Polen zu setzen. [1])

Man sieht, der Schüler war nahe daran, die Politik seines Meisters zu übertreffen. Ohne allzugrosse Opfer hielt Josef die Entscheidung in seiner Hand. Er sah ruhig zu, wie sich Russland und die Pforte noch ein Jahr lang zerfleischten und rief dann den mittlerweile noch mehr geschwächten Gegnern sein donnerndes Halt entgegen. Auf welche Seite sich Oesterreich dann stellen mochte, gewichtige Vortheile konnten ihm nicht entgehen.

Die Kaiserin befand sich in der unangenehmen Lage, bei den divergirenden Ansichten ihres Sohnes und des Staatskanzlers das entscheidende Wort sprechen zu sollen. Sie hatte das tiefe Gefühl, dass die von Beiden angerathene Politik eine gerade nicht genannt werden konnte. Sie würde, wie schon so oft, ihre Zustimmung zu jedem Schritte gegeben haben, wenn die beiden Männer einerlei Sinnes gewesen wären. So blieb ihr nichts übrig, als eine Ausgleichung der auseinandergehenden Ansichten von einem weiteren Gedankenaustausche zu erwarten. Ohne Resolution übergab sie die Arbeit ihres Sohnes dem Fürsten Kaunitz.

---

[1]) Denkschrift Josef's vom 19. Januar 1772, in den Documenten S. 39.

Schon am folgenden Tag, am 20. Jänner, war der Staatskanzler mit seiner Gegenschrift fertig. Sie muss unter den Staatsschriften, welche das Gepräge des Kaunitz'schen Geistes tragen, als eine der bündigsten und schärfsten betrachtet werden. Mit einer seltenen Ruhe und Mässigung des Ausdruckes, die Kaunitz sonst nicht immer eigen waren, geht er schrittweise der Argumentation des Kaisers zu Leibe und sucht die mannigfachen Fehlschlüsse aufzudecken.

Kaunitz ist überzeugt, dass die Pforte eine ihr günstigere Wendung des Krieges nicht erhoffen könne; eben desshalb werde sie einem raschen Frieden nicht abgeneigt sein. Der Behauptung des Kaisers, dass die Russen bedeutende Vortheile zu erringen nicht im Stande seien, setzt er die Erfahrungen des letzten Krieges entgegen, in welchem die Russen weit mehr Erfolge davongetragen, als man mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen berechtigt war, und es daher nicht unmöglich sei, dass beim Beginn des nächsten Feldzuges eine einzige Schlacht das gesammte türkische Reich in vollkommene Verwirrung stürzen könne. Wenn Josef die Ansicht verfocht, dass im gegenwärtigen Momente noch kein definitiver Entschluss gefasst werden könnte, auf welche Seite sich Oesterreich zu schlagen habe, so meint Kaunitz, dass man auf diese Weise vieles verlieren könne und aller Wahrscheinlichkeit nach verlieren werde. Welche Mittel habe Oesterreich um einen Friedensschluss zu verhindern, wenn Russland alle Hebel in Bewegung setzte, um denselben mit Ausschluss des Wiener Hofes zu Stande zu bringen. Kaunitz gab zu, dass Russland nicht etwa aus Abneigung gegen Oesterreich allein die Fernhaltung desselben erstrebe, sondern dass es sich bei einem derartigen Vorgehen durch sein Staatsinteresse leiten lasse. Die massgebenden Persönlichkeiten in Constantinopel, der Grossvezier und sein Freund Osman Effendi, seien einem

Frieden nicht abgeneigt, und wenn sie sich bisher den Forderungen Russlands nicht gefügt haben, so liege der Grund augenscheinlich darin, weil sie die Hoffnung nähren, durch Unterstützung Oesterreichs minder harte Bedingungen zu erhalten. Verwirklichen sich diese Erwartungen nicht, so werde die Pforte rasch eine Vereinbarung mit Russland zu erzielen suchen. Kaunitz meinte weiter, dass es nicht mehr an der Zeit sei, mit blossen Demonstrationen etwas auszurichten. Er ist offen genug zuzugestehen, dass man Oesterreich viel zu tief in die Karten gesehen; trotzdem man bisher die österreichischen „Kriegsanstalten mit einem Vergrösserungsglas betrachtet“, sei man nicht im Stande gewesen, Russland oder Preussen zu schrecken und mildere Friedensbedingungen zu erzielen. Nur das habe man erreicht, dass in Petersburg und Berlin die Neigung vorhanden sei, Oesterreich ebenfalls einige Vortheile zukommen zu lassen. Selbst wenn Oesterreich ernstliche Kriegsvorbereitungen zu treffen den Entschluss fassen würde, hielt Kaunitz es nicht für wahrscheinlich, ein gewichtiges Resultat zu erzielen. Denn Russland werde sodann um so willfähriger sein, mit der Türkei ein Abkommen zu treffen und sich mit Preussen noch inniger zu verbinden. Die grössten Vortheile würden nur dem Könige Friedrich zu Theil, dem man keine grössere Freude verursachen möchte, als zur Unzeit Demonstrationen zu machen und eine ernste Sprache zu führen. Endlich sei es nicht wahrscheinlich, dass Oestereich im Stande sein dürfte, der Türkei, selbst mit dem werkthätigsten Beistande, aufzuhelfen.

Josef hatte bei der Rolle, die er Oesterreich zudachte, Preussen fast gar nicht in Rechnung gezogen. Kaunitz bespricht grade diesen Punkt ziemlich ausführlich und sucht zu zeigen, dass die demselben erwachsenden Vortheile nicht unterschätzt werden dürfen. Wohl denke Friedrich nicht an den Krieg, insolange Oesterreich inactiv bleibe, und be-

gnüge sich damit, in Polen die Conföderirten im Zaume zu halten. So richtig es sei, dass Friedrich einen Kampf mit Oesterreich zu vermeiden suche, so sei doch noch die Frage, ob er ruhig bleiben werde, wenn Oesterreich ohne vorhergehendes Concert in Polen Truppen einrücken lasse. Und selbst angenommen, dass Russland und die Türkei nach einem weiteren eingehenden Kampfe tief geschwächt sein werden, so stehe Preussen ungebrochen da und der österreichischen Prätension im Wege.

Josef wollte eine Parteiergreifung Oesterreichs vertagt wissen, weil er in der Zukunft grössere Vortheile einzuheimsen hoffte. Mit Recht fragt Kaunitz, wenn schon dermalen die Gelegenheit vorhanden ist, wesentliche Vortheile zu erlangen, wozu den Moment verscherzen und erst auf künftige Gelegenheit warten.[1])

Diese Denkschrift machte auf den Kaiser einen tiefen Eindruck, er hielt den Nachweis, dass die gegenwärtigen Umstände es missrathen, „den Krieg noch länger fortdauern zu machen“, für mathematisch zwingend.[2])

Es handelte sich also darum, aus den verschiedenen Vorschlägen des Fürsten Kaunitz denjenigen auszuwählen, welcher den Interessen Oesterreichs am meisten entsprach. Nach der Ansicht Josef's konnte nur von der Wiedergewinnung von Glatz und Neisse in erster Linie die Rede sein, von Bayreuth und Anspach keineswegs. Der Kaiser urtheilte ganz richtig, wenn er annahm, dass dies nicht zu erlangen sein werde. In zweite Linie stellte er die Erwerbung von Belgrad mit einem Theile von Bosnien bis an dem Golf von Drina, indem dadurch das ganze Carlsstädti-

---

[1]) Die Denkschrift des Staatskanzlers in den Documenten S. 42—48.

[2]) Josef an Maria Theresia vom 22. Jan. 1772, bei Arneth I. 361.

sche Gebiet und Innerösterreich vor türkischen Einfällen gedeckt würden. Josef wollte jedoch mit diesen Andeutungen einer definitiven Schlussfassung nicht vorgreifen, Kaunitz, der bisher seine Ansicht nicht klar und bestimmt ausgesprochen hatte, sollte aufgefordert werden dieselbe darzulegen.

Die Kaiserin hatte sich bisher in diesem schriftlichen Zweikampf zwischen dem Corregenten und dem Staatskanzler ganz passiv verhalten. In einem Punkte stimmten nun beide Männer überein, es war zu erwarten, dass auch eine Einigung über das von Oesterreich anzustrebende Gebiet leicht werde erzielt werden. War diese erfolgt, so war vorauszusehen, dass die Monarchin ihre Genehmigung, wenn auch widerwillig, ertheilen werde. Gegen die übereinstimmende Ansicht zweier Männer, welche in den Augen Maria Theresia's hoch standen, vor deren Verstand sie sich beugte, konnte sie, die Frau, wohl schwer ankämpfen.

Allein unumwunden legte sie ihre Meinung dar, unstreitig die gesundeste von allen Voten. Wenn ihr Staatskanzler mit den Waffen des Geistes die Vorschläge ihres Sohnes bekämpft hatte, vom Standpunkte des unmittelbaren Gefühles sprach die Mutter das Verdammungsurtheil aus.

Man müsse aus der Verwirkung herauskommen, schreibt sie, selbst wenn man auf reelle Vortheile zu verzichten hätte. In Polen vorzurücken, ohne sich mit Preussen verständigt zu haben, wie ihr Sohn angerathen, hielt sie für allzugefährlich, sie sah eine Coalition von Russland, Preussen und der Pforte im Anzuge, und die Niederlage Oesterreichs als gewiss. „Gott bewahre uns“, rief sie aus, „den Krieg länger zu trainiren und die Türken hiezu zu animiren, so nicht geheim bleiben könnte, und uns anheischig machen müsste, ihnen nach der unglücklichen Geldabnahme die Hilfe zu leisten, wo bliebe sonsten Treue und Glauben, woran doch Alles liegt.“ Für den grössten Irrthum hielt

sie den Wahn, dass die Entscheidung über Krieg oder Frieden von Oesterreich abhinge. Sie wollte in Constantinopel, in Berlin und Petersburg dem Frieden das Wort geredet wissen, klar und bündig. Echt nach Frauenart widersprachen die Nachsätze den Prämissen ganz. Die fortwährenden Auseinandersetzungen ihres Staatskanzlers, dass eine etwaige Vergrösserung Russlands und Preussens mit grossen Gefahren für die Monarchie verbunden sei, hatten doch einen tiefen Eindruck auf die Kaiserin gemacht, und sie wollte desshalb erklären lassen, wenn die beiden genannten Staaten in Polen gewisse Vortheile für sich herausschlagen sollten, Oesterreich auch nicht leer ausgehen könnte. Doch nicht etwa auf Kosten Polens oder der Türkei; Preussen müsste das Entschädigungsobject hergeben, sei es Glatz oder die fränkischen oder clevischen Gebiete. Den Türken wollte sie die Bezahlung der noch schuldenden Summen erlassen, wenn sie sich zur Abtretung Belgrads verstehen wollten.[1])

Man sieht, ihre Ansichten weichen von jenen des Kaisers und des Staatskanzlers vielfach ab. Ein Zuwachs an Land und Leuten ist ihr nicht die Hauptsache, sie ersehnt eine Beendigung dieser spinosen Angelegenheit, und mit Freuden hätte sie ihre Zustimmung zu Allem gegeben, auch ohne Vortheile für Oesterreich zu erlangen. Wenn sie doch nicht leer ausgehen will, im Falle Russland und Preussen Erwerbungen machen, so lag sie in dieser Hinsicht im Banne jener Vorstellungen, die ihr seit Jahren auseinandergesetzt wurden. Schon längst mit der ganzen Richtung der Politik nicht einverstanden, macht sie ihrem gepressten Herzen in einem Briefe an ihren Sohn Luft. Sie verurtheilt die gesammte Politik auf das entschiedenste, welche man seit November 1770 befolgt, den Marsch der Truppen aus

---

[1]) Anmerkungen Ihrer Majestät der Kaiserin-Königin, die Theilung Polens betreffend, vom 22. Januar in den Analecten.

Italien und den Niederlanden, die mit den Türken geschlossene Convention, das Streben nach Erwerb neuer Gebiete. Man wollte auf preussische Art verfahren und zugleich sich den Schein der Ehrbarkeit geben. Das Vertrauen, welches man früher Oesterreich entgegengebracht, sei ganz verscherzt, der gute Name in die Brüche gegangen. Man möge ganz den Gedanken aufgeben, im Trüben zu fischen, den Grundsatz, aus diesen Wirren Vortheil zu ziehen, als schlecht und verderblich verwerfen, so rasch als möglich die unglückliche Situation enden, ohne an Erwerbungen für Oesterreich zu denken, wohl aber daran, das Vertrauen und den guten Glauben herzustellen und so weit es möglich, das politische Gleichgewicht.

Zwischen Josef und Kaunitz war eine Verständigung erzielt worden. Es konnte den beiden Männern daher nicht schwer werden, die Kaiserin zu bestimmen, von den von ihr dargelegten Ansichten theilweise abzugehen, denn sie hatte den Fall nicht berücksichtigt, was zu thun sei, wenn König Friedrich das Entschädigungsobject für Oesterreich nicht hergeben wollte. Die Berathungen der nächsten Tage waren mit der Festsetzung der Gebietstheile ausgefüllt, welche in Anspruch genommen werden sollten. Die Ansicht Josef's gab den Ausschlag, auf dessen Antrag die Kaiserin die Reihenfolge der in Berlin zu machenden Vorschläge genehmigte. Denn mit Friedrich sollte zunächst eine Verständigung gesucht werden.

---

[1]) Maria Theresia an Josef, bei Arneth I. 362. Das von Arneth angedeutete Datum kann nicht richtig sein; der Brief ist jedenfalls geschrieben, ehe noch eine Entscheidung gefällt war; am 24. Januar war diese erfolgt. Am 23. Januar sagt Kaunitz in einem Vortrage, die in dem Vortrage vom 17. Januar dargelegten Grundsätze hätten den Beifall der kaiserlichen Majestäten gefunden.

Zwölftes Capitel.

Der Petersburger Theilungs-Traktat.

Die Verhandlungen zwischen Preussen und Russland waren damals fast dem Abschlusse nahe. Das russische Contreproject war dem Könige, wie wir gesehen, im August übersendet worden, aber Friedrich konnte sich Wochen lang zu keinem Entschlusse aufraffen; ihm bangte vor den grossen Opfern, die beansprucht wurden. Da traf die erwähnte Depesche von Rhode ein, welche die Kriegsbefürchtungen zerstreute. Von Petersburg langte fast gleichzeitig die Nachricht ein, dass Russland entschlossen sei, die Moldau und Wallachei nicht für sich in Anspruch zu nehmen, sondern einem christlichen Fürsten zu übergeben. Dem Könige war dies allerdings sehr erwünscht, aber er machte sich geringe Hoffnung, dass alle Schwierigkeiten durch diese Modalität behoben sein dürften.[1]) Schon im Sommer war der Plan einmal aufgetaucht, die Donaufürstenthümer an Polen zu überlassen, nun war es Finkenstein, der sich dafür zu erwärmen schien. Von der friedlichen Strömung in Wien benachrichtigte er die Petersburger nicht, um seine Bemühungen, die Verzichtleistung auf die Donaufürstenthümer durchzusetzen, nicht zu erschweren. Indess, gestützt auf die Wiener Berichte, dass der Kampf beschworen werden könnte, wenn nur dieser Stein des Anstosses beseitigt würde, liess er in

---

[1]) Friedrich an Finkenstein vom 19. u. 20. Sept. 1771. (B. A.)

Petersburg erklären, wenn Oesterreich noch weitere Forderungen stellen würde, mit Russland gemeinschaftliche Sache machen zu wollen.[1])

Am 25. September ertheilte Friedrich an Finkenstein den Auftrag an die Ausarbeitung der Antwort auf das russische Contreproject zu gehen. In mehrmaligen eingehenden Berathungen zwischen dem Könige und seinem Minister wurden wesentliche Aenderungen vorgenommen. Am 30. September wurde der neue Entwurf nach Petersburg gesendet.[2]) Preussen machte sich anheischig, Russland 20.000 Mann zur Verfügung zu stellen, aber dieselben sollten nur in Polen oder bei einer Diversion nach Ungarn zur Verwendung kommen, während Russland die Verpflichtung zu übernehmen hatte, 50.000 Mann nach Polen zu senden, jedoch sollte Preussen im Falle eines Angriffs von Oesterreich sein Hilfscorps sogleich zurückrufen dürfen, und Russland zu einer unmittelbaren Unterstützung von 6000 Mann Infanterie und 4000 Kosaken verbunden sein, abgesehen von den in Polen aufzustellenden 50.000 Mann; nach Beendigung des Türkenkrieges aber Preussen berechtigt sein, die gesammte Militärmacht Russlands in Anspruch nehmen zu können.

In dem Memoire, welches diese Aenderungen rechtfertigen sollte, wurde auf den Unterschied der vorliegenden Convention von den früheren hingewiesen. Bisher war Preussen blos zur Unterstützung Russlands, wenn dieses in Polen angegriffen wurde, verpflichtet. Gegenwärtig handelte es sich um die Moldau und Wallachei, gegen deren Abreissung Oesterreich sich stemmte. Bei einem Ausbruche

---

[1]) An Solms 15. Sept. 1771. (B. A.) Si les Autrichiens s'opposent à toutes les conditions que l'Imperatrice demande je leur ferai sentir qu'ils me forceront par là de prendre fait et cause à mon allié.

[2]) Das Memoire steht im Auszuge bei Smitt a. a. O. II. 57. Die Zeitangabe ist zu berichtigen.

des Krieges, der unter diesen Verhältnissen nicht unwahrscheinlich war, hatte Preussen, wenn es aus seiner Neutralität heraustrat, den ganzen Stoss der österreichischen Macht zuerst auszuhalten. Die Kosten des ersten Feldzuges berechnete Friedrich auf $13^{3}/_{4}$ Millionen Thaler, da er auf einen Angriff von 200.000 Mann gefasst sein müsse. Auch bereitete er in der That die Mobilmachung vor, die nach Unterzeichnung des Tractates mit Russland erfolgen sollte.

Friedrich war jedoch zugleich auch auf seinen Vortheil bedacht. Als Entschädigung für die aufzuwendenden Kriegskosten verlangte er Danzig. Dies wäre, meinte er, keine grosse Forderung, ohnehin könne die Stadt von dem sie umgebenden Lande ohne grosse Unzukömmlichkeiten nicht getrennt werden. Auch hatte er nichts dagegen, wenn man in Petersburg mit Rücksicht darauf von der Republik ein grösseres Gebiet in Anspruch nehmen wollte; er machte sich anheischig, Alles zu garantiren, was man auswählen würde.[1]) Die Erwerbung Danzigs beschäftigte ihn auf das angelegentlichste, zu wiederholten Malen kam er in den nächsten Wochen darauf zurück, nicht ohne Hoffnung, endlich den Widerstand in Petersburg mürbe zu machen, wenn er ein und dieselbe Angelegenheit in den mannigfachsten Variationen besprach.[2]) Obwohl überzeugt, „dass Kaunitz von seinem hohen Rosse herabsteigen und sich gefügiger zeigen werde“, wie er um diese Zeit an Rhode schrieb,[3]) be-

[1]) Depesche vom 25. Sept. 1771 bei Smitt II. S. 49. Friedrich an Heinrich am 27. Sept. 1771 Oeuvres XXVI, S. 358.

[2]) Friedrich an Finkenstein 12. Nov. 1771. (B. A.) C'est que pour reussir avec elle (la Russie) il faut lui repeter souvent les mêmes choses et ne pas se laisser rabuter, quand même elle y feroit d'abord quelques difficultés. Plus on lui chante la même chanson, et plus on y accoutumera son oreille et on ne manque guères à la fin de l'amener à un parfait concert.

[3]) Immediatdepesche an Rhod vom 9. Oct. 1771, in ähnlicher Weise in einem Schreiben an Finkenstein vom 8. Oct. 1771 eigenhändig.

stärkte er die Petersburger darin, dass man in Wien den bisherigen Standpunkt nicht verlassen habe und sich in kriegerischen Geleisen herumbewege; eine Behauptung, die nur insoferne der Sachlage nicht ganz widersprach, da die Berichte aus Wien die dort herrschende Stimmung nicht gerade als eine durchweg günstige bezeichneten. Grosse Bedeutung legte ihnen der König indess nicht bei; die Kaiserin werde sich endlich aus Liebe zum Frieden mit einem Stück Polen besänftigen lassen, schrieb Friedrich an Finkenstein.[1]) Seine Hoffnung, dass es gelingen dürfte, die Erwerbungen ohne Schwertstreich zu machen, hielt ihn jedoch nicht ab, ernstlich an die Vorbereitungen zum Kriege zu gehen. Wenn die Oesterreicher sich widersetzen, sollte Czernicheff nach Berlin kommen, um den Kriegsplan zu vereinbaren. Keine Kosten sollten gespart werden, im Falle es zum Kriege käme.[2])

Von den gestellten Bedingungen war er fest entschlossen, sich nichts abdingen zu lassen, es war das Aeusserste, wozu er sich bequemen wollte; nicht eine Katze wollte er marschiren lassen, bis er über die Entschädigung im Klaren war; wenn Russland seiner Unterstützung bedürfe, brauche es nur zu unterzeichnen, wenn es diese nicht annehmen wolle, so mische er sich in nichts.[3]) Sonst that er Alles,

[1]) Les lettres de Petersbourg sont aussi favorables que possibles, celle de Vienne montrent plus de mauvaise humeur que de Dessein premedité de nuire, et je crois qu'allafin l'Imperatrisse Reine se laissera radoucir au point de Vouloir bien pour l'amour de la paix et de la Ballance des Pouvoirs accepter un morceau de la Pollogne, ce partage sera Probablement la fin de tout ces troubles.' An Finkenstein auf der Rückseite eines Schreibens desselben vom 8. October. (B. A.)

[2]) An Heinrich 2. October 1771. Oeuvres XXVI S. 355.

[3]) Immediatdepesche an Solms vom 30. October 1771. (B. A.) Je me garderai bien de faire marcher un chat, avant d'être rassuré de mon dedommagement. Ferner Depesche vom 3. November. (B. A.)

um sich Russland gefällig zu erweisen. Lange hatte er sich geweigert, Posen zu besetzen, nun entschloss er sich dazu, von der Ueberzeugung durchdrungen, dass Oesterreich deshalb nicht zum Schwerte greifen werde.[1]) Panin sprach wieder viel von directen Verhandlungen mit der Pforte; Friedrich beeilte sich an Zegelin den Auftrag zu geben, in Constantinopel in dieser Richtung thätig zu sein. Thut Alles in der Welt, schrieb er an ihn am 7. November, um die Pforte zu Absendung von Commissären zu bewegen.

Sein Gesandter in Wien hatte ihn schon im October von einer bevorstehenden Frontveränderung der österreichischen Politik in Kenntniss gesetzt. Kaunitz hatte nämlich in orakelhaftem Tone einige Andeutungen fallen lassen. Von dem inhaltsvollen Gespräche des Fürsten Kaunitz mit Galitzin erhielt Friedrich aus Petersburg im December, wie es scheint, keine ganz genaue Kunde. Kurz zuvor legte er vollkommene Gleichgiltigkeit an den Tag, ob der Vertrag mit Russland einige Wochen früher oder später zum Abschlusse komme. Im Gegentheil, je mehr man die Sache hinausschleppe, desto grösser werde Russlands Verlegenheit sein, und um so mehr werde es sich genöthigt sehen, seine Bedingungen anzunehmen.[2]) Nun wurde er unruhig, dass die Erledigung der Angelegenheit durch die eingetretene Wendung eine Verzögerung erfahren werde. Die directe Verbindung, in welche der Staatskanzler mit Russland getreten war, kam Friedrich ungelegen. Kaunitz strebe dahin, sich zum Meister der ganzen Unterhandlung machen zu wollen, schrieb er nach Petersburg, indem er wähne, ihr dann durch Ueberlegenheit seines Geistes einen beliebigen Abschluss zu geben. Nach der Ansicht des Königs hatte man sich um Wien ganz und gar nicht zu küm-

[1]) An Finkenstein 22. Oct. 1771. (B. A.)

[2]) An Finkenstein 6. Dec. 1771. (B. A.)

mern, sondern einfach zuzugreifen, von den in's Auge gefassten Gebieten Besitz zu nehmen und dann rundweg zu erklären, man habe es aus diesen oder jenen Gründen gethan. In einem derartigen Auftreten läge doch Würde, er wolle seinen Kopf zum Pfande setzen, dass Oesterreich deshalb keinen Krieg verursachen werde. Russland möge sich hüten, in die gelegte Falle des Fürsten Kaunitz zu gehen.[1])

In Petersburg war indess die Antwort auf die preussische Denkschrift fertig geworden; Solms erhielt sie am 6. December zugestellt. In den letzten Decembertagen war sie in den Händen des Königes. Schon vor Wochen hatte Friedrich, wie wir gesehen, die Nachricht erhalten, dass Russland auf die Abtretung der Moldau und Wallachei verzichte, nun erhielt er die authentische Bestätigung. Es widerstrebe zwar der Kaiserin, christliche Provinzen den Muhamedanern zurückzustellen, aber sie entschliesse sich doch zu diesem Opfer. Nur möge der König behilflich sein, dass es nicht den Anschein gewinne, als habe der Wiener Hof dies bewerkstelligt. Allein dafür stellte man andere Forderungen, die nicht minder schwer wogen, eine Geldentschädigung und die Cession von Bender oder einer andern Stadt am Dnieper, ferner Oczakow oder Kinburn, und dabei betonte man, als stimme man nur dem Könige zu Liebe seine Ansprüche herab. Was die von Preussen zu gewährende Unterstützung anbelangt, falls Oesterreich doch zum Angriffe schreiten sollte, beharrte man bei der Forderung eines Truppencorps von 20.000 für die Moldau, zeigte sich jedoch zur Reciprocität erbötig und wollte dem Könige, wenn er in seinen Landen angegriffen würde, die von ihm festgesetzte Truppenanzahl zur Verfügung stellen.

---

[1]) 8. Dec. 1771. Friedrich an Solms. Smitt a. a. O. S. 85. Aehnlich an Finkenstein, Dec. 1771. (B. A.)

Welches Bewandtniss es mit dieser sogenannten Reciprocität hatte, ging aus der weiteren Darlegung hervor, dass Preussen bei einem eventuellen Angriff von Seiten Oesterreichs, sei es in Polen oder in der Türkei, seine ganze Truppenmasse zur Unterstützung Russlands aufbieten sollte, während dieses, wenn die österreichischen Truppen sich Preussen zum Angriffsobjecte ausersehen würden, 6000 Mann Infanterie und 4000 Kosaken zur Hilfe senden wollte, welche Anzahl verdoppelt werden sollte, wenn die Umstände es erlauben. Erst nach Abschluss des Friedens mit den Türken wollte man dem Könige mit der gesammten Militärmacht zu Hilfe kommen, insbesondere 50.000 Mann in Ungarn einrücken lassen. Die Besitzergreifung in Polen sollte nicht unmittelbar nach der Zeichnung des Vertrages — was Friedrich gefordert hatte — stattfinden. Von einer Abtretung Danzigs wollte Russland nichts wissen, wie man vorgab aus Rücksicht für die Seemächte. Dagegen zeigte man sich in Petersburg erbötig, eine Entschädigung auf Kosten Oesterreichs zu gewähren, jedoch nur in dem Falle, wenn Preussen angegriffen würde.[1])

Friedrich liess nicht lange mit der Beantwortung warten. Auch in dieser gemilderten Fassung waren die russischen Bedingungen gewichtig. Die Verwendung preussischer Truppen in der Moldau erschien ihm zu gewagt, die Entfernung war zu gross. Er wolle nichts versprechen, was er nicht halten könne, schrieb er an Solms; wenn er von Oesterreich und Frankreich angegriffen werde, könne er über dieselben nicht leicht verfügen.[1]) So sehr Friedrich auch der Ansicht huldigen mochte, dass man es in Wien auf einen Kampf nicht ankommen lassen werde, vollkom-

---

[1]) Memoire vom 22. Nov. 1771 bei Smitt II. S. 62.

[2]) Immediatdepesche an Solms vom 27. Dec. 1771. (W. A.)

men überzeugt war er nicht, dass die friedliche Tendenz die Oberhand behaupten werde.

Anfangs Januar übersendete Friedrich die Antwort nach Petersburg. Er wollte auf den Erwerb Danzigs verzichten, wenn die Stadt für frei und von Polen unabhängig erklärt wurde. Der Grund, den er hiefür anführte, war nicht unstichhaltig. Zwar war es ganz bedeutungslos, wenn er hervorhob, dass Danzig immer mit dem polnischen Preussen in Verbindung gestanden habe, um so gewichtiger war der Hinweis auf die unausbleiblichen Streitigkeiten mit der Republik Polen, wenn die Stadt, die sodann ganz von preussischem Gebiete umfasst sein würde, im Besitze derselben blieb. Zumeist jedoch fand er sich zu diesem Opfer, wie er es nannte, bestimmt, durch den lebhaften Wunsch rasch zum Besitz der auserkorenen Gebiete zu gelangen, während Russland zur Besitzergreifung erst schreiten wollte, bis der Friede mit der Pforte abgeschlossen war. In Petersburg wünschte man erst die türkische Beute in Sicherheit gebracht zu haben und sich eine entschiedene Unterstützung der nunmehrigen Propositionen von Seite des Königs zu sichern. Wenn man schon jetzt Alles gewährte und Oesterreich sodann doch noch Schwierigkeiten machte, so hatte Preussen kein lebendiges Interesse mehr bedingungslos für Russland einzutreten. Der Gedanke des Königs, die Theilung mit dem Friedensschlusse schon deshalb in Verbindung zu bringen, weil sonst ein abermaliger Krieg von Seite der Türkei zu befürchten wäre, war wohl nicht ernstlich gemeint. Ihm war es blos darum zu thun, das Geschäft nicht auf die lange Bank hinausgeschoben und durch das Hinzutreten Oesterreichs gefährdet zu sehen. Der König konnte das fortwuchernde Misstrauen gegen den österreichischen Staatsmann nicht bannen. Wie leicht konnte Kaunitz, nachdem er einen Einblick in die zwischen Preussen und Russland bewerkstelligten Abmachungen erhalten, trotz seiner bereits erfolgten Erklärung, einer

Vereinbarung die Hand zu bieten, noch im letzten Momente eine Coalition zu Stande bringen und das ganze Werk scheitern machen. Ganz anders verhielt sich die Sache, wenn Russland und Preussen sich in den Besitz des polnischen Gebietes gesetzt hatten. Wie Friedrich den Fürsten Kaunitz beurtheilte, nahm er als gewiss an, dass er lieber ebenfalls zugreifen, als sich den Wechselfällen eines ungewissen Krieges aussetzen würde.

Um so rasch als möglich zum Abschlusse zu gelangen, zeigte sich Friedrich zu manchen Concessionen bereit. Er beharrte wohl dabei, dass das preussische Hilfscorps nur in Polen, keineswegs aber in der Moldau und Wallachei zur Verwendung kommen sollte, aber er erklärte sich bereit, dasselbe nur dann zurückzuberufen, wenn er von der gesammten österreichischen Militärmacht angegriffen würde. Jedoch sollte bei dem Eintritte seiner Hilfeleistung die Zahlung der Subsidien an Russland aufhören. Auch zu einer Diversion in österreichisches Gebiet gab er seine Zustimmung. Mit der von Russland zugesagten Unterstützung durch ein Corps von 6000 Mann Infanterie und 4000 Kosaken wollte er sich ebenfalls begnügen. Weiter wollte er nicht gehen; in diesem Sinne schrieb er auch an Catharina. [1])

Neue Sorgen über die Haltung Oesterreichs beschäftigten ihn in ernstlicher Weise. Bald wähnte er, dass Kaunitz zu einer friedlichen Lösung die Hand bieten werde, bald gewann die entgegengesetzte Ansicht die Oberhand. [2]) Da-

---

[1]) Das Memoire im Auszuge bei Smitt S. 66 fg.; es wurde Ende December ausgearbeitet und am 4. Januar nach Petersburg gesendet, wornach Smitt zu berichtigen. Immediatdepesche an Solms vom 4. Januar 1772. (B. A.) Am Schlusse derselben eigenhändig: A present voilà les derniers conditions. Or il faut que la chose reussise à present, ou il n'en sera rien.

[2]) Immediatdepesche an Solms vom 5. Januar und Schreiben an Finkenstein vom 15. Januar 1772. (B. A.)

mals dämmerte zum ersten Male der Verdacht bei ihm auf, dass Oesterreich ein geheimes Abkommen mit der Pforte getroffen habe.[1]) Der Krieg war in diesem Falle unvermeidlich. Er beabsichtigte einen letzten Versuch bei van Swieten zu machen; gab sich jedoch geringen Hoffnungen über den Erfolg hin, da sich Oesterreich gewiss viel zu viel mit der Pforte eingelassen, um zurück zu können. Zwar von der Kaiserin nahm er an, dass sie unter gewissen Bedingungen die Erhaltung des Friedens wünsche, eine geringere Geneigtheit setzte er bei Josef voraus; der grösste Widerstand meinte er, sei jedoch von Kaunitz zu erwarten.[2]) Auch aus Constantinopel waren die einlaufenden Nachrichten nicht befriedigend. Die Pforte lehnte eine Abtretung der Krim ab.[3])

Friedrich musste in seiner Auffassung von der kritischen Situation durch eine Unterredung mit van Swieten, die am 19. Januar stattfand, bestärkt werden. Der König bot seine Beredsamkeit auf, die neuen Vorschläge Russlands in einem annehmbaren Lichte zu zeigen. Mildere Bedingungen werde man schwerlich erlangen können. Die geforderte Unabhängigkeit der Tataren sei eine Chimäre, da es Russland nie gelingen werde, das Band, welches diese Völkerschaft an die Pforte knüpfe, zu lösen, und wenn man in Petersburg wirklich die Absicht habe, dieselbe in Abhängigkeit von sich zu bringen, werde es für die Pforte noch immer an der Zeit sein, sich dem zu widersetzen. Nicht ohne Gewandtheit suchte Swieten die königli-

---

[1]) 12. Januar 1772 Immediatdepesche an Solms. (B. A.)

[2]) An Finkenstein 16. Januar 1772. Le Prince Kaunitz veut une fois tout diriger, et il est trop imbu de l'excellence de sa politique pour se laisser deranger par des représentations. An Solms 16. Januar 1772. (B. A.)

[3]) 19. Januar an Finkenstein u. Immediatdepesche an Zegelin vom selben Tage Depesche Zegelin's vom 17. December 1771. (B. A.)

chen Ansichten zu widerlegen. Wenn die Unabhängigkeit der Tataren wirklich ohne Belang sei, warum besteht Russland mit Entschiedenheit gerade auf diesem Punkt, fragte er Friedrich. Und was die Pforte anbelangt, so werde diese auf lange Zeit hinaus ganz unfähig sein, irgend einen Widerstand zu leisten; der Friede könne nur unter solchen Bedingungen abgeschlossen werden, wenn das Gleichgewicht im Oriente intact bleibe. Von diesem unerschütterlichen Grundsatze könne Oesterreich nicht abgehen, es werde nicht zögern, in der Gegenwart lieber Alles zu wagen, als Gefahren für die Zukunft vorzubereiten, denen man dann nicht leicht begegnen könnte. Swieten klirrte noch immer mit dem Schwerte. Der König schilderte lebhaft die Gefahren des Krieges; er wies darauf hin, dass ein beträchtliches Truppencorps in Polen eingerückt sei und die preussischen Streitkräfte zur Verfügung stünden, in Oesterreich einzubrechen. Friedrich glaubte, dass diese Darlegung wenigstens auf den Gesandten Eindruck gemacht habe, ob Fürst Kaunitz sich dadurch bestimmen lassen werde, war ihm fraglich.[1])

Da langten die Depeschen vom 25. Januar in Berlin an. Swieten verlangte eine Audienz, die durch eine Unpässlichkeit des Königs hinausgeschoben wurde. Der Gesandte liess dem Könige durch den Minister von dem wesentlichen Inhalt der nach Petersburg gesendeten Antwort des Wiener Hofes Mittheilung machen, um den Courier weitersenden zu können. Friedrich war darob hocherfreut, ein Alp fiel ihm von der Brust; der Friede schien erhalten. Seiner Ansicht nach musste Russland den günstigen Moment ausbeuten, ohne Verzug an Rumänzow den Befehl geben, mit den türkischen Ministern ein Abkommen zu treffen. Der Waffenstillstand sei unbedingt nothwendig, hierauf werde leicht eine Verständigung über den Congress erfolgen. Ohne noch

---

[1]) Bericht Swieten's vom 21. Januar. (W. A.) Friedrich an Finkenstein 20. Januar 1772. (B. A.)

mit den österreichischen Ansprüchen genauer bekannt zu sein, redete er einer Verständigung mit Wien das Wort, früher oder später müsste es doch geschehen.[1])

Erst am 4. Februar wurde Swieten beim Könige vorgelassen. Friedrich sprach sich sehr befriedigt über die nach Russland gesendete Antwort des Wiener Hofes aus; er verspreche sich, sagte er, die gedeihlichste Wirkung zur Beförderung und Herstellung des Friedens und erklärte sich damit einverstanden, dass man zunächst den Abschluss eines Waffenstillstandes und die Eröffnung des Congresses in Angriff nehme.

Swieten hatte dem Könige sagen lassen, dass er mit einem speciellen Auftrage betraut sei; Friedrich verlangte nun zu wissen, worin dieser bestünde.

Ihre Majestäten, hob Swieten an, werden es mit besonderer Genugthuung vernehmen, dass der König die von ihnen ergriffenen Massnahmen billige, und man könne nun erwarten, dass dieselben unter seiner Mitwirkung zu dem gewünschten Resultate führen werden. Dies sei die glückliche Frucht des guten, zwischen Oesterreich und Preussen herrschenden Einverständnisses. Der König habe sich im verflossenen Jahre ihm gegenüber über die Ansprüche der kaiserlichen Majestäten auf einzelne Theile Polens ausgesprochen und zu erkennen gegeben, dass er auch welche zu besitzen vermeine, die er geltend zu machen suchen werde. Eine ähnliche Erklärung sei von Russland erfolgt, zugleich auch der Wunsch nach einer Vereinbarung, welche neuen Wirren vorbeugen sollte, kund gegeben worden. Die Angelegenheit wäre von solch entscheidender Bedeutung, dass sie leicht einen Bruch zwischen Oesterreich und Preussen hervorrufen, und Anlass zu einem allgemeinen Kriege bieten könnte. Um ihn zu verhüten, gebe es nur ein

[1]) An Solms 1. Februar 1772 bei Smitt a. a. O. S. 90.

Mittel: eine gegenseitige, offene, rückhaltslose Verständigung. Sein Hof wünsche die Angelegenheit zunächst mit dem Könige gründlich zu behandeln, in Petersburg habe man vorläufig blos im Allgemeinen die Geneigtheit zu Erzielung eines Uebereinkommens zu erkennen gegeben. Swieten wies auf die Verabredung in Neustadt hin, hob hervor, dass die Verpflichtungen des Königs gegen Russland unberührt bleiben, nur müsse man den traurigen Folgen und grossen Uebeln, welche leicht durch Neid und Misstrauen erregt werden könnten, zuvorkommen. Der Moment sei da, offen und freimüthig zu sprechen. Als Ausgangspunkt der eventuellen Vereinbarung müsse der Grundsatz vollkommener Gleichheit bei den Erwerbungen Oesterreichs und Preussens festgestellt werden. Er sei beauftragt, den König zu fragen, ob er gesonnen sei, mit Oesterreich ein gegenseitiges schriftliches Versprechen auszutauschen, und jene Gebiete zu bezeichnen, die er für sich in Anspruch zu nehmen beabsichtige.

Der König hatte diesen Auseinandersetzungen mit grosser Aufmerksamkeit zugehört und erklärte sich bereit dem Principe vollständigster Gleichheit zuzustimmen. Ohne lange zu zögern befriedigte auch er die Neugierde des Gesandten in Bezug auf das von ihm zu occupirende Gebiet. Was Oesterreich anbelangt, wies er auf das an Ungarn grenzende polnische Gebiet hin; Krakau ausgenommen, könne es sich soweit als nöthig ausbreiten, um die Gleichheit herzustellen.

Swieten hob nun hervor, wie vortrefflich gelegen der von Friedrich in Anspruch genommene Strich sei, er runde seine Staaten vollständig ab; diese Erwerbung sei von solcher Bedeutung, dass sie selbst durch die Wechselfälle eines Krieges nicht allzutheuer erkauft wäre. Oesterreich werde freudig seine Zustimmung ertheilen, allein es hoffe auf eine gleiche Gefälligkeit rechnen zu können. Denn

nach dem Grundsatze der Gleichheit handle es sich darum, dass der Oesterreich zufallende Antheil nicht blos durch die Grösse des Territoriums und seinen innern Werth, sondern auch durch seine politische Bedeutung dem preussischen gleichkomme. Preussen möge sich auch den polnischen Antheil Oesterreichs nehmen, dies passe ihm vortrefflich.

Der König hatte keine Ahnung, wohin Swieten steuerte. Er fragte, warum man dieses Verlangen stelle. Es gibt nur ein Mittel, antwortete Swieten, um mit Beachtung der Gleichheit Oesterreich auf einer andern Seite zu entschädigen: Die Abtretung der Grafschaft Glatz und Schlesiens.

Hierauf war Friedrich nicht gefasst. Wie, wie, rief er mit Lebhaftigkeit. Swieten musste mehrmals seinen Antrag wiederholen.

Nein mein Herr, antwortete Friedrich, dies geht nicht an, ich verlange und fordere nichts anderes als das polnische Preussen. Nehmt hier oder dort den Theil, der euch behagt, aber nicht auf meine Kosten.

Alle Ueberredungskünste und Vorstellungen van Swietens prallten an dem Könige ab, der zu wiederholten Malen betonte, dass er in Polen nichts weiter suche. Und als Swieten dennoch nicht abliess, den Gegenstand abermals und abermals zu beleuchten, sagte Friedrich: Hat mir nicht der Kaiser versprochen, dass er nie daran denke, Schlesien und Glatz wieder zu erlangen, und hat Kaunitz nicht dasselbe formell und feierlich wiederholt. Hier konnte nun Swieten allerdings darauf hinweisen, dass Oesterreich nicht an die Wiedereroberung Schlesiens denke, und dass Friedrich in dieser Beziehung auf die ihm ertheilten Zusicherungen bauen könne. Hier handle es sich um einen Austausch. Nochmals erklärte Friedrich mit Bestimmtheit, dass er von demjenigen, was er factisch besitze, nicht das Geringste abzulassen gesonnen sei. Van Swieten versuchte es

vergebens den König zu bewegen, die Sache doch in Ueberlegung zu ziehen; dieser unterbrach ihn ungeduldig, seine Erklärung wiederholend.

Der König bot Swieten selbst die Gelegenheit, mit dem zweiten Vorschlag herauszurücken. Gibt es in Polen denn gar nichts, was euch befriedigen könnte, fragte Friedrich, dann müsste man sich anderswo umsehen; er wies auf die an Triest grenzenden Gebiete hin, wodurch Oesterreich eine neue Verbindung mit Ungarn erhielte, allein bald kam er hievon als nicht durchführbar zurück.

Swieten rückte nun mit der zweiten Alternative, die er beauftragt war als seinen eigenen Gedanken vorzubringen, mit Serbien nebst Belgrad und einem Theil Bosniens heraus. Swieten legte durch die Art und Weise, wie er diesen Vorschlag zur Sprache brachte, Proben eines nicht unbedeutenden diplomatischen Talents an den Tag. Es hatte ganz den Anschein, als sei ihm dieser Gedanke erst im Laufe des Gespräches aufgetaucht; er war fest überzeugt, dass Friedrich keinen Argwohn schöpfte. Er müsse erst Verhaltungsbefehle einholen, setzte er auseinander, wenn der König die Sache gut fände, werde dies gewiss in Wien in's Gewicht fallen. Friedrich hielt die Sache nicht für unmöglich; vor Jahr und Tag, sagte er, wäre es sogar leicht gewesen. Russland habe zwar den Widerspruch Oesterreichs gegen die von ihm aufgestellten Friedensbedingungen nicht verdaut, allein doch sei noch Hoffnung damit durchzudringen. Auch mit der ganzen Art und Weise, wie vielleicht die Türkei dazu zu bringen sein würde, schien er sich einverstanden zu erklären und übernahm es nach Petersburg in diesem Sinne zu schreiben. Auch ertheilte er van Swieten die Versicherung, dass er seinen Hof nicht blossstellen werde; aber, schloss er die Unterhaltung, wenn Ihr Hof unser Project annimmt, muss er sich ein wenig von mir leiten lassen und meinen Rath befolgen, ich kenne den Petersburger Hof

und weiss, wie man daselbst die Dinge anpacken muss; sonst werden wir nicht durchdringen.[1])

Mit einem dritten Vorschlage, dass Oesterreich die fränkischen Gebiete erhalten, während an Preussen der österreichische Antheil in Polen fallen sollte, hatte der Gesandte keine Gelegenheit herauszurücken.[2])

Der König war über diese Wendung der Dinge hochvergnügt. In Petersburg nahm er das Verdienst, diese Umwälzung in den Anschauungen des Wiener Hofes hervorgerufen zu haben, für sich in Anspruch, indem er den österreichischen Gesandten auf die preussischen Streitkräfte aufmerksam gemacht habe, bereit, sich auf Oesterreich zu werfen, wenn es den Grafen Rumänzow angreifen würde. Die ihm gemachten Vorschläge bezeichnete er als einen groben Fehler; nicht einen Augenblick war er darüber im Zweifel, dass Swieten im Auftrage seines Hofes gesprochen, wenn er für Oesterreich türkisches Gebiet beanspruchte. Mit gewohntem Scharfsinne durchschaute er die Beweggründe dieses Vorgehens; man wolle Polen schonen, damit der Hass der Nation ganz auf Russland und Preussen falle. Auch sah er ganz richtig, wenn er die Schwankungen und Wandlungen des Wiener Hofes auf Rechnung der verschiedenen massgebenden Persönlichkeiten stellte.

So genehm es dem Könige war, dass seine Voraussetzung über das schliessliche Zugreifen Oesterreichs sich bewährt hatte, so freudig es ihn berühren musste, nunmehr die volle Gewissheit zu haben, dass kriegerische Wirren vermieden werden dürften, die Erwägung, dass der Abschluss der Convention mit Russland eine Verzögerung erleiden werde, trübte einigermassen die Stimmung.

---

[1]) Bericht van Swieten's vom 5. Februar 1772, womit die Depesche des Königs an Solms vom 5. Febr. 1772 bei Smitt II, S. 92 zu vergleichen.

[2]) An Swieten 25. Januar 1772. (W. A.)

Eiligst ergingen jetzt an Solms Weisungen, keine Schwierigkeiten mehr entgegenzusetzen, sondern rasch abzuschliessen. Unter den früheren Verhältnissen hätte Friedrich eine Nachgiebigkeit nicht gezeigt, nunmehr hatten sich dieselben geklärt und es war nicht zu erwarten, dass er in die Lage kommen würde, die schwierigen Bedingungen erfüllen zu müssen. Kam nun die Vereinbarung zwischen Russland und Preussen rasch zu Stande, so hoffte er, dass Oesterreich schliesslich sich mit einem Antheile in Polen zufrieden geben werde.[1])

Noch ehe diese Weisungen in Petersburg angelangt waren, hatte Solms den Theilungstractat am 17. Februar 1772 unterzeichnet.

In Russland erkannte man die Nothwendigkeit, sich Preussens zu versichern. Die Eröffnungen des österreichischen Staatskanzlers gegen den Fürsten Galitzin im October verscheuchten momentan die Sorge über einen Conflict mit dem Donaustaate, vollständige Gewissheit gewährten sie nicht, dass man in Wien definitiv in neue Bahnen einlenken wolle. Noch waren keine Anzeichen vorhanden, dass man in Constantinopel auf die in einigen Punkten ermässigten Forderungen Russlands eingehen werde, in Polen war es dem russischen Heere noch nicht gelungen, die Conföderation vollständig aus dem Felde zu schlagen. Endlich fehlte dem Grafen Panin für die vieldeutige Staatskunst des Fürsten Kaunitz der rechte Schlüssel. Panin konnte mit den an Galitzin abgegebenen Erklärungen die Schriftstücke des österreichischen Ministers an den Marschall der Conföderation Pac nicht vereinbaren; er glaubte daraus entnehmen zu sollen, dass Oesterreich sich eigentlich für die Conföderirten erkläre. Den hartnäckigen Widerstand der Polen und die sich steigernden Unruhen schrieb man Oesterreich zur Last,

---

[1]) Friedrich an Finkenstein am 2. u. 17. Febr. 1772. Immediatdepeschen vom 2., 9. u. 16. Febr. 1772 an Solms. (B. A.)

da die Conföderirten durch die Aufnahme, welche ihre Declaration in Wien gefunden, auf eine Unterstützung Oesterreichs ihre Hoffnung setzen[1]). Indem er damit zusammenhielt, dass Kaunitz den König von Polen habe wissen lassen, dass man einen von ihm abgesendeten Bevollmächtigten empfangen werde, sowie einen Brief Maria Theresia's an den König von Polen vom 24. November, worin sie ihm mittheilt, dass von ihrer Seite nicht nur zur Herstellung des Friedens zwischen Russland und der Pforte, sondern auch zur Beruhigung der polnischen Wirren die erforderlichen Schritte geschehen seien, während man in Petersburg die Betheiligung Oesterreichs an einer Theilung der Republik in Aussicht stellte, glaubte er den Schluss ziehen zu sollen, dass Kaunitz entweder die Dinge derartig durcheinander würfeln wolle, um im Trüben fischen zu können, oder aber, dass er den Faden vollständig verloren habe und sich ganz und gar dem Zufall überlasse.[1])

Der Traktat setzte bezüglich des beiderseitigen Antheils folgendes fest: Russland erhält das polnische Livland, den diesseits der Dwina liegenden Theil des Palatinats von Polock, das Palatinat von Witepsk; die Dwina sollte künftighin auf dieser Seite die natürliche Grenze zwischen dem russischen Reiche und der Republik bilden, von hier zog sich dieselbe bis zu dem Punkte, wo die Markungen der drei Palatinate Polock, Witepsk und Minsk zusammenstossen, von da weiter in gerader Linie bis zur Quelle des Druç bei Ordwa, dem Laufe dieses Flusses bis zu seiner Mündung in den Dnieper folgend. Die beiden Palatinate Mscislaw und Minsk fielen demnach ganz an Russland; von der Mündung des Druç angefangen, sollte der Dnieper die Grenze sein. Preussen dagegen erhielt Pomerellen, Danzig ausge-

[1]) 14. Januar, 4. Febr., 11. Febr. 1772 von Lobkowitz. (W. A.)

[2]) Solms am 3./14. Januar 1772. (B. A.)

nommen, das Gebiet von Grosspolen diesseits der Netze. Diese sollte die Grenze bilden. Preussen erklärte auf Danzig und dessen Gebiet verzichten zu wollen, wofür es das polnische Preussen, namentlich das Palatinat Marienburg, Elbing mit inbegriffen, nebst dem Bisthum Ermeland und dem Palatinat Kulm, Thorn ausgenommen, seinem Gebiete einzuverleiben berechtigt sein sollte. In einem geheimen Artikel wurden Vereinbarungen für den Fall getroffen, wenn Oesterreich an Russland den Krieg erklären würde.[1])

Durch den Hinzutritt Oesterreichs war die ganze Angelegenheit in eine neue Phase getreten. Die Berichte van Swieten's machten in Wien keinen ungünstigen Eindruck. Man war befriedigt, dass der König dem Princip der strictesten Gleichheit bezüglich der beiderseitig zu erwerbenden Gebiete bereitwilligst seine Zustimmung gegeben hatte. Und wenn auch der erste Vorschlag, Schlesien und Glatz an Oesterreich abzutreten, auf das entschiedenste zurückgewiesen worden war, so fiel dies bei Kaunitz wenigstens nicht bedeutsam in die Wagschale, da er sich ohnehin nur geringe Hoffnungen auf die Annahme gemacht hatte.

Mittlerweile war indess eine Schwenkung eingetreten. Die beabsichtigte Erwerbung Bosniens und Serbiens nebst Belgrad schien doch mit grossen Schwierigkeiten verbunden. Viel leichter war die Acquisition der Moldau und Wallachei. Diese beiden Länder befanden sich im factischen Besitze Russlands, welches dieselben nur nicht an die Pforte herauszugeben brauchte. War erst der Friede zwischen den Kriegführenden zu Stande gekommen, so konnte Russland sodann die Donaufürstenthümer an Oesterreich abtreten. Auch wahrte man dadurch den Schein der Ehrlichkeit der Pforte gegenüber.

[1]) Der Article separé et plus secret bei Smitt II, 79 blos im Auszuge, in den Analecten gebe ich denselben wörtlich.

Hierin stimmten Josef und Kaunitz überein. Nur über die Grösse des zu erwerbenden Gebietes zeigten sich differirende Absichten. Kaunitz hatte den Plan entworfen, die Wallachei, die Hälfte der Moldau und das am linken Ufer der Donau gelegene Bessarabien zu fordern, die andere Hälfte der Moldau und Bessarabiens sollte an Polen fallen, als Entschädigung für die an Preussen und Russland zu machenden Cessionen. Die beabsichtigte Erwerbung dieser Gebiete konnte damit gerechtfertigt werden, dass dieselben schon einmal wenigstens theilweise im Besitze Oesterreichs gewesen. Bei Kaunitz war aber noch ein anderer Umstand massgebend, diese Modalität zu befürworten. Er kannte die Bedenken der Kaiserin, sich auf Kosten eines christlichen Staates zu bereichern. Das Project des Staatskanzlers vermied diese Klippe, Polen erlitt von Oesterreich wenigstens keine Verkürzung, erhielt vielmehr eine Entschädigung für die anderweitigen Abtretungen.[1])

Josef theilte diese Bedenken nicht, Gewissensscrupel behelligten ihn nicht. Er verwarf den Plan des Staatskanzlers, zumeist aus militärischen Gründen, indem er hervorhob, dass die Vertheidigung des lang gestreckten Gebietes an der Donau ungemein schwierig sei. Der Hinweis auf Polen fand bei ihm keinen Anklang. Welche Rücksicht hatte auch die Republik von Oesterreich zu fordern, wenn es kein Stück ihres Gebietes in Anspruch nahm? Oesterreich müsse die ganze Moldau und Wallachei erhalten, mit Bessarabien solle man machen was man wolle; nur die Russen durften es nicht behalten. Er verlangte den Pruth und die Donau als Grenzen; wenn man Bessarabien und das jenseits des Pruth liegende Stück der Moldau und Wallachei

[1]) Die Vorschläge von Kaunitz sind aus dem Entwurfe einer Depesche an Swieten, die später umgearbeitet wurde, ersichtlich. (W. A.)

an die Türkei zurückerstatte, könnte man vielleicht die Abtretung Orsovas und Belgrads verlangen. Nur für den Fall befürwortete er die Abgabe Bessarabiens an Polen, wenn die Türkei die genannten Städte abzutreten sich weigern sollte.[1])

Bei der endgiltigen Feststellung der österreichischen Forderungen hatte die Kaiserin den grössten Antheil. Nach ihrem Gefühle konnte Oesterreich an einer directen oder indirecten Theilung Polens sich nicht betheiligen, und bei der Türkei hatte man durch einen Vertrag gebundene Hände. Der von Josef vorgeschlagene Ausweg liess sich noch am leichtesten der Pforte gegenüber rechtfertigen; sie fand, dass dieser Modus der einzige annehmbare sei. Ein auf den oben dargelegten Principien entworfener Vorschlag erhielt mit einigen Aenderungen die Genehmigung der Kaiserin.

Noch immer jedoch war ihr Gewissen nicht beschwichtigt. Ihre Scrupel erwachten, ihr Seelenkampf muss nach den vorhandenen Aufzeichnungen dieser Tage ein harter gewesen sein. Sie widerrief ihre schon ertheilte Zustimmung und wollte die Absendung der Depesche an Swieten, die sich beim Abschreiben befand, aufgeschoben wissen, um die Angelegenheit noch einmal zu berathen.

Kaunitz versuchte es abermals sie umzustimmen. Er setzte ihr auseinander, dass durch Annahme des nunmehrigen Planes der scrupulösesten Delicatesse entsprochen sei, da man einerseits von Polen nichts nehme und demselben sogar ein Entschädigung zu verschaffen suche; sie möge doch bedenken, dass sie die heiligen Pflichten einer Souveränin zu erfüllen habe und ihre Unterthanen nicht allen Gefahren eines Krieges aussetzen dürfe, der über kurz oder lang in Folge des Umsturzes des Gleichgewichtssystemes nicht ausbleiben könne, und was die Türkei anbelangt, so verzichte diese nur auf Länder, die sie ohnehin nicht mehr besitze.

[1]) Note Josef's vom 14. Febr. 1772. (W. A.)

Es ist zweifellos, dem Sinn und der unmittelbaren Empfindung der Kaiserin würde es am meisten entsprochen haben, sich an dem ganzen Handel nicht zu betheiligen. Von schwerer Gewissensangst geplagt, rang sie nach Erlösung. „Retten Sie mich und den Staat“, schrieb sie auf einem Zettel an Kaunitz, „man muss der grausamen Situation, in der wir uns befinden, ein Ende machen, wenn Sie nicht gegenwärtig sind, kann ich keine Entscheidung treffen.“ [1])

Der Ueberredungskunst und dem Einflusse, den Kaunitz auf sie ausübte, gelang es ihre Bedenken zu beschwichtigen. Endlich ertheilte sie ihre Zustimmung, ohne sich jedoch zufrieden zu geben. „Seind die Expeditionen schon abgegangen?“ fragte sie schriftlich bei Kaunitz an, „der König kann nicht reveniren von unserer noirceur, mir verdiene es, das ist das unglücklichste, ich habe wenig ruhige augenblick.“

Sie sollte wenigstens momentan von ihren Gewissensqualen befreit werden. Nachrichten waren eingelaufen, welche bei Kaunitz einen Verdacht gegen Friedrich erweckten. Man fürchtete, er habe schon mit den Eröffnungen Oesterreichs Missbrauch getrieben. Welche Anhaltspunkte man hiezu hatte, ist mir nicht bekannt. Damit nun einerseits die preussische Insinuation zernichtet und der Weg doch offen erhalten werde, entschloss man sich, die Depesche an Swieten

[1]) Dieser und die folgenden Zettel der Kaiserin liegen einem Convolute bei, welches die Ueberschrift führt: Rapport a S. M. l'Imperatrice avec plusieurs pieces et des billets autographes de S. M. l'Imperatrice à P. Kaunitz concernant les projets de partage de la Pologne. Venez me voir demain a midis ou a l'heure il faut finir notre cruelle situation si vous n'y est present je ne peux rien decider de decisive, le pauvre binder vous dira le reste. Ein zweiter Zettel lautet: Je vous communique tout ce qui me vient, ne venez pas a midis, l'Empereur est à la chasse. Sauvez-moi et l'etat, dite moi votre intention je la soutiendrois, je vois les choses bien differents.

umarbeiten zu lassen. Der Gesandte sollte desavouirt werden bezüglich des Vorschlages, Serbien und Bosnien an Oesterreich zu geben. Man wollte überhaupt vorläufig davon abstehen, sich in weitere Verhandlungen einzulassen. Eile that nicht noth; ohnehin mussten erst die geforderten Declarationen über die Annahme des Grundsatzes der Gleichheit ausgestellt werden.

Der Kaiserin fiel ein Alp von der Brust. „Einverstanden", schrieb sie am Rande eines Vortrages vom 18. Februar, „dass man sich nicht weiter herauslasse und erwarte, was die Russen sagen werden, sonst sehr besorge, dass beide auf uns Alles wälzen werden. Viel weniger übel finde ich wenn sie einen überschnellten Frieden macheten, als wenn sie uns kunnten vorwerfen, dass wir sie angeleitet zu solcher Partage." [1])

Die Ausstellung der Versicherung an Friedrich über vollständige Einhaltung der Gleichheit erfolgte zwar ohne Anstand. Nur über das Gebiet, welches man in Anspruch nehmen wollte, verlautete vorläufig nichts. Als Grund gab Kaunitz an, dass es bisher trotz des besten Willens nicht möglich sei, den von Oesterreich in Anspruch zu nehmenden Antheil zu bezeichnen; man müsse erst Nachrichten einziehen, dabei jedoch mit aller Vorsicht vorgehen, um nicht zuviel Aufsehen zu erregen. Swieten sollte erklären, dass der Vorschlag bezüglich Glatz's gänzlich der Vergessenheit anheimfalle, da der König dagegen eine solche Abneigung an den Tag gelegt. In einer ostensiblen Depesche wurde Swieten über seinen Diensteifer, den er durch Eröffnung seiner „eigenen" Gedanken über eine eventuelle Zuweisung türkischer Gebiete an Oesterreich gezeigt, belobt; die von ihm auseinandergesetzten Gesichtspunkte seien allerdings dem allerhöchsten Interesse entsprechend, aber man könne

---

[1]) Vortrag vom 18. Febr. 1772. (W. A.)

dem Vorschlage nicht stattgeben, da er mit der Denkungsart der Kaiserin nicht übereinstimme; und als Grund in einer langathmigen Darlegung die Convention mit der Türkei angegeben; der König werde es begreiflich finden, dass man daran nicht denken könne.[1])

Am 28. Februar hatte van Swieten Audienz bei Friedrich, und übermittelte dem Könige die von Maria Theresia und Joseph unterzeichnete schriftliche Versicherung. Dieselbe lautet: Da Seine Majestät der König von Preussen und Ihre Majestät die Kaiserin von Russland Rechte und Ansprüche auf einige Theile Polens geltend machen und wir solche ebenfalls besitzen, so versprechen wir uns auf Wort und Glauben von Souveränen durch diese eigenhändig gezeichnete Acte, dass die Erwerbungen, welche auf Grundlage der gegenseitigen Ansprüche geltend gemacht werden, vollständig gleich sein sollen und der Antheil des Einen den des Andern nicht überschreiten soll, und weit entfernt den Massnahmen, die jeder zu ergreifen für angemessen erachten sollte, Hindernisse zu bereiten, nöthigenfalls eine gegenseitige Unterstützung eintreten zu lassen, sowie wir Uns gleichzeitig das vollkommenste Geheimniss über die gegenwärtige Verpflichtung zusagen. Friedrich liess einige Tage später eine ähnliche Erklärung dem Gesandten übergeben.[2]) Van Swieten spielte seine Rolle, als das Gespräch auf das Austauschproject kam, vortrefflich. Sein Eifer, liess er sich vernehmen, habe ihn zu weit geführt, er würde sich erst dann beruhigen, wenn er die Ueberzeugung gewinne, dass sein Vorschlag weder bei dem Könige noch in Petersburg einen widrigen Eindruck gemacht habe und keine üblen Folgen nach sich ziehen werde. Der König suchte ihn zu

---

[1]) Rescript an van Swieten vom 19. Febr. 1772, u. Postscript vom selben Tage. (W. A.)

[2]) Letztere bei Smitt a. a. O. S. 99.

beschwichtigen; er habe weder ihn noch seinen Hof verrathen, sondern die Abtretung Serbiens und Bosniens in Petersburg als seinen eigenen Gedanken ausgegeben, er werde nunmehr den Gegenstand ganz fallen lassen, es solle nicht mehr davon die Rede sein.[1])

Beide suchten einander zu täuschen; der eine glaubte dem andern nicht ein Wort. Van Swieten war davon durchdrungen, dass Friedrich seinen Antrag zur Kenntniss des Petersburger Hofes gebracht habe, und der König beharrte bei seiner Ueberzeugung, dass die Erwerbung türkischen Gebietes den Wiener Kreisen am meisten behagen würde. Das ausgestellte Document war in seinen Augen belanglos; nur Eines kam in Betracht, dass es wenigstens einigermassen Beruhigung über einen neuen Gesinnungswechsel bot. Dass Oesterreich seinen Antheil nur in Polen erhalten dürfe, war bei ihm ohnehin längst ausgemacht, nicht blos die gegenseitige Garantie des einmal in Besitz genommenen Landes schien ihm dadurch am zweckmässigsten sichergestellt, sondern auch das Geschrei der Republikaner würde verstummen, wenn sie sehen werden, dass auch Oesterreich sich betheilige.[2])

In Wien wollte man die weiteren Verhandlungen zwischen den drei Höfen in Petersburg geführt wissen.

---

[1]) Depesche van Swieten's vom 5. März 1772.

[2]) Mais il y a une raison de Politique de plus, qui est de grand poids qui me confirme dans l'idée qu'il conviendroit infiniment mieux de lui faire prendre ses acquisitions plutot en Pologne qu'en Hongrie. C'est que si l'Autriche n'obtient rien de la Pologne et que nous soyons les seuls qui lui enlevent quelques districts, toute la haine des Polonais se tournera contre nous. Ils regarderoient alors les Autrichiens comme leurs uniques Protecteurs et ces derniers y gagneront tant de credit et d'influence, qu'ils auront mille et mille occasions d'y faire jouer toutes sortes d'intrigues. Friedrich an Solms 16. Febr. 1772. (B. A.) Vrgl. auch die Dep. vom 29. Febr. 1772 bei Smitt II S. 97.

Friedrich hatte nichts einzuwenden. Es bleibt immer glorreich für die Kaiserin von Russland, schrieb er am 29. Februar an Solms, dass diese stolzen Oesterreicher, die seit dem Beginne der Wirren mit der Pforte ihr Trotz boten, nunmehr in Petersburg sollicitiren und vor den Augen Europa's ehrenvolle Abbitte leisten.

Kaunitz hatte bisher in Petersburg von den gefassten Beschlüssen keine Eröffnungen gemacht, da man, wie wir gesehen, beabsichtigte, sich zuerst mit dem Könige Friedrich auseinanderzusetzen. Er begnügte sich dem russischen Gesandten am 28. Januar Mittheilungen allgemeinen Inhalts zu machen, ohne sich in die einzelnen Details zu vertiefen. Die bisherige Opposition Oesterreichs gegen die Friedensbedingungen Russlands wurde theilweise durch die Unkenntniss, in der man sich über die Einzelnheiten befunden, entschuldigt. Hierüber liess sich Kaunitz in keine weitere Auseinandersetzung ein; ohnehin war gleichzeitig ein Schriftstück nach Petersburg gesendet worden, worin die Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben wurde, zur Eröffnung eines Congresses beitragen und Russland mit guten Diensten unterstützen zu wollen. Was Polen anbelangt, erklärte Kaunitz dem Drange der Umstände zu weichen, da man in Wien noch immer wünsche, dass die Republik keine Einbusse erleiden solle. Ueber die von Oesterreich zu beanspruchenden Gebiete wurde kein Wort erwähnt; ehe man einen Entschluss fasse, wünsche man unterrichtet zu sein, welche Erwerbungen Russland und Preussen zu machen beabsichtigen, wornach man auch den eigenen Antheil bemessen werde. Man habe sich zu diesem Behufe an Preussen gewendet, sobald eine Antwort eingelangt sei, werde man sich auch an Russland offenherzig erklären.[1])

[1]) Réponse de l'Empereur et de l'Imperatrice Reine à la reponse personelle de l'Imperatrice de toutes les Russies, bei Goerz p. 192,

Am 19. Februar erhielt Lobkowitz gleichzeitig mit Swieten den Auftrag, bei Catharina die Ausstellung einer Versicherungsacte zu erwirken. Mit grösster Bereitwilligkeit ging die Kaiserin darauf ein; schon am 20. März war Lobkowitz in der Lage, dieselbe nach Wien senden zu können.[1]) Panin sprach hierbei den Wunsch aus, Oesterreich möge sich nunmehr über seinen Antheil an Polen erklären. Der russische Staatskanzler gab gleichzeitig zu erkennen, dass er nicht abgeneigt sei, bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen die Pforte zu bewegen, Serbien sammt Belgrad und Bosnien an Oesterreich abzutreten, obzwar er bereitwilligst anerkannte, dass die Gründe, weshalb man in Wien Anstand nehme, sich auf Kosten der Pforte zu vergrössern, von nicht geringer Erheblichkeit seien. Zwar fügte Panin hinzu, wenn Oesterreich nebst jenem Gebiete, welches es dermalen schon in Polen in Besitz genommen habe, auch noch die erwähnten türkischen Provinzen erwerbe, so läge der Vortheil ganz auf österreichischer Seite, und man weiche von dem kaum erst angenommenen Principe der Gleichheit ab, allein man mache sich in Russland ein Vergnügen daraus Oesterreich gefällig zu sein und auf diese Weise zu einer dauernden und festen Verbindung den Grund zu legen, da Preussen gewiss auch keinen Widerspruch erheben werde. In dieser Beziehung gingen die Ansichten in Petersburg und Berlin auseinander. Friedrich wollte, wie schon dargelegt wurde, dass Oesterreich nur in Polen eine Gebietsvergrösserung bekomme, während Panin nichts einzuwenden hatte, wenn es auch ein Stück

---

und Exposé de ce qui s'est passé dans une entrevue, à laquelle m'a invité hier le 27./28. Janvier le Prince de Kaunitz, bei Goerz p. 138.

[1]) Katharina unterzeichnete dieselbe am 7. März, sie stimmt Wort für Wort mit der bei Smitt II, S. 100 abgedruckten überein; nur anstatt „de nos pretentions respectives" heisst es „de nos trois pretentions respectives." Dep. von Lobkowitz vom 20. März 1772. (W. A.)

türkischen Gebietes zugewiesen erhielt. Einmal konnte Russland in diesem Falle um so leichter seine immer noch schwer wiegenden Friedensbedingungen bei der Pforte durchzusetzen hoffen, sodann aber eröffnete sich für die Zukunft die Perspective, entweder in Verbindung mit Oesterreich oder auch allein die weitern Ziele der orientalischen Politik unbeirrt verfolgen zu können.

Panin übersendete dem österreichischen Gesandten den mit Preussen abgeschlossenen Vertrag, den geheimen Artikel ausgenommen, damit den Antrag zum Abschlusse einer Convention verbindend, worauf sodann in Berathung gezogen werden könnte, welche Massnahmen zur Beendigung der polnischen Wirren ergriffen werden sollten.

In einem Vortrage vom 8. März stellte Kaunitz der Monarchin die Sachlage dar. Die Angelegenheit war ohnehin entschieden. Durch die Ausstellung der Versicherungsurkunde war man gebunden. Seiner Ansicht nach war nichts mehr zu thun, als eine Entscheidung zu treffen über die Districte, die man nunmehr auszuwählen entschlossen sei. Noch einmal suchte er von Vornherein die Bedenken der Kaiserin zu beschwichtigen. Der zwischen Russland und Preussen abgeschlossene Tractat, setzte er auseinander, sei nicht zu verhindern gewesen. Man habe nun die Wahl, entweder Russland und Preussen mit Gewalt der Waffen an der Ausführung des Unternehmens zu hindern, oder gelassen zuzusehen, wie sich diese beiden Mächte vergrössern, was natürlich mit grossen Gefahren für das Erzhaus verbunden sein werde, oder aber in gleicher Weise Ansprüche zu erheben.

Die Kaiserin fügte sich in das Unvermeidliche. „Ich finde“, schrieb sie am Rande des Vertrages, „dass von jetzt nichts anders mehr zu thun, kann aber mich noch nicht beruhigen über die Vergrösserung dieser beiden Puissancen,

und noch weniger, dass wir auch mit denselben theilen sollen." [1])

Es dauerte indess noch einige Wochen, ehe man in Wien einen Entschluss fasste. Friedrich konnte sich diese Zögerung nicht erklären. Bald glaubte er darin die Erklärung suchen zu müssen, dass man in Wien doch nicht einig sei, wo man eine Entschädigung suchen solle, bald witterte er überhaupt Zweideutigkeit in dem Vorgehen des Fürsten Kaunitz. Wiederholt ergingen an seinen Gesandten in Wien Weisungen, der Sache auf den Grund zu kommen; Edelsheim solle doch Kaunitz über die Verzögerung befragen, aus seiner Antwort werde es vielleicht doch möglich sein, hinter das Geheimniss zu kommen.[2]) Nur die Erwägung, dass Kaunitz sich doch viel zu tief eingelassen, um wieder zurück zu können, schien ihn einigermassen zu beruhigen. Lebhaft befürwortete er in Petersburg, keine Schwierigkeiten zu machen; wenn die Erwerbungen Oesterreichs nur nicht ausschliesslich an der schlesischen Seite stattfinden, werde seine Zustimmung zu erhalten sein. Er war darauf gefasst, dass man in Wien gerade nicht mässige Ansprüche machen werde, aber er erwartete eine Nachgiebigkeit, wenn Preussen und Russland fest zusammenhalten.[3])

Kaunitz suchte die Zögerung, dass man bisher über die von Oesterreich zu fordernden polnischen Gebiete noch keine Mittheilung gemacht, damit zu rechtfertigen, dass zu-

---

[1]) Vortrag vom 8. März 1772. (W. A.)

[2]) Immediatdepesche an Edelsheim 25. u. 29. März 1772. An Finkenstein 29. März. Je vous avoue franchement, que je ne vois pas encore a quoi tout cela aboutira à la fin. (B. A.)

[3]) Immediatdepeschen an Solms 12. u. 15. April 1772. (B. A.) Il est cependent a presumer que ce ministre (Kaunitz) donnera d'abord une très grand etendu e ses pretensions. C'est assez sa contenu. Mais il se relàchera ensuite et tout ce que je crains c'est qu'il n'en resulte un retard dans cette importante negociation.

nächst die Auswechslung der Declarationen abgewartet werden müsse.[1]) Am 5. April langte die Petersburger Erklärung in Wien an; sechs Tage darauf wurden nach Berlin und Petersburg die Depeschen abgesendet, welche die Darlegungen über das von Oesterreich beanspruchte polnische Gebiet enthielten.

In einem grösseren Schriftstücke suchte Kaunitz die Gesichtspunkte anzugeben, die bei Festsetzung des Ausmasses in Betracht gekommen waren; wahrscheinlich leitete ihn von Vornherein das Gefühl, dass die österreichischen Forderungen als enorm würden befunden werden. Nach der Auseinandersetzung des Staatskanzlers konnte der politische Werth des Oesterreich zufallenden Länderstriches mit den Antheilen Preussens und Russlands keinen Vergleich aushalten, es mussten daher andere Factoren als Massstab dienen: Grösse und Fruchtbarkeit. Trotzdem aber wollte sich Kaunitz für die Zukunft die Hände nicht vollends binden. Durch die mangelhafte Localkenntniss entschuldigte er es, wenn vielleicht später eine oder die andere Abänderung vorgenommen werden müsste, daher die in dem übersendeten Entwurfe bezeichneten Grenzen nicht im strictesten Sinne genommen werden dürfen. Es könnte ja doch geschehen, dass die Rücksicht auf die Convenienz Oesterreichs oder Polens es erforderlich machen würde, die Grenze hinauszurücken oder zurückzuschieben. Nur sollte keinesfalls die einmal festgesetzte Proportion des österreichischen Antheils zu den Erwerbungen Preussens und Russlands überschritten werden. Die Einverleibung türkischen Gebietes lehnte Kaunitz dankbarst ab, einerseits um das so sehr ersehnte Friedenswerk nicht zu verzögern, anderseits aber um der Pforte, insolange sie selbst keinen Anlass bietet, keinen Nachtheil zuzufügen.

[1]) Rescript an van Swieten vom 30. März 1772. (W. A.)

Bezüglich der Form machte Kaunitz den Vorschlag, dass es am angemessensten wäre, wenn die drei Höfe zuerst über den Inhalt der zu schliessenden Convention sich vereinbaren würden, Russland und Preussen sodann zur Unterzeichnung und Ratification schreiten und Oesterreich zum Beitritt als mitcontrahirende Macht einladen wollten. Dieser Vorgang schien in Wien aus dem Grunde um so entsprechender, weil dadurch auf das augenfälligste zu Tage trat, dass Oesterreich gewissermassen nur gezwungen dem Theilungstractate seine Zustimmung gegeben, damit das Gleichgewicht zwischen den drei Nachbarstaaten aufrecht erhalten bleibe.

Als der österreichische Gesandte dem Könige Friedrich die bezüglichen Mittheilungen über den beanspruchten Antheil machte, rief dieser aus: Wahrlich, meine Herren, Sie sind keine Kostverächter, Sie haben, wie ich sehe, einen guten Appetit. Die Gebiete, die Sie beanspruchen, sind fast eben so gross als die meinigen und Russlands zusammen genommen. Van Swieten antwortete natürlich mit den Argumenten seines Meisters. Der österreichische Landstrich, sagte er unter Anderm, könne sich mit dem preussischen Antheile nicht messen, der die Bedeutung eines Königreichs habe. Beide, Friedrich und van Swieten, erschöpften sich in Beweisen, dass das dem andern zufallende Gebiet wichtiger und bedeutsamer sei. Der König beendete übrigens das Gespräch mit der Versicherung, keine Hindernisse zu machen, aber erlauben Sie mir, setzte er lächelnd hinzu, Sie haben einen guten Appetit.[1])

Die Berichte aus Berlin über die Aufnahme der österreichischen Vorschläge berührten in Wien sehr unangenehm, man war jedoch nicht gewillt, leichten Kaufes eine Ermässigung eintreten zu lassen. Die Nachricht, schrieb Kaunitz

[1]) Depesche van Swieten's vom 21. April 1772. (W. A.)

an Swieten, dass der König den österreichischen Antheil für allzugross und übermässig angesehen habe, hätte man um so weniger erwartet, da man den Grundsatz einer vollkommenen Gleichheit vor Augen gehabt und in der Vermuthung gestanden, „die Forderungen zwar nicht nach der physikalischen Grösse des Erdreiches, jedoch nach dessen Ertrag und innerlichem Werth abgemessen zu haben“.[1])

Auch in Petersburg wurden die Ansprüche masslos befunden. Panin sprach sich entschieden gegen die Einbeziehung Lembergs und eines Theiles der Woywodschaft Reussen aus; auch einen Theil der Woywodschaft Lublin, das Gebiet von Chelm und die Woywodschaft Belcz wollte er Oesterreich nicht überlassen. Panin war jedoch nicht unerbittlich, in dem einen und andern Punkte zeigte er sich nachgiebig und erklärte, wie gern er bereit wäre, sich dem Wiener Hofe gefällig zu erweisen, wenn er von aller Rücksicht, welche er gegen den Alliirten, den König von Preussen, haben müsste, entbunden wäre.[2]) Russland werde keine Einwendung erheben, wenn Oesterreich das zwischen dem Dniester, Podolien und der reussischen Landschaft gelegene Stück von Pokutien, ferner einen Theil von Chelm in Besitz nehmen würde. Lobkowitz empfing aus den mit Panin geführten Unterredungen den Eindruck, dass man in Petersburg den österreichischen Forderungen schliesslich seine Zustimmung ertheilen werde, nur auf Lemberg und die Woywodschaft Belcz dürfe man sich keine Rechnung machen. Auch an der schlesischen Grenze wollte Panin in die Wünsche Oesterreichs eingehen, dieselbe solle von Biala mit Ausschluss der Salinen gegen den Dujanec und Dniester gezogen werden, aber es wäre in dieser Beziehung eine Verständigung mit dem König von Preussen nothwendig, dem ge-

[1]) Rescript an van Swieten vom 30. April 1772. (W. A.)

[2]) Depesche von Lobkowitz vom 8. u. 28. Mai 1772. (W. A.)

genüber überhaupt eine grössere Aufrichtigkeit als bisher an den Tag gelegt werden müsste. Nur auf die Salzbergwerke durfte sich Oesterreich nach den Berichten des Fürsten Lobkowitz keine Rechnung machen. Auf eine Zustimmung Preussens war in dieser Beziehung nicht zu rechnen, wie aus einigen Aeusserungen von Solms unzweideutig hervorzugehen schien, und Panin machte geltend, dass der König von Polen allzugrosse Verluste erleiden würde; ohnehin müsse man für ihn auf eine Entschädigung für die vielen königlichen Güter, die ihm genommen würden, bedacht sein; aber auch er hob hervor, dass die meisten Anstände von Friedrich herrühren.[1])

Panin stellte in einem dem Fürsten Lobkowitz übergebenen Memoire die einzuhaltenden Grundsätze auf. Polen müsse nach der Theilung eine Mittelmacht bleiben, um eine Collision zwischen den Nachbarstaaten zu verhindern; die Theilung habe derart zu erfolgen, dass die Interessen der verbündeten Mächte dadurch in keiner Weise verletzt werden, sei es mit Rücksicht auf die zu erwerbenden oder die schon besitzenden Ländergebiete. Das Princip der Gleichheit müsse festgehalten werden; da jedoch dasselbe nicht in der Weise consequent durchgeführt werden könne, dass jede Macht in Bezug auf Grösse oder Fruchtbarkeit des Bodens, hinsichtlich der Bevölkerung oder des politischen Werthes gleichmässig befriedigt werden könne, so müsse eben eine solcher Massstab gefunden werden, wodurch der Mangel auf der einen Seite durch einen anderweitigen Ersatz ausgeglichen werde.

Von diesen Gesichtspuncten geleitet, suchte Panin nachzuweisen, dass die Forderungen Oesterreichs viel zu weit gehen. Es nehme fast das Dreifache des preussischen Antheils in Anspruch. Im Vergleiche mit dem von Russland

[1]) Depesche vom 17. Juli 1772. (W. A.)

in Aussicht genommenen Gebiete sei das österreichische gleich gross, an Werth überrage der österreichische Antheil den russischen, der grösstentheils aus Waldungen, Sandflächen und Morästen bestehe, beinahe um das Doppelte, der österreichische Theil käme fast jenen der beiden andern Mächte gleich. Ferner wies Panin auf die Wichtigkeit Lembergs hin. Für Polen sei der Besitz dieser Stadt unumgänglich nothwendig. Und nun erst die Salinen! Diese bilden eine sehr bedeutsame Einnahmsquelle des Königs; beraube man ihn derselben, so müsse man ihm eine Anzahl Starosteien zuweisen, um seine Einkünfte in dem gegenwärtigen Stande zu erhalten. Welche Folge für den Adel! Besitzveränderungen und Verringerung des Einkommens, in Folge dessen endlose Verwirrung, Verewigung der inneren Unruhen!

Panin schlug dem Wiener Hofe eine Reduction seines Gebietes vor. An der ungarischen Grenze beginnend, an der Quelle des einen Armes des Dujanec, dem Laufe desselben folgend, bis zur Vereinigung desselben mit dem Hauptstrom, sodann bis zum Eintritte dieses Flusses in die Weichsel. Die weitere Grenze solle von der Weichsel gebildet werden bis zum Einflusse des Wieprz, von hier nördlich dem letztgenannten Flusse entlang in der Richtung bis nach Parczow; von hier herabsteigend an der Grenze des Palatinats von Brzsc an den Bug, demselben entlang bis an die Grenze des Palatinats von Belsk, an der Scheide dieses Palatinats und des Gebiets von Chelm bis nach Zolkiew, von da dem Lemberger Gebiete entlang bis zum Dniester, der die Grenze bilden würde bis an die Moldau und Siebenbürgen. Auf diese Weise verblieben der Republik die so wichtigen Salinen in dem Krakauer Palatinate, Stadt und Gebiet Lemberg und das jenseits des Dniester liegende Pokutien, auch Halicz genannt. Panin stellte nicht in Abrede, dass Preussen und Russland durch ihre Gebiets-

antheile eine bessere Abrundung erhielten; die allerdings etwas langgestreckte österreichische Grenze werde durch den Vortheil aufgewogen, dass dieselbe bis etwa fünfzehn Meilen von der Hauptstadt Polens vorrücke, wodurch Oesterreich einen grossen Einfluss auf die Angelegenheiten erlange. Dies wäre auch eine politische Errungenschaft, wozu endlich die grössere Bevölkerungsziffer im Vergleiche zu den russischen und preussischen Erwerbungen komme.[1])

Panin beschränkte sich jedoch nicht auf diese allgemeinen Angaben. Er suchte bei Heller und Pfennig den Werth der gegenseitigen Besitzungen zu veranschlagen. Nach seiner Berechnung entfielen auf Russland 550.600 Einwohner, auf Oesterreich 816.800, auf Preussen 378.750 Seelen. Und auch der von ihm vermittelte Werth der verschiedenen Gebiete ergab für Oesterreich ein Surplus.[2])

Auch hinsichtlich der Form bestand Panin auf seinem Vorschlag eine neue Convention zwischen den drei Mächten abzuschliessen. Ferner drang er auf eine Gleichförmigkeit des Vorganges bei dem Einrücken der Truppen in Polen. Die russischen und preussischen Truppen waren in verhältnissmässig geringer Zahl in Polen vorhanden, man hatte sich begnügt, vorläufig nur einige Tausend Mann dahin zu senden, welche hinreichten, einige Magazine anzulegen und die in Aussicht genommenen Districte von den Confóderirten zu reinigen. Von der Absendung eines grösseren Corps war vorläufig nicht die Rede, Russland benöthigte seine ganze Macht gegen die Türkei und konnte es nicht gerne sehen,

[1]) Observations fondés sur l'amitié et la bonne foi par lesquelles on cherche à convenir de la part des possessions de la Rep. de Pologne qui devra appartenir à la Cour Imperiale et Royale, in den Documenten S. 115.

[2]) Evaluation aussi precise qu'il est possible de la faire de la valeur intrinseque des parts de trois Cours; in den Documenten S. 121.

wenn österreichische Truppen in grösserer Anzahl in Polen erschienen. Panin führte deshalb eine Anzahl Gründe in's Feld, um Oesterreich zu einem ähnlichen Vorgange zu bewegen. Auch wünschte man in Petersburg, dass Oesterreich nach Pokutien, obwohl dasselbe ihm zufallen sollte, vorläufig keine Truppen senden möge, weil dieses Gebiet im gegenwärtigen Momente noch von Russland benöthigt werde.[1])

Vor einigen Wochen hatte Panin eine solch grosse Willfährigkeit gezeigt, sich Oesterreich gefällig zu erweisen; nicht blos in Polen gönnte er demselben die schon besetzten Gebiete, auch zu Erwerbungen in der Türkei wollte er behilflich sein. Nun nergelte er an dem beanspruchten Antheile. Die eingelangten Bemerkungen Friedrich's waren allerdings auf diesen Gesinnungswechsel nicht ohne Einfluss; entscheidend waren sie nicht. In Petersburg war man nicht abgeneigt, sich Oesterreich willfährig zu erweisen, aber Panin hatte erwartet, dass Oesterreich gleichzeitig auch in Constantinopel zur Beförderung des Friedens thätig sein werde und er sah mit Ungeduld einer Nachricht über den Erfolg entgegen.[2]) Hierüber konnte Lobkowitz keine Auskunft geben. Kaunitz hatte allerdings in dieser Richtung, fast gleichzeitig mit den an Lobkowitz gesendeten Depeschen, an Thugut die nöthigen Weisungen erlassen. Panin hatte jedoch gewähnt, dass schon längst in dieser Richtung etwas geschehen sei. Er verhehlte auch dem österreichischen Gesandten sein Missvergnügen nicht über den geringen Eifer,

[1]) Depesche von Lobkowitz vom 8. Mai 1772.

[2]) On est resolu ici de ce remettre à la cooperation de la Cour de Vienne pour l'affaire de la paix. La defiance qu'on a eu jusqu'ici contre elle, s'est changée à une circonspection raisonnable... et qu'on tachera de l'attirer entièrement dans ses interets, 3./14. Mai 1772 von Solms. (B. A.) Fast gleichzeitig mit den an Lobkowitz gesendeten Depeschen.

den Oesterreich trotz so vieler Freundschaftsversicherungen zur Förderung des Friedenswerkes beitragen zu wollen, an den Tag lege.

Friedrich sah sich in seiner Annahme, dass die Verhandlungen zwischen den drei Mächten rasch zu einem Resultate führen dürften, getäuscht. Er hatte gehofft, dass die ganze Angelegenheit, nachdem eine principielle Verständigung erfolgt war, bald erledigt würde. Hochgeschraubte Forderungen erwartete er nicht. Seiner Ansicht nach musste Kaunitz sich beeilen, zum Abschlusse zu kommen, weil er zu befürchten hatte, dass Frankreich und England das Werk kreuzen könnten. Nur trug er dem Gesandten auf das schärfste auf, darüber zu wachen, dass das Princip der Gleichheit eingehalten werde[1]). Als er einen Einblick in die Forderungen des Wiener Hofes erhalten, beanstandete er das Vorrücken bis nach Parkow und fand es namentlich sonderbar, dass Kaunitz diese Formulirung nicht als eine definitive gelten lassen, sondern erst weitere Erkundigungen über den Werth des beanspruchten Gebietes abwarten wollte, ehe er sich vollständig zufrieden gab. Besonders die Salzbergwerke, die Oesterreich anheimfielen, wenn man in Petersburg auf das in Wien entworfene Ausmass einging, fielen dem Könige schwer aufs Herz. Er berechnete sogleich die Nachtheile, die sein Staat erleiden würde, wenn die polnischen Salinen Oesterreich zufallen sollten. Er wollte den Abschluss nicht aufhalten, da die Kaiserin ihm in einem Schreiben den Wunsch ausgesprochen hatte, rasch mit Oesterreich das Uebereinkommen perfect zu machen, nur wünschte er doch, dass Solms den russischen Staatsmann bewegen sollte, das Oesterreich zufallende Gebiet zu beschneiden.[2]) Theilweise

[1]) An Solms 6. März 1772 bei Smitt a. a. O. u. Immediatdepesche vom 11. März. (B. A.) Il s'agit, heisst es hier, de l'egalité parfaite qu'il conviendra de mettre entre nos portions reciproques.

[2]) 18. April an Solms bei Smitt a. a. O. S. 106.

wurde er durch die Meldung von Solms beruhigt, dass Russland eine Einverleibung Krakaus nicht zugeben würde. Panin hatte sich hierüber in bestimmter Weise ausgesprochen. Gegen eine Erweiterung Oesterreichs bis an die Weichsel hatte der König nichts einzuwenden, dagegen machte die Bemerkung Finkensteins, dass Schlesien vom österreichischen Gebiete ganz umschlossen sei und die Salinen an Oesterreich fallen werden, grossen Eindruck auf ihn.[1])

Zu wiederholten Malen kam er in den nächsten Depeschen hierauf zurück. Nach dem mit van Swieten geführten Gespräche, dem er die Versicherung gegeben, keinerlei Chikanen entgegen zu setzen, schrieb er auch in diesem Sinne nach Petersburg. Er war ganz einverstanden mit dem Grafen Panin, dass man die Forderungen Oesterreichs nicht sehr benergeln solle; die Angelegenheit sei derart, dass es nicht wünschenswerth sei, die Verhandlungen allzusehr in die Länge zu ziehen. Aber gleichzeitig benachrichtigte er den Grafen Solms, dass Oesterreich durch die Salinen allein ein jährliches Einkommen von 1 Million Gulden erhielte, was um 130.000 Thaler und mehr die gesammte Quote seines Antheiles überschreite. Auch die von Kaunitz bis fast in die Nähe von Warschau geschobene Grenze beanstandete er. Wenn Oesterreich Alles erhielte, was es fordert, bestünde keine Gleichmässigkeit in den Erwerbungen. die Wagschale würde auf dessen Seite fallen; ohnehin sei es mächtiger als Preussen. Doch war Friedrich von einer Beschränkung des österreichischen Gebietes abgekommen, wenigstens stellte er dies nicht in den Vordergrund, nachdem seine Annahme, dass Oesterreich eine Ermässigung seiner Ansprüche werde eintreten lassen, sich als falsch erwies.

In Petersburg hätte man allerdings gewünscht, dass Friedrich dem österreichischen Gesandten in Berlin die Noth-

---

[1]) Friedrich an Finkenstein 3. April 1772. (B. A.)

wendigkeit einer Reduction klar gemacht hätte, anstatt von dem russischen Ministerium unaufhörlich zu fordern, dass es den weitgehenden Ansprüchen des Wiener Hofes entgegentrete. Es war dem Könige weit passender, Russland vorzuschieben und sich im Hintergrunde zu halten.[1]) Diese Maxime befolgte er bei allen Gesprächen mit van Swieten; er habe nichts dagegen, sagte er, aber es dürfte schwer sein, „die Leute da unten", eine häufig wiederkehrende Redensart im Munde Friedrich's, zu gewinnen. Und als die Berichte aus Petersburg über eine Beschränkung des österreichischen Antheils nicht gerade befriedigend lauteten, brachte er wieder den Gedanken einer Erweiterung seines und des russischen Antheiles in Anregung. Russland sollte in Podolien weiter vorrücken, etwa in der Richtung von Kiew, er ersah sich an der schlesischen Seite ein passendes Stück. Auch wollte er endlich von dem Lande Besitz ergreifen. Oestereich rückte einfach ein -- der Befehl zum Einmarsche wurde am 1. Mai gegeben — warum sollten Russland und Preussen nicht desgleichen thun. Ohnehin schien es ihm, dass Oesterreich auf ein schon besetztes Gebiet nicht mehr verzichten werde. Noch in den ersten Tagen des Juli konnte sich Friedrich mit dem Gedanken nicht befreunden, dass Oesterreich einen grösseren Länderstrich herausschlagen werde; er erwartete von Panin, dass er die befreundete Macht, die Russland treu und anhänglich zur Seite gestanden, nicht werde zu kurz kommen lassen. Oesterreichs Einkünfte betrügen 60 Millionen, durch die Erwerbung Polens vermehre es dieselben um 3 Millionen; es falle ihm fast eine Million Seelen zu, während die Bevölkerung des preussischen Antheils kaum eine halbe Million ausmache. Wenn Oesterreich alles behalte, was es schon mit Beschlag belegt, so dürfen die Freunde Russlands nicht darunter leiden. Was er verlangte,

---

[1]) An Solms 20. u. 22. April 1772, Smitt a. a. O. p. 110 u. 112.

war eine Vergrösserung des russischen und preussischen Antheils.[1]) Er wies auf Thorn hin, das ihm eingeräumt werden solle, auf Danzig verzichte er, da man in Petersburg Rücksicht auf England nehme. Ausserdem nahm er den District von Filehn bis zur Warthe, sodann von Birnbaum, dem Lauf der Obra folgend bis Kosten, von da nach Storchnest und Reisen bis an die schlesische Grenze in Anspruch.[2]) Zugleich übersendete Friedrich eine Karte, worauf die neue Grenze bezeichnet war.

Preussen und Oesterreich bemühten sich um die Wette, die Petersburger Staatsmänner für ihre Ansichten zu gewinnen. Eine Verständigung zwischen Wien und Berlin wäre leicht zu erzielen gewesen, wenn Oesterreich gegen die Einbeziehung Thorns und Danzigs in das preussische Gebiet keine Einwendung erhoben hätte. Allein Kaunitz hatte gleich beim Beginn der Verhandlungen in Petersburg auf die bedenklichen Seiten dieser Erwerbung Preussens aufmerksam gemacht. Der König von Preussen erhielte dadurch bezüglich des Handels und der Weichselzölle vollständig freie Hand. Der Getreidehandel, ja der ganze Handel überhaupt, werde demnach Preussen zufallen, welches unbehindert das Königreich Polen vollständig aussaugen werde. Kaunitz wünschte, dass in die Convention einige Bestimmungen in dieser Richtung aufgenommen werden sollten, insbesondere dass keine Erhöhung der Zölle stattfinden dürfe.[3]) Und als Solms nun bei Lobkowitz anzuklopfen suchte, ob Oesterreich gegen die Erwerbung der genannten Städte keine Einwendungen erheben würde, benützte der österreichische Gesandte die erste günstige Gelegenheit, um diesen Punkt mit Panin zu besprechen, erhielt auch die beruhigendsten Versicherungen, dass Russland dies nie zugeben werde.[4])

[1]) 13. Juni 1772 an Finkenstein. (B. A.)
[2]) An Solms 8. Juli 1772 bei Smitt p. 149.
[3]) P. S. 11. April 1772 an Lobkowitz.
[4]) Depesche von Lobkowitz vom 26. Juni 1772. (W. A.)

Die fast gleichlautenden Nachrichten aus Berlin und Petersburg, dass der österreichische Antheil zu gross befunden worden sei, gaben dem Staatskanzler Gelegenheit, den Standpunkt seines Hofes vorläufig nochmals auseinanderzusetzen.[1]) Obwohl man aber sich zu einer Willfährigkeit nicht geneigt zeigte, gelangte man doch zur Erkenntniss, dass in der einen oder andern Weise eine Reduction stattfinden müsse, wenn ein rascher Abschluss der Verhandlungen erzielt werden sollte.

In den nächsten Wochen fanden hierüber in den Wiener Kreisen mannigfache Verhandlungen statt. Kaunitz nahm hieran nur geringen Antheil. Eingehend beschäftigten sich damit Josef und sein Vertrauter Lascy. Der Kaiser war unermüdlich die Vortheile gegen einander abzuwägen und die Abstufungen der eventuell zu machenden Concessionen festzusetzen. Die Communication der neuen Provinz mit Oberschlesien über Biala hielt er für unumgänglich nothwendig; auch Preussen könne dagegen keinen Widerspruch erheben, da dessen Grenzen nicht mehr als bisher berührt werden. Nicht minder erheblich und wichtig sei die Erwerbung der Salzwerke, worauf man nicht verzichten dürfe. Die Beibehaltung von Lemberg schien ihm unbedingt geboten, es war der ansehnlichste Ort, den Oesterreich in Aussicht genommen. Dagegen befürwortete er, auf Chelm, Lublin und Wladimir zu verzichten, ferner sollte das Gebiet der Weichsel nur bis zum Sanfluss in Anspruch genommen werden. Seine Vorschläge fasste er anfangs in vier, später in drei Gradationen zusammen.[2])

Anfangs Juli hatte man sich geeinigt und die Redaction des betreffenden Artikels, der dem Vertrage einzu-

[1]) Rescript an Lobkowitz vom 30. Mai 1772. (W. A.)

[2]) Documente zur ersten Theilung Polens S. 49.

verleiben war, beendet. Man schickte die hierauf bezüglichen Weisungen über Berlin nach Petersburg. Van Swieten sollte Friedrich darüber befragen. Man ging von der Voraussetzung aus, dass der König von dem Wunsche beseelt sei, das Geschäft endlich abgeschlossen zu sehen, daher auch keine grossen Schwierigkeiten machen werde. Je grössere Gleichgiltigkeit man in Wien scheinbar an den Tag legte, desto besser. Hatte das durchlauchtigste Erzhaus nicht ohnehin Ueberfluss an gebirgigen, unbevölkerten, fruchtbaren grossen Landstrecken? Welchen Werth hatten für dasselbe Erwerbungen, die blos in Grund und Boden bestanden? Hatte es nöthig sich dadurch den Hass der Polen, den Neid anderer Staaten auf den Hals zu laden? Dagegen für Preussen war die neue Acquisition von ausserordentlicher Bedeutung, und es war nicht anzunehmen, dass der König lieber auf dieselbe ganz verzichten, als zugeben würde, dass Oesterreich ein grösserer Antheil zufalle.

Der schlaue österreichische Staatskanzler verstand es, den Augenblick auszubeuten. Frankreich, wohin eine dunkle Kunde von bevorstehenden Abmachungen über Polen gedrungen war, machte schüchterne Versuche, um Oesterreich von einer Verständigung mit Russland und Preussen abzuhalten. Auch waren Gerüchte im Umlaufe, dass Aiguillon in London thätig sei, um eine Zergliederung Polens zu verhindern. Die Nachricht hievon war nach Petersburg gedrungen. Friedrich hatte den russischen Minister zu beschwichtigen gesucht, indem er auf die Unmöglichkeit eines Absprunges Oesterreichs im jetzigen Momente, nachdem es sich soweit eingelassen, hinwies. Panin hatte sich jedoch nicht abhalten lassen, dem Fürsten Lobkowitz eine hierauf bezügliche Note zu übergeben. Davon konnte in Berlin nach der Ansicht des Fürsten Kaunitz ein guter Gebrauch gemacht werden. Friedrich sollte zugleich an seine ehemaligen Versprechungen erinnert werden, sowohl an die

Neustädter Verabredung, mit Oesterreich thunlichst zusammenzuhalten, als auch an seine im vorigen Jahre gemachte Aufforderung doch nur zuzugreifen. Oesterreich habe gegen die preussischen so wichtigen Erwerbungen nicht die geringste Einwendung erhoben, es sei nur in der Billigkeit begründet, wenn man ein ähnliches Vorgehen von Preussen erwarte. Man wolle gerne vernünftig sein, schrieb Kaunitz an Swieten, aber nie werde man einer Vereinbarung zustimmen, wodurch man allein den Endzweck, das Gleichgewicht zwischen den drei Höfen aufrecht zu erhalten, verfehle. Die Gesichtspunkte, nach denen Preussen und Russland diese Frage behandeln, waren in den Augen des Staatskanzlers kleinlicher Natur; es waren doch nicht drei Private, die um irgend eine Erbschaft ein Abkommen zu treffen hatten, sondern drei grosse Höfe, die daher die ganze Angelegenheit von einem höheren Standpunkte auffassen müssten. Swieten sollte jedenfalls zu erforschen suchen, ob der König mit dem neuen Theilungsplane Oesterreichs einverstanden sei, insbesondere darauf hinweisen, dass nur durch freimüthige, offene Erklärungen und Auseinandersetzungen das erwünschte Ziel zu erreichen sei.[1])

Den nach Berlin und Petersburg gesendeten Depeschen lagen einige Denkschriften, als Erwiederung auf die Panin'schen Schriftstücke, bei.

Die Grundsätze, welche der russische Minister an die Spitze seiner Deduction gestellt hatte, adoptirte Kaunitz vollkommen, er fand sie ganz übereinstimmend mit dem durchdringenden Geiste und der grossen Auffassung, die man sonst auch in allen wichtigen Fragen in Petersburg an den Tag lege. Nur um die Anwendung handle es sich, und hier gelangte der Staatskanzler allerdings zu anderen Consequenzen. Wenn Panin die Fruchtbarkeit des Oester-

---

[1]) An Swieten 5. Juli 1772. (W. A.)

reich zufallenden Gebiets besonders hervorgehoben und den russischen und preussischen Antheil als steinig, morastig, gebirgig geschildert hatte, behauptete Kaunitz, der grösste Theil des für Oesterreich bestimmten Districts sei von den Karpathen durchzogen und könne an Fruchtbarkeit mit den übrigen Theilen Polens, insbesondere mit Ermeland und Polnisch-Preussen nicht verglichen werden. Sodann, gerade das künftige österreichische Gebiet war lange Jahre hindurch der Kriegsschauplatz gewesen, das Land in Folge dessen ausgesogen, der Viehstand vernichtet. Selbst zugegeben, dass die Schilderung des Grafen Panin vollständig zutreffe, so könne in einem Punkte der österreichische Antheil durchaus in keine Parallele mit dem preussischen und russischen gestellt werden: in politischer Hinsicht. Von der Einsicht, dem Billigkeitsgefühl, der Gerechtigkeitsliebe der Kaiserin und ihrer Minister erwartete Kaunitz, dass man in Petersburg dem neuen nun übersendeten Plane zustimmen und sich den dafür angeführten Gründen nicht verschliessen werde. Man sieht, auch in Wien verstand man es, der Eitelkeit der Petersburger Kreise in ganz genügender Weise Rechnung zu tragen.

Kaunitz beharrte dabei, dass die Communication des österreichischen Antheils in Polen mit Schlesien nothwendig sei, sonst erhielte man ein Haus ohne Thor; die Salinen befänden sich dann ganz auf österreichischem Boden, könnten demnach unmöglich ausgenommen werden, wenn nicht zahllose Inconvenienzen Platz greifen sollten; auch bilden diese gerade die einzige werthvolle Einnahmsquelle. Der König von Polen werde überhaupt durch Starosteien entschädigt werden, für die Salinen ergeben sich in den beiden Palatinaten Chelm und Lublin, auf die Oesterreich nunmehr verzichte, genügende Entschädigungsobjecte; was den Salzpreis anbelangt, sei man gerne bereit, mit der Republik in Verhandlungen zu treten. Was Lemberg be-

trifft, so sei dies der einzige Ort von Bedeutung, der Oesterreich zufalle. Die von Panin hervorgehobenen Gründe für die Belassung dieser Stadt bei der Republik treffen nicht zu, die Polen können künftighin auch an einem anderen Orte ihre Zusammenkünfte zur Abwickelung ihrer Geschäfte halten und ebendahin ihre Archive verlegen. Die kleinen Unzukömmlichkeiten, die daraus entstehen, werden reichlich aufgewogen durch die Rückstellung solch wichtiger Palatinate wie Chelm und Lublin, die, wenn sie Oesterreich zufielen, Polen in zwei Theile spalten würden.[1])

Nach der Darlegung des Fürsten Kaunitz überstieg die Grösse des von Oesterreich nunmehr in Anspruch genommenen Gebiets jenes Ländergebiet nicht, welches Panin für Oesterreich ausgeworfen hatte, nur stand es in einem organischeren Zusammenhange mit dem Kerne der Monarchie als der von Russland vorgeschlagene Länderstrich. Kaunitz nannte dies „eine veränderte Lage", derselben Bodenquantität, was dem russischen Hofe vollkommen gleichgiltig sein könne, es aber für Oesterreich mit nichten ist. Und um zu rechtfertigen, dass man auf der Einverleibung der Salinen und Lembergs beharre, berief sich Kaunitz auf Aeusserungen des Königs von Preussen, der allerdings im März in allgemeinen Ausdrücken sich dahin ausgesprochen hatte, dass Oesterreich, welches auch seine Absichten seien, keine Schwierigkeiten in Russland finden würde, er werde die Ansprüche desselben warm unterstützen.

Unmittelbar nach dem Empfang der neuen Weisungen hatte van Swieten Audienz bei dem Könige. Friedrich befolgte dieselbe Taktik wie früher bei ähnlichen Anlässen.

---

[1]) Considerations amicales sur la memoire intitulé: observations fondées sur l'amitié et la bonne foi, par lesquelles on cherche à convenir des Possessions de la Republique de Pologne. In den Documenten S. 127.

Nicht an ihm liege die Schwierigkeit, wenn Oesterreich mit seinen Ansprüchen nicht durchdringe, sondern an Russland. Gegen die Communication mit Oberschlesien machte er nunmehr keine Einwendung: er habe seine Ansicht dem Petersburger Hofe mitgetheilt, der jetzt wahrscheinlich auch darein willigen werde. Die Leute dort, sagte er, haben geglaubt, dass die Nachbarschaft Oesterreichs ihm unbequem sein könne, dies sei nicht der Fall, er habe keinen Grund, sich dem entgegenzustellen. Neid und Eifersucht hätten in seinem Herzen keinen Platz. Was aber die Salzwerke anbelangt, werde es schwer sein, die Zustimmung der Petersburger zu erlangen. Swieten führte alle jene Gründe in's Gefecht, die ihm in dem in Wien ausgearbeiteten Memoire dargelegt worden waren, er bat den König um eine bestimmte decisive Antwort. Friedrich gab die Billigkeit der österreichischen Forderungen zu, ohne sich jedoch über seine Zustimmung oder Ablehnung auszusprechen. Swieten drang in eine bestimmte Erklärung. Der König meinte, wenn man Stanislaus August der Salinen beraube, werde man ihn durch eine grössere Anzahl von Starosteien entschädigen müssen, was bei dem Adel eine tiefgehende Unzufriedenheit, die von weittragenden Folgen begleitet sein könnte, hervorrufen würde. Swieten hob dagegen hervor, warum man gerade die Entschädigung auf Kosten Oesterreichs suchen wolle; ohnehin verzichte Oesterreich auf die Palatinate Chelm und Lublin. Allein, meinte Friedrich, dies zugegeben, dann würde Polen hinsichtlich des Salzbezuges von Oesterreich abhängen. Swieten erklärte dem König, man sei Willens, über den Preis des Salzes mit der Republik ein Uebereinkommen zu treffen; die Nation werde damit zufrieden gestellt werden, und was den vom König hervorgehobenen Punkt anbelange, dass der Adel das Salz bisher umsonst bezogen habe, so sei dies ein usurpirtes Vorrecht, welches durchaus nicht in Betracht zu kommen habe. Swieten

bat um die Erlaubniss, an Lobkowitz melden zu dürfen, dass er auf die Unterstützung des preussischen Gesandten rechnen könne. Hierauf ging der König nicht ein, er werde seine Möglichstes thun, er sei jedoch kein Prophet, um vorherzusehen, was man in Petersburg sagen werde, nur so viel wisse er, dass man daselbst die Salinen und die Stadt Lemberg der Republik erhalten wolle.

Der König suchte den Gesandten auszuholen, ob es nicht einen oder andern Mittelweg gebe. Dies stellte van Swieten in Abrede: es sei das letzte Wort, eine weitere Nachgiebigkeit sei nicht zu erwarten. Oesterreich willige ohnehin nur in die Theilung ein, um den Frieden herzustellen und das Gleichgewicht zu erhalten, auf Vortheile gehe es nicht aus. Es wäre augenblicklich bereit auf Alles Verzicht zu leisten, wenn Russland und Preussen ein Gleiches zu thun entschlossen seien. [1])

Van Swieten hatte Recht, wenn er in seinen Depeschen nach Wien meldete, dass seine Auseinandersetzungen auf Friedrich einen grossen Eindruck gemacht hätten. Der König mochte die Ueberzeugung erlangt haben, dass Oesterreich weitere Concessionen entschieden ablehnen und dadurch den Abschluss gefährden dürfte. Auch ein hingeworfenes Wort van Swietens, dass Russland den Abschluss der Convention aus dem Grunde verzögere, um Oesterreich bis zum Friedensschlusse gewissermassen in Händen zu behalten, dürfte schwerlich eindruckslos geblieben sein. Genug, der König änderte seine Sprache. In einer unmittelbar nach der Audienz van Swieten's an Solms abgesendeten Depesche rieth er, auf die neuen Vorschläge einzugehen. Zeige sich Panin nur einigermassen entgegenkommend, werde man

---

[1]) Bericht van Swieten's vom 14. Juli 1772. (W. A.)

bald ins Reine kommen, widrigenfalls sei keine Aussicht mit Kaunitz fertig zu werden.[1])

Die Weisungen vom 5. Juli waren am 24. in den Händen des Fürsten Lobkowitz; nach Durchlesung der Schriftstücke gab er geringe Hoffnung zur Durchsetzung des Vorschlages. Auch glaubte er aus dem ihm in Abschrift ertheilten Rescripte an Swieten zu ersehen, dass die österreichischen Truppen angewiesen waren, sich um jeden Preis in den Besitz der ihnen bezeichneten polnischen Länderstriche zu setzen und selbst einen Conflict mit den Russen nicht zu scheuen. Er hielt es für seine Pflicht, in Wien aufmerksam zu machen, dass Friedrich seine in Polnisch-Preussen und Grosspolen stehenden Truppen allsogleich gegen Oesterreich würde vorrücken lassen.[2])

Der Gesandte sollte von den Sorgen, die ihn sehr stark zu drücken schienen, bald befreit werden. Solms, den er früher zu sprechen bekam als Panin, benahm ihm dieselben. Zwar erhob der preussische Minister noch immer den Anstand bezüglich der Bergwerke, allein er fügte hinzu, dass man endlich doch übereinkommen werde. Am 26. Juli fand zwischen dem russischen Minister und dem österreichischen Gesandten eine Conferenz statt. Panin schien den in den „freundschaftlichen Betrachtungen" dargelegten Gesichtspunkten seine Zustimmung zu geben und eröffnete auch die Aussicht, dass die Czarin zustimmen werde. Nur gegen die Hinweglassung des vierten Artikels erhob er Bedenken; wenn dieser wegbliebe, würde man nie zu einer Verständigung bezüglich Polens gelangen. Dieser Artikel muthete Oesterreich zu, eine gewisse Verbindlichkeit zur Erwirkung der Friedensbedingungen Seitens der Pforte zu übernehmen.

---

[1]) Friedrich an Solms 12. Juli 1772 bei Smitt a. a. O. S. 152. Vrgl. auch die Depesche vom 5. August a. a. O. S. 157.

[2]) Lobkowitz am 24. Juli 1772. (W. A.)

Kaunitz, der hierauf absolut nicht eingehen und das Theilungsgeschäft nicht hinaus geschoben wissen wollte, hatte den Anstand zu beseitigen gesucht und desshalb dem russischen Gesandten in Wien ein Schriftstück vorgelesen, worin dargelegt war, dass Oesterreich die mit der Pforte im Vorjahre abgeschlossene Convention förmlich gekündigt habe, wodurch das Misstrauen Russlands, dass nach Abschluss des Theilungstractates eine Unterstützung der Pforte von Oesterreich beliebt werden könnte, beschwichtigt werden sollte.[1]) Auf den Inhalt dieser Erklärung wies auch Lobkowitz in Petersburg hin, um die Eliminirung dieses Artikels zu rechtfertigen. Auch machte er Vorstellungen, dass derselbe eigentlich nicht in die Convention gehöre. Alle diese Bemerkungen fanden Anfangs keinen Anklang. Erst als Lobkowitz mit einer neuen Formulirung derselben herausrückte, schien sich Panin einigermassen zu beschwichtigen, ohne jedoch seine Zustimmung zu geben, da er es nicht auf sich nehmen wollte, dieser Veränderung ohne Autorisation der Kaiserin seine Einwilligung zu ertheilen.[2])

Nach einigen Tagen waren alle Bedenken beseitigt. Der preussische Vertreter mochte dazu beigetragen haben, dieselben zu beheben. Ob Oesterreich ein Stück mehr oder weiger von Polen einheimse, darauf kam es Panin nicht an, und nachdem ein Versuch, den österreichischen Gesandten zu einer andern Fassung des vierten Artikels zu bewegen, gescheitert war, gab Panin nach und erklärte, sich dem Wiener Hofe willfährig erweisen zu wollen.[3])

Das Oesterreich zufallende Gebiet umfasste: das rechte

---

[1]) Vortrag 1. Juli 1772. (W. A.)

[2]) Lobkowitz am 28. Juli 1772. (W. A.)

[3]) Lobkowitz am 7. August 1772. (W. A.) Der vierte Artikel wurde in der von Oesterreich beliebten Formulirung in den Vortrag aufgenommen.

Ufer der Weichsel von der schlesischen Grenze bis Sandomir und dem Zusammenflusse mit dem San, von hier in gerader Linie über Franopol, Zamosc und Rubieszow bis zum Bug, diesem Flusse folgend bis nach Zbaraz, von hier in gerader Linie bis zum Dniester, dem kleinen Flusse Podgorcze bis zu seinem Einflusse in den Dniester entlang, sowie endlich ganz Pokutien bis zur moldauischen Grenze.

Die Nachricht, am 5. August sei eine Vereinbarung endlich erzielt worden, überraschte in Wien ungemein. Wie wenig man ein derartiges Resultat erwartet hatte, geht schon daraus hervor, dass man Mitte Juli zwei andere Alternativvorschläge dem Fürsten Lobkowitz zusendete, für den Fall, dass der Artikel in der Fassung vom 5. Juli in Petersburg auf entschiedene Schwierigkeiten stossen würde. Und dies war aus dem Grunde nicht allsogleich geschehen, weil man dem Gesandten nicht die erforderliche Geschicklichkeit zutraute und erwartete, er werde bei dem kleinsten Widerspruch sogleich zu Concessionen sich bewegen lassen. Indem man ihm vorerst die Hände band und das Scheitern der Convention in Aussicht stellte, hoffte man um so leichter die weitgehendsten Propositionen genehmigt zu erhalten. Dass man in Wien alles klug berechnet hatte, lehrte der Erfolg. Würde man in Petersburg nur einige Tage gewartet haben, so hätte Oesterreich sich fast vollständig mit dem von Russland ihm zugewiesenen Antheil begnügt.[1]) Diese österreichischen Alternativvorschläge gelangten jedoch erst in die Hände des Gesandten, nachdem eine Einigung über die wesentlichsten Punkte erzielt worden war, er machte daher von denselben keinen Gebrauch.

Fast gleichzeitig mit den Verhandlungen über das

---

[1]) An Swieten 14. Juli 1772 und an Lobkowitz vom selben Tage. Vortrag vom 14. Juli 1772. (W. A.) Vrgl. die von Josef formulirten Entwürfe in den Analecten.

Theilungsobject verständigten sich die drei Höfe auch über die Art und Weise des Vorganges, um die Zustimmung der Republik zu erlangen. Kaunitz formulirte die Punkte, auf die es zumeist anzukommen schien, die detaillirte Ausarbeitung lieferte sodann Panin. Kaunitz hatte von Panin die Beantwortung von vier Fragen verlangt: in welcher Weise die Ruhe in Polen wieder hergestellt werden solle; wie die definitive Vereinbarung mit der Republik bezüglich des von ihr abzutretenden Gebietes zu erlangen sei; wodurch der König für die Verluste, die er in Folge der Abtretung zu erleiden hatte, entschädigt werden solle, endlich über den Zustand der Republik in ihren künftigen Beziehungen zu den drei Mächten, um den Frieden dauernd zu erhalten und neue Unruhen zu verhüten, damit künftighin eine Einmischung der Verbündeten in die inneren Angelegenheiten vermieden werde.

Niemand war besser geeignet diese Fragen zu beantworten als der Minister, der während der letzten Jahre Gelegenheit gehabt hatte, sich eine genaue Kenntniss der polnischen Verhältnisse zu verschaffen. „Und bist du nicht willig, so brauche ich Gewalt," konnte als Motto an die Spitze des russischen Elaborats gestellt werden. Wenn die Zustimmung eines gewöhnlichen Reichstages nicht zu erlangen sei, dann solle man seine Zuflucht zu einer Conföderation nehmen; reichen Vorstellungen, Ueberredungskünste, überhaupt friedliche Mittel nicht aus, dann müssen eventuell Drohungen, militärische Gewalt, auch Bestechungen herhalten, um an das erwünschte Ziel zu gelangen. An einem schliesslichen Erfolg zweifelte Panin nicht, wenn die drei Mächte einig bleiben und sich über ein gemeinschaftliches Vorgehen verständigen. Eine Entschädigung des Königs für die durch die Abtretung verlorenen Einkünfte musste jedenfalls stattfinden, darüber war Panin vollständig mit Kaunitz einverstanden; dies war nach ihrer

Meinung um so weniger schwierig, da von den Starosteien bisher nur der Adel Vortheil gezogen, denn die Entziehung der Nutzniessung sei nur eine gerechte und wohlverdiente Strafe, welche die Führer der Parteien treffe. Panin wies aber auch auf bestimmte Persönlichkeiten hin, die in heimlicher Weise die Unruhen befördert und die ihnen zu Gebote stehenden Reichthümer dazu verwendet haben, wie die Radziwill, Potocki, Czartoryski, Mnischek; es werde nur zur Sicherheit der Republik beitragen, wenn ihnen ein Theil des Vermögens genommen und auch in dieser Beziehung eine grössere Gleichheit geschaffen würde, wie es Republikanern ziemt. Endlich was die Form der Verfassung anbelangt, so stellte Panin als Grundsatz die Festhaltung und Verewigung des Wahlkönigthums, nur mit der Beschränkung auf Piasten, auf; und zwar der Art, dass ein- für allemal auch die Nachfolge des Sohnes ausgeschlossen werde. Panin bezeichnete die Constitution, welche der letzte Reichstag angenommen, als den Interessen der drei Mächte vollkommen entsprechend.[1])

Mit einer seltenen Raffinirtheit und Findigkeit waren alle möglichen Fälle im Vorhinein überdacht und erörtert, und der von dem russischen Staatskanzler entworfene Plan erfreute sich in Berlin und Wien warmer Zustimmung. Friedrich sprach sich kurz und bündig mit grosser Anerkennung darüber aus. Kaunitz fand kein Wort hinzuzuthun oder wegzunehmen. „Das dermalige politische System des russischen Hofes,“ schrieb er in seiner Depesche an Lobkowitz vom 24. Juli 1772, „betrachte ich in seinem ganzen Umfange als ein Meisterstück der Staatsklugheit, welches in allen seinen Theilen vollkommen überdacht, ausgearbeitet

[1]) Sentiment du comte Panin sur 4 points capitaux que Mr. le Prince Lobkowitz lui a communiqué de la part de Mr. le Prince Kaunitz relativement à la pacification de la Pologne, in den Documenten V, S. 133.

und verbunden ist. Noch fehlte der Plan über die Pacification Polens und ich muss bekennen, dass ich auf denselben um so begieriger gewesen bin, je schwerer es fällt, sehr viele und verwickelte Gegenstände in einem deutlichen, die Sache erschöpfenden und dennoch kurzen praktischen Plane zusammenzufassen. Nun ist Alles vollkommen." [1]) Kaunitz nahm also die Vorschläge, die aus Petersburg ihm zukamen, einfach an, wenn es auch seinen Ansichten entsprochen hätte, den einen oder den andern Punkt anders gefasst zu sehen. Denn bezüglich der künftigen Verfassung Polens hatte der österreichische Staatskanzler seine stillen Bedenken und geheimen Wünsche, aber er erwartete bei den künftigen gemeinschaftlichen Verhandlungen in Warschau eine Klärung der Ideen. Seiner Ansicht nach war die unbedingte Festhaltung des *liberum veto* nicht zweckmässig, nur bei Kriegserklärungen und bei Berathung über die Errichtung neuer Allianzen sollte es gelten, bei den Wahlen eines Königs und bei der Abstimmung über andere Reichsangelegenheiten die Mehrheit der Stimmen entscheiden und dadurch die Quelle vielfacher Unruhen verstopft werden. [2])

Nur bei einem Punkt ergaben sich einige Differenzen. Die Fassung des zu erlassenden Manifestes, eine Arbeit des russischen Ministers, erschien dem österreichischen Staatskanzler bedenklich. Er hatte die Absicht in eine Kritik desselben einzugehen, gab jedoch diesen Vorsatz wieder auf, einerseits um den Abschluss nicht zu verzögern und um in den russischen Kreisen keinen Anstoss zu erregen, anderseits aber, weil er es nicht für unzweckmässig hielt, wenn der Verfasser des Manifestes schon durch die Schreibart dem Publicum bekannt würde. Die Kaiserin je-

[1]) Das Urtheil Friedrich's über diese Arbeit bei Smitt II, S. 146, vom Juni. Vrgl. Reponse amicale du Prince de Kaunitz-Rittberg au sentiment du Comte de Panin etc. in den Documenten S. 126.

[2]) An Lobkowitz 24. Juli 1772. (W. A.)

doch konnte sich damit durchaus nicht einverstanden erklären.[1]) Und als Kaunitz nach zwei Tagen eine Abschrift des russischen Elaborats der Monarchin übermittelte und hervorhob, dass es wohl declamatorisch gehalten sei, aber doch Sätze enthalte, deren Wahrheit nicht geläugnet werden könne, bezeichnete die Kaiserin jene Abänderungen, die ihrer Ansicht nach vorgenommen werden müssen.[2]) Kaunitz musste sich an die Arbeit machen, die der Monarchin gefiel. „Dieses ist ganz anderst in einer verwirrten Sache", schrieb sie auf den Vertrag vom 23. Juli, mit welchem der Staatskanzler seine Arbeit einbegleitete.

Kaunitz hoffte, die an dem Manifeste vorgenommenen Aenderungen würden in Petersburg keinen Anstand finden. Um jede weitere Discussion zu vermeiden, wies er darauf hin, wie nothwendig es sei, sobald als möglich damit hervorzutreten. Schon seien mannigfache Gerüchte über die bevorstehende Lostrennung polnischer Gebiete nach Paris und London gedrungen, es fehle nicht an bedenklichen Aeusserungen und Bewegungen, insbesondere über den Antheil des Königs von Preussen; wenn man noch länger zuwarte, dürfte die Ansicht immer mehr Wurzel fassen, die

---

[1]) Doch wegen des Manifest kunte mich nicht entschliessen das nembliche zu publiciren begehre eine Abschrift des manifest um es mehrer zu überlegen. Resolution der Kaiserin auf den Vortrag vom 14. Juli 1772. (W. A.)

[2]) Der Anweisung an Lobkowitz habe nichts zu erinnern wohl aber das wir keineswegs in das ganze preambule wo mit weisbley es angemerkt von manifest eingehen können ich sagte es ihnen klahr weilen wir so wohl bei der Wahl noch folgenden diaet nicht den mindesten einflus gehabt noch garantirt ich fangte an wo von Königsmord der anfang ist und erhielte auch all übriges bey, ausgenohmen jenen passage welch er Fürst selbst relevirt und mit einen Bug ich bezeichnet wegen der grösse von Pohlen es wäre also nur ein eingang von wenig zeill zu verfassen das übrige bleibe also. Vortrag vom 16. Juli 1772. (W. A.)

drei Höfe seien nicht einverstanden, die Hoffnung, sie noch zu trennen, werde an Consistenz gewinnen und manche widrige Folgen nach sich ziehen. Durch Uebergabe der Manifeste würde vollständige Klarheit in die Situation gebracht, jeder Zweideutigkeit ein Ende gemacht. Auch der Friede mit der Pforte werde um so rascher befördert werden, wenn sie sich von der Einigung der drei Mächte durch Veröffentlichung der Manifeste überzeugt haben werde. [1])

Friedrich hatte sich schon längst über die einzelnen Punkte ausgesprochen. Seiner Meinung nach war die Sache höchst einfach. Zugleich mit dem Einrücken der Truppen sollte ein Manifest erlassen werden, welches jedoch blos in allgemeinen Ausdrücken abgefasst sein solle. Denn, wenn die Rechtsansprüche nicht allzusehr begründet sind, sagte er, dürfe man nicht zu sehr in's Detail eingehen. [2]) Jede der verbündeten Mächte sollte ein derartiges Manifest veröffentlichen, welches so viel möglich in gleichen Ausdrücken lauten sollte. Friedrich erwartete gerade keine grossen Schwierigkeiten, es werde zwar nicht leicht sein, die Zustimmung der Polen zu erlangen, auch müsse man sich einige romantische Scenen von Seite des Königs gefallen lassen. Wie, fragte Swieten, wird er sich vielleicht an die Spitze seiner Armee stellen? Was dies betrifft, lautete Friedrich's Antwort, nein, aber er wird abwarten wollen, was allerdings unangenehm wäre; allein, nachdem er diese Rolle abgespielt haben wird, wird er sich beschwichtigen, er ist ein guter galanter Mensch, dieser König von Polen, nur sein Hirn ist schwach und mit romantischen Ideen beladen, von denen er einige bei dieser Gelegenheit zum

---

[1]) An Lobkowitz 24. Juli 1772.

[2]) Swieten 21. April 1772. Car voyez vous quand les droits ne sont pas trop bons, il ne faut pas les detailler; in ähnlicher Weise in einer Depesche an Solms vom 31. Juli 1772 bei Smitt II, 55.

Besten geben wird. Was die Polen anbelangt, so werden sich diese nicht zu regen wagen, in jedem Falle wird man sie über die Ohren schlagen.

Der österreichische Entwurf eines Manifestes fand demnach, nachdem sich Friedrich mit der Fassung einverstanden erklärt hatte, den vollen Beifall Panins; „durch die vollkommen gleichförmige Sprache der Verbündeten sollte das standhafte und unzertrennliche Einverständniss bezüglich Polens ausser allen Zweifel gesetzt werden.“ [1])

Die Ratification des Vertrages erfolgte von Seiten Catharina's am 22. September 1772. Sie sagte dem österreichischen Vertreter: Noch nie habe sie einem Act mit grösserer Befriedigung ihre Sanction ertheilt. [2]) Friedrich hatte schon die Kunde von der bevorstehenden Vereinbarung mit grosser Freude begrüsst und die Erwerbung des neuen Gebietes als eine „glückliche Epoche“ bezeichnet. Kaunitz sah wohlgefällig auf das vollbrachte Werk, nicht wenig stolz, das Gleichgewicht zwischen Oesterreich und Preussen durch seine diplomatische Geschicklichkeit gewahrt zu haben.

---

[1]) Worte von Lobkowitz in seiner Depesche vom 15. Aug. 1772. (W. A.)

[2]) Vous pouvez etre persuadé mon Prince que jamais je n'ai signé d'acte avec plus de satisfaction, que celui qui me rapproche ainsi que je l'ai toujours souhaité de Leurs Majestés aux quelles je me ferai toujours un vrai plaisir de donner des preuves de ma sincere amitié. Lobk. 24. Sept. 1772. (W. A.)

Dreizehntes Capitel.

Die Verhandlungen in Warschau.

Bis in den Sommer des Jahres 1772 behaupteten sich die Conföderirten im Felde; vielfach geschlagen erhoben sie sich von Neuem und machten den Russen viel zu schaffen. Die Niederlage Dumouriez's bei Landskron am 22. Juni 1771 war ein harter Schlag für die Polen. Streitigkeiten zwischen ihm und Pulawski machten seine Stellung unhaltbar. Nachdem er das Land verlassen, wo er keine Lorbeeren sich errungen, wurde Vioménil an seine Stelle entsendet. Der Stand der Dinge wurde dadurch nicht verbessert. Die Hoffnungen, welche man an die Erhebung des Grossgenerals von Lithauen, Oginski, knüpfte, verwirklichten sich nicht. Zwar gelang es ihm am 6. September, einen kleinen Erfolg über die Russen davonzutragen, aber am 23. wurde er von Suworow überfallen und sah sich zur Flucht nach Königsberg genöthigt. In Lithauen warfen die Russen nun jeden Widerstand nieder. Die Polen kämpften einen hoffnungslosen Kampf, nur der Gedanke an ein Dazwischentreten des Auslandes hielt sie aufrecht. Mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgten sie den Waffengang im Oriente und lauschten leichtgläubig jedem Gerüchte aus der österreichischen und französischen Hauptstadt. In Paris wurden die Hilfsgelder regelmässig ausbezahlt, an eine Intervention zu Gunsten der Polen konnte man nicht ernstlich denken, da Oesterreich eine jede

Mitwirkung versagte. Eine Zeit lang dachte der Staatskanzler allerdings daran, sich eventuell der Conföderirten zu bedienen, in seinen Gesprächen ging er jedoch über allgemeine Andeutungen nicht hinaus. Die Kaiserin verhehlte ihre Sympathien für die Polen nie; bei günstiger Constellation würde sie dem unglücklichen Volke ihre Unterstützung nicht versagt haben.

Der Versuch der Conföderirten, sich der Person des Königs zu bemächtigen, war ein Act der Verzweiflung. Welche Ziele sie damit verbanden, ist in Dunkel gehüllt. Das Unternehmen misslang. Ein glücklich ausgeführter Anschlag gegen das Krakauer Schloss war der letzte Hoffnungsstrahl. Nur wenige Monate konnten die Conföderirten sich im Besitze behaupten. Gegen die Uebermacht der seit dem Frühjahre 1772 in grösserer Anzahl einrückenden russischen Truppen konnten sich die Conföderirten im offenen Felde nicht halten, sie beschränkten sich noch einige Zeit auf die Vertheidigung der in ihren Händen befindlichen drei Festungen Czenstochow, Tyniek und Landskron. Die Besetzung Posens durch Preussen und die Occupirung republikanischen Gebietes durch Oesterreich zeigten nur zu deutlich, dass zwischen den nordischen Mächten eine Verständigung entweder schon erzielt oder im Anzuge sei. Pulaski, die Seele des ganzen Widerstandes, rieth den Conföderirten zur Niederlegung der Waffen, da gegen das Bündniss der drei Mächte jeder Widerstand vergebens sei. Durch seine Entfernung, von der nur seine Vertrauten vorher unterrichtet waren, verloren die Polen ihren begabtesten Führer; die andern folgten seinem Beispiele, viele wanderten aus und begaben sich zumeist nach Frankreich.[1])

Unter sich hatten sich die drei Mächte vorläufig über

[1]) Hierüber handeln die bekannten Werke von Ferrand und Herrmann ziemlich ausführlich.

ihren Antheil geeinigt, derselbe war nicht in Sicherheit gebracht, so lange nicht die formelle Zustimmung der Polen erfolgt war. Die Zusammenberufung eines Reichstages und die von demselben zu erwirkende Abtretung der bereits in Besitz genommenen Gebiete war nun das Hauptaugenmerk der verbündeten Regierungen.

Bei der Leitung und Durchführung dieses Geschäftes wurde nur Preussen durch einen Mann vertreten, der durchaus klar und verständig in seinem Wesen, verschlagen und findig, durch einen mehrjährigen Aufenthalt in der polnischen Hauptstadt einen genauen Einblick in die Verhältnisse besass.

Den bisherigen Gesandten Russlands, Saldern, war Stackelberg zu ersetzen berufen. Oesterreich entsendete den Baron Reviczky, nachdem es längere Zeit hindurch keinen Repräsentanten in Warschau besessen. Es war ein guter Griff Russlands, Saldern abzuberufen und eine solch geartete Persönlichkeit wie Stackelberg nach Warschau zu senden. Beide stimmten wohl darin überein, dass man die Polen unsanft werde behandeln müssen, um in den legalen Besitz der occupirten Gebiete zu kommen, beide theilten auch die Ansicht, dass sie ein Zusammengehen mit Oesterreich als einen Cardinalpunkt russischer Politik bezeichneten; allein in der Art und Weise der Geschäftsbehandlung, und dies fiel nunmehr sehr bedeutsam in die Wagschale, wichen sie vollständig von einander ab. Salderns rauhe, herrische Natur machte aus seiner Verachtung gegen die Polen, aus seiner Abneigung gegen Preussen kein Hehl. Diese preussenfeindliche Gesinnung war erst das Product der jüngsten Zeit. In den ersten Monaten seines Aufenthaltes in Warschau ging Saldern vollständig mit Benoit Hand in Hand, seine Reden trieften von Bewunderung und Ergebenheit gegen den König. Da dieser aber nicht auf alle seine Wünsche und Ansichten einging, sein Gebahren in Warschau bisweilen einer scharfen

Kritik unterzog und ein massvolleres Auftreten empfahl, schlug die Stimmung Saldern's ganz um. Mit übergrosser Erregtheit sprach er sich nun gegen Friedrich aus und prognosticirte dem guten Einverständniss zwischen den drei Höfen keine lange Dauer. Ohne innigste Verbindung Oesterreichs und Russlands, sagte er zu Reviczky, werde der König von Preussen beide hintergehen und die meisten Vortheile erringen. Hätte Saldern vollständig freie Hand gehabt, er würde eine sociale Revolution in Polen mit Gewalt durchgeführt haben, und weil ihm Panin auf dieses Gebiet zu folgen keine Neigung zeigte, tadelte er in entschiedener Weise den russischen Minister des Auswärtigen, dessen Freund zu sein er offen bekannte.[1])

Saldern glaubte, dass nur durch Drohungen an's Ziel zu gelangen sei. Von Vornherein müsse man allen Reichstagsmitgliedern erklären, dass man sie in Contribution setzen werde, bis sie den Wünschen der vereinigten Mächte nachkommen. Wie, wenn der König die Berufung eines Reichstages verweigert? fragte der unerfahrene Reviczky. Alsdann werden wir ihn mit Absetzung bedrohen; antwortete Triumvir Benoit,[2]) die Krone ist ihm zu lieb, er wird sich nicht der Gefahr sie zu verlieren aussetzen wollen. „Ich wette,

---

[1]) Reviczky vom 26. Sept. 1772. Saldern sagte: Panin habe seinen Vorschlag, eine Reform in den polnischen Gesetzen vorzunehmen, nicht adoptirt: ·die Macht der Magnaten und sonderlich der Anverwandten des Königs herunterzusetzen und eine gewisse Gleichheit in dem Vermögen der Privatleute herbeizuführen. Wir brauchen ein Schreckbild, um den grössten Theil der Nation an uns zu ziehen, und dies ist, die Hoffnung von der Unterdrückung ihrer Mitbürger befreit zu werden und zu allen Würden zu gelangen.

[2]) Eine Bezeichnung Friedrich's; am 31. März schreibt er in einem P. S. eigenhändig an Finkenstein: Le triumvir Benoit est admirable, il se croit plus que Roy de Pologne, et se donne des airs que jamais Conte de Toulouse a pris. Le pauvre Garçon, La Tete Luy Tourne il se croit un cardinal Chimenez ou un Cardinal de Richelien.

meine Herren," rief Saldern, „dass Sie vor sechs Monaten keinen Reichstag sehen werden, allenfalls rathe ich Ihnen, sich mit einem vollen Beutel versehen zu lassen, denn ohne Geld werden Sie nichts ausrichten. Versorgen Sie sich nur mit Cassa, allhier muss Jeder 4—6 Freunde unter den Personen von Gewicht und eine gewisse Anzahl Schreier haben; es ist nicht genug diesen Leuten Geld auszutheilen, man muss mit ihnen leben, sie bewirthen und sie betrinken, *in vino veritas.*"

Stackelberg wollte die Sache etwas sanfter anpacken. An Energie mit Saldern wetteifernd, die Interessen Russlands fortwährend berücksichtigend, hatte er vor seinem Collegen, den er zu ersetzen berufen war, mildere Umgangsformen voraus. Sein glattes, fast feines Benehmen erwarb ihm viele Freunde und milderte den unangenehmen Eindruck, den Saldern und Repnin zurückgelassen; überdies eignete sich Stackelberg jedenfalls mehr zum pünktlichen Vollstrecker der aus Petersburg einlaufenden Befehle, als der rechthaberische Saldern, der in seiner eifrigen Hast sich oft über die ihm ertheilten Instructionen hinaussetzte.

Von den drei Mächten wünschte nur Oesterreich eine baldige Beendigung der Verhandlungen mit den Polen. Reviczky hatte in dieser Richtung die bündigsten Weisungen, die Zusammenberufung eines Reichstages thunlichst zu befördern. Kaunitz wollte das Erworbene in Sicherheit bringen und sich nicht der Gefahr unvorgesehener Eventualitäten aussetzen; dass ein Reichstag berufen werden solle und müsse, meinte auch Friedrich, allein er hielt es nicht für nöthig hierauf zu dringen; es genüge einfach Vorstellungen zu machen, dass eine etwaige Widersetzung desto üblere Folgen nach sich ziehen werde. Er zweifelte an der schliesslichen Willfährigkeit der Republikaner nicht, denen es doch am Herzen liegen musste, ihr Vaterland von den Fremden befreit zu sehen. Stackelberg gab vor, nach dieser Richtung

keine genauen Weisungen zu besitzen. Es war klar, in diesem Punkte begegneten sich die beiden Gesandten Russlands und Preussens; dieses fasste einige Gebiete in's Auge, auf deren Abtretung es auf Grundlage der erst kürzlich abgeschlossenen Convention keine Ansprüche erheben konnte, und so lange ein Friede mit der Pforte nicht abgeschlossen war, gewährte die Besetzung polnischen Gebietes den russischen Heeren mancherlei nicht zu unterschätzende Vortheile. Diese fielen hinweg, sobald der Reichstag zu Stande kam und die Forderungen der Mächte befriedigt wurden.

Im Monate September erliessen die Mächte ihre Declarationen, worin sie die Besitzergreifung der polnischen Gebiete zu rechtfertigen suchten. Das österreichische Actenstück ist verhältnissmässig kurz gehalten. Nur flüchtig werden die vermeintlichen Rechte erwähnt,[1]) die Gebiete, auf die man Anspruch erhob, aufgezählt und die Bewohner derselben aufgefordert, den Grafen Pergen als bevollmächtigten Commissär und Gouverneur anzuerkennen und sich ruhig zu verhalten, widrigenfalls sie harte Strafen treffen würden.[2])

Weit ausführlicher ist die rechtliche Beweisführung in dem preussischen Actenstücke. Polen hatte hiernach

---

[1]) Folgender charakteristischer Zug Maria Theresia's mag hier erwähnt werden. Kaunitz beantragte in einem Vortrage vom 25. September 1772 eine Kundmachung des Patentes und Manifestes in den Zeitungen. In dem ersten Alinea stand: Ihre Majestäten haben einverständlich mit dem russ. kais. u. königl. preuss. Hof den Entschluss gefasst, ihre allseitig auf verschiedene polnische Provinzen habende rechtmässige Ansprüche geltend zu machen. Die Kaiserin unterstrich rechtmässig und schrieb am Rande eigenhändig: auszulassen.

[2]) Bei Martens, Recueil des principaux traités, Tome I Göttingen 1771 p. 461 mit einigen Druckfehlern; so heisst der dort erwähnte Fürst nicht Fonokeze, sondern Podgorcze. Auch die Declarationen Preussens und Russlands ebendaselbst S. 462 u. 466.

mehrere Jahrhunderte hindurch den Herzogen von Pommern und später den Kurfürsten von Brandenburg Pomerellen ungerechtfertigter Weise vorenthalten. Der grosspolnische District zwischen Brahe und Netze habe früher der Markgrafschaft Brandenburg gehört, bis sich Polen bei seinen Kämpfen mit dem deutschen Orden desselben bemächtigt habe, ohne dass die Besitzergreifung je förmlich von irgend einer Seite, weder von dem deutschen Kaiser, noch von Brandenburg, noch von dem deutschen Reiche anerkannt worden wäre. Wenn nun Friedrich ein grösseres Gebiet für sich in Anspruch nahm, rechtfertigte er dies damit, dass er auch eine Entschädigung für die so lange Vorenthaltung dieser Districte sich verschaffen müsse. Friedrich begnügte sich nicht mit der einstweiligen Besitzergreifung bis zur definitiven Regelung der Angelegenheit mit der Republik, er forderte allsogleich die Huldigung zu Marienburg und setzte hiefür den 27. September fest.

Oesterreich und Preussen waren wenigstens in der Lage, gleichgiltig ob rechtmässig oder unrechtmässig, auf einige Ansprüche hinzuweisen, die sie zu haben vorgaben. Russlands Minister fanden in der Vergangenheit nicht den geringsten Rechtstitel. Dagegen wies der Gesandte Russlands in dem im Namen seiner Herrin am 18. September erlassenen Manifeste auf die vielfachen Bemühungen Russlands hin, dem Lande einen König gegeben zu haben. Durch den Geist der Zwietracht wurden alle Hoffnungen vernichtet, die man an diese Wahl geknüpft hatte. Die Parteien missbrauchten die öffentliche Gewalt, deren sie sich bemächtigt hatten, und zwangen die Nachbarstaaten zur Ergreifung von Gegenmassnahmen, um die Ruhe an der Grenze aufrechtzuerhalten. Zur Herstellung der Ordnung und Ruhe, zur Befestigung der alten Constitution und der Freiheit des Landes, sowie zur Geltendmachung ihrer Rechte, die sie auf einige Theile der Republik besässen, hätten sich dess-

halb Oesterreich, Russland und Preussen mit einander verbunden.

Obwohl längst geahnt und längst gefürchtet, machten diese Ankündigungen einen niederschmetternden Eindruck in Polen. Einige hatten sich zwar mit dem Gedanken vertraut gemacht, dass die Gerüchte dauernder Besitzergreifung von Seiten der Mächte sich bewahrheiten dürften, Andere erwarteten eine Abwehr der Gefahren, freilich ohne genau anzugeben, wodurch das drohende Unglück beseitigt werden könnte. Für unmöglich hielt man es, dass innere Wirren von fremden Mächten zur Abreissung werthvoller Gebiete ausgebeutet würden. Stanislaus August erliess allsogleich eine Gegenerklärung, die er sämmtlichen Höfen übersendete, worin er die Besitzergreifung polnischer Provinzen als eine Ungerechtigkeit brandmarkte, sich aber nicht entblödete hinzuzufügen, dass die sorgenvollen, interesselosen Bestrebungen Catharina's, mit seiner Zustimmung dem Lande den Frieden zu geben, in seinem Gedächtnisse nie würden verwischt werden.

Die Erwiederung der polnischen Minister, unterzeichnet von dem Bischof von Posen und Grosskanzler der Krone, André Mlodziejowski, dem Grosskanzler von Lithauen, Fürsten Michael Czartoryski, und dem Vicekanzler, Johann de Borch, ist in einem würdigen Ton gehalten. Die von Oesterreich und Preussen erhobenen Ansprüche werden als vollständig unrechtmässig und unbegründet zurückgewiesen; in den früheren mit den Mächten abgeschlossenen Verträgen sei der Besitzstand der Republik nie angezweifelt worden, die Rechtstitel derselben wurden als unanfechtbar erklärt und schliesslich gegen die Verletzung der legitimen Rechte Protest erhoben. [1])

Diese Antwort, welche die drei Höfe auf die ver-

[1]) Bei Martens a. a. O. 470.

öffentlichten Erklärungen und Manifeste erhielten, liess eine baldige Erledigung der Angelegenheit nicht leicht erhoffen. Kaunitz war billig genug zuzugestehen, dass König und Senat eine andere Antwort nicht ertheilen konnten, der er auch nachrühmte, in ziemlich gemässigten und mit Rücksicht auf die Verhältnisse sogar bescheidenen Ausdrücken abgefasst zu sein. Dies hinderte ihn jedoch nicht, Preussen und Russland zu ernsthaften Entschlüssen anzutreiben, um die Zustimmung der Republik so rasch als möglich zu erlangen. Die eigentlichen Absichten der Polen beurtheilte er im Ganzen ziemlich richtig. Mit Waffengewalt konnten sie sich den drei vereinten Mächten nicht widersetzen, durch eine Convention in die Theilung willigen, mochten sie nicht, es blieb ihnen demnach nichts übrig, als ihr trauriges Geschick über sich ergehen zu lassen und von der Zukunft vielleicht eine Aenderung ihrer Lage zu erwarten. Weigerten sich die Polen standhaft durch einen legalen Act, die Besitzergreifung ihres Gebietes durch die drei Mächte zu sanctioniren, so wurde die That als eine gewaltthätige Usurpation, die eines jeden Rechtstitels entbehrte, für die Dauer gebrandmarkt, und durch eine günstige politische Constellation konnte das Verlorene wieder zurückerworben werden. Dem Schiffbrüchigen gleich, der sich an ein Wrack anklammert, gaben die Polen die Hoffnung, dass vielleicht doch der eine oder andere Staat zu ihren Gunsten einschreiten könnte, nicht auf. Freilich genauere Kenner der polnischen Patrioten trauten ihnen eine solch würdige Haltung nicht zu; sie sagten anfangs einen energischen Widerstand vorher, aber sie hielten den Charakter der Polen nicht für so gefestet, um sich nicht schliesslich durch Drohungen, Versprechungen und Bestechungen vor der vollendeten, unerbittlichen Thatsache zu beugen.

Sollten aber die Mächte „ihr so weit gebrachtes grosses Werk unvollkommen und widrigen Zufällen ausge-

setzt lassen", rief Kaunitz aus. Das wesentliche Staatsinteresse Oesterreichs, Russlands und Preussens heischte es seiner Meinung nach, nicht nur die Verzichtleistung der Republik auf jede mögliche Weise zu erringen, sondern auch die Regelung der innern Verhältnisse derselben zum baldigen Abschlusse zu bringen. Die Widersetzlichkeit der Polen flösste ihm keine Furcht ein, mit der königlichen Republik konnten die drei Mächte leicht fertig werden; aber so richtig er sonst die innern Zustände der anderen Staaten und die leitenden Persönlichkeiten beurtheilte, so bangte ihm doch vor einer möglichen europäischen Conflagration, die das bereits Erworbene mindestens für eine Zeit gründlich in Frage stellen konnte. Auch konnte er den Moment nicht erwarten, der bisherigen Alleinherrschaft Russlands in Polen ein Ende zu machen und daneben den österreichischen Einfluss aufzupflanzen. Während Russland mit einer gewissen Gemächlichkeit vorging, Preussen sich in den occupirten Gebieten mit Behagen festsetzte, beide Staaten ruhig der Entwicklung entgegensahen, war Oesterreich das antreibende Element, welches unablässig auf die Nothwendigkeit eines raschen Abschlusses hindrängte. Mit fast unbezähmbarer Ungeduld sehnte Kaunitz den Moment herbei, der die Zustimmung der Republik ausser Zweifel setzen sollte.

Russland hatte ein einfaches Mittel vorgeschlagen, welches auf Grund seiner langjährigen Erfahrungen zum Ziele führen musste. Dem Gelde hatten sich die Polen selten, fast nie unzugänglich erwiesen; im gegenwärtigen Falle sollte ebenfalls Bestechung angewendet werden. Auch der sonst gewiss haushälterische Friedrich stimmte damals dieser Ansicht zu. Dagegen stemmte sich aber Kaunitz. Nicht als ob er sonst die Künste der Bestechung als unmoralisch zurückgewiesen hätte, er verschmähte dieses Mittel nicht, wenn er damit sein Ziel zu erreichen hoffte,

er hielt es nur im gegenwärtigen Falle nicht für unumgänglich nöthig, Summen für eine Sache aufzuwenden, die umsonst zu haben war. Aus Rücksicht für die Kaiserin hätte er gewünscht, wenn sich die Dinge in einfacher und glatter Weise abgewickelt hätten. Er hatte ihr dargelegt, dass die Polen durchaus keinen Widerstand leisten würden, und mochte bei Erledigung der leidigen Angelegenheit die Monarchin so wenig als möglich behelligen, da er noch zu gut im Gedächtnisse hatte, welchen Widerstand sie seinen Plänen entgegengesetzt. Auch hatte er vielleicht von den Polen eine bessere Meinung, als dies an der Newa und Spree der Fall war; er sprach sich wenigstens dahin aus, „es sei von dem polnischen Adel nimmermehr zu erwarten, dass er seinen eigenen grossen Vorrechten und Vortheilen freiwillig entsagen und sich mit dem Vorwurfe eines Verräthers seines Vaterlandes beladen werde“.[1])

Kaunitz wünschte eine ganz andere Massregel ergriffen zu wissen: noch weitere Districte zu besetzen. Nur auf diese Weise werde die Einwilligung der Polen zu erlangen sein, nur so der Adel mürbe gemacht werden, ohne dass man die Stimmen durch beträchtliche Geldsummen zu erkaufen nöthig haben werde. Zu diesem Behufe sollten sich die drei Höfe unter einander einigen, welche Gebiete von ihnen fernerhin, wenn die einfache Drohung nicht ausreichen würde, zu besetzen seien, sodann aber gegenseitig das Versprechen leisten, die neu occupirten Lande zu räumen, sobald ein Abkommen mit dem König und der Republik getroffen sein werde.[2])

Ob nicht der Staatskanzler den stillen Wunsch nährte, den Widerstand der Polen andauern zu sehen, um für Oesterreich ein grösseres Stück, als es in der Convention

---

[1]) An Lobkowitz 16. November 1772. (W. A.)

[2]) An Lobkowitz 16. Nov. 1772. (W. A.)

festgestellt war, zu erlangen? Friedrich wenigstens schob dem Fürsten diese Absichten unter, und sein Scharfblick hat ihn nicht betrogen.[1]) Josef war mit dem erworbenen Gebiete nicht zufrieden, und der Staatskanzler ging auf die Intentionen des Kaisers ein. Auch hätte sich Friedrich nicht dagegen gesträubt, wenn man den Widerstand der Polen zu einer weiteren Zerstückelung benutzt hätte. Vorläufig wünschte er allerdings mit Drohungen und Bestechung die Republikaner mürbe zu machen.[2])

Panin schien die Ansichten des Königs von Preussen bezüglich Oesterreichs zu theilen und richtete darnach die Antwort an den österreichischen Gesandten ein. Im Principe stimmte er dem Fürsten Kaunitz bei, dass eine Erklärung an die Republik erlassen werden solle, er hatte auch nichts gegen energische Drohungen, aber weiter wollte er nicht gehen. Einen geheimen Artikel abzuschliessen, hielt er für unnöthig. Bei ihm erregte namentlich der Umstand Anstoss, dass Kaunitz nach erfolgter Einwilligung der Polen eine Räumung des polnischen Gebietes wünschte, wobei vornehmlich der Umstand in Betracht kam, dass Russland selbst nach erfolgter Zustimmung der Polen einige Landstriche besetzt halten musste, solange der Friede mit der Pforte nicht geschlossen war; allerdings ein bei der Kriegsführung Russlands mit der Türkei essentieller Punkt, der aber von Kaunitz aus dem Grunde in's Auge gefasst wurde, um auch

[1]) Friedrich an Solms 24. Nov. 1772 bei Smitt a. a. O. II. 190.

[2]) Au Benoit 4. Nov. 1772 .... Je m'imagine qu'a l'aide de menaces et de quelques sommes d'argens employées à propos on fera souscrire ces gens à nos volontés et parviendra sans avoir besoin d'user de violences, à pacifier leur patrie de la maniere convenue. Mais s'il faloit contre toute attente embrasser le dernier parti et recourir à la force pour la mettre à raison, le pis qui en pourra resulter, ce sera d'être obligé d'en venir a un nouveau partage et d'etendre d'avantage nos portions respectives. (B. A.)

dadurch auf Russland einen Druck auszuüben und es endlich zum Abschlusse eines Friedens zu bestimmen.[1])

Zwischen den drei Gesandten in Warschau bestand Anfangs das beste Einvernehmen. Erst Anfangs November kamen sie überein, eine Audienz zu erbitten und auf die Berufung eines Reichstages zu dringen. Stanislaus August machte Ausflüchte und entschloss sich erst zum Nachgeben, nachdem ihm Stakelberg eine in energischem Ausdrucke gehaltene Depesche Panins vorgelesen hatte. Noch hatte er nicht alle Hoffnung auf fremde Intervention aufgegeben und erst kurz zuvor sich mit neuen flehentlichen Schreiben an mehrere Fürsten Europas gewendet. Selbst nachdem er sich endlich bewegen liess, das Versprechen wegen Einberufung des Senats zu geben, dem nach der Constitution die Aufgabe zufiel, die Einladungsschreiben zum Reichstag zu erlassen, suchte er Branicki zu bewegen, nach Paris zu gehen, um daselbst Vorstellungen zu machen und die Unterstützung Frankreichs anzurufen. Dieser liess sich bereit finden, die Mission zu übernehmen. Nicht aus dem Grunde, weil er irgend einen erspriesslichen Erfolg von seiner Reise erwartete; es kam ihm gelegen, die französische Hauptstadt zu besuchen, da eine unbezwingbare Neigung zur jungen und schönen Frau des Fürsten Adam Czartoryski ihn hintrieb.

Von Anfang an wendeten die Gesandten alle Mittel an, Stanislaus August in vollste Abhängigkeit von sich zu bringen. Der wankelmüthigen, zwischen den entgegengesetzten Entschlüssen hin und her schwankenden Natur des Königs war keinesfalls zu trauen. Um ihn auf Schritt und Tritt zu beobachten, gewannen sie die Personen seiner Umgebung. Und unter den Polen, welche die Phrase von der Freiheit und Unabhängigkeit ihres Vaterlandes fortwährend

[1]) Depesche von Lobkowitz vom 11. Dec. 1772. (W. A.)

im Munde führten, fehlte es an Verräthern nicht, die ihren Herrn und ihr Vaterland zu verkaufen bereit waren. Durch den Grosskanzler, Bischof Mlodziejowski, wurden die Minister ziemlich genau mit den Plänen und Absichten des Königs bekannt gemacht. Die Minister der drei Höfe entschlossen sich auf Anrathen des Grosskanzlers dem Könige eine neue Declaration zuzustellen und die Einberufung des Senates in kürzester Zeit zu fordern.

Der König schwankte, ohne irgend einen Beschluss fassen zu können, hin und her. Unter den harten Erfahrungen der letzten Jahre war Stanislaus unverändert derselbe geblieben. Bald wiegte er sich in den kühnsten Entschlüssen, um das Uebel von seinem Vaterlande abzuwenden. Nie wollte er seine Zustimmung zu einer Theilung des Landes geben und lieber alle Unbill über sich ergehen lassen, vertraute er unter dem Siegel des tiefsten Geheimnisses dem Nuntius an, und dieser bestärkte ihn in diesen löblichen Vorsätzen.[1]) Bald verfiel er in die trostloseste Apathie und Abgespanntheit. Er klammerte sich an den kleinsten und unscheinbarsten Hoffnungsanker und war dann um so enttäuschter, wenn seine Voraussetzungen nicht zutrafen. Er wiederholte die Phrase, dass es besser sei zu sterben als mit Schmach zu leben, so oft, dass sie keinen Eindruck mehr machte. Während er einerseits fast an alle Potentaten schrieb und besonders von der Mission Branicki's nach Paris eine Wendung des Geschickes seines Vaterlandes erwartete, näherte er sich gleichzeitig dem österreichischen Gesandten, um wenigstens für sich günstigere Bedingungen auszuwirken. Eines Tages ruft er diesem zu: „Was verlangt man von mir? Soll ich einem meinem Vaterlande nachtheiligen und mir zur ewigen Schande gerei-

[1]) Theiner S. 456, Bericht des Nuntius vom 12. Sept. 1772. Vrgl. auch den Bericht vom 23. Sept. 1772 S. 458.

chenden Tractat sozusagen selbst entgegen laufen, oder bin ich nicht ohnehin schon bei meiner Nation genug angeschwärzt, um mich noch dem Verdacht auszusetzen, im Geheimen mit der Zergliederung Polens einverstanden zu sein? Was ich thue, thue ich, weil mir kein Ausweg übrig bleibt, und ich sage es Ihnen offen, und würde es Ihren kaiserlichen Majestäten ebenfalls sagen, wenn ich die Ehre hätte, mit ihnen zu sprechen, dass wenn ich ein Mittel wüsste, die Theilung Polens zu hintertreiben, ich solches heute noch ergreifen würde. Und ihre Majestäten sind innerlich der Meinung, dass ich meine Pflicht thue.“ Fast gleichzeitig aber suchte Stanislaus den österreichischen Gesandten auszuforschen, ob man ihm persönlich gute Bedingungen gewähren und den Salzverschleiss als Monopol im ganzen Königreiche überlassen wolle, wodurch er die Einnahmen, die er bisher aus den von Oesterreich besetzten Salinen von Wieliczka bezogen, leichter zu verschmerzen im Stande sein würde. Durch den Abbé Guigiotti liess er dem österreichischen Gesandten seine Bereitwilligkeit erklären, zu allen nur thunlichen Bedingungen seine Zustimmung zu ertheilen, um eine günstige Entscheidung bezüglich des Salzverkaufs zu erwirken, und wenn Reviczky zutraulich gemacht von seinen geheimen Anweisungen Gebrauch machte und gegen den König einige Andeutungen von den in Wien für ihn vorhandenen günstigen Gesinnungen fallen liess, musste er bald die Erfahrung machen, dass Stanislaus ein Geheimniss zu wahren nicht verstand, und sah sich in Folge dessen genöthigt, mit weiteren Eröffnungen zurückzuhalten. Ein vortrefflicher Schauspieler, verstand Stanislaus sich zu verstellen, unter dem Scheine der Ehrlichkeit innerlich falsch und verlogen, verdarb er es mit allen Parteien und hatte schliesslich nach keiner Seite einen tüchtigen Halt. Die Polen hatten ihn im Verdacht mit den verbündeten Mächten unter einer Decke zu spielen und die

Gesandten verloren mit der Zeit jedes Vertrauen zu ihm und überliessen ihn seinem Schicksale. Er erweckte nicht einmal rechtes Mitleid, welches man doch nur der wahren Grösse zollt.

Am 22. December berief Stanislaus August endlich nach langem fast ungewohntem Widerstande den Senat ein. Die Anfangs nach seinem Regierungsantritte übliche Gepflogenheit, allwöchentlich Senatssitzungen abzuhalten, war seit mehreren Jahren ausser Uebung gekommen. Längere Zeit hatte Stanislaus gezögert, der Aufforderung der Gesandten nachzukommen; wie diese von dem Grosskanzler Bischof Mlodziejowski in Erfahrung brachten, hatten die Czartoryski den Monarchen dazu ermuthigt, indem sie ihm einige Schreiben der Gesandten Frankreichs und Englands aus Wien vorlegten, worin angerathen wurde, die Sache so viel als möglich hinauszuschieben.[1]) Der König setzte starke Hoffnungen auf dieses Zusammentreten des ersten Reichskörpers. Gelang es die Mitglieder zu einem einmüthigen energischen Widerstande zu begeistern, so war noch nicht Alles verloren. Wohl blieben die drei Mächte im Besitze des sich angeeigneten Gebietes, aber einen legalen Act von der Republik, der ihre Ansprüche anerkannte, sich ihren Forderungen fügte, konnten sie nie und nimmermehr erlangen.

Die Verbündeten betrachteten sich von Vorneherein als rechtliche Besitzer des einander zugesicherten Gebietes. Pergen und General Haddick schalteten in dem österreichischen Antheile nach Gutdünken; die preussischen Generale Thadden und Belling standen an der Spitze der Verwaltung in dem preussischen Gebiete. Die Bewohner mussten dem neuen Herrn huldigen, die Grossen den Eid leisten. Man kam überein, Niemandem zu gestatten, den Senatssitzungen beizuwohnen, der in den occupirten Gegenden

[1]) 25. Nov. 1772, von Reviczky. (W. A.)

begütert war; da man mit einfachen Befehlen nichts auszurichten wähnte, wurde gleichzeitig zur Androhung der Güterconfiscation geschritten.

Am 8. Februar erfolgte die Eröffnung des Senats. Die Zahl der anwesenden Senatoren war sehr gering. Beiläufig dreissig hatten sich eingefunden. Mehrere hervorragende Würdenträger versagten consequent ihre Mitwirkung, unter ihnen der Primas Podoski, der eine an ihn ergangene Aufforderung in würdevoll ablehnender Weise beantwortete. Die ersten Sitzungen verstrichen mit grossen Reden über die Gefahr des Vaterlandes, über die Drangsale der Republik, mit Klagen über die Einquartierung der fremden Truppen. Staatsmännische, wohl erwogene Gedanken bekam man wenig zu hören. In der Zwangslage, in der sich die Republik befand, bei den Voranstalten, die von den Ministern der vereinigten Höfe getroffen worden waren, schien es von Vorneherein sicher, dass der Senat die Einberufung des Reichstages anrathen werde. Männer, wie der Bischof von Kamieniec, die ihre Hand zur Sanctionirung einer Gewaltthat nicht bieten wollten, koste es was es wolle, gab es wenige. Die meisten dachten nur an ihre Interessen, und es ist jedenfalls erwähnenswerth, dass sich zuerst die Geistlichen für die Berufung des Reichstages aussprachen. Die fremden Minister hatten den Zeitpunkt festgestellt, bis zu welchem der Reichstag zusammentreten müsse, auch den Termin für die Erledigung der ganzen Angelegenheit bezeichnet. Hiernach sollte der Reichstag längstens am 8. April versammelt sein und binnen zwei Monaten seine Zustimmung zur Abtretung der bezeichneten Landestheile aussprechen.

Die Wahlen wurden anberaumt. Allseitig wurden nun alle Hebel in Bewegung gesetzt, einen gefügigen Reichstag zu Stande zu bringen. Kein Mittel war zu schlecht, wenn es nur zum Ziele führte. Russland kargte nicht mit Geld, Preussen suchte durch Drohungen, Oesterreich durch Ueber-

redung und Versprechungen zu wirken. Denn man geizte in Wien nicht mit Anweisungen für die Zukunft, wenn man es auch für überflüssig hielt, auf die ohnehin in sicherer Aussicht stehende Zustimmung des polnischen Reichstages noch Geld zu verwenden.

Einen wichtigen Stützpunkt erhielt die Opposition an dem Bischof von Krakau, der aus seiner Verbannung rückgekehrt war. Die gesammte Bevölkerung Warschau's war auf den Beinen, als sich die Kunde seiner Ankunft in der Stadt verbreitete. In den ersten Tagen war seine Wohnung von Besuchern überfüllt, in den Strassen erwarteten ihn die Volksmassen, ihn auf Schritt und Tritt mit Zurufen zu empfangen. So geschickt wusste er die ihn beseelenden Gesinnungen zu verbergen, dass er nach keiner Seite einen Anstoss gab. Die verschiedenartigsten Parteien hofften auf ihn und glaubten seinen Einfluss ausbeuten zu können. Mit ehrfurchtsvoller Ergebenheit begegnete er dem Könige, den Gesandten gegenüber legte er vollständige Ergebung an den Tag. Die Dinge sind bereits zu weit gediehen, sagte er zu Reviczky, um auch nur die Möglichkeit einer Aenderung anhoffen zu lassen; er überlasse Alles der Vorsehung, da jeder Widerstand von seiner Seite nur neues Unheil über das Vaterland bringen würde.[1]) In ähnlichen Ausdrücken sprach er sich dem russischen Gesandten gegenüber aus. An seinen Hirtenbriefen fanden auch die aufmerksamsten Kritiker nichts auszusetzen. Die Bedrückungen des Vaterlandes rühren von dem unerschöpflichen Rathschlusse Gottes her, hiess es darin; die Nation habe sich durch das Uebermass ihrer Sünden die göttliche Strafe zugezogen; der Gebieter aller Throne, welcher Staaten erhebt und erniedrigt, züchtige Polen, man müsse das Haupt in tiefster Demuth beugen, dem Beispiele des alten Ninive folgen und die

[1]) Depesche Reviczky's vom 18. Febr. 1771.

Rache des Himmels wo möglich durch Busse und Gebet stillen.

Sowohl dem russischen als dem österreichischen Gesandten bot er seine Dienste rückhaltslos an, nur bezüglich der Religion wollte er Garantien haben. Im Geheimen schürte er die Opposition. Nach allen Richtungen knüpfte er Verbindungen an zur Anfachung eines energischen Widerstandes, und erst als er einige Sicherheit erlangt zu haben glaubte, dass es doch noch möglich sein dürfte, eine Anzahl oppositioneller Elemente um sich zu schaaren, warf er die Maske ab und erklärte unumwunden, er könne in eine Theilung Polens nicht willigen, ohne seine Ehre und seinen Eid zu verletzen. Alle Versuche der Gesandten, die ihn durch den Nuntius auf die schlimmen Folgen seiner Handlungsweise aufmerksam machen liessen, fruchteten nichts. Seine Schreiben ergingen nach allen Richtungen, ermahnend, Muth zusprechend, zum Widerstande anfachend. Als er sich in Warschau nicht mehr sicher glaubte, verliess er die Stadt, reiste in den Wahlbezirken umher, seinen Anhang zu ermuthigen und zu stärken. Seinem Einflusse ist es zuzuschreiben, dass eine Anzahl Dietinen resultatlos verliefen. Stackelberg, der mit ihm nach seiner Rückkehr in innigere Beziehungen getreten war, um ihn als Werkzeug bei den bevorstehenden Berathungen gebrauchen zu können, warf ihm Treulosigkeit vor. „Was Sie Treulosigkeit nennen," antwortete der Bischof, „nenne ich eine politische That, eine erlaubte List, eine Mentalreservation. Sie müssen nämlich wissen, dass ich in meiner Jugend zu den Jesuiten in die Schule gegangen bin."[1])

---

[1]) Nach den Depeschen Reviczky's aus dem Jahre 1773. (W. A.) In ähnlicher Weise Benoit vom Februar 1773. (B. A.) Vrgl. den Briefwechsel zwischen dem Bischof und Stackelberg bei Ferrand in den Beilagen zum 5. Buche.

Trotz aller Bemühungen der Gesandten verliefen die Wahlen nicht in normaler Weise. In mehreren Palatinaten verhielt sich der Adel ganz passiv, viele Landtage wurden zerrissen, ohne Landboten gewählt zu haben; einige protestirten gegen alle von dem Reichstag etwa zu fassenden Beschlüsse. Auch blieb ohne Wirkung, als der König sich bestimmen liess, neuerdings Universalien zu erlassen und nochmals zur Wahl aufzufordern. Während bei dem ersten Wahlgange blos fünfzig Abgeordnete gewählt worden waren, kamen allerdings bei dem zweiten einige neue hinzu, noch immer war die Zahl der Gewählten eine verhältnissmässig geringe.[1]) Die grösste Anzahl der Landboten erschien in Grosspolen und Lithauen gewählt, dagegen kamen in Kleinpolen nur neun, im Krakauer Palatinate noch weniger Dietinen zu Stande. Im Kiewer Palatinate und im südlichen Theile Polens war der Widerstand am heftigsten, in stürmisch gehaltenen Manifesten forderte man zur Bildung neuer Conföderationen auf.[2]) In den bereits occupirten polnischen Districten wurde die Vornahme von Wahlen nicht gestattet. Man ging dabei von der Ansicht aus, dass eine derartige Bewilligung das Eingeständniss in sich schliesse, dass diese Gebiete noch Polen gehörten. Nur bei einzelnen Männern, die in verschiedenen Theilen Polens Grund und Boden besassen, gestattete man Ausnahmen und erlaubte ihnen die Wahl anzunehmen. Die gewählten Landboten machten Schwierigkeiten, sich in Warschau einzufinden. Der russische Minister versprach den lithauischen Delegirten für ihren Unterhalt in Warschau Sorge zu tragen, andern mussten Geldvorschüsse gemacht werden, um ihnen die Bestreitung der Reisekosten zu ermöglichen.

---

[1]) Herrmann, russische Geschichte, Band V, S. 532, gibt nach einer gedruckten Liste etwa 111.

[2]) Reviczky's Depeschen vom März u. April 1773. (W. A.)

Es lag im Plane der verbündeten Regierungen, sich der Mitwirkung des Königs zur Durchsetzung ihrer Absichten zu bedienen. Man erwartete von ihm, dass er mit Rücksicht auf gewisse Vortheile sich willfährig erweisen werde. Russland machte aufmerksam, dass nur eindringliche Vorstellungen ihn bewegen werden, sich den Mächten zur Verfügung zu stellen. Friedrich stimmte Allem zu, was in Petersburg in dieser Beziehung für gut befunden wurde, er behandelte überhaupt die Zustimmung oder Nichtzustimmung der Republik mit souveräner Gleichgiltigkeit. Er freute sich des Besitzes. Oesterreich allein verfolgte noch allerlei Nebenabsichten, denn ihm lag es nicht nur am Herzen, baldmöglichst mit den Polen die Abtretung des ihm bestimmten Gebietes in's Reine zu bringen, sondern auch die Zwischenzeit gehörig zu benützen, um sich eine Partei zu bilden, die in der Folge eventuell gegen Russland und Preussen gute Dienste leisten könnte. So günstig nun auch die Stimmung sein mochte, die in Wien für den König von Polen, insbesondere bei der Kaiserin, vorhanden war, man ging nicht so weit, auch nur im entferntesten die eigenen Interessen hintanzusetzen. Man fürchtete einerseits bei Preussen und Russland Anstoss zu erregen und man wollte durchaus keinen Anlass zur Trübung der kaum wiederhergestellten freundlichen Beziehungen zu diesen Staaten bieten. Andererseits traute man auch dem König nicht recht, seine Unzuverlässigkeit und Plauderhaftigkeit boten dem Fürsten Kaunitz keinerlei Garantien. Doch wollte er ihm nicht alle Hoffnungen benehmen, dass Oesterreich ihn zu unterstützen entschlossen sei. Reviczky sollte ihm daher bedeuten, dass etwaige Vorschläge, in welcher Weise sein eigener Vortheil wahrzunehmen sei, von ihm selbst gemacht werden müssten, zugleich wurde ihm Vorsicht und Verschwiegenheit eingeschärft und ihm auseinandergesetzt, wie wenig er wage, wenn er Oesterreich mit vollkommenem Vertrauen entgegenkomme.

Zum Reichstagsmarschall hatte der russische Hof den Grafen Poninski ausersehen. Ein Mann von vielem Geiste, der, nur für sein eigenes Interesse bedacht, die trostlosen Zustände seines Vaterlandes für sich auszubeuten suchte, erkannte man in Petersburg in ihm, trotz der gerade nicht schmeichelhaften Schilderungen Salderns, ein recht brauchbares Werkzeug, das für Geld und Gut für Alles zu haben war. Saldern charakterisirte ihn als einen Mann, dem man mit der einen Hand eine Ohrfeige und mit der andern einige Beutel geben könnte. In Oesterreich hätte man sehr gerne den Grafen Potocki auf diesem Posten gesehen. Als aber Reviczky nach Wien meldete, dass Poninski zwar ganz dem russischen Interesse zugethan sei, für Preussen aber keine sonderliche Zuneigung hege, verzichtete man bereitwilligst auf den auserwählten Candidaten, da man sich mit Russland nicht im directen Gegensatze befand, während schon damals manche düstere Wetterwolke die Beziehungen zu Preussen trübte. Bezüglich des Salzverschleisses, der freien Schifffahrt auf der Weichsel, des Handels überhaupt zeigten sich Vorboten weitgehender Differenzen. Und da man in Wien wusste, welch' grossen Vorschub ein Reichstagsmarschall allen Geschäften zu leisten im Stande sei, erhielt Reviczky den Auftrag, sich ja der Person des Grafen Poninski zu versichern und denselben für Oesterreich zu gewinnen.

Es lag von Vornherein in der Absicht der drei Mächte, den Reichstag als Conföderation in's Leben treten zu lassen; nur auf diese Weise konnte man hoffen, die formelle Zustimmung der Nation zu erlangen. Jeder der drei Minister hatte die Aufgabe übernommen, durch Drohungen und Bestechungen eine Anzahl von Stimmen zu gewinnen, aus einer gemeinschaftlichen Casse wurden alle erforderlichen Ausgaben bestritten, um sich jedenfalls der Majorität zu versichern. Oesterreich hatte endlich nach langem Wider-

streben seine Einwilligung gegeben, sich dieses Mittels zur Abwickelung der Angelegenheit zu bedienen.

Seit dem 12. April wurde die noch vor Eröffnung des Reichstages zu unterzeichnende Conföderationsacte berathen. Bei diesen Conferenzen betheiligten sich insbesondere die Bischöfe von Wilna, Posen und Cujavien, der Grossschatzmeister Wessel, der Woywode von Kalisch und Poninski. Ein von dem letztgenannten vorgelegter Entwurf, der als Grund der Conföderation bezeichnete, den Drangsalen des Vaterlandes ein Ende zu machen, wurde angenommen. Man beschloss ferner den König heranzuziehen und ihn zu bereden, sich der Conföderirung des Reichstages nicht nur nicht entgegenszustemmen, sondern seine Partei im Senate und unter den Landboten zur Unterzeichnung zu bewegen. Stanislaus August sagte zu, nur bat er, die Sache derart einzurichten, damit es nicht schiene, als ob er ein „mitverstandener Acteur“ sei. Wenn Sie uns Arm und Bein abschneiden, schloss der König diese Conferenz, so geben sie dem übrigen Theile die Gesundheit und nicht den Krebs.[1]

Am 19. April wurde der Reichstag eröffnet. Trotzdem die ganze Angelegenheit nach allen Richtungen gut vorbereitet und vortrefflich eingeleitet war, stellten sich Schwierigkeiten entgegen. Die Mehrheit war zwar gewonnen, ihre Stimmen Poninski als Marschall zu geben, aber der Lithauer Reytan, ein kräftiger Mann von starkem Körperbau und einer Stentorstimme, setzte sich durch zwei Tage diesem Vorhaben entgegen. Die Universalien, donnerte er die Versammlung an, lauten auf einen freien Reichstag und auf keine Conföderation. Als der Landbote von Krakau, in seiner Eigenschaft als erster Landbote, dem Grafen Poninski den Marschallstab übergeben wollte, suchte Reytan

[1]) Reviczky vom 14. April 1774. (W. A.)

dies auf auf jede mögliche Art zu hindern; diesmal, rief er, ist die Reihe an einem Lithauer, mit der Würde eines Vorsitzenden bekleidet zu werden. Er überschrie alle Anwesenden, manches zaghafte Landbotenherz wurde muthig und jauchzte ihm Beifall zu, die Zuschauer ermuthigten ihn durch Beifallssalven. Reytan leistete fast Uebermenschliches. Unbeweglich verharrte er stundenlang ganz allein im Landbotensaal, um jede Beschlussfassung zu hindern. Am zweiten Tage hielt er bis gegen 2 Uhr Stand, verliess sodann mit der Aufforderung, alle wahren Patrioten mögen ihm folgen, den Saal. In der That leerte sich derselbe und die Zurückgebliebenen harrten vergebens auf eine Einladung des Königs zur Bildung einer Conföderation. Wenn Poninski nicht schon am Vorabende vor Eröffnung des Reichstages den Marschallseid abgelegt und der Conföderationsact nicht von vielen Abgeordneten unterzeichnet gewesen wäre, die ganze wohl eingefädelte Sache wäre in die Brüche gegangen. Nachdem die Gegner sich fern hielten, hatte man gewonnenes Spiel. Man fand es für nothwendig, keine Fremden mehr zuzulassen und die Sitzung innerhalb verschlossener Thüren zu halten, unter dem Vorwande, dass das Leben des Königs selbst gefährdet sei. Stanislaus August, der zwar schon vorher seinen Beitritt zur Conföderation erklärt hatte, musste dennoch förmlich dazu gezwungen werden, erst am 23. trat er bei.

Das Werk schien vollbracht. Allein fast täglich tauchten neue Schwierigkeiten auf. Stanislaus August suchte die einzelnen Abgeordeten zu bearbeiten; mehrere, die sich schon tief mit den Gesandten eingelassen hatten, versagten ihre Mitwirkung, und diese hatten eine unermüdliche Thätigkeit zu entwickeln, um die Unterzeichnung des Conföderationsactes von sämmtlichen Mitgliedern des Reichstages zu erlangen.

Der Antrag wurde eingebracht, eine Delegation zu

wählen, welcher die Aufgabe zufallen sollte, mit den Vertretern der drei Mächte zu unterhandeln. Eine nicht geringe Anzahl von Stimmen stemmte sich gegen die Forderung, dieser Delegation eine fast unumschränkte Macht, im Namen der Conföderation zu handeln und zu schliessen, beizulegen. Wie immer in solchen Fällen, nahmen die Gesandten ihre Zuflucht zum Könige; dieser sollte mitwirken helfen, einen solchen Beschluss zu Stande zu bringen. In der Conföderation hoffte der König trotz aller Umtriebe dennoch auf eine kleine Mehrheit, er fürchtete diese zu verlieren, wenn die Delegation eine solch weite Befugniss erhielt, denn diese wurde nicht durch freie Wahl, sondern durch den König und den Marschall bestimmt, und letzterer war ganz im Solde der Mächte. [1])

Poninski war der von den Gesandten am meisten umworbene Mann. Jeder wünschte, dass der Marschall bei der Wahl der Delegation auf solche Männer hauptsächlich Rücksicht nehme, die sich ihm mit Leib und Leben verschrieben hatten. Stackelberg wollte russisch gesinnten Mitgliedern in der Delegation die Mehrheit verschaffen, Reviczky war thätig, die Wahl auf Männer aus dem Sandomirischen und dem Krakauer Palatinate zu lenken, die sich ganz seiner Leitung unterstellt hatten, beide zusammen agitirten gegen Benoit, damit die preussische Partei in der Delegation nicht das Uebergewicht erhalte. Natürlich kam Poninski dabei nicht zu kurz; es regnete Ducaten von allen Seiten.

Der König wirkte der Wahl einer Delegation im Geheimen entgegen, öffentlich versagte er den Gesandten jede Unterstützung. Denn die Delegation hatte sich auch mit einer Art Revision der Verfassung zu beschäftigen, und dies war auch der Grund, der die Abneigung des

[1]) Reviczky vom 5. Mai 1773. (W. A.)

Königs veranlasste. Er machte auch daraus kein Hehl. Es könne ihm nicht zugemuthet werden, sagte er, sich vollständig der Delegation zu überliefern, die ihm sodann die Vorrechte schmälern und ohne seine Theilnahme die künftige Regierungsform ändern würde. Er machte fortwährend Hindernisse. In der dreizehnten Sitzung verlas Stanislaus August eine Note, in welcher gefordert wurde, dass zur Untersuchung der Gerechtsame der verbündeten Höfe die Vermittelung der europäischen Höfe, namentlich der Garanten der Friedensschlüsse von Wilna und Oliva angerufen werden sollte.[1]) Die Gesandten kamen zur Ueberzeugung, ohne Gewalt nicht zum Ziele kommen zu können. Sie kündigten dem Könige das Einrücken von Truppen in Warschau an. Um ihren Drohungen mehr Nachdruck zu verleihen, wurde in den einzelnen Häusern die Anzahl der zu beherbergenden Soldaten angesagt. Kein Haus blieb verschont. Der Schrecken war allgemein. Am 12. Mai rückten in der That zwei Schwadronen ein, andere wurden angekündet. Dies Einschüchterungsmittel wirkte. Der Reichstag entsendete schleunigst eine Deputation an die Gesandten, um einen zweitägigen Aufschub bittend. Dieser wurde gewährt. Nun zeigte sich der Reichstag willfährig, mit einer geringen Majorität wurden die Forderungen der Gesandten bewilligt, die Wahl der Delegation beschlossen.[2]) Schon am 18. Mai

[1]) Reviczky vom 5. Mai 1773. (W A.) Vrgl. die Noten vom 5. u. 6. Mai 1773 bei Theiner p. 471 u. 472.

[2]) Hierüber schreibt Benoit am 15. Mai 1772: Enfin la journée d'hier s'est terminée à notre gré et notre propos a passé à la Diette par la pluralité des Voix non sans beaucoup de peines et sans que les deux partis ayent travaillé la moitié de la nuit pour dresser chacun ses batteries. Ce n'est que par la superiorite des suffrages parmi les senateurs que nous l'avons emporté et nous y avons en vingt deux voix contre douze, tandis que parmi les nonces il y en avoit cinquante et un contre cinquante qui etoient pour nous. (B. A.) Reviczky in seiner Depesche vom 21. Mai 1773 spricht von einer Majorität von sechs Stimmen. (W. A.)

wurde der Antrag auf Entwerfung einer Instruction zum Beschlusse erhoben. Auch hierbei zog der König den Kürzern, denn die Gesandten hatten die Punkte bestimmt, die in der Instruction Aufnahme finden sollten. Die Delegation erhielt die weitestgehende Vollmacht, nicht blos bezüglich der Cessionen, sondern auch hinsichtlich der Regierungsform alles abmachen zu können, ohne nochmals die Sache vor den Reichstag bringen zu müssen. Alles Uebrige, was noch in der Instruction stand, war an und für sich belanglos, denn es sollte blos als Privatanweisung gelten, ohne die Delegirten irgendwie zu binden.[1])"

Durch Drohungen und Bestechungen hatte man nach mühseligen Verhandlungen ein wenigstens vorläufig erwünschtes Resultat erzielt. Die Summe, die verwendet wurde, betrug 8000 Ducaten, auf jede Macht entfielen 2666⅔ Ducaten. Manche Stimme wurde zu einem Spottpreise erkauft. Der Waywod von Kiew, Fürst Lubomirski, früher einer der reichsten Männer des Landes, wurde mit 30 Ducaten gewonnen. Auch Stanislaus August kargte nicht, er soll 12—13000 Ducaten, freilich nutzlos, gespendet haben. Denn auch die Anweisungen auf künftige Entlohnungen von Seiten der Mächte waren nicht wirkungslos. Was hatten auch die Polen von ihrem armen, tiefverschuldeten Könige zu erwarten! Ausschlaggebend war der Senat, der grösstentheils für die fremden Mächte stimmte.

Am 2. Juni wurden die Sitzungen der Delegation in dem Radziwillischen Pallaste eröffnet. In Abwesenheit des Primas führte der Bischof von Cujavien den Vorsitz. Die erste Zusammenkunft war tumultuarisch genug. Von allen Seiten wüstes Geschrei und heftige Klagen über die Anwesenheit fremder Truppen in jenen Districten, auf

---

[1]) Depeschen von Reviczky vom 13., 14. u. 18. Mai 1773. (W. A.) Abschriften dieser Instruction im Wiener u. Berliner Archive.

welche die Mächte keinen Anpruch erhoben hatten. Die Gesandten liessen Alles über sich ergehen, sie waren theilweise froh, dass noch einige Zeit verging, ehe an die eigentliche Berathung geschritten wurde, denn noch immer waren sie nicht im Besitze der nöthigen Instructionen. Zwar hatte man in der Convention im Grossen und Ganzen, theilweise sogar im Detail, die Grenzen für die betreffenden Staaten festgesetzt. Russland hatte den ihm gebührenden Theil so reichlich bemessen, dass es volle Ursache hatte zufrieden zu sein. Auch machte es die geringsten Schwierigkeiten, in Wien und Berlin dagegen hatte im Laufe des Jahres die Annexionslust Fortschritte gemacht.

Das in der Convention Oesterreich zugesprochene Gebiet befriedigte in Wien nicht. Josef insbesondere hatte mancherlei gegen die festgesetzten Grenzen einzuwenden. Man hatte wirklich ohne Kenntniss des Landes, blos auf die Karte gestützt, Vorschläge gemacht. In den Fragen, ob eine Grenze den militärischen Rücksichten Rechnung trage, war Kaunitz blos Laie. Josef's Meinung, von seinem Orakel Lascy geleitet, war entscheidend. Unerschöpflich in neuen Entwürfen, überschüttete er den Staatskanzler mit Projecten und Vorschlägen, wozu dieser allerdings durch seine Hinweise auf das Vorgehen Preussens den Anlass gegeben hatte.

In einem Gutachten aus dem Wonnemonate legte Josef eine neue vortheilhafte Demarcationslinie dar.

Auf dem linken Weichselufer sollten hiernach noch zwei Meilen weit zu Oesterreich einbezogen, Krakau und Sandomir österreichisch werden. Auch in wirthschaftlicher Beziehung jedenfalls ein nicht zu unterschätzender Vortheil. Der gesammte Handel und die Schiffahrt auf der Weichsel kamen dadurch in österreichische Hände. Ferner sollten die beiden Ufer der Weichsel in Anspruch genommen werden, und zwar das rechte eine Meile weit; die ge-

wonnene Strecke wurde zur Anlage einer Festung in Aussicht genommen. Nur widerwillig hatte man vor Jahr und Tag auf die Palatinate Chelm und Lublin verzichtet: der Kaiser forderte deren Abtretung. Weiter sollte sich die österreichische Abmarkung an der Grenze Volhyniens hinziehen aufwärts bis nach Kock über die Landstrasse von Uliko und Dubno bis an die Podolische Grenze. Man beherrschte dadurch nicht nur eine wichtige Hauptstrasse, sondern schuf sich auch eine Verbindung mit der Moldau und gewann eine wichtige Verkehrsader für den Handel nach der Türkei. Indem man sodann von der podolischen Grenze eine gerade Linie bis Kalusz am Dniester, sodann von hier bis zur pokutischen Grenze zog, gewann man Stadt und Festung Kameniec, einen wichtigen Stützpunkt für einen Offensiv- oder Defensivkrieg gegen die Türkei, und versperrte den Russen einen Einfallspunkt in die Moldau.

So weit verstiegen sich jedoch die kühnen Hoffnungen Josef's nicht, all dies bewilligt zu erhalten. Als Ultimatum, worauf man beharren müsse, verlangte er damals die beiden Weichselufer, sammt den beiden Ufern des San mit Einschluss von Dubienka am Bug und Kameniec.[1])

Zwei Tage vor Abgabe dieses Votums hatte der Staatskanzler bereits seine diplomatische Thätigkeit eröffnet, um die Nothwendigheit einer Grenzberichtigung in's helle Licht zu setzen. Russland und Preussen setzte er auseinander, hätten zumeist ganze Districte ungetheilt erhalten, Oesterreich aber blos Stücke und Parzellen von Districten und Palatinaten, was mit mancherlei Uebelständen verbunden sei. Er berief sich auf die mangelhaften Landkarten, die bei der Bestimmung der Grenze im Vorjahre zu Grunde gelegen. So habe man den Einfluss des San in die Weichsel und die Ortschaften Franopol, Zamosc und Rubieszow als

[1]) Josef's Votum vom 29. Mai 1773, Documente S. 55.

Grenze bezeichnet, in der Voraussetzung, dass sie in einer geraden Linie und so hoch, wie sie auf den Karten erscheinen, gelegen seien, beides hätte sich jedoch als falsch erwiesen. Man könne daher die Convention nicht allzuwörtlich nehmen, es käme auf den „eigentlichen Verstand“ der gewählten Ausdrücke an. So dürften die Worte „in gerader Linie“ nicht allzu buchstäblich ausgelegt werden, als ob man ohne Rücksicht auf die Privatdomänen, auf Waldungen, Moräste und Seen die Grenze nach der Schnur ziehen sollte. Es verstehe sich bei Bestimmung der Landesgrenzen von selbst, dass der Ausdruck in gerader Linie die durch Privatgrenzen verursachten Krümmungen ebenso wenig ausschliesst, als der Weltkugel ihre runde Figur wegen der hohen Berge abgesprochen werden kann. Der Staatskanzler zweifelte nicht, dass diese geographische Vorlesung von den Deputirten nicht bestritten, von den Collegen des Baron Reviczky unterstützt werden würde.

Hiebei blieb man in Wien aber nicht stehen. Man griff rasch zu und schuf vollendete Thatsachen. Obrist Seeger wurde zur Festsetzung der neuen Grenze entsendet, die von ihm verfertigte Grenzkarte konnte sodann bei den Verhandlungen in Warschau von grossem Nutzen sein. Am sonderbarsten war jedoch die Forderung, wie Kaunitz in der Convention mit der Republik die Grenze bestimmt wissen wollte. Seiner Ansicht nach konnte dies auf eine zweifache Weise geschehen. Entweder man nahm in das Actenstück eine genau detaillirte Beschreibung der Grenze auf, oder man beschränkte sich auf die Aufnahme blos allgemeiner Ausdrücke und berief sich zur Erhärtung derselben auf eine bestimmte Karte. Sicher hatte Kaunitz vollkommen Recht, wenn er die erste Modalität als eine schwierige und weitläufige bezeichnete und eine raschere Erledigung sehnlichst wünschte, aber es war jedenfalls eine eigenthümliche Zumuthung, wenn er dem Gesandten auftrug, nachdrücklichst dahin zu ar-

beiten, dass die Republik die Grenzen, welche von Oesterreich „durch die gesetzten Poteaux wirklich ausgezeichnet worden, für bekannt annehme“ und in die Cessionsacte aufgenommen wissen wollte.[1])

Bald sollte es noch besser kommen. In der Convention wurde ein Flüsslein, Podgorze mit Namen, als eine der Grenzen Oesterreichs bezeichnet. Dieser Podgorze machte aber den österreichischen Staatsgelehrten viel Kopfzerbrechen. Durch eine spätere Prüfung der Karten kam man zur Erkenntniss, dass hier ein Irrthum unterlaufen sei. Wo lag dieses Flüsschen? Von allen Seiten wurden Gutachten abgefordert. Endlich hiess es in einem Rescripte an Reviczky, derjenige Fluss, den man bei Bestimmung der Grenze im Auge gehabt, könne weder der Podgorze, noch der Szereth, sondern nur der Sbrucz sein. Und in einer 12 Tage früher abgegebenen Weisung hatte man den Podgorze für identisch mit dem Szereth erklärt.[2]) Nun sollten in dem neuen Actenstück beide Namen ausgelassen werden und blos Sbrucz gesetzt werden. „Denn,“ hiess es in einer Nachschrift vom 29. Juni 1773 an Reviczky, „da nach allenNachrichten in der Gegend von Sbaratz kein Fluss vorhanden ist, der Podgorze heisst, und wenn auch ein solcher existirte, der bei seinem Ursprunge diesen Namen führt, so wäre es doch eine unerhörte und ungewöhnliche Sache, in einer Angelegenheit, wo es sich um die Bestimmung der Marken zweier Reiche handelt, den Grenzfluss nicht mit jenem Namen, den er bei seinem Hauptlaufe, sondern mit jenem bei seinem Ursprunge zu benennen, so zeige sich klar, dass die Benennung Podgorze in der im Vorjahre mit Russland und Preussen ge-

---

[1]) An Reviczky 27. Mai 1773. (W. A.)

[2]) An Reviczky 29. Juni 1773. (W. A.) Am 17. Juni hatte man in einem übersendeten Entwurf im zweiten Artikel gesagt: Podorcze vel alio nomine Sereth. (W. A.)

schlossenen Convention ein blosser Irrthum sei und in facto sein müsse".[1]) Reviczky sollte desshalb auf dem Sbrucz fest bestehen und nur in dem Falle sich zur Willfährigkeit bequemen, wenn dies schlechterdings nicht durchzutreiben wäre und die andern Mächte, Preussen und Russland, sich auf das genaueste an den klaren Buchstaben der Convention halten würden. Und zwar Preussen und Russland; denn falls letzteres allein sich stricte an die Convention hielt, war man in Wien nicht gewillt ein Gleiches zu thun, wenn nicht auch Preussen einen ähnlichen Vorgang befolgte; man wollte das Beispiel dieses Hofes für sich als bindend erachten, ebenfalls über die einmal festgesetzten Grenzen hinausgehen zu dürfen; von dem Grundsatze der Gleichheit sollte keineswegs um ein Haar breit abgegangen werden.[2])

Auch König Friedrich war mittlerweile nicht müssig gewesen, um die mit Oesterreich und Russland abgeschlossene Convention in günstiger Weise für sich auszubeuten. Friedrich wünschte das ganze Netzegebiet für sich zu gewinnen, und die Convention gab ihm in der That eine Handhabe zu einer solchen Interpretation. Der Ausdruck: „die Netze solle die Grenze zwischen Preussen und Polen bilden und ganz dem Könige gehören," [3]) wurde von Friedrich der Art ausgelegt, dass er auf diesen Fluss auch von seinem Ursprunge an ein Anrecht habe, wodurch er ein nicht unbeträchtliches Gebiet in Anspruch nahm.

Im Mai 1773 legte der preussische Gesandte am Wiener Hofe, Baron von Edelsheim, den in Berlin ausgearbeiteten Entwurf einer Convention mit Polen mit dem Wunsche vor,

---

[1]) P. S. an Reviczky vom 29. Juni 1773. (W. A.)

[2]) An Reviczky 30. Juni 1773, wiederholt am 31. Juli 1773. (W. A.)

[3]) Que la Netze fasse la frontière et appartienne en entier au Roi, heisst es in der Convention vom 5. August.

der österreichische Vertreter in Warschau möge angewiesen werden, die preussischen Forderungen zu unterstützen, indem Russland in dieser Beziehung seine Willfährigkeit bereits an den Tag gelegt habe. Zugleich brachte Edelsheim die Ansprüche seines Hofes an Thorn und Danzig in Anregung. Ohne in einzelne Details einzugehen, begnügte sich Kaunitz mit der allgemeinen Versicherung, der österreichische Gesandte werde in dem Falle sich befürwortend äussern, wenn auch Benoit eine ähnliche Anweisung erhalten würde, ein Gleiches bezüglich der Wünsche Oesterreichs zu thun. So ungern man in Wien ein weiteres Vorrücken Preussens in Polen auch ansah, man war billig genug zuzugestehen, dass sich mancherlei für die Forderungen Preussens anführen liesse. Auch fiel die Erwägung in die Wagschale, dass ein Widerstand Oesterreichs fruchtlos bleiben würde, da eine Zustimmung Russlands nach der Angabe Preussens ausser allem Zweifel stand; nicht minder schien gewiss, dass eine Opposition von Seite der Polen durch gegenseitige Unterstützung viel leichter zu überwinden war, und man kam desshalb zu dem Schlusse, dass es besser sei, Gefälligkeit mit Gefälligkeit zu erwiedern.[1])

Nach dem Vorgange Preussens und der grössern oder geringern Bereitwilligkeit Russlands, die Forderungen Oesterreichs unterstützen zu wollen, sollten die Entschliessungen des Wiener Hofes abgemessen werden. Und da man von Lobkowitz vernahm, in Petersburg beharre man zwar auf Einhaltung der Convention, werde aber der Erweiterung der österreichischen Grenze in Podolien nicht entgegentreten, fasste man wieder neuen Muth. Auf die eine oder andere Weise hoffte man schon die Gebietserweiterung zu erzielen. Es fragte sich nur, ob man die Geltendmachung der vermeintlichen Ansprüche bis zur eigentlichen Grenz-

[1]) P. S. an Reviczky 27. Mai 1773. (W. A.)

regulirung hinausschieben sollte, oder ob dieselben nicht schon in dem in Warschau mit der Republik abzuschliessenden Tractate ausbedungen werden sollten. Man kam zu dem Beschlusse, dass, wenn es nicht möglich wäre auf eine klare unzweideutige Weise die österreichischen Forderungen in dem Vertrage zu formuliren, denselben doch „virtualiter und mittelst diensamer Wendungen“ Rechnung getragen werden sollte.

Gewiss war letzteres das Diensamere, Zweckentsprechendere. Aus vielfachen Gründen. Man wünschte Preussen in gewisser Beziehung die Hände zu binden. So lange sich die Verhandlungen in Warschau concentrirten, konnte man mit Preussen vollkommen gleichen Schritt halten. Dies änderte sich sobald der eigentliche Schwerpunkt in die Grenzcommissionen verlegt wurde. Man befürwortete desshalb die Forderungen Preussens; die Republik, hiess es nun, könne einen Strich Landes wohl verschmerzen, wenn der König von Preussen auf die Werbung in Polen, die Auslieferung der Emigranten u. dgl. m. verzichten wollte. Man müsse auch desshalb dem Könige einige Vortheile an Land und Leuten zuwenden, da er sonst gewiss nicht geneigt sein werde, auf seine bisher ausgeübten Vorrechte zu verzichten. Der Grund, wesshalb man nun Preussen das Wort redete und eine Gebietserweiterung desselben warm empfahl, lag darin, weil man auf diese Weise hoffte, die Festsetzung der erweiterten Grenze schon in dem Vertrage aufgenommen zu sehen. [1])

Ehe nun eine Einigung der drei Höfe untereinander und in Folge dessen eine Ausgleichung der Differenzen erzielt war, konnte an eine förderliche Inangriffnahme der Verhandlungen nicht geschritten werden. Auch war es nicht unzweckmässig, wenn die Polen ihr Strohfeuer in

[1]) An Reviczky 9. August 1773. (W. A.)

belanglosen Debatten verpufften; hatte der ergiebige Redefluss über Unterdrückung des Vaterlandes, über Nichtachtung des Völkerrechtes, über die Ungerechtigkeit des ganzen Vorganges in Friedenszeiten ein wehrloses Land zur Abtretung einiger Gebietstheile zu zwingen, ein Ende gefunden, so war Aussicht vorhanden, sodann um so rascher die wesentlichen Punkte erledigen zu können. Selbst jene, die von Vornherein gewonnen oder entschlossen waren, die Macht vollendeter Thatsachen anzuerkennen, konnten doch wenigstens in wohlgeformter Rede ihren Patriotismus leuchten lassen und ihre heisse Vaterlandsliebe bekunden.

Alles hat ein Ende; auch die Redegewandtheit der Mitglieder der Delegation drohte sich zu erschöpfen. Die Gesandten kamen in Verlegenheit. Weder in Berlin noch in Wien war man vollkommen im Reinen. Vergebens harrten die Vertreter auf Weisungen. Sie griffen schliesslich zu dem Auswege die Verhandlungen mit den Delegirten wieder aufzunehmen, ohne jedoch über den wichtigsten Punkt, die Grenzbestimmung, zu verhandeln, und die Zeit mit Formalitäten förmlich zu vertrödeln. Man wollte den Eifer der Deputirten, die für das Interesse der Mächte gewonnen waren, nicht erkalten lassen. Benoit beantragte die Grenzfrage zu vertagen und die Angelegenheit gegenwärtig ganz nach dem Wortlaute der Convention zur Erledigung zu bringen; die genaue Feststellung der Abmarkung aber sollte den Grenzcommissarien an Ort und Stelle vorbehalten bleiben. Preussen beseitigte hiemit eine etwaige Einsprache der beiden anderen Mächte, mit der Commission hoffte es rascher fertig zu werden. Und wenn diese sich auch später sträuben sollte, die preussische Interpretation anzunehmen, endlich musste sie sich doch fügen, da sie auf keine Intervention irgend einer Macht rechnen konnte. Russland war mit Preussen ganz einverstanden, und Benoit und Stackelberg erklärten, sich

an die Worte der Convention zu halten und keine Aenderung zuzugeben.

In der Sitzung am 3. August übergab endlich Reviczky den von ihm abgefassten Tractat. Ueber die Art und Weise der Behandlung entspann sich nun ein langwieriger Streit. Die eine Partei wünschte in das Detail der Berathung einzugehen, während die andere dies ablehnte, um an den Tag zu legen, dass ein äusserlicher Zwang zur Annahme des ganzen Tractates obgewaltet habe; ohnehin würden sich die Mächte keinerlei Abänderungen gefallen lassen, eine Debatte über die einzelnen Punkte sei daher vollständig nutzlos, da die Republik einen Widerstand entgegenzusetzen nicht in der Lage sei. Der österreichische Gesandte schien die Ansichten dieser Partei durch die Behauptung zu bestätigen, dass die Gerechtsame Oesterreichs vollständig erwiesen seien, er sei auch nicht berechtigt sich in Erörterungen einzulassen; wenn in der von der Republik entworfenen und ihm übergebenen Gegendeduction nur einigermassen gewichtige Gründe vorgebracht worden wären, würde man es gewiss an einer Widerlegung nicht haben fehlen lassen. Dies sei nicht der Fall, also seien die vorgebrachten Gründe hinfällig. Auf langwierige Reden und Gegenreden könne und werde sich sein Hof nicht einlassen, da dadurch der Abschluss der Verhandlungen nur hinausgeschoben würde.[1])

In der That verlief auch die weitere Verhandlung ohne Schwierigkeit. Reviczky nahm ein schriftliches Elaborat entgegen, worin einige Gegenvorstellungen gemacht wurden, er liess sich sogar herbei dieselben zu beantworten, an dem Resultate aber änderten diese Plänkeleien nichts. Man stritt noch 14 Tage hinüber und herüber und bequemte

[1]) Depesche Reviczky's vom 4. August 1771 (W. A.), u. Benoit's vom selben Tage. (B. A.)

sich schliesslich zur Annahme. Ohne abzustimmen wurde der aus neun Artikeln bestehende Tractat angenommen und vorläufig in eifriger Hast von dem Präsidenten der Delegation, Ostrowski, Bischof von Cujavien, sodann von den Conföderationsmarschällen Poninski und Radziwill unterzeichnet. Die Unterschriften der übrigen Mitglieder sollten nach Erledigung der Verhandlungen mit den beiden andern Mächten erfolgen.

Die Grenzfrage kam eigentlich nicht zur Erörterung, und diesem Umstande ist es zuzuschreiben, dass die Dinge sich so glatt abwickelten. Zwar sprachen sich manche Delegirte höchst bekümmert aus, Reviczky verhielt sich jedoch den meisten gegenüber einsilbig. Nur einigen „vertrauten Mitgliedern“ gab er, wie er sich ausdrückt, „einen kleinen Vorgeschmack,“ in welchem Sinne Oesterreich die Convention auffasse. Die Polen verlangten für das ihnen noch verbleibende Gebiet eine Garantie Seitens der Mächte. Stackelberg machte keine Schwierigkeiten diesem frommen Wunsche zu willfahren, der etwas ängstliche Reviczky, sich streng innerhalb seiner Instructionen haltend, stimmte erst bei, als die Weisungen des Staatskanzlers ihn hiezu ermächtigten. Stackelberg erklärte sich auch bereit, in den Tractat einen Artikel über die Stellung der Katholiken in den an Russland abgetretenen Provinzen aufzunehmen. Reviczky konnte nicht zurückbleiben und willigte in die Aufnahme einer Bestimmung über die Dissidenten im österreichischen Antheile.[1])

Der Cessionstractat mit Russland wurde ohne Schwierigkeiten vereinbart. Dagegen schienen die Differenzen, die sich bei den Verhandlungen mit Benoit entgegenstellten, fast unausgleichbar. Diese rückten auch nur langsam vor-

---

[1]) Depeschen von Reviczky August u. Anfangs September 1773. (W. A.) Auch einige Depeschen Benoit's. (B. A.)

wärts. Hitzige Wortgefechte zwischen den Delegirten und dem preussischen Gesandten füllten fast jede Sitzung aus, eine Beendigung des heillosen Streites schien aussichtslos. Theilweise trug die Unklugheit oder wenn man will Offenherzigkeit Benoit's daran Schuld. Anstatt jede weitere Erörterung abzulehnen, wie es der kluge und vorsichtige Reviczky gethan, liess er sich in Erläuterungen des zweiten Artikels ein; machte Andeutungen, in welchem Sinne sein königlicher Herr die Grenzbestimmung aufgefasst wissen wollte. Benoit kam allerdings nur den Befehlen seines Königs nach, wenn er an dem betreffenden Artikel der Petersburger Convention einige nicht unwesentliche Modificationen beantragte, aber gerade diese Aenderung bestimmte die Delegirten, eine genauere Angabe der Grenzen zu verlangen.[1]) Benoit gab genaue Erläuterungen über die künftige preussisch-polnische Grenze und machte kein Hehl daraus, dass der König die beiden Ufer der Netze als ihm gehörig ansah. Ein sehr ansehnlicher Theil der Woywodschaft Brzecz und des Inowraclawer Palatinats, sodann ein grosser Theil des Districts Dobrzyn sollten hiernach Preussen zufallen. Die Polen schäumten vor Unwillen und erklärten rundweg, man werde sie nie dazu bringen, der preussischen Auslegung des Tractats ihre Zustimmung zu geben. Sie liessen sich überhaupt erst dazu herbei, den zweiten Artikel anzunehmen, nachdem Reviczky und Stackelberg ein förmliches Zeugniss abgelegt hatten, dass derselbe mit der betreffenden

---

[1]) Am 8. August 1773 erhielt Benoit eine Formulirung des zweiten Artikels übersendet, die Worte in der Petersburger Convention „que cette rivière (la Netze) doit lui appartenir en entier“, waren dahin abgeändert: „que cette rivière doit lui appartenir avec ses deux rives“. Benoit sollte sich äusserten Falls mit der ursprünglichen Fassung begnügen. Anstatt „district du grande Pologne“, hiess es „tous les districts de la grande Pologne“, bei Elbing waren die Worte „avec son territoire“ hinzugefügt. (B. A.)

Bestimmung der Petersburger Convention übereinstimme. Eine Beschwichtigung der erregten Gemüther trat erst ein, als die Gesandten in die Hinzufügung eines neuen Artikels bei allen Verträgen willigten. Es war dies der zehnte, welcher besagte, dass Commissäre zur Regulirung der Grenze ernannt werden sollten, und im Falle über die Auslegung des betreffenden Artikels keine Einigung erzielt werden könnte, jeder Theil berechtigt sei, die Vermittlung der andern contrahirenden Höfe in Anspruch zu nehmen. Die armen Polen wähnten sich auf diese Weise gegen etwaige Uebergriffe geschützt zu haben.

Trotz aller Eile und der anhaltenden Bemühungen des österreichischen und russischen Gesandten das Geschäft seinem Abschlusse zuzuführen, erlosch der Termin, bis zu welchem die Vollmachten der Delegation lauteten, ohne dass das ersehnte Ziel erreicht worden war. Und doch stand noch eine schwierige Aufgabe bevor: die neue Verfassung festzustellen. Die Gesandten begaben sich zu Stanislaus August mit der Bitte, seiner Seits dazu mitwirken zu wollen, um die Vollmachten der Delegation verlängern zu helfen. Der König sagte zu, insoweit es sich um das Cessionsgeschäft handelte, dagegen versagte er seine Mitwirkung, dass der Delegation auch künftighin der Auftrag gegeben werden solle, an der Verfassung weiter zu arbeiten, da er, wie schon erwähnt, nicht ohne Grund eine Schmälerung der königlichen Gewalt befürchtete, wozu er seine Unterstützung nicht gewähren wollte.

Die Reichstagsmajorität entsprach dem Wunsche der Gesandten: die Vollmachten der Delegation wurden bis zum 22. Januar verlängert. Die Zahl der Mitglieder wurde durch zwei Senatoren und einige Landboten, insgesammt Anhänger des Königs, vermehrt, dem auch die Vollmacht er-

[1]) Reviczky vom 11. Sept. 1773. (W. A.)

theilt wurde, die Cessionstractate im Namen der Republik zu unterzeichnen. Der Ausfall der Wahlen beschwichtigte einigermassen den Monarchen, der die Festsetzung eines näheren Termins gewünscht hatte, um die Verfassungsfragen im Reichstage zur Verhandlung zu bringen, wo er auf eine Majorität rechnete. Trotz aller traurigen Erfahrungen, die Stanislaus zu machen Gelegenheit gehabt hatte, lebte er doch in fortwährenden Selbsttäuschungen; er rechnete auf Unterstützung von einem Reichstage, dessen meiste Mitglieder feil waren und durch Drohungen sich schrecken liessen.

Die Gesandten hatten vortrefflich gearbeitet. In den letzten Tagen des Monats September war die Frage der Cessionen so weit erledigt, dass an die Unterzeichnung der Tractate geschritten werden konnte. Noch im letzten Momente, als die Verhandlungen in der Delegation schon beendet waren und nur die einzelnen Mitglieder ihre Unterschrift unter den Cessionsact setzen sollten, begannen einige von Neuem die Gesandten mit Bitten zu bestürmen, doch auf das eine oder andere Stück Verzicht zu leisten.[1]) Mit besonderer Befriedigung meldeten die Gesandten nach Hause, dass das Geschäft glücklich zu Stande gebracht sei, und zwar wären die Formen derart gewahrt, dass es ganz den Anschein habe, als sei ein ungezwungener und freiwilliger Vergleich abgeschlossen worden.[2]) Auch viel Geld habe die Sache nicht gekostet. Bisher habe jeder Hof nur 15.000 Ducaten verausgabt. In dem von patriotischen Gefühlen überschäumenden Polen fanden sich Männer, die für 45.000 Ducaten jeden Widerstand aufgaben, sich wahrscheinlich

[1]) Benoit 22. Sept. C'est là, fügt der Gesandte seinem Berichte hinzu, ou l'ignorance de ces bonnes gens, et leur simplicité, se deployent dans toute leur etendue. (B. A.)

[2]) Reviczky am 21. Sept. 1773. (W. A.)

damit tröstend, dass ohnehin jeder Widerstand vergebens und die erhaltene Summe ein reiner Gewinn sei. Welch' geringer Betrag auf jeden einzelnen Delegirten im Durchschnitt entfiel, lässt sich auf eine leichte Weise berechnen, womit nicht gesagt werden soll, dass jedes Mitglied des Ausschusses sich gerade durch baare Münze käuflich erwies. Auch an Versprechungen mancherlei Vortheile fehlte es nicht, und viele, die die Ueberzeugung gewonnen haben mochten, dass Polen seinem Geschick unrettbar verfallen sei, und deren Güter theilweise in dem abgetretenen Gebiete lagen, suchten sich von vornherein mit dem Machthaber auf guten Fuss zu stellen, um von demselben mancherlei Begünstigungen in Anspruch nehmen zu können. Manche liessen sich auch ihr Votum nicht in Geld, sondern mit Salz bezahlen. Ein Mann, dessen Name einen fürstlichen Klang hat, erhielt blos einige Tonnen für seine Willfährigkeit!

In der Sitzung am 1. October kam die Frage der Grenzcommissarien zur Sprache. Die Gesandten forderten, dass dieselben von dem Präsidenten der Delegation und den beiden Reichstagsmarschällen ernannt werden sollten. Diese Persönlichkeiten waren ganz im Solde der drei Mächte, denn sie erhielten seit dem Beginne des Reichstages monatlich nicht unerhebliche Summen ausbezahlt; und es konnte daher mit Sicherheit angenommen werden, dass nur gefügige Männer mit diesem allerdings wichtigen Geschäfte betraut werden dürften. Oesterreich und Preussen hatten dann gewonnenes Spiel. So sehr aber die Gesandten auch drängten, konnten sie doch nicht rasch mit ihren Ansichten durchdringen. Die Ursache lag in der Forderung, welche die hervorragendsten Mitglieder der Delegation stellten, und gerade jene, die am meisten bei den Verhandlungen über die Abtretung die drei Mächte unterstützt hatten, zuerst die Verfassungsfrage zu erledigen. Ein nicht unbeträchtlicher Theil der massgebenden Persönlich-

keiten hatte sich vollständig bereit gezeigt, auf die Intentionen der drei Mächte einzugehen, um deren Unterstützung bei der Regelung der künftigen Constitution zu erhalten. Nicht die Verbesserung der Verwaltung, nicht die Abstellung schreiender Missbräuche, nicht die Ordnung des Finanzwesens standen hiebei in erster Linie; worauf diese Partei lossteuerte, war eine Beschränkung der königlichen Gewalt. Die Ereignisse der letzten Monate gingen spurlos an diesen Menschen vorüber, die Aristokratie wollte auch aus dem Unglücke, welches über Polen hereingebrochen, nur Vortheile ziehen und die ohnehin nur kärglich ausgestattete königliche Gewalt noch mehr eindämmen und einengen.

Stackelberg und Reviczky hielten es am angezeigtesten den Weg der Güte zu betreten; sie wollten direct mit dem Könige unterhandeln und ihn zur freiwilligen Verzichtleistung auf einige Vorrechte zu bewegen suchen. Wie immer zeigte sich Stanislaus August Anfangs spröde, standhaft darauf beharrend, dass die Pacta conventa ein mit der Nation eingegangener Vertrag seien. Stackelberg gab sich Mühe den König andern Sinnes zu machen; das Verhältniss zwischen beiden spitzte sich zu einem vollständigen Bruche zu, leidenschaftliche und bitter erregte Wortgefechte liessen eine Beilegung kaum erwarten. Stanislaus August drohte mit seinem Rücktritte. Dies Mittel hatte er nur zu oft angewendet, es war nun verbraucht. Es war allzusicher, dass der König sich an den Thron anklammerte; gewährte er ihm auch keinen Glanz und geringen Einfluss, so doch die Mittel die eigene Existenz zu fristen. Von Schulden erdrückt, war Stanislaus August im Falle seines Rücktrittes dem harten Elende preisgegeben, und der schwache Charakter des Königs schreckte vor dieser Perspective in die Zukunft zurück. Die eitlen Hoffnungen, dass die Delegation in ihrer Majorität sich gegen eine Beschränkung der königlichen Gewalt aus-

sprechen würde, schrumpften zusammen, selbst Männer die bisher ihrer Ueberzeugung Ausdruck gegeben, dass die Stellung des Königs ein wunder Fleck im Verfassungsleben Polens sei, gingen in das jenseitige Lager über und drangen eben so laut und oft noch heftiger auf eine Verringerung der Prärogative. Der König sah sich aussichtslos, stützelos; noch einige Drohungen Stackelbergs, und er gab nach.[1])

Abermals vergingen Wochen, ohne die schwebenden Fragen um einen Schritt weiter zu bringen. Vor Wochen im Monate September hatte die Unterzeichnung der Cessionstractate begonnen, die Vollmachten der Delegation waren zu diesem Behufe verlängert worden. Der Termin lief ab, ohne auch nur das formale Geschäft dem Abschlusse zuzuführen. Der Reichstag trat am 22. Januar zusammen, um neuerdings die Delegation zu verlängern. Benoit insbesondere drängte zur Unterzeichnung des Tractates. Reviczky und Stackelberg stimmten zu. Gemeinschaftlich erliessen die drei eine Declaration, sich nicht eher in weitere Verhandlungen einlassen zu wollen, ehe die Unterschriften der Delegationen vollzählig seien. Obwohl jeder Widerstand aussichtslos war, verweigerten mehrere Landboten, wie Jerzmanowski und Beziekiersky hartnäckig die Unterschrift, und mit Selbstgefälligkeit wies der österreichische Vertreter in seinem Berichte darauf hin, dass diese Opposition nur Preussen, nicht aber Oesterreich gelte.[2])

Auch sonst gab es Differenzen mancherlei Art zwischen den Polen einerseits und Oesterreich und Preussen andererseits. Der König nahm das Besitzrecht des Hafens von Danzig in Anspruch. Von allen Seiten drängte man in Petersburg sich der Stadt anzunehmen. England insbesondere stellte

---

[1]) Reviczky am 7. u. 18. Dec. 1773. (W. A.)

[2]) Reviczky's Depeschen vom 29. Januar u. 5. Febr. 1774. (W. A.)

vor, dass die Interessen der Seemächte wesentlich durch die ergriffenen Massnahmen Friedrichs verletzt seien. Der Gesandte, Gunning, überschüttete Panin förmlich mit Denkschriften. England, hiess es, mache gegen das Abkommen, welches die drei Mächte bezüglich Polens getroffen, keine Einwendungen, aber das Schicksal der Stadt Danzig könne ihm nicht gleichgültig sein. Auch stellte man englischerseits die Forderung, dass die Weichselzölle nicht erhöht werden dürfen. Der König machte geltend, dass das Eigenthumsrecht des Hafens ihm nicht streitig gemacht werden könne, er wolle der Stadt die Perception der Zölle gegen eine jährliche Abgabe überlassen.[1]) Das Eingreifen Englands erbitterte den König ungemein. Er spottete über die Furchtsamkeit Panin's, der schon eine englische Flotte in den baltischen Gewässern sah; der Minister möge ihm nur die Schlichtung dieser Differenzen überlassen, schrieb er nach Petersburg, er wolle die Insulaner schon abfertigen. In Petersburg bemühte man sich den verschiedenen Ansprüchen gerecht zu werden. Panin wünschte sich dem Könige gefällig zu erweisen und die leidige Angelegenheit zu begleichen. Die Kaiserin schien Anfangs mit dieser Willfährigkeit ihres Ministers einverstanden, um Friedrich an Russland zu ketten, dessen Hilfeleistung bei einem etwaigen Kriege mit Schweden, der als unmittelbar bevorstehend angesehen wurde, nothwendig war, aber aus demselben Grunde wünschte sie, es mit England nicht zu verderben, welches unschätzbare Dienste leisten konnte, wenn es wirklich zu einem Bruche mit Stockholm kam. Der alte Plan einer englisch-russischen Allianz tauchte wieder auf, man verzweifelte nicht auch den König dafür zu gewinnen.[2]) Dieser lehnte jedoch von Vornherein eine

[1]) Depeschen von Solms vom 11./22. u. 15./26. Januar 1773.

[2]) C'est ici un principe de la politique national que pour avoir un systeme bien solide il faut etre dans une alliance aussi etroite

Betheiligung ab, der alte Widerwille gegen den Inselstaat loderte wieder auf, und die Einmischung Englands in die Danziger Angelegenheit war nicht geeignet andere Gesinnungen hervorzurufen.

Gegnerische Einflüsse behaupteten später bei der Czarin das Feld. Nach Einsichtnahme und Prüfung einiger Schriften über die Danziger Angelegenheit nahm sie sich der Stadt an; sie habe versprochen die Freiheit der Stadt zu erhalten, sagte sie, und sie wolle sie nicht zu Grunde richten lassen.

Eine weitere Differenz war die Besitzergreifung Brody's durch Oesterreich. Preussen steifte sich auf die Erklärung Russlands, dass sich die Mächte innerhalb der in der Convention festgestellten Grenzen halten sollten, welcher Grundsatz verletzt würde, wenn sich Oesterreich in den Besitz, dieser reichen und wohlhabenden Stadt setzen würde. Panin, der Lobkowitz von diesen Insinuationen Preussens in Kenntniss setzte, äusserte sich beschwichtigend in einem Oesterreich freundlichen Sinne. Friedrich und Panin waren in dieser Beziehung verschiedener Ansicht. Panin behauptete, Brody gehöre zum Palatinate Belcz und könne Oesterreich nicht abgestritten werden; in Berlin fand man auf mehreren Karten die Stadt als zu Volhynien gehörig verzeichnet, wodurch das Argument des russischen Ministers hinfällig wurde.[1]) In Warschau verfocht die Delegation die Berliner Auffassung, dagegen forderten insbesondere die polnischen Grundbesitzer in der Umgebung von Brody, die Abtretung der Stadt an Oesterreich.[1])

avec l'Angleterre pour balancer les puissances maritimes qu'on l'est avec V. M. pour affectuer la même chose vis à vis de celle des Continent de l'Furope. Solms am 18./19. Januar 1773. (B. A.)

[1]) 6./17. Sept. 1773 von Solms u. Ministerialnote an Solms vom 2. Oct. (B. A.)

[2]) Benoit am 6. October 1773. (B. A.)

Es dauerte noch einige Zeit, ehe diese strittigen Punkte ihrer Lösung zugeführt wurden; einige Fragen der grossen Politik nahmen die Anfmerksamkeit und Thätigkeit der Mächte in Anspruch und blieben auf die polnische Grenzregulirung nicht ohne Einfluss. Erst nach Beendigung des Türkenkrieges kamen auch die polnischen Angelegenheiten zur Erledigung.

Vierzehntes Capitel.

Die Beendigung des Türkenkrieges.

Die Convention der Pforte mit Oesterreich lähmte jede Entschliessung der türkischen Minister. Man verliess sich vollständig auf den Wiener Hof und erwartete von demselben den Antrieb zum Handeln. Thugut gewann einen solchen Einfluss, dass alle Versuche Russlands zu einer directen Verhandlung schnöde zurückgewiesen wurden.

Es dauerte längere Zeit, ehe die Pfortenminister einen vollständigen Einblick in die Sachlage bekamen. Sie erinnerten sich, dass ihnen die Ratification des Vertrags von Seite Oesterreichs noch nicht zugegangen war, und stellten an Thugut eine diesbezügliche Anfrage. Der schlaue Mann verstand es aber, dem Gespräche eine andere Wendung zu geben und einer bestimmten Antwort auszuweichen.[1]) Und als später bei einer andern Gelegenheit das zunehmende Misstrauen der türkischen Minister immer offenbarer wurde, las ihnen Thugut ein eben eingelaufenes Schreiben des Staatskanzlers an den Kaimakam vor, worin in den stärksten Ausdrücken die Einhaltung der übernommenen Verpflichtungen von Seite Oesterreichs betont war.[2])

---

[1]) Thugut vom 26. October 1771. (W. A.)

[2]) Das Schreiben ist vom 18. Oct. 1771 datirt und wurde Thugut am 22. überschickt.

Zegelin arbeitete im Auftrage seines Königs für die Herstellung des Friedens. Warm empfahl er directe Verhandlung mit Russland. Seine Bemühungen fanden keinen Anklang. Die türkischen Minister wollten von Verhandlungen nichts wissen, ehe Russland die bestimmte Versicherung gegeben, dass es von den unannehmbaren Forderungen, besonders bezüglich der Wallachei, abstünde. Zegelin verlangte, man solle dem Sultan Nachricht geben von dem Inhalte seiner Unterredung. Thugut drang darauf, die Antwort schriftlich zu ertheilen. Nach einigen Tagen erhielt er einen Entwurf zugeschickt, der ihm zeigte, dass die Türken den Versprechungen seines Hofes nicht mehr ganz trauen, denn in einzelnen Wendungen gaben die türkischen Minister nicht undeutlich zu verstehen, dass unter gewissen Bedingungen eine directe Verhandlung mit Russland nicht mehr ganz zurückgewiesen werden würde. Thugut lief Sturm gegen die Schrift. Endlich entschied der Sultan, dass in einer mündlichen Antwort auf die Intervention Oesterreichs und Preussens beim Friedensschlusse hingewiesen werden solle.[1])

Thugut that alles Mögliche, den Bestrebungen Preussens entgegenzuwirken; er beaufsichtigte die Minister auf Schritt und Tritt, er weihte sie in die Absichten Preussens und Russlands, Polen zu theilen, ein. Er erhielt auch befriedigende Zusicherungen, aber er schien ihnen nicht zu trauen, denn er berichtete nach Wien, die Pforte werde sich einer Theilung Polens nicht widersetzen, wenn ihr Russland alle Eroberungen zurückerstatten würde.[2])

Zegelin suchte im Auftrage des Königs darzulegen, wie chimärisch die Hoffnungen der Pforte auf eine Unterstützung Oesterreichs wären, die vom Könige in Wien abge-

---

[1]) Thugut am 8. Nov. 1771 (W. A.) und Zegelin's Bericht vom 24. Oct. 1771. (B. A.)

[2]) Thugut am 18. Nov. 1771. (W. A.)

gebene Erklärung mache es dieser Macht unmöglich sich an einem Kriege zu betheiligen, auch habe Oesterreich in der That die bisher in grossem Massstabe betriebenen Kriegsvorbereitungen eingestellt.[1]) Er fragte, ob man sich nicht entschliessen wollte, einen russischen Emissär in Constantinopel oder an einem andern Orte zu empfangen und Verhandlungen zur Eröffnung eines Congresses einzuleiten. Die türkischen Minister, schreibt Zegelin, sind von der Trefflichkeit dieses Rathes überzeugt, allein theils die Bedrohungen, theils die Versprechungen des österreichischen Ministers halten sie davon ab, auf diesen Vorschlag einzugehen. Der Reis Effendi theilte ihm mit, dass Oesterreich schon grosse Summen von der Pforte empfangen habe, es könne daher nicht zugeben, dass Russland türkische Provinzen erwerbe.[2])

Noch in den ersten Tagen des neuen Jahres 1772 ermahnte Oesterreich die Pforte zum Ausharren und ermunterte die Minister, den gefährlichen Anträgen Zegelins mit Standhaftigkeit entgegenzutreten. Man kannte damals schon die Antwort Russlands auf die von Oesterreich Ende October abgegebene Erklärung; hatte jedoch über den Antrag, einen Waffenstillstand herbeiführen zu helfen, noch keinen Beschluss gefasst.[3]) Die Frage, ob ein solcher zu bewilligen sei, meinte der Staatskanzler, erfordere eine eingehende Erwägung, und er vertröstete den Internuntius auf baldige Weisungen. Kaunitz empfahl Vorsicht und Aufmerksamkeit; noch war es ihm nicht gleichgiltig, ob die Pforte in eine directe Verhandlung mit Russland trat, dies musste so lange vermieden werden, bis mit Preussen und Russland ein Abkommen ge-

---

[1]) Thugut vom 5. u. 17. Dec. 1771. (W. A.)

[2]) Zegelin's Bericht vom 3. Dec. 1771. (B. A.)

[3]) Die Antwort Russlands lief am 6. Januar ein, am 7. wurde ein Rescript an Thugut erlassen.

troffen worden war.[1]) Nur für den Fall, als die Nothwendigkeit eintreten sollte, rasch einen Entschluss fassen zu müssen, und das Eintreffen neuer Verhaltungsbefehle nicht abgewartet werden könnte, wurde Thugut ermächtigt, zur Beförderung eines Waffenstillstandes beitragen zu helfen, jedoch unter der Bedingung, dass nichts ohne Zuziehung Oesterreichs abgemacht werde. Erst vierzehn Tage später, nachdem man sich entschlossen hatte, in Verhandlungen mit Preussen über eine Theilung Polens einzutreten, ertheilte man ihm die Ermächtigung, den Waffenstillstand unbedingt zu befürworten.[2])

Thugut war in der letzten Zeit sehr in's Gedränge gekommen. Von den Pfortenministern wurde er unaufhörlich bestürmt, ihnen zu einem Frieden zu verhelfen, und seine stereotypen Redensarten nichts zu übereilen und seinem Hofe unbedingt zu vertrauen, fanden nicht mehr den Beifall der muselmännischen Staatsmänner; die Gesandten Englands und Preussens wurden nicht müde, der Pforte darzulegen, dass ihre Hoffnungen auf Sand gebaut seien, und trotz aller Gegenwirkung Thugut's machten diese „mit unverschämter Unanständigkeit“ [3]) vorgebrachten Bemerkungen Eindruck. In der Nacht des 22. Jänner wurde er zu einer Zusammenkunft eingeladen und fand bei seinem Erscheinen die meisten in der Hauptstadt anwesenden Würdenträger der Pforte. Osman Effendi führte das Wort und drang auf das Heftigste auf eine schriftliche Erklärung, dass Oesterreich entweder während des Winters den Frieden zur Reife zu bringen oder beim Beginn des nächsten Feldzuges die Waffen

[1]) An Thugut 7. Januar 1772. Mit Vorsicht und Aufmerksamkeit vorzugehen, damit wir nicht die Dupe von anderen Höfen abgeben. P. S. zum 7. Januar 1772 an Thugut. (W. A.)

[2]) An Thugut 22. Januar 1772. (W. A.)

[3]) Ein Ausdruck Thugut's in seiner Depesche vom 17. Febr. 1772.

gegen Russland ergreifen werde. Thugut suchte den türkischen Ministern die Unmöglichkeit, einen festen Termin für den Beginn der Feindseligkeiten zu bezeichnen, begreiflich zu machen.

Aus dieser unangenehmen Situation wurde er durch die Weisung vom 22. Jänner befreit. Bald nach Empfang derselben trug er in Gemeinschaft mit Zegelin auf einen Waffenstillstand zu Wasser und zur See an, damit auf einem Congresse das heilsame Werk des Friedens durch die freundschaftliche Dazwischenkunft Oesterreichs und Preussens zu Stande gebracht werde.[1]) Indess vergingen mehrere Monate, ehe man über die Bestimmungen des Waffenstillstandes sich einigen konnte. Der französische Gesandte St. Priest wünschte auch die polnischen Conföderirten berücksichtigt und suchte Thugut dafür zu gewinnen; dies stimme, legte er dar, mit jenen Grundsätzen überein, über welche Oesterreich und Frankreich bisher einverstanden gewesen seien. Thugut schützte Mangel an Instructionen vor, wies auch zugleich auf die Schwierigkeiten hin, welche dadurch entstehen könnten, wenn man auf die Conföderirten allzugrosse Rücksicht nehmen würde; während des Waffenstillstandes werden sich wohl die Mittel ausfindig machen lassen, in welcher Weise diese Angelegenheit zu betreiben sei. St. Priest liess sich dadurch nicht abhalten, eine schriftliche Eingabe zu machen; in mündlichen Auseinandersetzungen ging er noch weiter und suchte den Abschluss eines Waffenstillstandes überhaupt zu vereiteln. Die Minister der Pforte verlangten die Ansichten Thugut's kennen zu lernen. Man sagte ihm, der französische Gesandte habe auch darauf hingewiesen, dass Oesterreich sich durch eine Befürwortung des Waffenstillstandes seiner Verpflichtungen gegen die Pforte entledigen wolle. Es gelang Thugut, diese Beschuldigungen zu widerlegen und auf eine höchst

[1]) Thugut am 17. Febr. 1772. Vrgl. Hammer VIII, 396.

geschickte Weise die Minister zu der Ansicht zu bekehren, dass die missliche Lage der Pforte ihr geringe Aussichten biete, etwas für die Polen zu thun; so erwünscht es wäre, die Conföderirten mit einbeziehen zu können, so schiene es doch nicht rathsam, aus diesem Grunde die Einstellung der Feindseligkeiten länger hinauszuschieben oder gar ganz zu vereiteln. Thugut hielt sich zu diesem Vorgang berechtigt, da ihm am 21. Februar ein Rescript des Staatskanzlers mit dem Auftrage zugesendet worden war, die Aufmerksamkeit der Pforte von der polnischen Angelegenheit abzulenken. In Wien fand die Haltung des Internuntius vollkommene Billigung, und nicht die Türken trifft daher der Vorwurf, die polnische Conföderation ihrem Schicksale überlassen zu haben.[1])

Noch immer wähnte man in Constantinopel, durch die Convention mit Oesterreich gegen übertriebene Forderungen von Seiten Russlands geschützt zu sein. Thugut wurde von dem Umschwunge, der sich in der österreichischen Politik vollzog, erst durch eine Depesche vom 8. April 1772 in Kenntniss gesetzt; kurze Zeit, nachdem die schriftlichen Erklärungen über die Einhaltung des Principes der Gleichheit bei den zu erwerbenden Gebieten aus Berlin und Petersburg eingelangt waren. Es wurde dem Staatskanzler nicht schwer, sich mit einem Schlage aller übernommenen Verpflichtungen zu entziehen. Oesterreich habe seine der Pforte gemachten Versprechungen vollständig erfüllt, es habe Truppen aus Italien und den Niederlanden herbeigezogen, die erforderlichen Kriegsvorbereitungen getroffen. Allein die Verhältnisse hätten sich geändert. Oesterreich habe blos eine Unterstützung gegen Russland versprochen, die Pforte könne daher nicht verlangen, dass es zugleich

[1]) Thugut am 3. April 1772. Was Hammer darüber beibringt, muss daher berichtigt werden.

gegen Preussen die Waffen ergreifen soll. Dass man seiner Zeit zur Rechtfertigung der Höhe der Geldforderungen auf die nothwendige Bereitschaft von 100.000 Mann gegen Preussen speciell hingewiesen, hatte der Staatskanzler mittlerweile vollständig vergessen. Und wenn in der Convention festgesetzt worden war, dass die Unabhängigkeit und Freiheit Polens durch den zwischen Russland und der Pforte zu befördernden Frieden intact zu bleiben habe, so meinte Kaunitz nun, dies könne sich nicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse beziehen, da es sich um Geltendmachung österreichischer Ansprüche auf polnische Districte handle. Uebrigens habe die Pforte die Convention durch Nichteinhaltung der stipulirten Zahlungen nicht erfüllt. Er bürdete der Pforte die Schuld auf, dass sie dahin strebe sich von Oesterreich los zu machen. Die Pforte könne nunmehr nicht auf einen bewaffneten Beistand rechnen, sondern höchstens auf eine aufrichtige Unterstützung bei den Verhandlungen. Wie gut man es mit der Pforte meine, zeige schon der Umstand, dass man es bisher verschmäht habe, sich mit Russland zu verbinden; die Pforte müsse daher mit Blindheit geschlagen sein, wenn sie durch Einflüsterungen Frankreichs oder Preussens sich irre machen liesse.

Nicht genug damit, dass Kaunitz Oesterreich aller Verpflichtungen ledig erklärte, sollte Thugut nun auch eine bestimmte bündige Erklärung fordern, in wie weit die Pforte sich noch zur Erfüllung der Convention verbunden erachte, „auch zur Bestätigung der allerhöchsten grossmüthigen Gesinnung erklären, dass man bereit sei, die Verbindlichkeit der Convention gänzlich aufzuheben und die Urkunden zurückgegeben". Man würde auch geneigt sein, fügte der Staatskanzler hinzu, die empfangenen Gelder zurückzuerstatten und auf die noch zu machende Forderung zu verzichten, wenn man nicht Ausgaben im Be-

laufe von 6—7 Millionen Gulden gemacht hätte „und ein solcher Edelmuth nicht mehr zur Verkleinerung als zur Ehre“ gereichen würde.[1])

Thugut entledigte sich seines Auftrages in einer Zusammenkunft in der Nacht des 6. Mai. Seine Darlegung machte einen niederschmetternden Eindruck. Die Vorhersagung des preussischen und französischen Gesandten war eingetroffen, alle Hoffnungen, die man auf Oesterreich gesetzt, vereitelt. Dazu kam, dass die türkischen Minister für ihre Stellung, ja für ihrer Kopf fürchteten. Trotz aller Gegenbemühungen der Legisten war es ihnen gelungen, den Sultan zum Abschlusse eines Vertrages zu bewegen, dessen Hinfälligkeit jetzt offenbar wurde. Ob die Pforte noch an der Convention künftighin festhalten werde, getrauten sich die Minister weder zu bejahen noch zu verneinen, sie wollten die Sache erst in Ueberlegung ziehen. Erst nach Wochen wurde Thugut mitgetheilt, dass man die Zurücksendung der bereits abgelieferten Summe nicht fordere, und wenn der Friede der Art herbeigeführt würde, dass die Pforte zum Wiederbesitz der Fürstenthümer und der Krim gelange, werde sie sich auch zur Zahlung des Restes und zur Erfüllung der übrigen Punkte der Convention gebunden erachten. Man zog in Constantinopel in Betracht, dass Oesterreich doch noch gute Dienste bei den bevorstehenden Verhandlungen leisten könne, jedenfalls glaubte man auf diese Weise eine Verbindung Oesterreichs und Russlands zum Nachtheile der Pforte zu hindern.

Nun wurden die streitigen Punkte, die einem Abschlusse des Waffenstillstandes im Wege standen, rasch erledigt. Am 10. Juni kam derselbe zu Giurgevo zu Stande, und erhielt sechs Wochen später am 22. Juli durch die Uebereinkunft zu Paros auch für die Flotte Giltigkeit. Die Eröffnung des

[1]) An Thugut am 8. April 1772. (W. A.)

Congresses fand am 19. August zu Fokschan statt, ohne dass die Minister Oesterreichs und Preussens zugelassen wurden. Die russischen Bevollmächtigten wiesen darauf hin, dass die Mediation nicht angenommen sei, sie demnach kein Recht hätten diese Forderung zu stellen. Thugut im Bewusstsein seines Rechtes war darob unangenehm berührt, die Pforte hatte doch auf sein energisches Betreiben den guten Diensten dieselbe Einflussnahme wie der Mediation zugestanden. Er wurde jedoch von seinem Herrn und Meister eines Bessern belehrt. In Wien hatte man nnnmehr wenig Interesse an der ganzen Sache. Es wäre allerdings wünschenswerth gewesen, liess sich Kaunitz vernehmen, wenn die Minister zugelassen worden wären, allein es sei kein Zweifel, dass man kein Recht dazu besitze, die Zulassung zu fordern. Denn wodurch würde sich die Mediation von den guten Diensten unterscheiden? Man erhalte doch Nachricht von allen Vorgängen und werde von allen Unannehmlichkeiten, mit denen Mediationen sonst begleitet zu sein pflegen, befreit. Zugleich wurde Thugut angewiesen, in seinem Verhalten Russland gegenüber so viel Willfährigkeit an den Tag legen, als es mit der gegen die Pforte zu beobachtenden Treue nur vereinigt werden könne.[1])

Die gewandten russischen Unterhändler stellten drei Sätze auf, die als Grundlage der Friedensunterhandlungen dienen sollten: Beseitigung aller Anlässe, die künftighin zu einem Zwiespalte führen könnten, Kriegsentschädigung und endlich Festsetzung von Einrichtungen, die für beide Staaten vortheilhaft seien. Aus dem ersten Principe leiteten sie die Unabhängigkeit der Tataren her. Die Bevollmächtigten der Pforte gaben nach vielfachen Verhandlungen so weit nach, dass sie in eine Selbstständigkeit derselben in weltlicher Hinsicht einwilligten, aber die Unabhängig-

[1]) An Thugut 28. August 1772. (W. A.)

keit in geistlichen Angelegenheiten nicht zugeben zu können erklärten; der Sultan sollte auch künftighin die Investitur des Kans und die Anstellung der Richter behalten. Wochenlang wurde über diesen Punkt gestritten. Gregor Orlow war es sehr erwünscht, wenn die Unterhandlungen scheiterten; er träumte von Lorbeeren und Siegen, alles bisher Geleistete wollte er in den Schatten stellen, wodurch er die erlöschende Gunst der Kaiserin sich wieder im vollsten Masse zuzuwenden hoffte. Als ihm jedoch die Kunde zukam, dass es seinen Gegnern gelungen sei, den von ihm bisher innegehabten Posten eines Günstlings einem jungen Gardeofficiere, Wasilitchikow, zuzuwenden, liess er alle weiteren Verhandlungen in Stich und kehrte schleunigst nach Petersburg zurück.

Hier wünschte man den Frieden mit der Pforte. In einem Nachbarreiche, in Schweden, war es dem Könige Gustav III. gelungen, eine Verfassungsänderung durchzusetzen, welche die königliche Macht aus der untergeordneten Stellung, die sie seit 1720 einnahm, befreite. Russland hatte von jeher die Bemühungen zur Stärkung des Königsthums zu kreuzen gesucht. Den drohenden Verwickelungen im Norden konnte Russland nur dann energisch begegnen, wenn der Friede mit der Pforte zu Stande gekommen war.

Als die Verhandlungen zu Bukarest am 20. November wieder eröffnet wurden, machte Obreskow das Zugeständniss, dass der von den Tataren freigewählte Kan der Krim vom Sultan installirt werde und auch die Ernennung der Richter von der Pforte erfolgen sollte; allein er verlangte jetzt, dass Russland im Besitz der beiden Festungen Kertsch und Jenikale auf der taurischen Halbinsel bleiben sollte. Hierauf wollten die Pfortenminister schlechterdings nicht eingehen; es sei besser, meinten sie, Gut und Blut für Glauben und Reich zu opfern. Russland wünschte damals sehnlichst zum Schlusse zu kommen, wendete sich an

Oesterreich und Preussen mit dem Ersuchen, auf eine rasche Erledigung der Verhandlungen Einfluss zu nehmen. Friedrich ertheilte auch seinem Gesandten hierauf bezügliche Weisungen; auch Kaunitz beabsichtigte dem österreichischen Vertreter den Auftrag zu geben, der Herstellung des Friedens ernstlich das Wort zu reden. Josef war damit nicht einverstanden. Er setzte auseinander, dass man der Pforte keinen Dienst dadurch erweise; wenn Oesterreich nur nichts dagegen thue, habe Russland keinen Grund zur Beschwerde; Frankreich werde es auch lieber sein, wenn man keinen Eifer an den Tag lege, da es befürchte, dass Russlands Absichten sodann gegen Schweden um so freiern Spielraum haben dürften. Endlich so lange sich Russland im Kriege befände, die gegenwärtige Ungewissheit andauere und der König von Preussen genöthigt sei, alljährlich Subsidien zu zahlen, werde man sich um so gefälliger und nachgiebiger in den polnischen Geschäften erweisen. [1])

Kaunitz sah sich desshalb genöthigt, in den ostensiblen an Thugut erlassenen Weisungen die stärksten Gründe anzuführen, um die Pforte zum Frieden zu bestimmen, in geheimen Depeschen aber die Gesichtspunkte zu erläutern, die Oesterreich zu diesem Rathe bewegen, und auch die Versicherung hinzuzufügen, dass es mit den Friedensmahnungen doch eigentlich nicht so ernst gemeint sei. Gelegentlich legte er dar, dass die österreichischer Seits so dringende Befürwortung des Friedens der Pforte nur zum Vortheil gereichen könne, denn wenn sie die russischen Bedingungen verwerfe, müsse dies einen um so tiefern Eindruck in Petersburg machen, da man einsehen werde, dass auch die überzeugendsten Vorstellungen Oesterreichs nichts gefruchtet haben! [2])

---

[1]) Gutachten Josef's vom 21. Februar 1773. (W. A.)

[2]) Geheime Weisung an Thugut vom 20. Febr., abgesendet am 23. Febr. 1773. (W. A)

König Friedrich wünschte lebhaft die türkische Frage von der Tagesordnung abgestellt zu sehen und seine Gesandten waren auch in Petersburg und Constantinopel thätig in ernstlicher Weise zum Frieden zu mahnen. Durch die Verzögerung eines Friedensschlusses befürchtete Friedrich, dass der Krieg noch weitere Dimensionen annehmen könne, während er gehofft hatte, durch die Vereinbarung mit Russland und Oesterreich alle Schwierigkeiten behoben zu haben.

In Petersburg hielten sich die beiden Parteien, die kriegerische und die friedliche, die Wage, und Catharina neigte sich je nach dem Stande der schwedischen Angelegenheiten bald anf die eine bald auf die andere Seite. Panin konnte zeitweilig seine Kunst, neue Projecte auszusinnen, üben und eine innigere Verbindung zwischen Oesterreich, Russland und Preussen auf's Tapet bringen, ein Gedanke, der ihn seit dem Frühjahre 1771 beschäftigte. Er kam später, nachdem Oesterreich die ersten bestimmten Andeutungen gemacht, dass es bei einer etwaigen Vergrösserung der Nachbarmächte auch sein Theil haben wolle, darauf zurück. Durch die Verbindung der drei Höfe untereinander, werde ein neues politisches System in Europa begründet werden, sagte Panin zu Solms.[1]) König Friedrich war von diesem Projecte von Vorneherein nicht sehr erbaut, die fast unüberwindlichen Schwierigkeiten, die der Realisirung entgegenstanden, hatte er im ersten Momente ermessen. Die grossen Vortheile einer derartigen Allianz gab er bereitwillig zu; es wäre die sicherste Schutzwehr für die Erhaltung des allgemeinen Friedens, schrieb er an Solms, aber er beurtheilte die Politik des Staatskanzlers ganz richtig, wenn er annahm, dass dieser nicht beabsichtige sein bisheriges politisches System zu verlassen und der Allianz mit Frankreich ganz den Rücken zu kehren.[2]) Er wollte jedoch

[1]) Solms vom 17./28. Febr. 1772. (B. A.)

[2]) Friedrich an Solms 15. März 1772. (B. A.)

die Träumereien des Grafen Panin nicht stören; ohnehin war nicht anzunehmen, dass die Angelegenheit eine greifbare Gestalt bekam. Der russische Minister liess in Folge der scheinbaren Zustimmung Friedrich's in Wien sondiren. Kaunitz zeigte sich nicht ganz abgeneigt, nur verlangte er, dass Russland die Initiative ergreifen sollte. Friedrich sah sich dadurch genöthigt, jene Punkte zu bezeichnen, über welche eine Vereinbarung zwischen ihm und Oesterreich vorhergehen müsste. Panin schien die Berechtigung anzuerkennen. Auch seinem Gesandten in Wien machte der König hierauf bezügliche Andeutungen. Die Allianz könne sehr bedeutsam werden, schrieb er an Edelsheim, wenn sich die drei Höfe verständigen; in diesem Falle seien nur grosse Vortheile zu erwarten; besonders für Oesterreich, welches durch eine Verbindung mit Berlin und Petersburg Sicherheit gegen Frankreich und Spanien erlange. Als Grundbedingung stellte er den Ausschluss jeder andern Macht hin.[1]) Eine Aeusserung des Fürsten Kaunitz, dass die Trippelallianz im gegenwärtigen Momente nicht so nothwendig sei, machte Friedrich irre. Der König wünschte sich volle Klarheit zu verschaffen, inwieweit überhaupt eine Verständigung mit dem Wiener Hofe möglich sei, sodann aber um Anhaltspunkte zu einer sicheren Beurtheilung der österreichischen Politik zu gewinnen, da in den letzten Wochen die mannigfachsten Berichte über Schwankungen in den Wiener Kreisen zu ihm gedrungen waren. Aus einem Gespräche mit Dietrichstein während seiner Anwesenheit in Neisse, glaubte Friedrich zu entnehmen, dass Josef und mit ihm Lascy mit den Erwerbungen Oesterreichs in Polen nicht zufrieden waren, und der Ge-

[1]) An Edelsheim 15. Sept. 1772. (B. A.) Parce qu'il ne faut pas multiplier les êtres sans necessité, ein Lieblingsausdruck des Königs. Vrgl. Memoires de 1763 etc. Oeuvres VI, p. 15.

danke, sich mit Russland zur Bekämpfung der Türkei zu verbinden, von dem Kaiser in's Auge gefasst werde.[1])

König Friedrich benützte den Antritt einer Urlaubsreise van Swietens, um die Angelegenheit zur Sprache zu bringen; er liess den Gesandten zu diesem Behufe zu sich bescheiden. Nachdem er der hohen Achtung, die er für die kaiserlichen Majestäten hege, Ausdruck verliehen, fügte er hinzu: „ich hoffe, wir werden in eine noch engere Verbindung treten, d. h. wir werden endlich dahin gelangen, eine Trippelallianz zu bilden.“ Er legte darauf ein hohes Gewicht, dass der Gesandte während seiner Anwesenheit in Wien dazu beitragen könne, die Bande zwischen Oesterreich und Preussen enger zu schürzen. Um dieses Ziel zu erreichen, sagte er zu Swieten, müsse man von Vorneherein Alles beseitigen, was Differenzen hervorzurufen im Stande sein könnte, und sich über alle Punkte, welche die gegenseitigen Interessen berühren, in's Einvernehmen zu setzen suchen. Auf eine Anfrage van Swieten's ging Friedrich weiter und bezeichnete auch die Gegenstände, über welche eine Verständigung nothwendig sei: über die Nachfolge in Bayreuth und Anspach, die baierische Erbfolge, eine etwaige Vergrösserung Oesterreichs gegen Venedig. Er wünschte hierüber eine freundschaftliche Auseinandersetzung, um allen Zwistigkeiten, die sonst entstehen könnten, vorzubeugen. „Wohl sind,“ fügte er hinzu, „der Kurfürst von Baiern und der Markgraf von Bayreuth jünger als ich, aber der Fall kann eintreten, dass ich sie überlebe, und ich wünsche nicht überrascht zu sein, sondern im Vorhinein die Schwierigkeiten

---

[1]) Beruht auf Depeschen von und an Solms. Vornehmlich hebe ich hervor an Solms vom 13. August und 13. Sept. u. von Solms vom $\frac{25. \text{Sept.}}{6. \text{Oct.}}$ 1772. (B. A.)

zu beseitigen, denn nur dann können wir auf einen längeren Frieden hoffen."[1])

Kaunitz hielt den Gegenstand für wichtig und heiklich. Nur drei Wege konnten seiner Meinung nach eingeschlagen werden. Entweder man vermied jedes weitere Eingehen, jede nähere Erörterung, oder man suchte ein Uebereinkommen zu erzielen, oder endlich man behandelte die ganze Sache blos dilatorisch, benützte aber die Gelegenheit, um sich Aufklärungen zu verschaffen und von dem König weitere Eröffnungen zu erlangen, behielt sich aber die definitive Entscheidung vor.

Kaunitz war der Ansicht, dass es sehr bedenklich sei auf die Intentionen des Königs einzugehen, aber ebenso bedenklich, sich dem entgegenkommenden Schritte gegenüber vollkommen passiv zu verhalten. Am rathsamsten erschien ihm eine dilatorische Behandlung. Denn der für Oesterreich unangenehmste Fall, dass der Markgraf noch bei Lebzeiten des Königs und des Kurfürsten von Baiern stürbe, sei nicht zu besorgen. Bei dem vorgerückten Alter und der fortwährenden Kränklichkeit Friedrich's war anzunehmen, dass der Heimfall der Markgrafthümer an das brandenburgische Haus erst nach dem Ableben des Königs erfolgen werde, in diesem Falle baute man auf die in Neustadt gemachte Zusage des Kronprinzen, dem Prinzen Heinrich Anspach und Bayreuth zu übergeben. Die Erledigung des baierischen Landes stand noch in weiter Ferne, und nach der Ansicht des Fürsten Kaunitz liess sich nicht ersehen, in welcher Weise dies ein Aequivalent für Anspach und Bayreuth bieten könnte.

Auch die Andeutung Friedrich's von einer Allianz mit

[1]) Nachträgliche Aufzeichnungen van Swieten's vom 24. Sept. 1772; der Gesandte schrieb auf Wunsch des Staatskanzlers in Austerlitz den Inhalt des Gespräches mit dem Könige nieder.

Russland war nicht nach dem Geschmacke des Staatskanzlers. Nicht als ob es seinen Intentionen ferne gelegen wäre, zu Russland in innigere Beziehungen zu treten. Seine Politik steuerte im Gegentheil nach dieser Richtung, aber nicht Preussen durfte der Dritte im Bunde sein, sondern Frankreich, weil sonst eine Erkaltung des bisherigen Verhältnisses zu dieser letzteren Macht leicht eintreten konnte. Der Staatskanzler bewegte sich eben noch in demselben Gedankenkreise, wie im Jahre 1755; das damals adoptirte System hielt er trotz der mannigfachen Veränderungen, die im Laufe der Zeit eingetreten waren, fest. In diesem Sinne war auch die an Swieten ertheilte Instruction abgefasst, als dieser Mitte Januar auf seinen Posten nach Berlin rückkehrte.[1])

Als Swieten bei seiner ersten Audienz diese Angelegenheit zur Sprache bringen wollte, lenkte Friedrich auf einen andern Gegenstand ein, der ihn in den letzten Wochen quälend beschäftigt hatte. Die Friedensunterhandlung in Constantinopel rückte nicht von der Stelle, und der König glaubte Anhaltspunkte zur Annahme zu haben, dass man in Wien ernstlich auf eine Verbindung mit Russland zur gemeinschaftlichen Bekämpfung der Türken sinne. Bei dem Könige kam hierbei nicht so sehr die Erweiterung österreichischen Gebietes in Betracht, sondern die Erwägung, dass seine Beziehungen zu Russland durch eine österreichisch - russische Allianz Abbruch erleiden würden. Anstatt die Frage über die Trippelallianz weiter zu erörtern, lenkte er das Gespräch auf die etwaigen Pläne Oesterreichs, mit Russland gemeinschaftliche Sache machen zu wollen.[2])

Ueber die vermeintlichen Absichten Oesterreichs,

---

[1]) Vortrag vom 14. Januar 1773. (W. A.) Instruction Secrete remise à M. van Swieten, Documente S. 186.

[2]) Bericht van Swieten's vom 20. Febr. 1773. (W. A.)

sich mit Russland zur Vernichtung der Pforte zu verbinden, wurde Friedrich bald beruhigt. Kaunitz lies in Berlin die Erklärung abgeben, dass ein derartiges Unternehmen mit den Interessen des Wiener Hofes nicht in Einklang zu bringen sei; die Pforte habe bisher keinen Anlass zum Bruche gegeben, und man sei entschlossen, die ihr zugesagte Neutralität zu wahren. Oesterreichs Bemühen sei einzig und allein einer Beendigung des Krieges zwischen Russland und der Pforte und der Regelung der polnischen Angelegenheiten zugewendet.[1]) Und da der König in seinen Gesprächen mit van Swieten auf die Verschiedenartigkeit der in Wien herrschenden Ansichten bezüglich der Pforte, namentlich auf eine Divergenz der Meinungen des Kaisers und der Kaiserin, hingewiesen hatte, so glaubte Kaunitz dies schlechterdings nicht läugnen zu dürfen, wenn das Misstrauen des Königs beschwichtigt werden sollte, aber er suchte die Sache so darzustellen, als seien diese verschiedenen Ansichten in früheren Jahren, in der ersten Zeit des Türkenkrieges, zu Tage getreten, wobei es ihm natürlich um eine getreue Darstellung der Sachlage nicht zu thun war.[2])

Die Berichte, welche den Verdacht des Königs erweckten, dass Oesterreich sich zur Vernichtung der Pforte mit Russland verbinden wolle, waren nicht ganz aus der Luft gegriffen. So weitgehend waren die in Wien geplanten Projecte allerdings nicht, aber man erörterte den Gedanken, die Gelegenheit auszubeuten, um das diesseits der Aluta gelegene wallachische Gebiet für Oesterreich zu erwerben. Da es sich bei den Friedensverhandlungen auch um eine von Seiten der Pforte an Russland zu gewährende Geldentschä-

[1]) An Swieten 11. März 1773. (W. A.)

[2]) P. S. vom 11. März 1773 an Swieten. Die Motive in einem Secretissimum vom 12. März dargelegt. (W. A.)

digung handelte, so war man in Wien geneigt, einige Millionen Gulden dafür zu bezahlen. Wenn die Pforte darauf eingehen wollte, sollte Thugut es durchsetzen, dass sie um so viel weniger antragen sollte, als Oesterreich ihr bieten wollte; gleichzeitig sollte er den Fürsten Lobkowitz benachrichtigen, um in Petersburg vorzustellen, dass Oesterreich sich anheischig mache, die Türkei zu einer grössern Geldabgabe zu bewegen, wenn Russland den Kauf der Wallachei unterstützen wolle.

Thugut wagte es nicht, die Abtretung der Wallachei zur Sprache zu bringen, weil dies zu der Missdeutung Anlass geben könnte, Oesterreich bringe im gegenwärtigen Momente diese Angelegenheit vor, um einen Anlass zum Bruche zu haben. Auch könnte dies dazu führen, dass die Pforte den Entschluss fassen würde, auf jede Bedingung Russlands einzugehen, nur um sich gegen Oesterreich sicher zu stellen. [1])

Die Aussicht einer Verständigung über die Friedensbedingungen lag damals noch in weiter Ferne. Im Allgemeinen überwog in Constantinopel die friedliche Strömung. Der Sultan hätte auch in die Abtretung von Kertsch und Jenikale gewilligt, nur die Furcht vor den Legisten, die sich auf das entschiedenste dagegen aussprachen, hielt ihn davon ab. Thugut's Verhalten beförderte die friedliche Stimmung nicht. Er enthielt sich jeder Befürwortung der russischen Bedingungen, um nicht seinem Hofe alle Gehässigkeit aufzuhalsen. Auch war er oft selbst beim besten Willen nicht in der Lage, dem Frieden das Wort zu reden. Nicht selten erfuhr er erst auf Umwegen, um welche Punkte es sich bei den Verhandlungen zwischen Russen und der Türkei eigentlich handle. Obreskow weihte den Internuntius in den Stand der Dinge nicht ein, sondern forderte nur von Zeit zu

[1]) 3. April 1773 von Thugut. (W. A.)

Zeit eine energische Befürwortung der russischen Bedingungen.[1])

Nochmals sollten sich die beiden Gegner im Felde messen. Der Waffenstillstand war am 22. März 1773 abgelaufen, die Friedensverhandlungen wurden abgebrochen. Die Pforte hatte die Zwischenzeit nicht gehörig ausgebeutet. Es wäre ihr bei genügenden Vorbereitungen nicht unmöglich gewesen, sich in den Wiederbesitz der Krim zu setzen. Die Tataren waren im Laufe des Jahres der russischen Herrschaft überdrüssig geworden, die sich durch Bedrückungen allerlei Art im höchsten Grade verhasst gemacht hatte. Die russische Armee befand sich in keinem glänzenden Zustande; es fehlte an Lebensmitteln, Kleidungsstücken und Munition; die an der Spitze stehenden Feldherren zeichneten sich nicht durch Thatkraft aus. Das Kriegsglück war den Türken beim Beginn des Kampfes hold. Bei Rustschuk erfochten sie einen Sieg; der Angriff Rumänzow's auf Silistria wurde zurückgeschlagen, der Versuch die Donau zu übersetzen, welchen Auftrag Catharina dem Feldherrn ertheilt hatte, war vereitelt. Nur Weissmann, der kurz zuvor bei Karasu ein türkisches Corps zurückgeschlagen hatte, verhinderte eine grössere Niederlage der Russen, indem er den Rückzug deckte und sich dem vorrückenden Serrasker von Karasu bei Kutschuk Kainardsche entgegenstellte und in der siegreichen Schlacht den Tod fand.

Selbst nach Beginn der Feindseligkeiten hörten die Friedensversuche nicht auf. Insbesondere entwickelte Zegelin eine rührige Thätigkeit. Seinen Bemühungen gelang es, dass ihm der Reis Effendi in einer Conferenz, die ängstlich geheim gehalten wurde, ein Ultimatum der Pforte zustellte. Die Pforte wollte in die Freiheit und Unabhängigkeit der Tataren einwilligen; der Kan solle in seinem Lande

---

[1]) Zweiter Bericht Thugut's vom 3. April 1773. (W. A.)

unumschränkt walten, nur bei einer Neuwahl sollte dem Sultan die Anzeige gemacht werden, worauf ohne Anstand die Anerkennung erfolgen werde. Die Pforte weigerte sich aber zuzugestehen, dass Russland bezüglich der Unabhängigkeit der Tataren die Garantie übernehme; dagegen wollte sie gegen eine von sämmtlichen europäischen Mächten zu übernehmende Bürgschaft nichts einwenden. Russische Schiffe sollten in allen Häfen der Levante bis zum Marmorameer frei passiren dürfen, ohne jedoch die Dardanellen zu durchfahren. Die Pforte zeigte sich endlich erbötig, 40.000 Beutel für die Rückgabe von Kertsch und Jenikale zu bezahlen.[1] Friedrich beeilte sich, das Ultimatum der Pforte in Petersburg mitzutheilen. Panin hielt aber an dem Besitz der beiden Orte Kertsch und Jenikale unbedingt fest. Hiervon wollte man in Constantinopel absolut um soweniger etwas wissen, nachdem der Krieg eine für die Pforte günstige Wendung nahm und auch mehrere Vertreter fremder Mächte zu weiterem Widerstande ermuthigten.

Den unaufhörlichen Zumuthungen, die von Seite des russischen Staatsmannes in Wien gemacht wurden, in Constantinopel ernstliche Anstrengungen zur Herbeiführung des Friedens zu machen, setzte man immer die Erwiderung entgegen, dass man ohnehin in dieser Richtung thätig sei, und übermittelte, um den russischen Hof von der Wahrheit dieser Behauptung zu überzeugen, die an Thugut gesendeten ostensiblen Depeschen. Hierüber zeigte man sich in Petersburg allerdings sehr erfreut.

Als Ende 1773 abermals eine Aufforderung von Russland in Wien vorgebracht wurde, willigte Kaunitz unter der Bedingung ein, eine zum Frieden mahnende Note in Con-

[1]) Zegelin am 3. Mai 1773 bei Zinkeisen. Gesch. des osman. Reiches VI, S. 77.

stantinopel abzugeben, wenn Preussen gleichzeitig eine ähnliche Erklärung übermitteln, Russland aber auf Kertsch und Jenikale, sowie auf die Befahrung des schwarzen Meeres mit Kriegsschiffen Verzicht leisten würde. Andererseits wollte es der Staatskanzler auch nicht in Constantinopel ganz verderben; zugleich verhindern, dass das Verdienst zur Herbeiführung des Friedens dem preussischen Vertreter allein in den Schoss falle. Thugut wurde daher angewiesen, der Pforte unter dem Siegel des tiefsten Geheimnisses anzuvertrauen, dass er demnächst gemeinschaftlich mit Zegelin eine nachdrückliche Sprache zu führen beauftragt sei; Oesterreich könne sich dem nicht entschlagen, Russland lege hierauf einen grossen Werth; die Pforte solle sich dadurch nicht anfechten lassen, keinerlei Verlegenheit an den Tag legen, Russland werde vielleicht bewogen werden, seine Bedingungen herabzumindern, wenn es sehen würde, dass die Pforte, trotz des energischen Auftretens Oesterreichs und Preussens, bei ihrem Widerstande beharre. Auch legte er den türkischen Ministern die Antwort in den Mund, die sie den Vertretern Oesterreichs und Preussens bei diesem Anlasse ertheilen sollten; nämlich ersteren an das Versprechen der Neutralität zu erinnern, beiden aber die Obliegenheiten einer Macht, welche die Aufgabe übernommen, „gute Dienste" zu leisten, in's Gedächtniss zurückrufen.[1])

Es berührte in Wien ziemlich unangenehm, dass Zegelin in fortwährenden Unterhandlungen mit der Pforte stand. Seit einigen Wochen namentlich war er im geheimen Einverständnisse mit den russischen Ministern, und wie man sagte, ohne Wissen der Kaiserin, thätig, die Pforte zu bewegen, neue Bedingungen zu stellen. Während die Czarin von einer Herabminderung der Forderungen nichts wissen wollte, arbeitete eine Partei in Petersburg, an ihrer Spitze

[1]) An Thugut 7. Dec. 1773. (W. A.)

Panin, mit allem Eifer an der Herbeiführung des Friedens[1]), und wenn sich die Pforte nur entschloss neue Anträge zu stellen, so war alle Aussicht vorhanden, endlich ein Abkommen zu treffen. Fürst Kaunitz wünschte, dass sich die Pforte des österreichischen Hofes bediene. Oesterreich sei ohnehin mit dem Zusammenhang der Sache vollständig bekannt und es werde ihm nicht schwer werden, gegen Russland eine solche Sprache zu führen, die mit den Verhältnissen und Absichten der Pforte übereinstimme. Nochmals wurde Thugut eingeschärft, dass Oesterreich mit dem Ultimatum der Pforte zuerst vertraut gemacht werde.[2]) Hierbei liess es Kaunitz nicht bewenden, er führte auch in Petersburg Klage, dass man sich Preussens in Constantinopel allzuviel bediene und Oesterreich zurücksetze. Panin war darob höchst verwundert und zeigte seine Befremdung über diese Beschuldigung.

Am 21. Januar 1774 starb Sultan Mustapha. Unter seinem Nachfolger Abdul-Hamid hielten die kriegerische und die dem Frieden sich zuneigende Partei einander die Wage. In den ersten Wochen schien die erstere das Oberwasser zu behaupten, die Kriegsvorbereitungen wurden fortgesetzt.

In Wien änderte man plötzlich die Sprache. War man daselbst bisher mit seinen Sympathien auf Seite der Türken gestanden, so hiess es jetzt, die Fortsetzung des Krieges könnte „das bisherige Gleichgewicht“ stören. Die Pforte sei vom adriatischen Meere bis nach Galizien ein Nachbar Oesterreichs, und es sei eine glückliche Begebenheit, dass dieser sonst übermüthige und unruhige Nachbar jede Lust zum Kriege für mehrere Jahre verlieren

[1]) Vrgl. Memoires de 1763 jusqu'a 1775, VI, p. 63; auch einige Depeschen von und an Solms aus dieser Zeit im Berliner Archive.

[2]) 21. Januar 1774 an Thugut. (W. A.)

werde. So lange Russland mit seinen Erwerbungen in der Türkei nicht hart an die österreichische Grenze heranrücke, entspreche es dem Interesse der Monarchie mehr, wenn der Friede mehr Vortheile für Russland abwerfe. Thugut führte Klage darüber, dass die türkischen Minister bei den Unterhandlungen eine grosse Ungeschicklichkeit an den Tag legen. Man tröstete ihn aus Wien, er solle sich dies nicht so sehr zu Herzen nehmen; ob die Türkei etwas mehr oder weniger verliere, sei im Grunde genommen gleichgiltig. Und hatte man früher unaufhörlich dahin gestrebt, wenigstens bei den Verhandlungen die Hand im Spiele zu haben, hiess es nun, man sei nicht darauf versessen; Thugut sollte nur zur Beförderung des Friedens thätig sein, man verdiene sich dadurch nach beiden Seiten Dank. [1])

Der Feldzug wurde im April eröffnet. Die Situation war nicht ungünstig; der Krieg hatte die Russland zur Verfügung stehenden Kräfte bedeutend in Anspruch genommen. Die Pest wüthete in verschiedenen Theilen des Reiches, im südöstlichen Russland war ein Aufruhr der Kosaken unter Pugatschew ausgebrochen, ein Truppencorps war an der finischen Grenze gegen Schweden nothwendig, über dessen Absichten man noch nicht beruhigt war. Catharina verlor den Muth nicht. Nur eines entscheidenden Feldzuges bedürfe es, schrieb sie an den Oberbefehlshaber ihrer Truppen, um den ermüdeten Feind zum Nachgeben zu bewegen, er möchte bei Zeiten seine Massnahmen treffen.

Der Krieg nahm eine für die Türkei ungünstige Wendung. Kamenskij siegte bei Kosludshi und rückte gegen Schumla vor, wo der Grossvezier Muhsinsade Mehmet in einem verschanzten Lager stand. Soltykow schloss Rustschuk ein, Rumänzow Silistria. Die türkischen Soldaten entliefen

---

[1]) 22. März 1774 an Thugut. (W. A.)

in grossen Schaaren. Das Heer des Grossveziers schmolz täglich zusammen, von allen Seiten umschlossen bat er um Waffenstillstand. Rumänzow wollte nur vom Frieden wissen. Dem Grossvezier blieb kein anderer Ausweg als sich zu fügen. Türkische Bevollmächtigte erschienen im russischen Lager bei Kutschuk Kainardsche, fünf Stunden von Silistria. Binnen vier Stunden war alles in's Reine gebracht. Russland erhielt die Unabhängigkeit der Krim; die beiden Festungen Kertsch und Jenikale, Kinburn mit seinem Gebiete, Asow, die kleine und grosse Cabardei, freie Schifffahrt auf dem schwarzen Meere und $7^1/_2$ Millionen Kriegskostenentschädigung.

In Wien hatte man die Kunde von dem Abschlusse des Friedens zwischen der Pforte und Russland durch den damals in Siebenbürgen anwesenden General Barco zuerst erhalten. Von den Bedingungen desselben wusste man indess noch nichts. Allein es waltete darob kein Zweifel, dass diese sehr hart sein würden. Es komme darauf an, schrieb Kaunitz an Thugut am 5. August 1774, demnach zwei Tage, nachdem er die Nachricht von dem Friedensschlusse erhalten hatte, ob es nicht möglich sein werde, für künftighin die Pforte auf die grosse Gefahr, welcher sie entgegengehe, aufmerksam zu machen, und sie zur Ergreifung solcher Massnahmen anzutreiben, wodurch sie in den Stand gesetzt werden könnte, Russland die Wage zu halten. Thugut sollte den Pfortenministern vorstellen, welch' grosses Verdienst sich Oesterreich erworben habe, sie sollen die grosse Wahrheit nicht unberücksichtigt lassen, dass es nur vom Wiener Hofe abgehangen hätte, sich mit Russland zu verbinden; man sei seinem Neutralitätsversprechen getreulich nachgekommen, und wenn man der Pforte nicht zu Hilfe gekommen sei, so trage nur Preussen die Schuld. Das österreichische Staatsinteresse heische es auch in Zukunft an Seite der Pforte zu stehen, wenn sie durch ihr

Betragen nicht zu entgegengesetzten Massnahmen Veranlassung geben würde. Auch war der Staatskanzler allsogleich mit einigen wohlmeinenden Rathschlägen zur Hand, nämlich auf der Donau uud an andern Punkten gegen Russland Befestigungen anzulegen. Dies sei jetzt leicht auszuführen, verabsäume man den günstigen Moment, werde man in Petersburg alle Minen in Bewegung setzen, ein derartiges Project zu vereiteln.

In denselben Tagen kam ein Plan zur Reife, der den Staatskanzler seit längerer Zeit beschäftigt hatte: die Erwerbung eines Landstriches in der Moldau, wohl geeignet, eine Verbindung zwischen den neuerworbenen polnischen Gebieten und Siebenbürgen zu schaffen. Am 3. August war die Nachricht vom Friedensschluss eingelaufen und Tags darauf erstattete Kaunitz einen Vortrag, worin er hervorhob dass es nunmehr nothwendig sei, Einleitungen wegen des Bukowiner Districts zu treffen.

Seit dem Beginne des Jahres 1773 dachte man in Wien an die Erwerbung türkischen Gebiets. Damals stand die Wallachei bis zur Aluta auf der Tagesordnung. Josef sprach sich in einem Gutachten dagegen aus. Seiner Ansicht nach gewährte diese Acquisition weder in militärischer noch in wirthschaftlicher Beziehung Vortheile; auch vom politischen Standpunkt machte er mancherlei nicht unwichtige Bedenken geltend. Aber er lehnte die Sache nicht ganz ab.[1]) Auf einer Reise, die er damals nach Siebenbürgen unternahm, beschäftigte er sich eingehend mit dem Studium dieser Angelegenheit und kam zu dem Resultate, dass die Erwerbung dieser Gebiete für Oesterreich nur eine Last wäre.[2])

Dagegen trat er mit dem Plane hervor, das Gebiet

[1]) Die Denkschrift des Kaisers in den Documenten S. 51.

[2]) Josef an Maria Theresia Juni 1773 bei Arneth III, S. 8.

zwischen Marosch, Podolien und Pokutien von der Pforte zu fordern. Thugut wurde gefragt, wie die Sache anzugreifen sei. Er wies auf die grossen Schwierigkeiten hin und machte überhaupt geringe Hoffnungen. „Ohne ein oder anderes mehr oder weniger nachdrückliches Zwangmittel" werde die Pforte zu keiner Abtretung bewogen werden können. [1]) Diese Einwedungen machten in Wien insoferne Eindruck, dass man die Ausführung des Vorhabens auf einen geeigneteren Moment verschob.

Dieser schien gekommen, nachdem die russisch-türkische Frage von der Tagesordnung abgestellt war. Der in's Auge gefasste District musste allsogleich, nachdem er von den russischen Truppen geräumt und ehe er noch in den Besitz der Türkei übergegangen war, von österreichischen Truppen besetzt werden. Man schuf dadurch eine vollendete Thatsache, und bei der genauen Kenntniss, die man in Wien von den Zuständen in Constantinopel hatte, rechnete man mit Sicherheit darauf, schon Mittel und Wege zu finden, das einmal in Besitz genommene Gebiet festzuhalten.

Die Frage war nur, wie in den Besitz desselben zu kommen. Man konnte sich an Russland wenden und die Unterstützung desselben nachsuchen. Kaunitz hielt es jedoch für bedenklich diesen Weg einzuschlagen und beantragte die Gewinnung des russischen Oberfeldherrn. [2]) Der Vorschlag des Staatskanzlers fand die kaiserliche Genehmigung. General Baron Barco wurde mit der Mission an den russischen Heerführer betraut. Der Auftrag lautete dahin, Rumänzow möge gestatten, dass Oesterreich den ihm bezeichneten moldauischen District augenblicklich mit einer genügenden Anzahl Truppen besetzen und die kaiserlichen

[1]) An Thugut 23. Juni u. 6. Juli, von Thugut 17. Juli und 3. Sept. 1773. (W. A.)

[2]) Vortrag am 4. Aug. 1774. (W. A.)

Adler ausstecken dürfe. Von der letzteren Forderung sollte Barco eventuell, wenn sie nicht durchzusetzen wäre, abstehen. Man verlangte von Rumänzow „diese Gefälligkeit", wie man es nannte, ohne zuerst die Genehmigung seines Hofes einzuholen. Um Gründe, Rumänzow zu gewinnen, war man nicht verlegen. Durch die Einziehung dieses kleinen, an und für sich ganz unbeträchtlichen Districtes beabsichtige man nur eine vortheilhafte Militärposition gegen die Türken zu gewinnen, was doch auch dem eigenen Interesse Russlands ganz gemäss sei. Alles übrige werde man mit der Pforte schon allein ausmachen; weder er, noch sein Hof werden dadurch irgendwie compromittirt werden.

Feldmarschall Rumänzow verstand sich, wie es scheint, auf seinen Vortheil. Die Mission Barco's glückte vollständig, und schon im September besetzten österreichische Truppen einen zur Moldau gehörigen District von der polnischen Grenze bis nach Siebenbürgen mit den Hauptorten Czernowitz und Suczava.

Die Pforte war über diesen kühnen Griff überrascht. Die Durchführung des Friedens mit Russland verursachte manchen Anstand, und die Diplomatie war nach dieser Richtung allzusehr in Anspruch genommen, um den neu auftauchenden Verwicklungen zwischen Oesterreich und der Pforte mit einem festen Programme entgegentreten zu können. Der Grossvezier wandte sich an Rumänzow, an Zegelin. Ersterem legte man von Wien aus die zu ertheilende Antwort in den Mund: er habe seine Truppen über die Donau zurückgezogen und sei nicht in der Lage das Vorrücken Oesterreichs zu hindern. Zegelin erwiderte, er sei um so weniger ermächtigt einzuschreiten, da ihm nicht be-

---

[1]) Punctation für den General Barco vom 8. August 1774. (W. A.)

kannt wäre, in welchen Verbindungen die Pforte mit dem Wiener Hofe stünde.[1])

Kaunitz rieb sich wohlgefällig die klugen Hände. Er sah keine Schwierigkeit mehr, wenn sich nur Russland passiv verhielt, und dies hoffte er zu erreichen. Gegen die Türkei musste man mit nachdrücklichem Ernst und mit Standhaftigkeit auftreten und den energischen Entschluss zeigen, sich im Besitz des erworbenen Gebietes zu behaupten. Man glaubte auch die Mittel in Händen zu haben, um einen Ausgleich anbieten zu können. An der Grenze Siebenbürgens waren die Marken, welche österreichisches und türkisches Gebiet von einander schieden, nicht genau festgestellt; Moldauer und Wallachen säumten nicht, von den herrenlosen Länderstrichen Besitz zu ergreifen. In den letzten Jahren hatte man sich in Wien erinnert, dass es leicht wäre, diese Angelegenheit zu erledigen. Ohne sich viel zu besinnen, nahm man davon Besitz und liess kaiserliche Adler aufpflanzen. In dem Vertrage vom Jahre 1771 wurde die Regelung der siebenbürgischen Abmarkung in Aussicht genommen. Diese von Oesterreich mit Beschlag gelegten Gebiete wollte man der Pforte als Entschädigung herausgeben. Indess auch dieser Fetzen Landes sollte nicht augenblicklich der Pforte angeboten, sondern als Ultimatum zurückgehalten werden. Hatte man bei Rumänzow vorstellen lassen, dass die Erwerbung der Bukowina doch auch im Interesse Russlands läge, so konnte nunmehr bei der Pforte das Argument vorgebracht werden, der Vortheil derselben erheische es auf die Cession einzugehen, da dem kaiserlichen Hofe die Möglichkeit geboten werde, Russland von einem Einfall in die Moldau und Wallachei abzuhalten oder

---

[1]) Zegelin's Depeschen vom 17. Nov. u. 3. Dec. bei Zinkeisen a. a. O. S. 104 fg.

mindestens den russischen Truppen den Rücken unsicher zu machen.[1])

Die Pforte war vollständig wehrlos. Eben hatte sie einen schweren Kampf beendet. Bei der Hoffnungslosigkeit fremder Hilfe konnte sie es nicht wagen, neue Conflicte heraufzubeschwören, um so weniger, da sich auch mit Russland über die Auslegung einiger Puncte des jüngst abgeschlossenen Vertrages Differenzen ergaben. Ismail Molla Beg und die Legisten waren allerdings kriegerisch gesinnt; sie wollten lieber zu den Waffen greifen, als sich in dieser Weise berauben lassen. Diese kriegerischen Stimmungen wurden jedoch von den übrigen Ministern nicht getheilt, indem sie behaupteten, dass der Krieg jedenfalls mehr kosten werde, als jener Länderstrich werth sei. Thugut suchte zu beschwichtigen. War erst der erste Unmuth verflogen, so war viel gewonnen.

Mehrfach war damals schon die Ansicht verbreitet, dass Russland das Vorgehen Oesterreichs nicht ungern gesehen, da der Pforte dadurch nur neue Schwierigkeiten bereitet wurden. Auch Friedrich hatte Panin in Verdacht, um die Angelegenheit gewusst und dieselbe befördert zu haben. Das Benehmen Panin's war zweideutig. Zu dem preussischen Gesandten erging er sich in hochtönenden Phrasen über die Zweideutigkeit und Habsucht Oesterreichs; den König liess er ersuchen, in Constantinopel die Versicherung zu geben, dass Russland an diesem Gewaltstreiche nicht den geringsten Antheil habe. In manchen Momenten zeigte Panin auch kriegerische Anwandlungen und wünschte wenigstens, dass Preussen die Pforte zum Widerstande anstacheln sollte. Und kurz darauf liess sich der russische Minister vernehmen: es läge nicht im Interesse Russlands oder Preussens, sich in einen Krieg verwickeln zu lassen, aber man habe auch

[1]) Vortrag am 30. Nov. 1774. An Thugut 6. Dec. 1774. (W. A.)

keinen Grund, Oesterreich zur Erlangung seiner Forderungen behilflich zu sein. Zu Lobkowitz, dem Vertreter Oesterreichs, sagte Panin, Russland gönne Oesterreich die wichtigsten Vortheile von Herzen; es habe dies durch die Erfahrung bewiesen; wenn Oesterreich mit der Pforte hinsichtlich der Grenze ein Uebereinkommen zu treffen suche, so gehe dies eigentlich Niemanden an, etwas anderes sei es jedoch mit dem Bukowinaer District; da Oesterreich selbst denselben als zu Polen gehörig darstelle, so werde man dadurch Preussen Anlass geben, abermals seine Grenzen hinauszurücken und die Beendigung der polnischen Verhandlungen hinausschieben.[1] Die ablehnende Haltung dauerte nicht lange. Kurz darauf konnte der Geschäftsträger Seddeler, der nach der Abreise des Fürsten Lobkowitz mit Panin zu verhandeln hatte, melden, Russland werde kein Hinderniss entgegensetzen.

Kaunitz hatte nun freie Bahn, es war nicht zu besorgen, dass Russland zu Gunsten der Pforte einschreiten oder sich an einer etwaigen Vermittelung betheiligen werde. Thugut erhielt die Weisung in einer Denkschrift die Besitzergreifung zu rechtfertigen. Das strittige Gebiet wurde als ganz unbedeutend bezeichnet; es habe einmal zu Galizien und Lodomerien gehört, nachdem man aber von diesen Ländern Besitz ergriffen habe, so sehe man sich genöthigt, die alten Rechte geltend zu machen. Ohnehin sei es nur ein wenig beträchtlicher Streifen, den man in Anspruch nehme. Man gebe sich der Hoffnung hin, die Pforte werde mit Rücksicht auf die Haltung Oesterreichs während des Krieges die Wünsche und Forderungen desselben erfüllen.[2] Die

---

[1]) Von Lobkowitz 13. Dec. 1774. (W. A.)

[2]) Das Memoire bei den Depeschen Thugut's vom 17. Februar 1775. (W. A.) Die Depesche von Zegelin vom 17. Februar bei Zinkeisen, S. 107, sagt zu viel.

Pforte sah sich genöthigt nachzugeben. Thugut beutete die Situation vortrefflich aus, er drängte eine Entscheidung zu treffen. Am 7. Mai gelangte der Vertrag zum Abschlusse, der Oesterreich im Besitze des geforderten Gebietes beliess; ein Jahr darauf kam noch eine Convention, eine genaue Grenzregulirung enthaltend, zu Stande. Dieselbe hatte sich so lange hinausgezogen, weil Oesterreich auch den Chotzimer District verlangte. Kaunitz befürchtete schon ein Scheitern der ganzen Angelegenheit und rieth zu Concessionen. Josef stimmte diesmal bei. Wenn es nicht anders ginge, schrieb er, müsse man auch in den sauren Apfel beissen und auf den ganzen Chotzimer District Verzicht leisten, vielleicht finde sich zu einer gelegeneren Zeit ein Mittel, einen Austausch zu machen.[1])

[1]) Gutachten Josef's vom 26. Nov. zum Vortrag vom 25. Nov. 1775: Die Kaiserin schrieb auf einem Zettel: nach des Kayssers Meinung wäre je eher je besser die Sache zu endigen. (W. A.)

Fünfzehntes Capitel.

Die Grenzregulirung. — Schluss.

Durch die Annahme der Convention von Seite der Delegation war die eigentliche Entscheidung über die strittige Angelegenheit nicht gelöst, sondern nur hinausgeschoben. In Wien war es vornehmlich der Kaiser, der unerschütterlich daran festhielt, dass der Sbrucz als Grenze erworben werden müsse. Von einer Reise aus Galizien, die er zum Theil zur Recognoscirung des Terrains unternommen, zurückgekehrt, wies er in einem ausführlichen an seine Mutter gerichteten Elaborate auf den grossen Werth des Länderstriches zwischen Szereth und Sbrucz hin und erwies sich in seiner Arbeit auch als gewandten Interpreten, durch Aufführung aller Gründe, wie die Besitzergreifung zu rechtfertigen sei.[1]) Nach Kaunitzens Auffassung hatte man zwar kein unbestreitbares, doch ein scheinbares Recht; durch Anwendung diplomatischer Kunst oder, wie Kaunitz sich ausdrückte, mit Zuhilfenahme aller „diensamen Ministerial-

[1]) Die Denkschrift des Kaisers vom 26. August 1773 in den Documenten S. 57. In einer Note vom 14. September 1773 gibt er den Rath, man solle „den Sbruz einfach den Namen Podgorcze beilegen, wodurch selber der wahre in der Instruction ausgedrückte Grenzfluss würde, und zu dessen so mehrerer Bestätigung auch E. M. sowohl dem Generalcommando in Galizien, als dem Gouvernement auftragen, von nun an den Sbruz nicht anders als Podgorcze zu heissen.“ (W. A.)

mittel" musste man durchzudringen suchen. Darauf machte er sich gefasst, der einen oder anderen contrahirenden Macht auch einen Vortheil gewähren zu müssen, da ohne Unterstützung oder Mitwirkung Preussens, Russlands oder Polens nichts zu erlangen sein werde.

Die Convention wurde abgeschlossen, ohne dass den Forderungen Oesterreichs Rechnung getragen worden wäre. Was bei dieser Gelegenheit nicht erzielt werden konnte, wurde desshalb nicht fallen gelassen. Noch stand die eigentliche Regulirung der Grenze durch eine Commission bevor, der die Aufgabe zufiel, die Details der Abmarkungen festzustellen. Kaunitz wäre allerdings geneigt gewesen, irgend einer Modalität die Hand zu bieten, nur um endlich zum Abschlusse zu kommen, sei es durch irgend eine Vereinbarung mit den Polen, sei es durch gänzliche Verzichtleistung auf jenes Gebiet, welches erst nachträglich in Anspruch genommen worden war. Aber Josef widersprach auf das entschiedenste, und Kaunitz sah sich genöthigt, die Auffassung des Wiener Hofes nochmals in einer an Lobkowitz eingesendeten Denkschrift zu rechtfertigen.[1])

In Petersburg fand die österreichische Auffassung keine Zustimmung. Panin wies abermals auf den König von Preussen hin, der dadurch angestachelt würde, das über die Convention hinausgehende Gebiet zu behalten; Russland könnte es sodann nicht verdacht werden, ebenfalls für sich eine Vergrösserung in Anspruch zu nehmen. Weitläufigkeiten und neue Streitigkeiten wären die Folge, neue Erörterungen über das Princip der Gleichheit würden auftauchen, schliesslich müsste ein ganz neuer Plan festgesetzt werden.[2]) Lobkowitz

[1]) Vortrag vom 25. Nov. 1773. (W.A.) Denkschrift des Kaisers vom 29. Nov., endlich das nach Petersburg gesendete Schriftstück vom 16. Dec. 1773. Documente S. 64 fg. u. 183 fg.

[2]) Lobkowitz vom 11. Januar 1774. (W. A.)

erhielt auch nach einigen Tagen eine Note übermittelt, worin diese Gesichtspunkte hervorgehoben wurden. Alle Vorstellungen des Fürsten hatten nichts gefruchtet. Panin beharrte bei seiner Ansicht. Lobkowitz gab sich Mühe, den Unterschied zwischen den österreichischen und preussischen Forderungen anschaulich zu machen, aber er erhielt zur Antwort, dass die preussischen Ansprüche auf den ganzen Netzefluss mindestens ebenso begründet wären, als die von Oesterreich in Anspruch genommene Grenzerweiterung. Panin bemerkte: die Convention spreche mehr zu Gunsten Preussens, dessen Auslegung sich wenigstens aus dem Vertrage interpretiren lasse, allein die mangelhafte Kenntniss, auf die sich Oesterreich berufe, gebe ihm noch nicht das Recht, die Grenze so sehr zu erweitern und Gebiete in Anspruch zu nehmen, an die man bei dem Abschlusse des Vertrages nicht gedacht. Oesterreich solle sich mit Preussen einigen, dann habe die Sache keinen Anstand.[1])

Noch ehe diese Nachricht aus Petersburg eingelangt war, hatte man auch schon einen Versuch gemacht, eine Verständigung mit Friedrich herbeizuführen. Der König schien keine Schwierigkeiten zu machen; er sagte zu Swieten: es komme ja auf drei oder vier Meilen nicht an; er hatte auch dann nichts einzuwenden, als er durch den Hinweis auf die Karte sich überzeugen konnte, dass es sich um mehr als einige Meilen handle. Diese Willfährigkeit des Königs findet in dem Widerspruche Russlands gegen seine eigene Gebietserweiterung ihre Erklärung. Friedrich war jedoch nicht gesonnen, sich irre machen zu lassen; er benützte wohl jede Gelegenheit, um in Petersburg auf das weitere Vorrücken Oesterreichs aufmerksam zu machen und dadurch sein eigenes Vorgehen zu rechtfertigen, ermahnte aber auch, dem Wiener Hofe keine Schwierigkeiten zu machen;

[1]) Von Lobkowitz vom 29. Januar 1774.

so lange der Friede nicht geschlossen sei, wäre es nicht klug, diese Macht vor den Kopf zu stossen.[1] Weit entfernt irgend welche neidische Empfindungen gegen Oesterreich zu hegen, gönnte er demselben sein Gebiet, wenn er nur selbst im Besitze des seinigen blieb. Auch unterschied er sich darin von Kaunitz, dass er mit vollster Ruhe dem Abschlusse der Angelegenheit entgegensah und durchaus nicht jene Eile und Hast wie der Staatskanzler verrieth.

Friedrich und Kaunitz hatten nämlich eine vollständig heterogene Auffassung über die schliessliche Beendigung der leidigen Angelegenheit; jener war ganz unbekümmert um die Folgen einer etwaigen Verzögerung, an ein Dazwischentreten einer fremden Macht zu Gunsten der Polen glaubte er nicht, das Geschrei in Warschau ging ihm nicht zu Herzen und die Proteste machten auf ihn keinen Eindruck. Sie mochten in Warschau toben und lärmen, er rundete sein Gebiet ab. Ganz anders Kaunitz. Er wollte den Antheil Oesterreichs durch einen Vertrag gesichert haben, ihm schien es bedenklich und gefährlich, die Grenzfrage ungeregelt zu lassen. Kaunitz fürchtete auch, der König wolle die Erledigung der schwebenden Fragen aus dem Grunde in die Länge ziehen, um es Russland nach abgeschlossenem Frieden mit der Türkei zu ermöglichen, ihm selbst eine Begünstigung angedeihen zu lassen, aber die Absichten Oesterreichs zu vereiteln.

Dieser feinen Taktik schrieb es Kaunitz zu, dass Russland eine ablehnende Antwort auf die österreichischen Begehren ertheilt habe.[2] Natürlich lag es bei dieser Voraussetzung in dem Interrese Oesterreichs, die Berichtigung seiner Grenze noch während des Türkenkrieges durchzusetzen, um auch

[1]) Am 25. Januar und 1. Febr. 1774 an Solms. (B. A.)

[2]) In diesem Sinne sprach sich Kaunitz schon Ende 1773 aus. Einige Erinnerungen für den k. k. Minister van Swieten vom 19. Nov., van Swieten 1773. (W. A.)

nur die Möglichkeit einer Bevorzugung Preussens von vornherein abzuschneiden. War der Friede geschlossen, so war Oesterreich nicht im Stande, gegen ein gemeinsames Auftreten Russlands, Preussens und der Republik, welches der Staatskanzler als sicher bevorstehend annahm, irgend etwas auszurichten. Vorläufig hatte Preussen die Zustimmung Russlands nicht erlangt, und Kaunitz hielt es desshalb nicht für unmöglich, eine Vereinbarung über ein gemeinschaftliches Vorgehen und eine gegenseitige Unterstützung mit Friedrich zu erzielen. Er beurtheilte die Situation nicht unrichtig, wenn er annahm, dass dem russischen Minister eine Verständigung zwischen Oesterreich und Preussen nicht unangenehm sein würde. Panin war dann in der Lage, den Widerspruch einiger Kreise gegen die Ueberschreitung des Wortlautes der Convention von Seiten der verbündeten Höfe mit dem Hinweise zum Schweigen zu bringen, dass man sich doch nicht entschliessen werde, gegen Oesterreich und Preussen Gewalt zu gebrauchen.

Das Bedürfniss, sich mit Friedrich zu einigen, war demnach bei Kaunitz unstreitig vorhanden. Seiner Auffassung nach lag es jedoch im Interesse des österreichischen Staates, sich jeder Vergrösserung Preussens zu widersetzen und demselben verhältnissmässig keinen grösseren Antheil zu gönnen, als man selbst zu behaupten im Stande sein würde. Dies dem König rundweg zu erklären, ging doch nicht an. Swieten sollte daher den König zur Sprache zu bringen suchen, wie weit er mit Oesterreich gemeinschaftliche Sache zu machen sich entschliessen könnte, in welcher Weise überhaupt das Geschäft in Angriff zu nehmen sei, damit zwischen Oesterreich und Preussen eine gehörige Proportion beobachtet und sonach in Petersburg die erforderlichen Schritte gethan werden sollten.[1])

[1]) Rescript an Swieten vom 22. Febr. 1774 und ein französisches Schreiben vom selben Tage. (W. A.)

Man war auch in Wien entschlossen, ein oder das andere mit Beschlag belegte Stück herauszugeben, da man die Ueberzeugung erlangt zu haben glaubte, dass sonst ein Abkommen mit den Polen nicht zu erzielen sein dürfte. Schon anfangs November hatte man Reviczky verständigt: man habe den Beschluss gefasst, auf den jenseits des Bug liegenden District zu verzichten und diesen Fluss als Grenze anzunehmen, das Gebiet bei Dubienka, endlich auch Casimir, woran der Republik besonders viel gelegen schien, zurückzustellen. Dieses Anbot wurde jetzt wiederholt, und Swieten wurde beauftragt, darauf hinzuweisen, dass man durchaus nicht beabsichtige über die conventionsmässigen Grenzen hinauszugehen, sondern nur einen „vortheilhaften Austausch“ mit der Republik zu bewerkstelligen.

In Berlin kam man den Intentionen des Staatskanzlers insoferne entgegen, als man einfach gegenseitige Unterstützung wünschte. ohne dass sich jedoch der eine um die Ausdehnung des Gebietes des andern viel zu kümmern habe. Finkenstein machte in seinen Gesprächen mit Swieten hierauf bezügliche Andeutungen.[1]) Als sich der österreichische Gesandte seines Auftrages über Einhaltung einer „gehörigen Proportion“ entledigte, fand er bei Friedrich nicht die geringste Neigung darauf einzugehen. indem er sich auf die Convention berief, die er streng einhalte: die Netze müsse ihm in ihrem Lauf gehören; man könne es höchstens beanstanden, dass er sich ein kleines Gebiet jenseits des Flusses angeeignet habe, dies sei jedoch nicht der Rede werth; er sei nicht weiter gegangen, als sich die oft wiederkehrende Ueberschwemmung der Netze erstrecke. Andererseits machte Friedrich durchaus keine Einwendungen gegen den österreichischen Antheil; er fand, Oesterreich habe nach dem buchstäblichen Inhalte der Convention

[1]) 5. März 1774 von Swieten. (W. A.)

seine Grenzen ausgesteckt, nicht einmal wegen des „unerfindlichen Flusses Podgorze“ war seiner Ansicht nach eine Aenderung nothwendig. Man müsse behalten, was man habe, schloss Friedrich seine Darlegung. Auf diese Auseinandersetzung war van Swieten nicht vorbereitet, sein gründlich vorbereiteter Vortrag ging ganz in die Brüche; ausser Fassung gebracht, konnte er seinen Auftrag wegen etwaiger gegenseitiger Reduction des besetzten Gebietes nicht anbringen. Der König hielt die Sache für abgethan und lenkte das Gespräch auf andere Dinge. Erst später ergriff Swieten einen günstigen Moment, noch einmal auf die Angelegenheit zurückzukommen, um das Motiv, welches den König bestimme, trotz des deutlichen Widerspruchs Russlands auf seinem Vorsatze zu beharren und von einer Nachgiebigkeit nichts wissen zu wollen, kennen zu lernen. Die Wissbegierde des Gesandten wurde im Laufe des Gespräches befriedigt. Friedrich rechnete auf Zugeständnisse von Seite Russlands. Eine Rebellion in Casan nahm die militärischen Kräfte des russischen Reiches in Anspruch, eine nicht geringe Anzahl von Truppen musste zur Unterdrückung der Empörung entsendet werden. Der Friede mit den Türken stand noch im weiten Felde. Catharina hatte zu fürchten, die Früchte der letzten Jahre zu verlieren. Durch eine Willfährigkeit gegen Preussen und Oesterreich kettete sie diese Staaten an sich und konnte sich derselben zur Herbeiführung eines Abkommens mit den Türken in erspriesslicher Weise bedienen. [1])

Der Antrag des Königs, sich untereinander zu verständigen, ohne auf die Opposition der Republik Rücksicht zu nehmen, fand in Wien um so geringere Geneigheit, nachdem mittlerweile Berichte von Reviczky eingelaufen waren, die von neuen Annexionen Preussens meldeten, in-

[1]) Depesche van Swieten's vom 5. März 1774.

dem der König 200 Dörfer in Cujavien, im Palatinate Inowraclaw, habe besetzen lassen. Die Polen hatten auch an Stackelberg und Reviczky eine Note überreicht, worin sie über die Gebietserweiterungen Preussens Beschwerde führten und andeuteten, dass sie sich bemüssigt sehen würden, die Vermittlung der kaiserlichen Höfe anzusuchen und gegen den mit Preussen geschlossenen Tractat zu protestiren.[1])

Diese Nachrichten bewirkten, dass die Absicht, mit Preussen gemeinschaftliche Sache zu machen, fallen gelassen wurde. Man wies daher in Berlin darauf hin, dass man eigentlich nie im Sinne gehabt, sich auf das Recht des Stärkern zu stützen und Gewalt zu gebrauchen; zugleich berechnete man, dass es auch dem ökonomischen Interesse Oesterreichs schnurstraks entgegen sei, wenn Preussen im Besitze des neuerdings von ihm in Anspruch genommenen Gebietes bleibe, da man an Salzeinnahme mehr verlieren würde, als jemals die Striche Landes, die man durch preussische Begünstigung erhielte, eintragen würden. Oesterreich wollte sich der Republik gegenüber entgegenkommend erweisen; Preussen folgte entweder diesem edlen Beispiele und reducirte ebenfalls seine Grenze, oder nicht. Im ersten Falle hatte man eine Vergrösserung Preussens, die nach der Ansicht des Staatskanzlers in keinem Verhältniss zum eigenen Erwerbe stand, verhindert und sich dadurch in Russland und Polen, ja bei allen Höfen ein grosses Verdienst erworben. Beharrte Friedrich eigensinnig bei seinem Besitze und kümmerte sich um den Widerspruch der Republik nicht, so wurden dadurch die Beziehungen Oesterreichs zu derselben nur inniger befestigt und Preussen in Warschau aus dem Felde geschlagen.[2])

Friedrich konnte sich diese Wandlung in Wien nicht

[1]) Reviczky vom 16. u. 19. März 1774. (W. A.)

[2]) Postscriptum an van Swieten 9. April 1774. (W. A.)

recht erklären; er verfiel darauf, dass hierbei französischer Einfluss thätig sei. In Versailles habe man versprochen Oesterreichs Vorschläge in Warschau zu unterstützen, wenn Kaunitz gegen Preussens Forderungen auftreten würde.[1]) Seine Ansicht blieb dieselbe, dass eine Verständigung zwischen den beiden Nachbarstaaten allein rasch zum Ziele führen könnte; Russlands Zustimmung würde hernach nicht ausbleiben, während Kaunitz bei seinem Widerspruche beharrte und eine Vereinbarung mit der Republik in erste Linie stellte, denn die drei Mächte hätten Alles, was sie gemeinschaftlich betrifft, untereinander durch die Convention geregelt. Und wenn Friedrich später seine Geneigheit durchblicken liess, in Folge gegenseitigen Uebereinkommens eine Reduction seines Gebietsantheils eintreten zu lassen, so wollte man sich in Wien schon aus dem Grunde nicht darauf einlassen, weil der König mittlerweile weitere Stücke Landes annectirt habe, auf die er nun leicht verzichten könnte, ohne im Wesentlichen doch eine Verkürzung zu erleiden. Kaunitz steifte sich nunmehr darauf, mit der Grenzcommission die Angelegenheit in's Reine zu bringen, und erst, wenn mit dieser kein Resultat zu erzielen sei, nach dem Wortlaute der Convention die Mediation der beiden andern Mächte anzurufen.[2])

Den Polen gegenüber erwies sich der österreichische Minister mit Worten recht gefällig. Beim Beginne des Jahres tauchte in den verschiedenen Kreisen der polnischen Residenz das Gerücht auf, die Republik werde bei dem Friedensschlusse Russlands mit der Pforte für ihre Verluste durch die Moldau und Wallachei entschädigt werden. Natürlich wusste Kaunitz ganz gut, was an der Sache sei. Dennoch sollte Reviczky den Polen sagen: Oesterreich gönne der Republik

---

[1]) An Solms 17. April 1774. (B. A.)

[2]) An van Swieten 3. Mai 1774. (W. A.)

den Erwerb dieser Gebiete vom Herzen; es könne jedoch zur Beförderung der Angelegenheit nicht das Geringste thun; Russland habe die Entscheidung in Händen, wenn dies die Sache durchzusetzen Willens sei, werde Oesterreich nicht im Wege stehen.[1])

Die Instructionen des Staatskanzlers an den Gesandten empfahlen regelmässig die Beendigung der Verhandlungen, die Beseitigung alles dessen, was künftighin zu Missverständnissen und Streitigkeiten Anlass geben könnte. Die Nachgiebigkeit jedoch, die man in Wien zeigte, war eine kleinliche. Es sei nicht die Absicht, hiess es, wesentliche und beträchtliche Gerechtsame aufzuopfern, so weit immer thunlich, sei der gegenwärtige Besitzstand zu behaupten. Bei der momentan erbitterten Stimmung, die gegen Preussen in polnischen Kreisen herrschte, liess er den Polen auseinandersetzen, wie es selbst in ihrem eigenen Interesse gelegen sei, mit Oesterreich alle Differenzen zu beheben, um dadurch auf den König von Preussen eine Pression auszuüben; denn werde eine Verständigung nicht erzielt, müsste Oesterreich die Vermittlung der Mitcontrahenten in Anspruch nehmen und sodann Preussen berücksichtigen.[2])

Die Verhandlungen mit den Polen rückten nicht von der Stelle. Die Gebietserweiterungen Oesterreichs und Preussens hatten die Gemüther in der heftigsten Weise erregt und erbittert. Fast täglich tauchten neue Gerüchte auf über die beträchtliche Anzahl von Dörfern und Ortschaften, welche die preussischen Truppen besetzt hätten. In Warschau war die Meinung allgemein verbreitet, dass Preussen bis zur Warthe vorrücken wolle, was fast einer Verdoppelung des ursprünglich in Anspruch genommenen Gebietes gleichkam. Die Delegation wendete sich an Reviczky und Stackel-

[1]) 2. März 1774 an Reviczky in Chiffern. (W. A.)

[2]) 10. April an Reviczky 1774. (W. A.)

berg mit Klagen über diesen Vorgang. Benoit schützte vollständige Unkenntniss vor und vertröstete auf einen Ausgleich mit der Grenzcommissionen. Die tollsten Gerüchte fanden in Warschau Glauben. Man veranschlagte das von Friedrich in Besitz genommene Gebiet auf 300 Quadrat-Meilen. Die Erbitterung war eine solch' rege, dass die drei Gesandten, durch den Kronkanzler und den Conföderationsmarschall von der Stimmung, die bei den Delegirten Platz gegriffen, benachrichtigt, in der Sitzung vom 12. April 1774 nicht zu erscheinen wagten. Reviczky fürchtete von der Verzweiflung der Polen das Aergste.

Stackelberg machte dem preussischen Gesandten Vorwürfe; dieser rächte sich dadurch, indem er die Schuld auf Oesterreich schob. Preussen habe nur das Beispiel des Wiener Hofes nachgeahmt, der bis an den Sbrucze vorgerückt sei und sich auch Brody's bemächtigt habe. Den Delegirten warf er vor, dass sie blos gegen ihn Klagen erheben und den österreichischen Gesandten verschonen.[1]) In der That war auch die Opposition nur gegen Preussen gerichtet, und die Delegirten wollten von Erledigung anderer Geschäfte nicht eher etwas wissen, bis die Grenzfrage berichtigt sei. Einige verstiegen sich sogar zu dem Vorschlage, Oesterreich solle momentan jeden Anlass vermeiden, der dem Könige Friedrich irgend einen Anhaltspunkt zur Rechtfertigung seines Vorgehens gebe, und durch eine blos scheinbare Nachgiebigkeit Preussen nöthigen in den durch die Convention festgesetzten Schranken zu bleiben; es werde sich schon irgend ein Mittel finden lassen, etwa durch einen geheimen Vertrag, Oesterreich die Abtretung des scheinbar zurückerstatteten Gebietes zu sichern. Es ist kaum zu glauben, schreibt Reviczky, wie weit die Wuth der Delegirten gegen den König von Preussen geht; sie sinnen sogar auf Feindseligkeiten,

[1]) Reviczky vom 13. u. 14. April. (W. A.)

um Gewalt mit Gewalt zu vertreiben; sie sagen, sie wüssten zwar, dass sie mit den Waffen nichts ausrichten werden, jedoch wollen sie lieber das Aeusserste wagen als nachgeben.[1])

Um die Verhandlungen mit den Grenzcommissarien abzukürzen, hatte Oesterreich dem Könige Friedrich den Vorschlag gemacht, dass beide Mächte die von ihnen entworfenen Karten, worauf die bezüglichen Grenzen bezeichnet waren, zuerst in Warschau der Delegation überreichen und daselbst prüfen lassen sollten, um den Commissären nichts anderes übrig zu lassen, als an Ort und Stelle zu constatiren, ob die ausgesteckten Grenzpfähle mit den auf der Karte angegebenen Grenzen übereinstimmen. Friedrich willigte ein. Die Einigung, die momentan zwischen Preussen und Oesterreich erzielt wurde, erstreckte sich nur auf die formale Seite des Vorgangs. Eine Verständigung über das in Anspruch genommene Gebiet wurde nicht angebahnt. Reviczky wurde angewiesen, sich wohl zu hüten, wenn Benoit seine Karte überreicht haben würde, die Grenze auf derselben für conventionsmässig auszugeben, noch weniger aber sie als den Traktaten entsprechend zu bezeichnen; bei den unausbleiblichen heftigen Debatten mit den Mitgliedern der Grenzcommission werde die ganze Sache erst aufgeklärt werden und sich zeigen, wie weit Preussen mit seiner Nachgiebigkeit gehe.[2])

In Petersburg waren beide Höfe, Oesterreich und Preussen thätig, die Zustimmung Russlands zu erlangen. Solms erklärte, Preussen werde keinen Fuss breit herausgeben, wenn sich nicht Oesterreich an den strengen Wortlaut der Convention halten würde. Lobkowitz war dagegen eifrigst bemüht, der Wiener Auffassung zum Siege zu verhelfen.

---

[1]) Reviczky am 4. Mai 1774. (W. A.)

[2]) 24. Mai 1774 an Reviczky. (W. A.)

Panin wäre sehr froh gewesen, wenn sich Oesterreich und Preussen mit einander verständigt hätten, da dies nicht der Fall war, beharrte er bei der Forderung, die conventionsmässigen Grenzen einzuhalten. In Petersburg erwartete man einen Krieg zwischen Oesterreich und Preussen, in Berlin wähnte man, dass die Erbitterung in Russland gegen Oesterreich auf einen solch' hohen Grad gestiegen sei, dass es zum Bruche kommen würde, und Friedrich sendete deshalb eine Anzahl Beschwichtigungsnoten nach Petersburg.[1])

Die Petersburger Kreise wurden damals auch von Warschau bestürmt. In der verzweifelten Lage, in der sich König Stanislaus befand, von den Gesandten Oesterreichs und Preussens fortwährend umlagert und gedrängt, die Zustimmung der Republik erringen zu helfen, entschloss er sich an Catharina zu schreiben und an ihr Herz zu appelliren. Der Ueberbringer dieses Schreibens, Branicki, fand an Potemkin, der kurz zuvor in innige Beziehungen zu Catharina getreten war, einen warmen Fürsprecher.[2])

Panin erhielt den Auftrag, den beiden Gesandten die nachdrücklichsten Vorstellungen zu machen. Der Minister bot alle Künste der Ueberredung bei Lobkowitz auf; mit lebhaften Farben schilderte er die Unzukömmlichkeiten, wenn Oesterreich seine schroffe, ablehnende Haltung nicht mildern würde; er sei fest überzeugt, sagte er dem österreichischen Gesandten, der König von Preussen hätte nie daran gedacht, noch weitere Gebiete an sich zu reissen, wenn er nicht durch das Beispiel Oesterreichs dazu veranlasst worden wäre. Als dieses Mittel nicht verfing, wendete sich Catharina unmittelbar an Friedrich, Josef und Maria Theresia; den ersteren bat sie, sich auf eine strenge Einhaltung der Convention zu beschränken, wenn der Wiener

[1]) Aus dem Mai u. Juni 1774. (B. A.)

[2]) Depesche von Lobkowitz vom 3. Mai u. 11. Juni 1774. (W. A.)

Hof sich mit dem Podgorcze oder Szereth als Grenze begnügen möchte. Warm und energisch redete sie Josef in's Gewissen, um ihn zu bewegen, auf die österreichischen Forderungen zu verzichten; sie hob insbesondere die schwer wiegenden politischen Gründe hervor, die eine Nachgiebigkeit gegen die Polen angezeigt erscheinen lassen. In ihrem Schreiben an Maria Theresia appellirte sie in geschickter Weise an die Humanität derselben und betonte die Nothwendigkeit, die Allianz der drei Höfe über jede Anfechtung sicher zu stellen.[1])

Friedrich, der früher unterrichtet war, dass ein Brief der Czarin unter Wegs sei, legte demselben keine grosse Bedeutung bei. Er wünschte zu erfahren, in welcher Weise die Antwort Oesterreichs erfolgen werde; man möge sich damit nicht beeilen, sagte er zu van Swieten, die Gemüther würden sich in Petersburg bald beruhigen. Halten Oesterreich und Preussen nur zusammen, so werde man in Russland schliesslich nachgeben.

In seiner Antwort an die Kaiserin wiederholte Friedrich die schon oftmals abgegebene Erklärung, dass er dem Vorgange Oesterreichs folgend, sich genöthigt gesehen habe, seine Grenze hinauszurücken, jedoch bereit sei dem Wunsche der Kaiserin nachzukommen und sich mit einem kleinen Erwerbe zu begnügen, wenn Oesterreich mit gutem Beispiele vorangehe. Und in den Weisungen an Solms wies er auf die ungerechtfertigten Beschuldigungen der polnischen Angaben hin, welche die über die Convention hinausgehenden Annexionen Friedrich's auf 600 Meilen veranschlagten, höchstens seien es 30—40 Quadratmeilen.[2])

---

[1]) Die Briefe, sämmtlich vom 26. Mai 1774 datirt, bei Goerz S. 242 u. 252 fg.

[2]) Der Brief Friedrich's vom 27. Juni bei Goerz a. a. O. 247. Ministerialdepesche an Solms vom 17. Juni 1774.

In Petersburg war der glühende Eifer für die Republik einzutreten bald verraucht. Friedrich hatte richtig gesehen. Schon Anfangs August erklärte Panin den Gesandten Oesterreichs und Preussens, die Kaiserin werde einer Vereinbarung mit den Polen nicht das Geringste in den Weg legen und Stackelberg beauftragen, zur Förderung der Verhandlungen beizutragen, aber er lehnte es ab durch eine in Warschau abzugebende Declaration die Forderungen Oesterreichs und Preussens direct zu befürworten.[1] Dem polnischen Gesandten erklärte man, nachdem er Monate lang an allen Thüren geklopft und von allen Seiten die trostreichsten Versprechungen erhalten, dass die Kaiserin erfolglos bei ihren Verbündeten Schritte gethan, um das Geschick Polens zu lindern, diese aber von den weiteren Verhandlungen ihre ferneren Entschlüsse abhängig gemacht hätten, die Czarin hoffe daher, die Polen würden sich durch Klugheit und Billigkeit leiten lassen.[2]

Ebenso erfolglos waren die Missionen in Berlin und Wien. Graf Oginski, der an den österreichischen Hof entsendet wurde, hatte sich über eine unfreundliche Aufnahme nicht zu beklagen. Aber Oesterreich zu bewegen das Geringste nachzulassen, gelang ihm trotz der eindringlichsten Vorstellungen nicht. Kaunitz setzte ihm auseinander, Oesterreich könne sich unmöglich von Preussen überflügeln lassen, der Hinblick auf dessen Annexionen nöthige es, bei der einmal festgesetzten Grenze zu beharren. Josef deducirte ihm in mannigfachen Variationen dasselbe. Und Maria Theresia meinte, wenn die Polen den König von Preussen bestimmen könnten einen Theil zurückzuerstatten, werde sie nicht

[1]) Von Lobkowitz 9. Aug. 1774. (W. A.) Von Solms $\frac{\text{29. Juli}}{\text{9. August}}$ u. 12./23. Aug. 1774. (B. A.)

[2]) Reponse donnée de la part de Cour Imp. de toutes les Russies à Mr. le grand General Cte. Branicky. (B. A.)

zurückbleiben, ja man sei in Wien erbötig die ganze Theilung rückgängig zu machen, wenn die andern beiden Mächte hierzu ihre Einwilligung ertheilen.[1])

Friedrich verschmähte derartige Phrasen. Er hielt seinen Besitz fest. Einige Parzellen war er abzutreten bereit, im Wesentlichen wollte er an seinen Abmarkungen nicht gerüttelt wissen. Wohl machte er sich in seinen Briefen an Catharina und in verschiedenen Depeschen anheischig, aus Condescendenz für Russland eine Reduction vorzunehmen, wenn Oesterreich dasselbe thue; auch bei van Swieten liess er durch seinen Minister einen Versuch machen, eine Verständigung nach dieser Richtung herbeizuführen, aber er war von der Erfolglosigkeit eines jeden Schrittes überzeugt und hatte nicht zu fürchten beim Worte genommen zu werden. Die Zusage des Wiener Hofes sollte erwirkt werden, dass man die von ihm festgesetzte Grenze als den Tractaten entsprechend anerkennen und in Warschau unterstützen werde; auch erklärte er sich nochmals zu einer Einschränkung seiner Grenze bereit, wenn dies vom Wiener Hofe als nothwendig anerkannt würde.[2])

In Wien liess man sich mit der Antwort Zeit. Als diese in den ersten Tagen Septembers erfolgte, suchte man den Beweis zu führen, dass es nicht zweckmässig wäre, wenn beide Höfe eine Declaration an die Republik erlassen würden; eine freundschaftliche Verhandlung müsse zuvor jedenfalls versucht werden, nur im äussersten Falle könne man die Ausübung des Zwanges eintreten lassen. Es dürfte zunächst am Platze sein, wenn die beiderseitigen Gesandten

[1]) Nach den Depeschen von Solms, der es von Panin hörte.

[2]) Bericht van Swieten's vom 13. Aug. 1774. (W. A.) Der König an Herzberg 6. August nnd Herzberg an den König 7. August 1774. (B. A.)

angewiesen würden, sich zu unterstützen. Dringe man mit Vorstellungen bei den Polen nicht durch, dann gehe der Vorschlag dahin, die Mediation Russlands anzurufen und nach Umständen mit derselben die erforderlichen Massnahmen zu verbinden. In Berlin adoptirte man in allen Punkten die Vorschläge Oesterreichs.[2])

Die Polen sahen ihre Hoffnungen vereitelt. Sie gaben nun auch ihren Widerstand auf, als Stackelberg und Reviczky energisch auf die Absendung der Grenzcommissionen drangen; der Reichstag prorogirte abermals die Delegation bis zum 1. October. Mitte Juni überreichten die Gesandten die von ihren Regierungen entworfene Grenzkarte. Es verstrich eine längere Zeit ehe ihnen eine Antwort zukam; erst am neunten August erhielten Reviczky und Benoit die Gegenbemerkungen der Polen. Der österreichische Gesandte hielt es für zweckentsprechender eine schriftliche Verhandlung einzuleiten. Das wüste Geschrei der Mitglieder der Delegation war nicht einladend, sich in Reden und Gegenreden einzulassen. Auch wollte sich Reviczky von Benoit ganz unabhängig machen. Dieser wünschte ein gemeinschaftliches Auftreten; er zeigte sich geneigt, die Grenzen, die Reviczky für Oesterreich in Anspruch nahm, für richtig zu erklären, wenn dieser auch den preussischen Forderungen das Wort reden wollte. Dem suchte Reviczky auszuweichen, er hoffte die Polen zu bereden gegen die österreichische Karte keine Einwendungen zu erheben, ohne gleichzeitig für den Mitgenossen eintreten zu müssen. Stackelberg verhielt sich den ihm ertheilten Weisungen gemäss ganz neutral; er hatte den Auftrag weder Oesterreich noch Preussen zu unterstützen. Diese Reserve, welche sich der russische Gesandte auferlegen musste, wurde in-

[1]) An van Swieten 8. Sept. 1774 u. Bericht desselben vom 25. Sept. (W. A.)

dess von den Polen als eine Missbilligung angesehen und bestärkte sie darin, durch Widerspruch noch mancherlei zu retten. Die Vorstellungen Reviczky's, dass es für das Interesse der Republik am zweckmässigsten wäre, wenn man sich mit dem kaiserlichen Hofe rasch einigen würde, um sodann dessen und Russlands Mediation gegen Preussens anrufen zu können, fanden wenig Eingang.[1]) Trotz einer gewissen Vorliebe für Oesterreich, flösste den Polen auch der Wiener Hof kein sonderliches Vertrauen ein.

Die Streitschriften bieten eigentlich wenig Interesse, da ein Widerstand von Seiten der Polen vergeblich war, und nach der Rückkehr Branicki's auch der leiseste Hoffnungsschimmer auf ein Dazwischentreten Russlands geschwunden war. Denn Panin liess ihnen rundweg erklären, es bleibe nichts anders übrig, als sich mit Osterreich und Preussen zu vergleichen.[2])

Die Polen klammerten sich an einen ganz unbestimmten Hoffnungsanker, dass doch irgend ein Ereigniss dazwischen treten werde, sie aus ihrer unglücklichen Lage zu erretten. Desshalb galt es die Abmachung so viel als möglich zu verzögern. Diese Taktik lag der Forderung der Delegation zu Grunde, dass die Grenzcommissäre an Ort und Stelle die Grenzkarte rectificiren sollten. Vergebens stellte man ihnen vor, dadurch würde nur Zeit verloren, zuerst möge man sich doch in Warschau einigen. Dieses fruchtete nichts, am 27. September wendete sich die Delegation schriftlich an die Gesandten mit der Bitte wegen Absendung der Grenzcommission. Kaunitz hatte Anfangs keine Neigung diesem Wunsche zu willfahren. Thatsächlich müsse man sich geeinigt haben, und die Commissäre hätten dann nur die Aufgabe sich über die entsprechende, praktische Ausführung

---

[1]) Reviczky vom 12. Aug. 1774, (W. A.)

[2]) Reviczky am 20. Sept. 1774. (W. A.)

durch den Augenschein zu überzeugen und nur in zweifelhaften Fällen eine Entscheidung zu treffen, lauteten seine Erklärungen.[1]) Er fürchtete eine Hinausschleppung der Sache und ein Auseinandergehen des Reichstages, ehe die leidige Angelegenheit berichtigt sein würde. Nur unter der Bedingung wollte er sich schliesslich doch herbeilassen, dem Wunsche der Polen sich willfährig zu erweisen, wenn ausdrücklich ausgesprochen würde, dass der Reichstag nicht eher aufgelöst werde, bis das Geschäft abgeschlossen sei.

Das Ende des Jahres nahte heran und die Dinge standen wie zuvor. Bald trat ein Commissär zurück, und bis ein anderer gewählt wurde, vergingen wieder einige Wochen, oder die Grenzcommissäre geriethen über formelle Fragen miteinander in Streit und konnten sich nicht einigen, an welchem Punkte die Begehung des Grenzgebietes beginnen sollte, oder endlich ein Theil liess auf den andern warten. So war der polnische Commissär, der zur Rectificirung der russischen Grenze abgesendet war, längst an Ort und Stelle; er wartete mehrere Wochen, ohne dass sich ein Russe sehen liess. Der Pole langweilte sich und ging nach Warschau, wo er blieb, bis er vernahm, die russischen Commissäre hätten endlich strengen Befehl erhalten, sich einzufinden.

Der schleppende Gang des Grenzgeschäftes brachte die Gesandten zur Verzweiflung; fortwährend sannen sie auf Mittel, wie dem Uebelstande abzuhelfen und eine Beschleunigung der Verhandlungen zu erzielen sei. Benoit war mit seinem Rathschlage bald bei der Hand; wenn man sich

[1]) Vorauszusehen, dass diese Abschickung so lange unmöglich von keiner Wirkung sein kann, als die Hauptanstände in Warschau nicht behoben sind, indem die Grenzcommission nur allein die Dubia in facto zu erörtern, keineswegs aber die questiones de jure zu entscheiden sich im Stande finden; Rescripte vom 14. Oct. 1774 an van Swieten und Lobkowitz.

[2]) Von Reviczky 10. u. 17. December 1774. (W. A.)

nicht entschliesse in kategorischer Weise aufzutreten und selbst mit Drohungen nicht zu kargen, so sei schwerlich etwas durchzusetzen. Stackelberg war hiezu nicht zu bewegen. Russland lag ungemein viel daran, auch für die Zukunft einen Einfluss in Polen zu behalten, und wollte die ohnehin erregten Gemüther nicht noch mehr erbittern. Da verfiel Benoit auf einen andern Ausweg: Oesterreich und Preussen sollten sich gegenseitig ihre Grenzkarten garantiren und sich fernerhin nicht darum kümmern, ob der gegenwärtige Reichstag die Angelegenheit entscheide oder nicht. Stackelberg stimmte nach einigen Tagen diesem Vorschlage bei; auch er wurde der fortwährenden Streitigkeiten müde. Die Vertreter Russlands und Preussens führten das Argument an: Sollten die Polen je im Stande sein, die zweifelhaften Grenzgebiete zurückzufordern, so könne es ihnen nicht fehlen, auch die förmlich abgetretenen Gebiete an sich zu bringen; sind sie aber dazu zu schwach, so bleiben ihre Proteste eitel und fruchtlos. Noch ein Mittel brachte der erfindungsreiche Benoit auf's Tapet: die Genehmigung des österreichischen und preussischen Besitzstandes durch Geld zu erkaufen, und zu diesem Behufe auf geheime Abstimmung zu dringen, denn, meinte er, so sehr er auch überzeugt sei, dass die Polen mit Leichtigkeit durch Bestechung zu gewinnen seien, werde doch Niemand so unverschämt sein, ohne Zwang einer weiteren Zergliederung der Republik seine Zustimmung zu ertheilen.[1])

Wie die Dinge lagen, war keine Aussicht vorhanden, mit der Grenzregulirungscommission bis zum ersten März, an welchem Tage der Reichstag wieder zusammentreten sollte, fertig zu werden. In Wien verfiel man daher auf

[1]) Die citirten Depeschen von Reviczky, ferner vom 18. und 25. Januar 1775. (W. A.) Dep. v. Benoit u. 28. Dec. 1774.

den Plan, die Mediation der andern Höfe in Anspruch zu nehmen, wozu man vertragsmässig einen Anhaltspunkt hatte. Lobkowitz. und Swieten erhielten auch hierauf bezügliche Weisungen; letzterer sollte zugleich dem Könige die Versicherung ertheilen, dass man österreichischer Seits bereit sei, die Vermittelung zu übernehmen, wenn der König sie anrufen würde, und seine Demarcation in jeder Weise zu begünstigen. Dasselbe erwarte man auch von Friedrich. Von diesem Vorschlage wollte Kaunitz auch dann nicht abgehen, nachdem der preussische Gesandte in Wien, Baron Riedesel, im Auftrage des Königs eröffnet hatte: der Vorschlag einer Mediation sei allerdings das beste Auskunftsmittel, allein Russland werde dieselbe nicht übernehmen; es bleibe daher nur die Abgabe einer Erklärung an die Republik übrig, dass man fest entschlossen sei, die gegenwärtige Grenze festzuhalten, und durch Bestechungen einige Adelige zu gewinnen. [1])

Nach sechswöchentlicher Pause traten die Delegirten am 1. Februar wieder zusammen; eine nicht unbedeutende Partei wünschte der Conföderation ein Ende gemacht, in der Voraussicht, dass bei einem ordentlichen Reichstage die Delegationsbeschlüsse auf einstimmige Annahme nicht zu rechnen hätten und in Folge dessen sämmtliche bisher geführten Verhandlungen null und nichtig sein würden. Der Landbote von Wisk, General Wilczewski, stellte in der Sitzung vom 3. April einen hierauf bezüglichen Antrag und forderte auch zugleich die Zurückziehung sämmtlicher fremden Truppen. Er wurde von dem Krongrossfeldherrn Branicki in eifrigster Weise unterstützt; nachdem die Tractate, rief dieser aus, von einigen der Mächte nicht beobachtet worden sind, blieben nur zwei Auswege übrig:

---

[1]) An Swieten vom 9. Januar u. P. S. vom 10. Januar 1775.

[2]) Von Reviczky 18. Januar 1775 u. 25. Januar 1775. (W. A.)

entweder müsse die ganze Nation zur Vertheidigung des Vaterlandes die Waffen ergreifen, oder es sei ein feierlicher Protest zu erlassen; wenn ersteres zu gewaltsam erscheine, sei man wenigstens verpflichtet, letzteres zu thun. Der König belobte in seiner Antwort den löblichen, patriotischen Eifer des edlen Grafen, machte aber auf die kritische Lage der Republik aufmerksam, die jedenfalls zur Behutsamkeit auffordere, und gewaltsame Massnahmen nicht räthlich erscheinen lasse.[1])

Bei dieser Sachlage war ein rascher Schluss des Reichstages nicht zu erwarten. Doch besannen sich die Abgeordneten eines Bessern; schon nach einigen Tagen verflog die Erregtheit, die Beschlüsse der Delegation erhielten die Genehmigung und der Reichstag wurde am 11. April 1775 um Mitternacht geschlossen.

Mit der weiteren Verhandlung über die Grenzregulirung betraute man den ständigen Rath, jedoch mit der Beschränkung, dass die Vermittelung der Höfe von demselben „nicht anders angenommen werden könne, als in soweit ihr Ausspruch dem buchstäblichen Sinne des Tractates gemäss sein dürfte“, wenn aber eine Auslegung beliebt würde, so müsste die definitive Entscheidung einem künftigen Reichstag vorbehalten werden.[2])

Kaunitz erwartete von diesem Beschlusse nichts Gutes; den Bearbeitungen des Gesandten war es nicht gelungen, dem Conseil eine unbeschränkte Vollmacht zu verschaffen. Der österreichische Staatskanzler hatte seinen Entschluss längst gefasst. Nachdem eine gefügige Bereitwilligkeit der Polen nicht in Aussicht stand, wollte er nunmehr die Mediation Russlands anrufen. Er wünschte sehnlichst mit Preussen Hand in Hand gehen zu können. Indess Friedrich

[1]) Depesche Reviczky's vom 12. April 1775. (W. A.)

[2]) Depesche von Reviczky vom 5. April 1775. (W. A.)

war zu diesem Schritte nicht zu bewegen, er machte den österreichischen Gesandten aufmerksam, dass man in Petersburg auf die Mediation nicht eingehen werde, wofür man ihm daselbst Dank wusste. Bei Kaunitz brachte dies keine Sinnesänderung hervor. Russland konnte sich seiner Ansicht nach der Uebernahme der Mediation nicht entziehen. Willigte es in dieselbe, so konnte durch sogenannte legale Mittel die Demarcation nach eigenem Gutdünken abgemacht werden, weigerte es sich, war es noch immer Zeit auf andere Auswege zu sinnen. [1])

In Petersburg wurde die Vermittelung abgelehnt; in einem dem Geschäftsträger übergebenen Actenstücke wurde dargelegt, dass keine Handhabe dazu vorliege, die Kaiserin könnte ihre Ueberzeugung mit ihrem Wunsche, die Sache vorwärts zu bringen, nicht in Einklang bringen. Panin setzte mündlich hinzu, in der Verlegenheit, in der man sich befinde, könne man nicht anders handeln. [2])

Während der ersten Hälfte des Jahres 1775 zogen sich die Verhandlungen in schleppender Weise dahin. Branicki wurde abermals nach Petersburg gesendet und setzte daselbst alle Hebel in Bewegung, die massgebenden Kreise zu gewinnen. Bei Panin fand er taube Ohren. Der Pole bestürmte Potemkin, ob es nicht Mittel gebe, diesen Minister zu entfernen. Kaunitz hatte längst den sehnlichsten Wunsch, Concessionen machen zu können, aber er hatte in dieser Beziehung keine freie Hand. Er hatte schon im August des Vorjahres nochmals zur Nachgiebigkeit gerathen, schon aus dem Grunde, um Preussen, welches sich auf den Vorgang Oesterreichs berufe, jede Ausrede abzuschneiden, auch wollte er dies in

[1]) An Swieten 20. März 1775.

[2]) Reponse verbale a l'insinuation faite dans la meme forme par le chargé d'affaires de la cour de l'Autriche, dto Moscau 4. Mai 1775; bei der Depesche vom 22. Mai 1775. (W. A.)

Petersburg als eine Rücksichtnahme für die Kaiserin geltend machen, um die Unterstützung Russlands in der Bukowinaer Angelegenheit zu erlangen. Josef's Widerstand vereitelte diese Bemühungen des Staatskanzlers. Auf das Gebiet des Sbrucz, auf Dubienka und Casimir könne man nicht verzichten, setzte der Kaiser auseinander. Der fruchtbare District am Sbrucz mache Oesterreich hinsichtlich der Bezüge von Getreide vom Auslande unabhängig; Dubienka sei für den Getreidehandel auf dem Bug nicht zu missen, Casimir nicht nur wegen des Verkehrs, sondern auch als ein Schlüssel für den Besitz von Krakau wichtig; im Falle eines Krieges mit Preussen ermögliche es die Beherrschung der Weichsel, Schlesien zu bedrohen und den Kriegsschauplatz von Böhmen weg nach Schlesien und Polen zu verlegen.[1])

Preussen hatte mittlerweile auf das Drängen Panin's eine Declaration erlassen, worin es erklärte, auf einige Gebiete verzichten zu wollen, wenn auch Oesterreich sich dazu entschliessen würde. In Wien witterte man darin die Absicht, sich aus der Schlinge zu ziehen und dem Wiener Hofe alle Gehässigkeit aufzuladen. Kaunitz setzte es endlich durch, dass Josef an die Ausarbeitung einiger Vorschläge ging, auf deren Grundlage Reviczky zu unterhandeln die Befugniss erhielt. Nur an einem Punkt hielt man mit Entschiedenheit fest, dass jener Gebietstheil, der zwischen Sbrucz oder dem sogenannten Podgorcze und Szereth liegt, nicht zurückerstattet werden könne. Dagegen machte man sich anheischig, auf Casimir Verzicht zu leisten und die Herrschaft über die Weichsel der Republik zuzugestehen, wenn den galizischen Unterthanen das Recht der Schifffahrt und Fischerei zuerkannt würde.[2])

---

[1]) Vortrag vom 30. August 1774 (W. A.) u. Joseph an Maria Theresia 2. Oct. 1774 bei Arneth II, 40.

[2]) 16. Nov. 1775 an Reviczky. Die Vorschläge des Kaisers, Documente S. 73.

Kaunitz ersehnte den Abschluss der Angelegenheit. Da neue Jahr rückte heran, ohne dass hierzu eine Aussicht vorhanden war. Die Polen waren bereit, einige Concessionen zu machen; in die Abtretung des strittigen Districts bis an den Sbrucz schienen sie willigen zu wollen, jedoch forderten sie, dass Oesterreich an der Weichsel und am Bug sich mit den allerstrictesten Grenzen begnüge. Reviczky verlangte Verhaltungsbefehle. Kaunitz rieth zur Annahme.[1]) Josef stemmte sich gegen den Vorschlag. Die Polen verlangen zu viel, er könne nie rathen, darauf einzugehen, dies wäre ein gar zu grosses Stück; die Vortheile zur Deckung der Festung Zamosc gingen dadurch verloren, das Land bleibe offen, wenn man die Moräste und grossen Waldungen abtreten würde. Er stellte den Antrag, man sollte erklären, der von Oesterreich in Besitz genommene Antheil gebühre ihm nach der Convention nicht, jedoch sei man erbötig, das Ganze zurückzustellen, wenn auch die beiden anderen Mächte dasselbe thun wollten. Ein solcher Antrag würde ungemeines Aufsehen verursachen, man werde die Grenze nicht stückweise schwächen und sich nicht mit dem nur eingebildeten Vortheile begnügen müssen, den Antheil des Königs von Preussen zu vermindern.[2])

Kaunitz machte die grössten Bedenken gegen diesen Vorschlag geltend. Er gab zu, dass eine derartige Declaration grosses Aufsehen erregen werde, allein man werde Oesterreich jedenfalls beschuldigen, es habe sie nur aus dem Grunde erlassen, weil es überzeugt sei, Preussen und Russland würden sich nicht zu diesem Schritte entschliessen. Er wies auf den Eindruck hin, den dieser Vorgang in Preussen und Russland machen werde; mit beiden Staaten würde man es vollends verderben. Nicht ohne Grund hob

[1]) 9. December 1774 von Reviczky. (W. A.)

[2]) Note von Joseph vom 2. Januar 1776. Documente S. 74.

er hervor, dass Russland ohnehin nur durch die Macht der Verhältnisse gezwungen dem Theilungstractate seine Zustimmung gegeben habe; denn es habe dadurch mancherlei Vortheile eingebüsst. Der Czarin sei es nicht um die Erwerbung einiger polnischen Districte zu thun, sondern um die Behauptung ihres ausschliesslichen Einflusses in Polen, den sie mit keiner andern Macht theilen wolle.

Kaunitz rieth, bei den früheren Beschlüssen zu bleiben und Reviczky zu ermächtigen, auf Basis der vom Kaiser ausgearbeiteten Gradationen zu unterhandeln, sollte aber ein Resultat nicht erlangt werden, die Declaration abzugeben, dass man bereit wäre, alles dasjenige, was von polnischer Seite als eine tractatwidrige Ueberschreitung bezeichnet werde, zurückzuerstatten, wenn die Republik auch von dem Könige von Preussen die von ihm über die Convention hinaus besetzten Gebiete herausgegeben erhielte. Reviczky könnte auch, meinte Kaunitz, „um den vollen Ernst zu zeigen, dass man seine Nachgiebigkeit nicht missbrauche und sich nicht gleichsam nach und nach die besten Federn ausziehen lassen wolle“, dem russischen Botschafter mittheilen, dass er bevollmächtigt sei, das Ganze rückzustellen, und es dem Grafen Stackelberg überlassen, die Entscheidung zu treffen, was zu thun räthlicher sei.[1])

Die Kaiserin hatte einen ungemein schweren Stand; Josef war eigensinnig und wollte von einem Nachgeben nichts wissen. Er blieb trotz des Drängens Maria Theresia's bei seinen Ansichten, dass man bei den vor einigen Wochen abgesendeten Weisungen zu beharren habe; Reviczky sollte lieber alle Verhandlungen abbrechen.[2])

Kaunitz erliess demnach seine Weisungen an den Ge-

[1]) Vortrag vom 3. Januar 1776. (W. A.)

[2]) Verschiedene Bemerkungen von der Kaiserin und Joseph zu den Vorträgen vom 3. u 4. Januar 1776. (W. A.)

sandten in Warschau. Josef hatte zu diesem Behufe vier Vorschläge gemacht. Die vierte Gradation wäre das Aeusserste, wozu man sich entschliessen könnte; nur für den Fall, als er schon in weitere Concessionen sich eingelassen, so könnte er noch die Zurückgabe von Casimir als das Aeusserste und Letzte zugestehen. An Stackelberg sollte Reviczky die Mittheilung machen: Man sei der Grenzstreitigkeiten müde; man sei schon viel zu weit gegangen, man könne unmöglich zugeben, dass von dem Ganzen immer mehr abgezwackt werde und die Acquisition eigentlich werthlos würde. Lieber wolle man alles rückerstatten, wenn Russland und Preussen dasselbe zu thun sich entschliesen könnten.[1])

Noch ehe diese Weisungen abgesendet wurden, liefen Berichte des Gesandten aus Warschau ein, die bei genauer Analysen zeigten, dass er schon mehr eingeräumt, als man gegenwärtig in Wien eingestehen wollte. Kaunitz meldete dies der Kaiserin und erbat sich Verhaltungsbefehle. Maria Theresia war der Berathungen, der Reden und Gegenreden schon müde, sie gab dem Fürsten vollkommen freie Hand.[2]) Dennoch suchte Kaunitz sich so wenig als möglich von den zuletzt ausgesprochenen Ansichten Josef's zu entfernen.

Ehe indess der Courier mit den neuen Aufträgen in Warschau eingelangt war, hatte Reviczky endlich am 11. Jänner eine Vereinbarung erzielt. Er fürchtete nun den Unwillen und die Unzufriedenheit seines Vorgesetzten, der indess froh war, weiteren Schreibereien überhoben zu sein. Josef war zwar nichts weniger als zufrieden, aber Maria

[1]) An Reviczky vom 5. Januar u. P. S. vom 6. Januar 1776.

[2]) Die Resolution ist eine der merkwürdigsten, sie lautet: Ich finde nöthig, Fürsten zu melden, das, wenn auch in staatssachen eine resolution gebe, welche er weder nützlich dem Staat noch consequent denen staatsumbständen und verhandlungen findet er nach seiner treue und einsicht allzeit dagegen nur eine vorstellung machen solle, dies erwarte von ihm und befehle es. Maria Theresia.

Theresia bezeugte eine lebhafte Freude den ganzen Handel abgeschüttelt zu haben. Was dem Staatskanzler ein besonders Vergnügen machte, war der Gedanke, dass dem Könige von Preussen der abgeschlossene Vergleich mit den Polen nicht sehr angenehm berühren werde.[1])

Die Ende 1775 einlaufende Nachricht, dass Oesterreich sich zu Concessionen erbötig gezeigt habe und alle Aussicht zu einer Vereinbarung mit den Polen vorhanden sei, berührte Friedrich nicht angenehm. Lebhaft wünschte er, dass eine Beendigung der Verhandlungen mindestens so lange sich hinzöge, bis sein Bruder Heinrich, dessen Reise nach Petersburg seit einigen Wochen beschlossene Sache war, daselbst eingetroffen sein werde.[2]) Friedrich erwartete von der Einwirkung des Prinzen auf die Petersburger, dass man sich daselbst entschliessen werde, in Warschau für seine Forderungen einzutreten und auf die Polen einen Druck zu üben.

Von Petersburg kamen fortwährend Mahnungen an den König mit den Polen eine Vereinbarung zu erzielen. Der Zusammentritt eines neuen Reichstages stand bevor, Gerüchte waren im Schwunge, dass die Opposition in energischer Weise ihre Stimmen erheben werde, man wünschte daher alles beseitigt, was nur einigermassen zu Klagen Anlass geben konnte[3]). Auch sonst waren die Berichte nicht günstig. Man sprach abermals von dem Rücktritte Panin's, der das preussische Interesse energisch vertrat, und auch seiner Zeit den König aufgefordert hatte, auf seiner De-

---

[1]) Unschwer zu ermessen, dass dem Könige von Preussen unser Vergleich mit den Polen keineswegs angenehm sein könne, er habe sich dies jedoch selbst zuzuschreiben. An Reviczky 20. Januar 1776.

[2]) 31. Dec. 1775 an Benoit. (B. A.)

[3]) Solms $\frac{\text{23. Febr.}}{\text{5. März}}$ 1776. (B. A.)

marcation zu beharren[1]). Nun wehte wieder ein anderer Wind in der russischen Hauptstadt. Eine nicht unbeträchtliche österreichische Partei arbeitete zeitweilig nicht ohne Glück an der Wiederherstellung einer innigen Verbindung mit Oesterreich. Die Reise des Bruders Friedrich's war desshalb eine nothwendige; von ihm erwartete der König nicht nur eine Behebung aller Anstände und die Erlangung einer kräftigen Unterstützung in Warschau von Seite Russlands, um zu einem Abkommen mit den Republikanern zu gelangen, sondern auch die Befestigung des russisch-preussischen Bündnisses.

Heinrich langte am 13. April in Petersburg an. Die Aufnahme, welche ihm zu Theil wurde, war eine höchst freundliche. Die Kaiserin besprach mit ihm die schwebenden politischen Fragen, nur über die Grenzregulirung war sie sehr zurückhaltend[2]). Anfangs Mai übergab Solms eine Denkschrift, worin die Concessionen, die Preussen den Polen machen wollte, dargelegt wurden, wobei zugestanden wurde, dass die geforderte Demarcationslinie nicht dem stricten Wortlaute der Convention entsprach, da aber die Fassung der Uebereinkunft nicht ganz klar sei, so dürfte es nicht beanstandet werden können, wenn der König eine ihm günstigere Auslegung angestrebt hätte. Die russische Gegenschrift forderte dringend eine Erledigung der Angelegen-

[1]) Solms vom 12./13. Febr. 1775. (B. A.) Il (Panin) convient que l'aggrandissement de la maison d'Autriche doit justement allarmer mais comme on ne sauroit l'empecher, il sent aussi qu'il n'y a pas autre parti a prendre que celui de rester tranquille, et d'attendre le concours des evenements a venir pour l'arreter, on pour le reserrer, et il trouve que V. M. agira tres politiquement en se maintenant tout simplement dans la possession de ses demarcations a titre de conserver l'egalité avec celles d'Autriche sans insister d'avantage sur le ratification de la Rep. en Pologne.

[2]) Bericht von Solms vom 10./21. Mai 1776. (B. A.)

heit und sagte eine Unterstützung der preussischen Anträge zu.[1]) Vollständig zufrieden war man in Berlin mit der russischen Antwort nicht, man hatte dieselbe etwas weniger vague gewünscht.

Noch ehe diese Nachrichten aus Russland einliefen, hatte Benoit Weisungen erhalten, sich in Unterhandlungen mit den Polen einzulassen. Schweren Herzens entschloss sich der König dazu. Er hatte erwartet, dass die Regelung über den Besitz Brody's und Casimir's noch grossen Schwierigkeiten unterliegen werde. Dies war nicht der Fall. Nun da Oesterreich seinen Antheil durch einen neuen Vertrag in Sicherheit gebracht, konnte er seine Taktik, im Besitze des einmal abgegrenzten Gebietes zu bleiben, ohne sich um den Widerspruch der Polen zu kümmern, nicht ferner fortsetzen. Die Nothwendigkeit, mit der Republik ein Abkommen zu treffen, machte sich geltend. Am 24. April 1776 übergab Benoit dem permanenten Conseil eine Note, worin die Bereitwilligkeit hierzu ausgesprochen wurde. Schon zwei Tage darauf fand die erste Sitzung statt. Die Conferenzen liessen Anfangs ein gedeihliches Resultat nicht erwarten. Das Anbot Friedrich's genügte den Polen nicht; sämmtliche Orte, zu deren Abtretung sich Benoit anheischig machte, waren den Mitgliedern unbekannt. Stundenlang suchten sie auf allen Karten nach, um die Lage derselben kennen zu lernen; Benoit musste sie ihnen zeigen.[2])

[1]) Eclaircissement sur l'arrangement des frontières de sa Maj. le Roi de Prusse en Pologne, und Reponse de S. M. J. au papier remis à son ministre par le Cte de Solms au nom de son Altesse Roy. Monseigneur le Prince Henri; ferner Reponse à la note presentée par le Comte de Solms. (B. A.)

[2]) 22. Mai 1776 von Benoit. Der Antrag lautete auf Abtretung: depuis Lippin, par Kossowo, Ostrowitza, Dobrosolewo, Komorowo, Mirkorzin jusqu'à le point entre le moulin de Zuttoch et Wirzbinetz; die beiden letzten Orte sollen dem Könige bleiben.

Es gelang Benoit nicht, die Einwilligung des Conseils zu erzielen. Bald war es der eine, bald der andere Punkt, der ihren Widerspruch hervorrief. Die alten Klagen über Danzig und Thorn wurden wieder aufgefrischt. Friedrich drängte die Verhandlung zu beenden[1]); er wähnte, die Polen suchen desshalb so viele Schwierigkeiten zu machen, um beim Zusammentritt des nächsten Reichsrathes ihm alle Schuld zuzuschieben. Dies Vergnügen wollte er den Republikanern nicht machen und zeigte sich zu wiederholten Malen zu einigen Concessionen bereit[2]). Er bot der Republik eine Million an, wenn sein Besitz nicht geschmälert werde. Der Antrag fand keinen Anklang. Dem preussischen Gesandten wäre es jedoch nicht gelungen durchzudringen, wenn er nicht von Stackelberg in wirksamer Weise unterstützt worden wäre. Der russische Gesandte schrieb an Stanislaus, dass man endlich zum Schlusse kommen müsse. Dies scheint gewirkt zu haben. Am 22. August wurde die Grenzacte unterzeichnet.[3])

Der Reichstag hatte, wie schon hervorgehoben wurde, nicht blos die Aufgabe, die Abtretung der von den drei Mächten geforderten Gebiete zu legalisiren, sondern auch die Grundsätze einer neuen Verfassung festzustellen. Die Gesichtspunkte, die hiefür massgebend sein sollten, wurden

---

[1]) Am 29. Mai schrieb er eigenhändig an Benoit: pour terminer l'affaire non le mieux que je l'avoit desiré, mais le moins mal possible pour l'Etat.

[2]) An Benoit 10. u. 12. Juli 1776. (B. A.)

[3]) Depeschen von Benoit vom 14., 21. u. 24. August 1776 (B. A.) Die Grenzregulirungstractate vielfach abgedruckt, D'Angeberg, Recueil des Traités etc. 192 u. 196 fg. Preussen erhielt den Netze-District zugesprochen, einen Zuwachs von 139 Quadratmeilen über das in der Convention festgesetzte Gebiet mit 150.000 Einwohnern. Wie gross das bei der Grenzregulirung von Oesterreich erworbene Gebiet war, ist mir ziffermässig nicht bekannt. Vrgl. Preuss, Friedrich der Grosse IV, S. 51.

in Petersburg entworfen und Oesterreich und Preussen zur Genehmigung übermittelt. In dem Entwurfe ist für Alles und Jedes Sorge getragen, mit einer bewunderungswürdigen, diabolischen Umsicht ein jeder in Betracht kommender Punkt in's Auge gefasst. Bei den Verhandlungen mit Preussen und Oesterreich hatte der russische Premierminister die weitgehenden Ansprüche oft damit abzuweisen gesucht, dass die Republik künftighin eine entsprechende Mittelmacht bleiben müsse. Diese Behauptung wurde durch die russischen Vorschläge Lügen gestraft, indem in der raffinirtesten Weise Vorsorge getroffen wurde, dass der polnische Staat auch in Zukunft nicht erstarke, und jene Gebrechen, an welchen er bisher krankte, nicht beseitigt würden.[1])

Oesterreich war nicht abgeneigt, bis zu einem gewissen Grade eine Kräftigung der königlichen Gewalt zu befürworten. In diesem Punkte gingen die Ansichten Oesterreichs und Russlands auseinander. Während dieses das Königthum in Polen vollständig machtlos wissen wollte, Preussen sich allen Fragen gegenüber, welche die innere Verfassung Polens betrafen, vollständig gleichgiltig verhielt, Russland gewähren liess und die innere Verwirrung Polens verewigt wissen wollte, wünschte Kaunitz eine Erstarkung der königlichen Macht, damit Polen bei künftigen Eventualitäten einigermassen einen Damm den aggressiven Tendenzen Preussens entgegensetzen und im Bunde mit Oesterreich und Russland nützliche Dienste leisten könnte.

Von Russland ging auch der Vorschlag aus, für künftighin jeden Ausländer vom polnischen Thron auszuschliessen. Preussen war derselben Ansicht, da es einer Uebertragung der Krone an das sächsische Haus nicht günstig gestimmt war. Oesterreich hatte gegen Ausländer im allgemeinen nichts einzuwenden, und speciell für Sachsen erkaltete seine

[1]) Das Elaborat in den Documenten S. 133 u. 143.

Sympathie nicht. Allein es wollte deshalb in keiner Weise Russland entgegenwirken. Reviczky wurde daher angewiesen, sich in dieser Frage passiv zu verhalten und den Anhängern der sächsischen Dynastie zu bedeuten, man sei aus dem Grunde nicht in der Lage Stellung zu nehmen, weil sonst der Argwohn auftauchen könnte, Oesterreich beabsichtige einen Erzherzog oder den Prinzen Albert auf den polnischen Thron zu erheben. Auch fiel in die Wagschale, dass wenn die Berufung der Ausländer nicht ausgeschlossen werde, Russland oder Preussen bei geeigneter Gelegenheit dahin streben könnten, einem Mitgliede ihres Hauses die Krone Polens zu verschaffen. Der sächsische Minister, der bei dem Staatskanzler Schritte that, damit Oesterreich die Ausschliessung der Fremden von dem polnischen Thron hintertreiben möge, erhielt zur Antwort, wenn Kursachsen die Berliner oder Petersburger auf seine Seite bringe, so werde man zur Unterstützung dieser Angelegenheit bereit sein. [1])

Nach mannigfachen Verhandlungen wurde folgende Vereinbarung getroffen: Die Wählbarkeit der Könige sollte als Grundgesetz des Reiches erhalten bleiben; nur ein Piast zum Oberhaupt der Republik erkoren werden dürfen. Die Kinder und Enkel eines Königs sollen erst nach dem Intervalle zweier Regenten gewählt werden können. Von einer Erweiterung der Machtbefugnisse des Königthums war keine Rede, im Gegentheil, dieselben wurden noch mehr beschränkt. Während aber bisher blos die grossen adeligen Familien auf die Regierung und speciell auf die Verwaltung des Landes Einfluss besassen, sollte nunmehr auch der kleinere Adel herbeigezogen und den bisher bevorrechteten Magnaten als ein Gegengewicht entgegengestellt werden. In Petersburg behauptete man, dass man auf diese Weise nur

[1]) An Reviczky 22. März u. 7. November 1773. (W. A.)

den richtigen Principien einer Republik, auf Gleichheit in den Befugnissen der drei Stände, des Königs, des Senats und des Ritterstandes fussend, Rechnung trage. Als ein geeignetes Mittel hierzu bot sich die Einrichtung eines permanenten Conseils, welcher dem Könige zur Seite stehend, mit der Ausführung der reichstägigen Beschlüsse, überhaupt mit der Ueberwachung der gesammten Verwaltung betraut werden sollte. In dieser Körperschaft sollte nun auch die Ritterschaft durch einige vom Reichstage gewählte Mitglieder vertreten sein[1]).

Die weiteren Bestimmungen über die Organisation des permanenten Rathes kamen erst im April 1774 zur Berathung. Die Debatten wurden in heftig erregter Weise geführt; eine Partei, deren Wortführer Sulkowski war, arbeitete auf eine weitgehende Beschränkung der königlichen Würde hin. Endlich wurde ein Compromiss getroffen, indem die hervorragendsten Mitglieder der Delegation für einander gegenseitig gewisse Vortheile ausbedangen, nach deren Gewährung sie jede Opposition fallen liessen. Dem Bischofe von Cujavien wurde die Nachfolge in dem Bisthum Krakau nach dem Ableben Soltyk's ohne Weiteres zugestanden; der Krongrosskanzler und der Vicekanzler erhielten jährliche Pensionen, jener von 120.000, dieser von 80.000 Gulden zugesichert; Poninski und Sulkowski gingen nicht leer aus. Der König erhielt für die Einbusse, die seine bisherigen Befugnisse erlitten, eine Entschädigung, indem die Republik die Bezahlung seiner Schulden übernahm und sein jährliches Einkommen beträchtlich erhöhte. Die Mitglieder der Delegation verfügten mit einer Gewissenlosigkeit sondergleichen über das Hab und Gut des Staates und hatten dabei nur

[1]) Vrgl. Art. II des Premier acte separé entre la Pol. et la Russie, bei Martens T. II, p. 136 und Punkt 12 des russischen Entwurfes in den Documenten S. 150.

im Auge, so viel als möglich für sich herauszuschlagen; das Wohl der Republik kam dabei gar nicht in Betracht. Die Bestimmungen, über die man sich einigte, waren folgende: Die Mitglieder des Conseils werden vom Reichstage nach je zwei Jahren gewählt, und zwar je 18 aus dem Senate und Ritterstande. Der König muss alle Ausfertigungen, deren Genehmigung vom permanenten Rathe erfolgt, unterschreiben; er verzichtet auf das Recht, die Bischöfe, Palatine, Castellane und Minister zu ernennen, und ist an den Ternavorschlag des Rathes gebunden. In ähnlicher Weise hat die Wahl der Kriegscommissäre und der Commissäre für die Schatzkammer zu erfolgen. Der permanente Rath theilt sich in fünf Sectionen: für das Auswärtige, die Polizei, das Kriegswesen, die Justiz und die Schatzkammer.[1])

Grosse Schwierigkeiten bereitete die Dissidentenfrage. Kaunitz fasste die Sache rein vom politischen Standpunkte auf. Die Freiheit der Religionsübung sollte in keiner Weise beeinträchtigt werden, nur die völlige Gleichstellung mit den Katholiken, insbesondere die den Dissidenten seit 1768 eingeräumten Rechte der Wählbarkeit zu allen Staatsämtern und in die Vertretungskörper, wünschte er beseitigt, und zwar aus dem Grunde, weil dadurch nur dem Einfluss Russlands und Preussens eine Verstärkung zu Theil wurde.

Die Delegation nahm erst im Februar 1775 die definitive Regelung der Dissidentenfrage in Angriff. Vornehmlich dem Einflusse des Nuntius war es zuzuschreiben, dass die Erledigung dieser Angelegenheit so lange hinausgeschoben wurde.[2]) Am 21. Februar wurde ein Subcomité gewählt, welches mit dem russischen Gesandten eine Vereinbarung zu erzielen betraut wurde. Stackelberg hatte in

---

[1]) Vrgl. Herrmann V, 551 fg.

[2]) Reviczky am 8. Febr. 1775. (W. A.)

dieser Richtung die bündigsten Weisungen; Panin drang darauf, die Bestimmungen des Tractats vom Jahre 1768 möglichst zu retten. Nur war der Gesandte ermächtigt, in die Aufnahme der Bestimmung zu willigen, dass die Dissidenten künftighin vom Senate und Ministerium ausgeschlossen werden sollten. Mit Unmuth ging er an die Verhandlungen, da er einen heftigen Widerstand von Seite der Polen befürchtete; ihm wäre es am angenehmsten gewesen, die ganze Angelegenheit unentschieden zu lassen und eine definitive Regelung auf bessere Zeiten zu vertagen. Reviczky erklärte, an den Sitzungen keinen Antheil nehmen zu wollen, da man in Wien die russischen Forderungen in dieser Beziehung nicht unterstützen könne, jedoch unter der Hand zur Beschwichtigung der Gemüther und zu einem Ausgleiche der einander entgegenstehenden Ansichten das seinige beizutragen. [1])

In Folge einer Unterredung mit dem Nuntius übernahm es Reviczky, dem russischen Gesandten einige Propositionen zur Schlichtung der Angelegenheit zu machen. Die Wählbarkeit der dissidentischen Candidaten, drei an der Zahl, je einer für Grosspolen, Kleinpolen und Lithauen, sollte auf jene Familien beschränkt bleiben, welche zur Zeit des Tractats im Jahre 1768 das polnische Indigenat besassen; die Dissidenten von dem Ministerium, dem permanenten Rathe und allen Dicasterien ausgeschlossen, das Jahr 1768 als Normaljahr hinsichtlich des Besitzes der Kirchen festgesetzt, der gemischte Gerichtshof abgeschafft werden.

Stackelberg willigte hinsichtlich des ersten Punktes schliesslich ein, auch bezüglich der Abschaffung des gemischten Gerichtshofes wollte er unter der Bedingung nachgeben, dass bei allen die Dissidenten betreffenden

---

[1]) Reviczky am 22. Febr. 1775. (W. A.)

Processen die Mitglieder des Gerichtshofes zur Hälfte aus Dissidenten zu bestehen hätten. Die beiden andern Punkte lehnte er ab. Reviczky konnte sich durch Einsicht in die Weisungen Stackelbergs überzeugen, dass er bis an die Grenze der Nachgiebigkeit gegangen sei. Der Nuntius war damit zwar nicht zufrieden, musste jedoch bekennen, dass die den Dissidenten gelassenen Privilegien allem Anscheine nach blos chimärisch seien. Trotzdem verlangte Garampi, der österreichische Gesandte solle um jeden Preis auf Beseitigung des Tractats von 1768 bestehen und dahin wirken, dass die Delegation sich durch eine specielle Gesandtschaft an den Wiener Hof wenden möge.

Reviczky machte die Delegirten mit dem Resultate der Verhandlung bekannt. Diese waren voll Dank. Nur durch Oesterreich habe man diese glänzenden Resultate erreicht, man gebe sich der Hoffnung hin, dass durch ferneren hohen Beistand die katholische Religion in Polen bei glücklicheren Zeitumständen den ganzen Umfang ihrer Gerechtsame, durch völlige Ausschliessung der Dissidenten von den ihnen noch eingeräumten Befugnissen und Privilegien, wieder erhalten werde.

Am 27. Februar übergab Stackelberg sein Ultimatum und begleitete es mit der Erklärung: er könne nicht mehr das Geringste daran ändern, es bleibe den Delegirten nur übrig es anzunehmen oder abzulehnen. Wohl machten noch einige Mitglieder der Delegation Einwendungen, allein der Krongrosskanzler, Bischof von Posen, führte ihnen die bedenklichen Folgen einer Weigerung zu Gemüthe, und wie gefährlich es wäre, den Tractat von 1768 ganz ungeändert zu lassen. Die Rede wirkte. Ohne ferneren Widerstand schritt man zur Unterzeichnung des Ultimatums, verlangte jedoch von Stackelberg die schriftliche Erklärung, dass er dasselbe nicht der freien Berathschlagung unterwerfe, sondern dessen

Annahme schlechterdings fordere, worüber der Minister eine Schrift auszustellen versprach.[1])

Die erste Theilung des Landes war eine vollendete Thatsache; ein Ereigniss von einschneidender Bedeutung für jene Staaten, die sich daran betheiligten, und für die europäische Geschichte. Dass ein Eroberer nach einem glücklich geführten Kriege beim Friedensschlusse als Bedingung eine Abtretung von Land und Leuten fordert, ist eine regelmässige, in der Geschichte wiederkehrende Thatsache. Hier verbanden sich drei Staaten, um von einem Volke die Cession von Gebieten zu erzwingen, auf Rechtstitel fussend, die eines jeden Scheines der Begründung entbehrten.

Dies Ereigniss wäre eine Unmöglichkeit gewesen, wenn das europäische Staatensystem nicht im Zustande vollständiger Auflösung sich befunden hätte. Von jenen Allianzen, die in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts das politische Leben des Continents bestimmten, bestand keine einzige mehr in Kraft. Die Verbindung zwischen Frankreich und Oesterreich war nicht fest gekittet genug, um in entscheidender Weise ihren Einfluss in den europäischen Angelegenheiten geltend zu machen; die Gesichtspunkte der österreichischen und französischen Politik waren nicht die gleichen, und gerade in der bedeutungsvollsten Frage, in der polnischen, gingen die leitenden Staatsmänner trotz aller Versicherungen des Zusammenhaltens eigene Bahnen. Frankreich, an Worten und kleinen Hilfsmitteln reich, beschränkte sich darauf, Russland Schwierigkeiten über Schwie-

---

[1]) 8. März 1775 von Reviczky. (W. A.)

rigkeiten zu bereiten, und die Unterstützung, welche es den polnischen Conföderirten gewährte, war mehr von dem geheimen Streben dictirt, der moskowitischen Macht die Lage zu erschweren, als den Conföderirten unter die Arme zu greifen.[1])

Zeitweilig trug man sich in Frankreich mit dem Gedanken, das Geschick, welches Polen drohte, durch eine Verbindung mit England zu hintertreiben. Viele Diplomaten waren überzeugt, dass nur auf diese Weise die Pläne der verbündeten Höfe gekreuzt werden könnten. Indessen von dem Vorsatze bis zur Ausführung war ein weiter Schritt. Ruhig hatten die Westmächte in dem letzten Decennium die Uebermacht Russlands in Polen ungestört sich entwickeln lassen, und selbst die Ahnung, dass zwischen Preussen und Russland bestimmte Abmachungen vorhanden seien, welche man Jahre lang früher annahm, ehe dieselben verwirklicht wurden, hatte die Staatsmänner Frankreichs und Englands nicht angetrieben, aus ihrer Unthätigkeit herauszutreten. Nun war es zu spät. Ein englischer Staatsmann entblödete sich nicht, den Theilungsvertrag eine curiose Verhandlung zu nennen, und konnte vor Neugierde das Manifest des Königs von Preussen nicht erwarten. Und als endlich Anfangs October 1772 die Botschafter der drei Mächte in London die Erklärung über die Theilung Polens abgaben, schwang sich der König zu der banalen Antwort empor: er wolle voraussetzen, dass die drei Höfe von der Gerechtigkeit ihrer Ansprüche überzeugt sind, obgleich Seine Majestät nicht von den Beweggründen ihres Verfahrens unterrichtet ist. Bei der bald darauf erfolgten Parlamentseröffnung wurde der Theilung Polens nicht einmal erwähnt, und nur darüber drückte man seine Freude aus, dass der Friede ungetrübt

---

[1]) Vrgl. die beiden Schriftstücke aus den Jahren 1769, Documente S. 5 fg.

erhalten bleibe. Nicht besser erging es in Frankreich. Der Herzog von Aiguillon nannte die Theilung Polens eine höchst auffallende Begebenheit, die in Erstaunen setze und selbst diejenigen überrascht haben müsse, welche der Scene näher waren.[1])

Die einzige Macht, die zu Gunsten der Polen einen Schritt that, war die römische Curie, welche eine fieberhafte Thätigkeit entfaltete, um das Theilungsproject zu hindern. Seit dem Frühjahre 1771 wurden die katholischen Mächte, Oesterreich, Frankreich und Spanien, bestürmt, gegen die verabscheuungswürdige Politik in die Schranken zu treten. In Frankreich erhielt der Nuntius zur Antwort, dass man das Schicksal Polens wohl sehr beklage, aber nichts thun könne, weil man fest entschlossen sei, keinen Krieg zu führen. Einige Monate später versuchte Garampi im Auftrage des Papstes Oesterreich von der Vereinbarung abzubringen. Maria Theresia betheuerte, sie wolle alle polnischen Gebiete zurückgeben, wenn sich Russland und Preussen zu dem gleichen Schritte entschliessen wollten.[2]) In dem Munde Maria Theresia's war dies keine blosse Phrase. Zeit ihres Lebens konnte sie den Gedanken nicht verwinden, zur Theilung Polens ihre Zustimmung gegeben zu haben. Unter harten Kämpfen hatte sie sich entschlossen, endlich dem Einstürmen ihrer Umgebung zu weichen und ihre instinctiv bessere Ueberzeugung dem überlegenen Rathe der Männer zum Opfer zu bringen. Lange stemmte sie sich gegen alle sophistischen Gründe ihres Staatskanzlers, lange ertrug sie das unsanfte Benehmen ihres Sohnes, endlich gab sie nach. Nie konnte sie es verschmerzen, ihren reinen Namen, wie sie sagte, durch diese That beschmutzt zu haben.

[1]) Bei Raumer a. a. O. II, 406 und 501.

[2]) Vrgl. die Berichte Garampi's bei Theiner IV, 2, S. 449—60.

Dem Widerstande der Kaiserin lagen politische Motive nicht zu Grunde; nur ihr Gefühl lehnte sich gegen die Betheiligung auf. Aber man wird bei sorgfältiger Erwägung nicht in Abrede stellen können, dass die Antheilnahme Oesterreichs an der Theilung Polens, gelinde gesagt, ein politischer Fehler war.

Die Erwerbung Russlands beschränkte sich damals auf Gebiete, die zumeist von Bekennern der griechisch nichtunirten Kirche bewohnt waren, auf welche daher der russische Staat eine mächtige Anziehungskraft ausübte. Die Stellung Catharina's zwang sie auf diese Bevölkerungsschicht Rücksicht zu nehmen und für sie einzutreten. Sodann machen auch politische Verhältnisse es erklärlich, dass man in Petersburg darnach strebte, Polen in volle Abhängigkeit von Russland zu bringen. Das Streben der russischen Politik war dahin gerichtet, in den westeuropäischen Angelegenheiten das Gewicht Russlands zur Geltung zu bringen: nur durch eine Verbindung Polens und Russlands war die Möglichkeit gegeben, diese Tendenzen zu verwirklichen. Einige Staatsmänner in Petersburg würden es allerdings gerne gesehen haben, wenn man scheinbar die Selbstständigkeit der Republik in ihrem ganzen Umfange hätte aufrechterhalten können. Diese Bestrebungen waren jedoch gescheitert, und wie wir gesehen waren theils die inneren Verhältnisse Polens, theils die auswärtigen Verwickelungen die Ursache, dass man sich in Petersburg entschloss, die Initiative zu einem Abkommen mit den beiden Nachbarstaaten zu ergreifen.

Für Preussen war die Erwerbung jener Gebiete, die es bei der ersten Theilung erworben, eine Nothwendigkeit. Nicht darauf wird man Gewicht legen können, dass es Gebiete zurückerhielt, die Polen den Deutschen früher abgenommen hatte. Ein Blick auf die Karte zeigt zur Genüge, dass die Entwickelung und Befestigung des preussischen Staatswesens dazu hindrängte, nach dem Besitze eines Län-

derstrichs zu streben, der nicht blos in das preussische Staatsgebiet hineinragte, sondern dasselbe förmlich in zwei Hälften schied. Polnisches Land trennte Pommern und Brandenburg von dem eigentlichen Preussen. Der Natur der Sache nach musste früher oder später ein harter Kampf um den Besitz dieser Strecke sich entspinnen, und Friedrich that eigentlich nichts anderes, als den günstigen Moment benützen, um durch eine bewunderungswürdige diplomatische Kunst zu erlangen, was sonst durch die Schärfe des Schwertes hätte erworben werden müssen. Zwischen Preussen und der Republik stand ein Kampf auf Tod und Leben bevor, und wie die Dinge damals lagen, fragte es sich auch darum, ob Preussen oder Russland an diesem Ostseestrich festen Fuss fassen würden.

Dagegen muss es bezweifelt werden, dass die Erlangung polnischen Landes für Oesterreich auch nur vortheilhaft war. Es lässt sich nachweisen, dass blos falsche Vorstellungen von dem Staate hiebei mitgewirkt haben. Der Gesichtspunkt, ob das neu zu erwerbende Gebiet sich dem Kern der Monarchie einfügen lasse, blieb zuletzt ganz unberücksichtigt. Das quantitative Moment, um mich so auszudrücken, kam dabei zumeist in Betracht. Man forderte einen Antheil, um den Nachbar nicht allzumächtig werden zu lassen, und legte den Schwerpunkt auf die territoriale Vergrösserung. Doch hatte man ein instinctives Gefühl, dass Oesterreich eigentlich durch polnische Gebiete einen wirklichen Machtzuwachs nicht erhalte. Beweis dafür die mannigfachen Objecte, die man in's Auge fasste, ehe man sich entschloss, in Polen zuzugreifen, wozu man sich endlich bestimmen liess, nachdem alle anderen Versuche, sei es, sich auf Kosten der Pforte zu erweitern oder Schlesien wiederzugewinnen, gescheitert waren.

Kaunitz glaubte allerdings ein Meisterstück verübt zu haben. Vom Standpunkte der Diplomatie hatte er auch

recht. Nur gezwungen durch die Macht der Umstände setzte er seinen Zeitgenossen auseinander, habe Oesterreich sich fügen müssen, wenn es das Gleichgewicht mit den Nachbarstaaten, Preussen und Russland, habe aufrecht erhalten wollen. Welch bedeutsamen Antheil seine Politik an den Ereignissen hatte, wusste er den Späherblicken der Mitwelt und dem Forschergeiste der Nachwelt wenigstens ein Jahrhundert lang zu verdecken. Er würde sein Herzblut hergegeben haben, wenn er diese Nothwendigkeit hätte vermeiden können, sagte er dem Einen; Oesterreich wäre bereit gewesen, sein Schärflein zur Hintertreibung der ganzen Sache beizutragen, klagte er dem Andern. Er liess seinen Gefühlen freien Lauf und verschmähte nicht zu Thränen seine Zuflucht zu nehmen, um so recht den Schmerz zu zeigen, der ihn selbst noch bei dem Gedanken an die vollbrachte That überschlich. Demüthig bedauerte er, seine reine Hand befleckt und seinen Entschluss, sich von den Geschäften zurückziehen, nicht früher ausgeführt zu haben.

Die Theilung Polens hätte nicht vollzogen werden können, wenn nicht die inneren Verhältnisse der Republik ein solch trostloses Bild der Verwirrung und Ohnmacht geboten hätten. Dieser Staat zeigte seine vollste Unfähigkeit sich zu consolidiren. Jahre lang rangen die Parteien miteinander, ohne Mittel zu finden, den heillosen Kämpfen ein Ende zu machen. Nicht die Einmischung der fremden Mächte trug hiebei allein die Schuld, diese fällt zumeist den Führern anheim, die ohne leitenden Gedanken, ohne irgend eine befruchtende schöpferische Idee die Wirren durch gegenseitige Befehdung steigerten und mehrten. Die Conföderirten konnten nicht von ihren eigenen Hilfsmitteln die Befreiung des Vaterlandes erwarten, sie bauten auf das Dazwischentreten des Auslandes, auf die Siege der Pforte, auf eine Intervention von Seite Oesterreichs und Frankreichs. Ihnen selbst fehlte die Kraft und das Verständniss,

zur Heilung der schweren Wunden des Vaterlandes beizutragen. Unbeständigkeit und Unvernunft machten sich aller Orten breit. Der Pole glühte von Vaterlandsliebe, in jedem Momente war er bereit, sein Leben in die Schanze zu schlagen, aber für die harte staatliche Arbeit besass er nie Sinn und Verständniss.

Einsichtige Polen ahnten das traurige Geschick ihres Landes längst. Der Theilungsgedanke lag seit einem Jahrhundert in der Luft. Seit der Schwedenkönig sich zuerst mit der Losreissung polnischer Gebiete getragen, haben selbst die königlichen Häupter der Republik ähnlichen Gedanken gehuldigt. August der Starke hat beim Antritte seiner Regierung und am Ende seines Lebens sich mit Theilungsideen beschäftigt, um für den verbleibenden Rest die volle Souveränität zu erlangen. Preussen war eine zu diesem Behufe umworbene Macht; von Schweden, Sachsen und auch von Frankreich gesucht. Als nach dem Ableben August II. ein Kampf um die Nachfolge entbrannte, suchte Frankreich Friedrich Wilhelm I. durch ein Anbot für den französischen Candidaten zu gewinnen, und die Staatskunst Choiseuls war mit Vergnügen bereit, Ermeland und Kurland hinzugeben, wenn Friedrich II. von seinem Bündnisse mit Russland hätte zurücktreten wollen. Seit Jahrhunderten entschieden Fremde über die Schicksale der königlichen Republik, und die Polen selbst erwarteten das Heil nur von der Fremde. Kein Wunder, wenn sich der Fremde im Lande einnistete. Die sogenannte Selbstständigkeit und Unabhängigkeit Polens war längst ein frommer Traum, der mit der Wirklichkeit in grellem Widerspruche stand. Ein unerbittliches Naturgesetz macht sich auf allen Gebieten des menschlichen Lebens geltend, auch auf dem politischen und socialen. Wenn das tiefsinnige Wort irgendwo angewendet werden kann, so ist es hier: Die Weltgeschichte ist das Weltgericht.

Analecten.

I. Catharina II. an Stanislaus Poniatowski.

Ce 11 novembre 1872.

Votre numéro 5 m'est parvenu pour traiter l'affaire de la pretendue trahison avec vigueur, il faudroit bien des preuves, mais enfin il est impossible qu' au juste celui que vous me nommez, sache mes dessins, parcequ'il n'y a que Kayserling, à qui je me sois ouverte. Il a toute ma confiance et mes instructions écrites de ma propre main. Je metterai ordre à être servie selon mes intentions. Je ne puis ni ne veux vous dire tous les empechemens qu'il y a pour vous a venir ici, je vous en ai dit assez dans mes precédentes, et je ne vous mens point; il n'y a que moi qui puisse me gouverner dans toutes les situations de ma vie. Je vous déconseille des voyages secrets, parceque mes pas ne peuvent pas l'être; ma situation est telle que j'ai bien des ménagemens etc. etc. à garder, et le moindre soldat aux gardes en me voyant se dit: „Voilà l'ouvrage de mes mains", et malgré cela tout est fermentation, dont encore nouvellement vous devez avoir entendu des preuves. Je vous avoue que je désirerois fort de sçavoir le mal qu'on dit de moi dans les autres païs, car pour ici tout est così così. Soyez assuré que je vous soutiens et soutienderai; Rzewusky aura un pied de nez, j'en étois dejà fort mal contente et à present je le suis encore plus. Je suis étonnée de Strekalow; il a eu ordre de se cacher de sa commission à Rzewusky par le conseil de Kayserling, il me le décrit comme peu sûr et très sot — chose que démontrent ses lettres. Je m'en vais écrire à Kayserling pour vos nouvelles recommendations. Je meurs de peur pour les lettres que vous m'écrivez. Je ne sçais point ce qu'on dit des gens qui m'entourent, mais je sçais bien que ce ne sont ni de vils flatteurs, ni des âmes laches et basses, je ne leur connois que des sentimens patriotiques, aimant et pratiquant le bien, ne trompant personne et ne prenant point d'argent pour ce que leur crédit les met en droit de faire. Si avec ces qualités ils n'ont pas le bonheur de plaire à ceux qui les voudroient voir corrompu, ma foi, eux et moi nous passeront de leurs approbations. Je verrai ce que je pourrai faire pour Osten, que je serai très aise d'avoir à mon service. En cas de trop grande persécution pour vous chez vous, vous pouvez me reclamer comme garante de vos libertés, et c'est sur ce point, que sont fondées toutes les instructions de Kayserling. Je ne fais pas de lettre à cet ambassadeur sans lui dire de vous soutenir. Mille complimens à vos parens, par-

donnez la confusion de cette lettre, je suis pressée. J'ai reçu vos chiffres. Bestoucheff n'a quasi pas de crédit chez moi et je ne le consulte que pro forma.

II. Maria Theresia an die Kurfürstin.[1]

Ce 10 Juni (1763).

J'ai trouvé poniatowski comme vous me l'avez depeint il me paroit tout plein des zele pour vous servir mais je ne sauroit en repondre il m'a demandée d'etre commandée a Vienne pour être plus aportée de savoir nos intentions je l'ais fait il assure qu'il tache de ramener sa famille je les souhaîte bien ardement en attendant je ne negligee rien pour l'animer toujours. La russie nous a demandée avec gran empressement il y a 6 semaine nos idees sur la Pologne en cas de vacance avec les plus belles paroles voulant faire cause comune avec nous, vous jugeroit combien nous etions etonnée ici de ce langage nous l'avons pris pour un piege pour savoir nos intentions d'autant plus qu'a merci on ne disoit rien de celle et que c'etoit par la voie du prince gallizin leur ambassadeur ici qu'on nous faisoit cette ouverture. j'espere que vous ne douterois pas de notre reponse charmée de cette ouverture confidentielle avec beaucoup de verbiage nous n'avons aucune difficultée a leur declarer que nous ne souhaitons que le maintien du repos et de la Constitution du royaume de Pologne en leur laissant la liberté d'elire leurs rois en tranquillité et que pour obtenir ce but et le bonheur de ces peuples nous ne trouvions de plus convenable que le prince royale tant par reconnaissances pour le maison saxe que par les rares qualitez qui seule devroit decider ces peuples et tout les voisins et alliez a une prompte decision qu'au reste nous ne contions aucunement nous ingerer en rien. Sur cette reponse que nous avons donné ici a leur embassadeur et a merci le courier est retournée avant hier on s'excuse de ne plus trouver la chose si pressante le rois etant si bien retablit.

III. Die Kurfürstin von Sachsen an Maria Theresia.

Madame. Votre Majesté me pardonera si je l'importune de nouveau par mes lettres, mais come je ne luy ay écrit qu'en gros dans ma première lettre, je prens la liberté de luy parler dans celle-cy plus en détail. Elle est la seule amie que j'ay au monde, l'unique sur la-

[1]) Ganz eigenhändig, (Dresdener Archiv).

quelle je compte; ainsi je vais luy ouvrir mon coeur et luy rendre compte de ma conduite, pour luy prouver que je n'ay rien de reservé pour elle. Je doiѕ premièrement luy dire touchant brühl que, ayant dû confirmer ad interim jusqu' à ce que nous ayons le tems de faire un nouvel arangement dans les colèges et dicastères, tous ceux qui y sont, je n'ay pu m'empêcher de les comprendre dans la totalité sans luy faire son procés qui auroit été une nouvelle affaire et un surcroît d'embaras dans le moment present. Mais il n'a en effect rien à dire et je ne m'en sers que pour en tirer les notions qu'il n'y a que luy en état de doner. Du reste mon mari qui m'honore de son entière confiance, s'en repose sur moy et nul premier ministre n'existera jamais chès nous. Pour revenir aux affaires de pologne, come V. M. m'a recommendé de tacher de gagner la Russie et le Roy de Prusse, nous avons écrit à la première simplement pour luy dire que nous desirions la royauté et pour luy demander ses bons offices, et j'ai ecrit moy, au dernier pour le somer de la parole qu'il m'a doné. Je crois avoir suivi en cela de point en point les avis de V. M.; à present il reste encore à tacher de gagner les czartorinski, et j'envoye à cette fin à V. M. une lettre pour poniatowski que je la suplie de luy remetre et d'apuyer par la première recommendation et de l'engager d'aler luy même travailler en ma faveur dans sa famille aux principes desquels j'ay dejà écrit, et si quelques uns ont été oubliés, il n'y a pas de ma faute. Pour le reste je ne suplie pas Votre Majesté de m'apuyer de tout son pouvoir, je scais que son soeur est pour moy et je m'en raporte à luy; mais come la france poura être utile et qu'on dit qu'il est indispensable de gagner la pompadour, ce dont je ne puis trouver le moyen, n'étant en aucune liaison avec elle et n'osant même y entrer directement à cause de la dauphine, j'oserai suplier V. M. de s'employer à me la rendre favorable. Je luy demande pardon de touttes mes demendes, ce sont des preuves de l'entière confiance que j'ay en elle, je la regarde come une autre moy-même, pour laquelle je n'ay rien de caché. Je dois luy dire encore une chose, que j'oubliois, c'est que nos deux frères Xavier et Charles se sont accordé pour nous seconder; le premier a fait touttes les demarches en conséquence en france et à l'ambassadeur de france icy, et le second nous a promis tous ses amis en pologne. J'ay l'honeur d'être avec le plus respectueux et inviolable attachement,

Madame,

de Votre Majesté très-humble servante

Marie Antoine.

Dresde, ce 7 octobre 1763.

IV. Catharina an den Kurfürsten von Sachsen.

Monsieur! Mes sentimens pour Vous et Votre maison me font partager bien sincérement la juste douleur dont le Coeur de Votre altesse Royale est affecté et que Vous m'avez notifiée par votre lettre du 6 octobre. J'ai de plus à regretter dans la personne du Roi Votre Pere le voisin et l'ami de Mon Empire. La confiance avec laquelle Vous me communiquerez vos vuës sur la couronne qu' Il possedait, ne peut que m'être sensibler. Sans me les expliquer davantage, je me persuade qu'elles ne peuvent tendre qu' a une élection libre et unanime de la Republique, la seule qui puisse établir un droit legitime et c'est à ce point unique que s'est rapportée l'assistance que mes Prédécesseurs ont donné aux Vôtres. Je suis intentionné a leur exemple de maintenir la Pologne dans cette précieuse liberté de se choisir son souverain, prérogative à laquelle le voisinage de Mon Empire doit me rendre attentive. Ce sont là mes vrayes dispositions dont Je fais part à Votre Altesse Royale. La parfaite estime de l'amitié que j'ai pour vous m'oblige de m'ouvrir d'avantage. Je prévois des difficultés insurmontables pour Votre Altesse Royale afin des reunir les esprits dans une election libre et unanime en sa faveur et par une suite de ces memes sentiments Je dois Monsieur Vous conseiller en vraie amie de ne pas exposer vos interets dans une affaire dont l'issue ne sauroit répondre sans doute a vos vues. Mes reponses à la communication plus detailée que Votre Ministre me fera ainsi que mes démarches sont conformes aux principes et aux sentimens, que Je viens de Vous communiquer. V. A. R. pourrait être persuadée, que dans toute autre occasion Je me feroit un vrai plaisir de contribuer à Votre satisfaction etant avec une veritable amitié etc.

à St. Petersbourg 11 octobre 1763.

(Signé) Catherine.

V. Der Kurfürst von Sachsen an Catharina. [1])

Madame.

J'ai reçu avec la plus vive réconnaissance les témoignages d'amitié que V. M. a bien voulu me donner par Sa lettre du l' 11. du mois passé.

Le juste interêt qu'Elle prend au sort de la Pologne, M'engage à L'assûrer, que dans Mes démarches pour obtenir ce Royaume, Je n'employerai aucun moyen capable, de troubler la tranquillité, ne désirant tenir la Couronne, que des suffrages libres de la Nation. Cette

[1]) Ecrite de Main propre de S. A. R. Mgr. l'Electeur.

Couronne me seroit d'autant plus précieuse, que Me rendant voisin de V. M., Elle Me donneroit moyen de Lui témoigner Mon respectueux et sincére attachement, en resserant les noeuds d'une Alliance, qui a si long têms, et si heureusement subsistée entre l'Empire de Russie et Ma Maison. Je serai toute ma vie dans ces sentiments.

Madame

de Votre Majesté
Le très-humble serviteur.

à Dresde ce 28 novembre 1763.

VI. Maria Theresia an Kaunitz.

26. Januar 1769.

Vous me dirois c'est que vous en pensez de ce plan. A Niegeant je crois il faut ecrire claire qu'il nous paroit que c'est une defaite que le roy cherche a eluder l'entrevue dans ce cas nous sommes pretes d'y acquiescer qu'il depend asteuer du roy de decider pour ou contre ne pouvant nous persuader que le Roy puisse croire après nos declarations faite de penser au trone de pologne pour la maison de Saxe. l'Emp. est d'accord avec cette idee que je vous donne tout crut mais il me paroit pourtant qu'il seroit bien aise que l'Entrevue aye lieu peut etre je me trompe comme en bien d'autres occasions.

VII. Kaiserliche Resolution vom 19. Juli 1770.

Durch die eingesehenen älteren Urkunden wird die von dem Oberstlieutenant Seeger vor einiger Zeit gemachte Angabe von dem vormaligen Bestand der Grenzen zwischen dem zur Krone Hungarn gehörigen Zipser Distrikt, und Pohlen, allerdings bestättigt, wesshalben mich bewogen gefunden, wegen Auszeichnung sothaner Grenzen und Vorrückung der ausgesetzten Adler an den Hofkriegsrath den nebenfindigen Auftrag zu erlassen, den Ich dem Fürsten zu dessen Einsicht und Wissenschaft hiemit in Abschrift mittheile.

Maria Theresia.

VIII. Maria Theresia an Kaunitz.[1])

19. Januar 1771.

Je comuniqueroit demain a l'Empereur votre note car c'est de sa part que je vous ais envoyé ce papier. vous serois mecontente de

[1]) Vergl. die Resolution Maria Theresia's vom 19. Januar 1771 bei Arneth I S. 325.

moy j'ai adoptée l'idee de l'Empereur: a ne point faire la guerre aux Russes et en entrant dans ces 13 points de dispositions. mais j'ai rejetté absoluments le raisonnement politique auquel je me preterois jamais et c'est la que j'atens tout de votre secours que vous voudrois proposer comme on parlera au roy et aux turcs, vous verrois mon papier car j'ai couchée quelque chose par crit et pour pouvoir dire la verité je le fairois copier par pichler et vous l'enverrois quand j'aurois remise l'original a l'Emp. cela n'at pas reuissit mon coeur etoit trop opprimée ma tete grise n'est plus pour gouverner je sens ma decadence mais je feindrois bon tant qu'il n'y aura guerre et que vous me soutenez. Je suis toujours d'opinion de parler claire au Roy et Turcs et de ne les induire a rien ni les flater ni les menacer et se tenir ensemble en force nous ne pourront demander de l'argent mais il faudroit se borner a une somme de 2 ou 3 millions à la place de 15 M., voilà la copie que vous rctiendrois tout est remis. vous ne ferois semblant de rien.

M.

IX. Kurtze Erinnerungen über die Expeditions-Aufsätze an Swieten und Thugut.

An Swieten

wäre meines Erachtens nur in terminis generalibus zu sagen, dasz wir einige Anstalten treffen würden, um in alle Fälle bereit zu seyn ohne in deren enumeration einzugehen; noch weniger wollte ihm, um es dem König zu melden, Vertrauen, dasz sie mehrer in Geschrey als in der That bestehen würden, und dasz unsere Absicht nur seye in Ruszland einige Beysorge zu erwecken; Von diesen wäre, meines Ermessens, nichts zu melden, jedoch halte mich überzeugt, dasz Swieten aufzutragen wäre, den König oder Finkenstein zu befragen, was wir auf ihn, und auf seine ruhige Zusehung bauen könnten, wenn die Sachen gar zu weit kommeten, und wir mit Gewalt in das Spiel kommeten.

An Thugut

wollte die Anstallten auch nur obenhin berühren, und nur die Versicherung beyfügen, dasz wir ehender das äusserste wagen würden, als das Türkische Reich seinem gänzlichen Untergang auszusetzen, noch weniger selben zu gestatten; ich setzete noch hinzu den schlechten

Umstand der Russischen Flotten, und thäte so viel möglich denen Türken Muth zu Fortsetzung des Kriegs machen.

Die Declaration, dasz wir alles thun wollten Vor die Pforten, wozu sie den König in Preussen bringen würde, könnte meines Ermessens ohne Bedenken zu mehrerer Bekräftigung schriftlich gegeben werden.

Wegen denen möglichen Subsidien in Geld ob jemals von der Pforte einige zu erhalten wären, wenn man vor sie werkthätig sich einliesse, könnte meines Erachtens Thugut in einer seiner Unterredungen mit dem Reis Effendi schicklich und discoursweise anbringen, um sich von der Möglichkeit oder Ohnmöglichkeit derselben einen Vorgeschmack machen zu können.

Also würde meines Erachtens alles erschöpfet seyn, was in diesen sehr wohl ausgearbeiteten Instructionen ich noch zu erinnern befunden, und zugleich auf alle zukünftige Fälle sowohl einige Nachricht wegen der Neutralität des Königs in Preussen als wegen denen anzuhoffenden Subsidien von Türken eingehohlet ohne welchen beyden wir keine kräftigere Entschliessung zu fassen im Stande seyn.

Von denen innerlichen Anstalten ist nichts berührt, welche ohne mindesten Zeit-Verlust zu resolviren und Vorzunehmen seyn; ich bleibe bey denen Vorgeschlagenen.

Den 24. Jänner 1771.

Joseph.

X. Kaunitz an Maria Theresia.

Par la lettre du baron de Swieten trés humblement cijointe, qui vient de m'etre rendue par la poste ordinaire et que je suppose avoir eté envoyée à Prague par un exprés, Votre Majesté observera, que le Roi de Prusse, et par consequent la Russie dont il est l'organe, ont bien baissé de ton. Et on peut moyennant cela lui pardonner, d'avoir la foiblesse de se persuader ou de croire au moins qu'il nous persuadera, que c'est à son eloquence que l'on est redevable du desistement de la Russie de ses pretensions sur la Moldavie et Valachie et la Crimée, tandisque ce n'est que la conduite consequente et le langage constamment honnêt mais toujours ferme et invariable de Votre Majesté vis à vis de lui et de la Russie, qui ont uniquement produit cet effet. Le baron de Swieten raisonne d'ailleurs avec sagacité et en homme d'esprit sur l'etat des choses; et à moins que mes dernieres ouvertures vis à vis du prince Gallitzin n'engagent la Russie, comme il pouroit fort bien arriver si elle n'a pas encore pris des engagements irrevocables avec le Roi de Prusse, à s'expliquer directement avec

nous autrement qu'il ne pense, Switten pouroit fort bien avoir rencontré dans plusieurs de ses suppositions. Nous verrons dans trois ou quatre semaines d'ici; et en attendant je lui ecrirai toujours aujourd'hui par la poste d'une façon uniquement intelligible pour lui, qu'il a bien fait de n'avoir rien articulé encore au sujet de la retrocession du comté de Glatz et d'une partie de la Silesie, et que l'intention de Votre Majesté est, qu'il n'en fasse aucune mention quant à present et jusqu' à ce que le Roi de Prusse ne se soit expliqué le premier sur ses projets d'acquisitions en Pologne.

J'ai l'honneur de me mettre aux pieds de Votre Majesté avec la plus profonde soumission.

Kaunitz-Rittberg.

A Vienne ce 9 Novembre 1771.

XI. Projet d'une Reponse à faire en Russie sur le memoire de la Paix.

Die Denkschrift ist bei Goertz 129 abgedruckt, das Datum daselbst nicht richtig; der Entwurf ist von Friedrich eigenhändig, ein Vergleich desselben mit dem Elaborate der Minister ist nicht ohne Interesse; er lautet:

Compliment sur La Communication qu'il nous font de leur propossisions de Paix, et en meme tems marqué l'extreme embarras ou nous nous trouvons de n'en pouvoir faire aucun ussage par La Declaration que nous venons ressement de ressevoir de Constantinople et que Nous leur Comunions, en second Lieu par raport à la Cour de Wiene a la quelle nous ne saurions Communiquér ces propossissions persuadez De l'Impossibilité de Les Engagér a y concourir, persuadez meme, que ce seroit un Raisson suffisante pour eux pour Leur Mettre les Armes à la main contre Les Russes.

que je pregois au russes de Conssiderer Les suites que Ces propositions pouroient avoir à Constantinople meme, et si elle ne parvient pas Determinér le Grand Seigneur a se jettér entre Les brads de la Cour de Wienne Luy abondonner Belgrade pour achetér par La sa protection contre La Russie que pourmoy il me pouvoit Conssiderer Comme très Impartial dans Cette Negotiation d'autant plus qu'il m'importait en rien a qui apartiendroit La Crimée, La Valachie et L'Archipelle, mais que La Cour de Vienne Voisine de Ses Etats ne pouvait pas regarder Les possesseurs de Ces Etats avec la meme Indiference et que Celui m'obligoit a Leur repressenter avec Les plus

Grande franchise L'importence de quelques unes Des propossitions qu'il fessoient pour La paix, que Quant à La Cour de Viene je me souvenois quelle avait declarée qu'elle Vouloit Le maintien de la Ballance dans L'orian, et Vansuiten que j'ai soudé d'une fasson Vague sur Ces chosses, m'a dit quil se trouvoient très bien d'avoir un Voisin aussi faible que Le Turc en hongrie, et qu'il ne seroit pas d'humeur a Vouloir en Changer. Coment dont Leur propossér Les Articles Conssernant La Valachie et La Moldavie? j'ause aussurér qu'il feroient plustot La Guerre que de Conssentir à un Changement de Domination, l'Ile De l'Archipelle trouvera en Eux les memes ostacles, e j'osse presque assurer que quelques offres que La Russie Leur face elle ne parviendra jamais a Les faire entrer dans ses Dessins, pour ce qui regarde Les Tarttares je crois que l'Article rencontrera de meme des Grandes Dificultéz, et que Dans La Situation actuelle des Chosses je ne puis les flatér d'obtenir autre chose qu' Assof, Leur Commerce de la Mér Noire, et le paix qu'ils reclament de Ce Coté la, que je Leur parle vrai et sincerement sur tout Ces articles et qu'ainsi j'attans d'eux ou des propossitions que je puisse faire reusir, ou bien que pour ne point me metter d'une affaire dont je ne voie pas d'issue je renoncerois plustot à une Negotiation qui Manquerois Surement et dont je n'aurois point d'honneur. enssuit il faut Leur Amieller La pillulle et Leur Dire toute sorte de chosses obligeantes.

XII. Erster Entwurf des preussisch-russischen Vertrages.[1]

§. 1.

Sa Maj. Imp. de toutes les Russies et sa Maj. le Roi de Prusse, s'engagent de la maniere la plus expresse à se seconder mutuellement dans les desseins qu'elles ont fondé de se prévaloir des circonstances présentes, pour revendiquer les districts de la Pologne, sur lesquelles elles ont d'anciens droits, aussi bien que de se procurer par quelquesunes des possessions de la Rep. un équivalent aux droits, pretentions et demandes qu'elles ont à sa charge. Dans cette vue et en conséquence du Concert pris pour cet effet, Sa Maj. Imp. de Russie se mettra en possession dans le temps et de la manière convenue par l'article suivant du reste de la Livonie polonaise etc. Et sa Maj. le Roi de Prusse se mettra egalement en possesion de toute la Pomerellie, du district de le grande Pologne en deça de la Netze en longeant cette rivière depuis Drisen jusque vers Bydgoscz et Fordon sur la Vistuele, de sorte que

---

[1]) Geheimes Staatsarchiv zu Berlin.

la Netze fasse la frontière des deux etats et que cette rivière lui appartienne en entier, et enfin des Palatinats de Marienbourg et de Culm comme d'un equivalent pour la Ville d'Elbing et plusieures autres districts limitrophes de la Silesie qu'Elle pourroit reclamer avec justice, Sa Majesté se desistant en meme temps de toutes pretentions sur la ville de Dantzig et sur son territoire.

§. 2.

Gleichlautend mit §. 3 bei Smitt p. 78.

§. 3.

Quoique Leurs Majestés soient convenue de garder encore un profond secret pour les arrangements qu'elles viennent de prendre, cela n'empêchera cependant pas qu'elles n'en faisant part conjointement et lorsqu'il en sera temps à la Cour de Vienne et qu'elles ne lui offront meme de faire sa convenance, en la faissant entrer dans ce plan de partage, bien entendu cependant qu'il n'en aura plus moins son effet, dans le cas même ou cette Cour contre toute attente ne voudroit pas y donner les mains.

§. 4.

Gleichlautend mit Art. 4 bei Smitt.

§. 5.

Gleichlautend mit Art. 5 bei Smitt.

XIII. Resolution der Kaiserin.

Wien, den 5. Februar 1771.

Lieber Fürst Kaunitz, nach reifer Ueberlegung der Mir von ihm schon öfters übergebenen politischen Staatsbetrachtungen, und auch schon von Mir gutgeheissenen und abgelaufenen verschiedenen expeditionen habe Ich mich endlich fest entschlossen, nicht mit der bisherigen Gleichgültigkeit die Russischen Progressen anzusehen, sondern von nun an alle Mittel zu ergreifen, selben Abbruch, und Einhalt zu thun, ja auch den von Gott Mir gegebenen Gewalt der Waffen selbst zugebrauchen, so bald als Zeit und Umstände Mir es nöthiger, und räthlicher darstellen werden. Er wird also nach dieser meiner Ihm hier mittheilenden wahren und unabänderlichen Entschliessung alle seine politischen Handlungen bey fremden Höfen, und hier dergestalten einrichten, damit solche den Russen zum Abbruch und zu

einem billigen Aufsehen gereichen, der Pforte aber zur Aufmunterung dienen, und selbe zu solchen Massnehmungen vermögen könnten, welche den Krieg ohne zu besorgenden grössere Unglücksfällen nur in die Länge hinauszuziehen fähig seyn, als zu welchem Ende Wir durch die Versammlung einer Armee an der Donau den Russen Besorgniss verursachen, ja die Uebersetzung dieses Flusses und die Vorrückung gegen das Herz der Türkischen Länder ihnen schier unmöglich machen, den Türken hingegen dadurch einen sehr grossen und erspriesslichen Dienst leisten, zugleich auch ihnen Luft machen werden, ihre Truppen sowohl zu harcelirung der Armee in der Wallachey als auch längst der See-Küsten zu Soutenirung Oczakow und der Crimée zu gebrauchen. Ich trage dahero meinem Kriegspraesidenten auf alle seine Anstalten zu treffen, und mir vorzulegen, dass eine Armee von 60m Combattants noch in dem heurigen Sommer also in Hungarn verleget werde, damit deren Zusammenziehung in einer Zeit von 4 bis 6 Wochen an die Türkische Gränze und an der Donau möglich sey, da Ich nach meinem festgesetzten Entschluss keinen offensif Krieg durch Siebenbürgen gegen die Russischen Armeen zu führen räthlich finde, und also nie anderst als an der Donau, bey sich erreignenden nuzbaren, und nothwendigen Gelegenheiten zu agiren gedenke, wozu Mir die Russ. Unternehmungen und Vorrückungen oder andere mögliche Fälle eine leichtere Gelegenheit verschaffen werden. Dazu sind also folgende Maassnehmungen zu ergreifen: 1° ist durch die hiesige Hauptproviantirungs Commission an das Hungar. filial Amt zu befehlen, dass es alsogleich in allen Comitaten, so von Presburg bis Semlin auf beiden Ufern der Donau liegen, die möglichst wohlfeilsten Getreide- und etwas an Habervorräthen erkaufe, und in die grösseren Oerter, so beiderseits liegen, zuführen lasse, und selbe der Obsorge der Proviant Beamten, oder der hin und wieder befindlichen Cameral-Beamten anvertrauet werden. Diese Vorräthe müssen wenigstens auf sechs Monat für das ganze zu versammelnde Corps zusammen geschaffet werden, da zumalen nach Maass der dislocation, welche Mir nächsten wird vorzulegen seyn, diese Truppen die Vorräthe schon auch vor wirklicher Operirung benöthigen, und Consumiren werden. 2° An Rimonta Pferden ist von nun an eine neue Bestellung von wenigstens 3000 den Jahren nach schon brauchbaren Pferden zu machen, und solche nach Möglichkeit also zu beschleinigen, dass sie noch alle diesen Sommer gewiss an Ort und Stelle sich befinden. 3° An Herbeyschaffung mehrers Gewehrs, da unsere Fabriquen nicht klecken können, sind auch aus der Fremde, mittelst Anstossung der vortheilhaftesten Contracten, einige Bestellungen zu machen, wie auch in den Zeughäusern zu Reparirung des alten Gewehrs auch mit Anstellung mehrerer Leute, auf einige mehrere Beköstigung nicht zu sehen ist. 4° Da Ich entschlossen bin, die Anzahl der in Böhmen und Mähren verlegten

Regimenter nicht zu vermindern, wie auch die in Siebenbürgen, und an der Pohlnischen Gränze wirklich stehende Regimenter zu belassen, so ist Mir der Vorschlag herauf zu geben, wie Viel zu Herstellung dieses Corps von 60^m Combattants theils aus den Inneroesterreichischen Landen, theils von den Gränitzen, ja aus Wälsch- und Niederland, welche Ich zu Ergänzung des hiesigen Abgangs von Truppen zu entblössen kein Bedenken habe, herauszuziehen sey, wornach ohne Zeitverlust die Befehle an die Corps zu erlassen sind, und die Anstalten bey nächster guten Früh-Jahreszeit zu deren Herausmarsch zu erfolgen haben. Nur mit dieser Erinnerung, dass Ich die Wahl dem Prinzen und die Hungarischen Regimenter vorzüglich vor den Nationalen an Mich hierherziehen will. 5° Wegen den zu Bewirkung alles dieses neu ausfallenden Unkosten ist sich extraordinaire an meinen Kammer-Praesidenten zu wenden, welcher schon mit den benöthigten Fonds, und Befehlen nach Maass der erspriesslichen Nothdürften das erfoderliche vorzustrecken versehen ist, wegen noch weitern, und mehrern innerlichen Anstalten sowohl was eine Recroutirung in Hungarn sowie in den deutschen Erblanden, als auch die Herbeyschaffung einer Anzahl Schiffe, und Fällung des Holzes dazu betrifft, werde Ich nächster Tagen nach Vermehrung meiner politischen Stellen, meine Entschliessung ertheilen. Indessen versehe Mich, dass diese Ihm hier gebende Verordnung, nach seinem bekannten und erprobten Diensteifer auf das schleinigste und doch mit möglichster Wirthschaft und Ordnung in Gemässheit meiner ihm hier eröfneten wahren Gesinnung von ihm eingeleitet werden wird; Und sind in diesen Fällen und über alles was dieses so wichtige Werk angehet, alle Anfragen und Umstände nicht nach dem gewöhnlichen Lauf mit den andern Stellen zu verhandeln sondern directe mir herauf zu geben; da Ich hierinfalls mit seinem und meines Kriegs-Praesidenten alleinigen Rath und beiderseitigen Einvernehmen zu einem so viel möglich nuzbaren und gedeihlichen Ende zu gelangen gedenke.

Maria Theresia.

XIV. Article separé et plus secret. [1]

Sa Majesté le Roi de Prusse et sa Majesté Impériale de toutes les Russies s'étant expliquées dans l'article second de la Convention secrète, conclue et signée aujourd'hui, que le plan de partage arrêté entre Elles n'en aura pas moins son effet dans le cas même où la cour de Vienne contre toute attente n'y voudroit pas donner les

[1]) Smitt gibt II S. 79 nur einen Auszug. Geh. Staatsarchiv Berlin.

mains, Leurs dites Majestés sont convenües d'arrêter plus spécialement les mesures à prendre par Elles relativement à toutes dispositions possibles, où la Cour de Vienne pourra être, à l'egard de l'un ou de l'autre des deux Alliés. Leurs dites Majestés ne pouvant donc se dissimuler l'envie avec laquelle cette Cour voit l'Alliance et l'intimité des deux Monarchies, et le ressentiment, que deja même, Elle en temoigne à la Cour de Russie, par la partialité avec laquelle Elle veut s'immiscer dans sa pacification avec la Porte, et la reponse peu eloignée du ton de menace, qu'Elle a fait faire à un Exposé confidentiel des conditions auxquelles Sa Majesté Imperiale de toutes les Russies consentiroit a conclure la paix: Considerant en même tems, que les dispositions militaires de cette Cour et la location de Ses trouppes correspondent visiblement à ce ton et ces demarches, qui devoilent Ses sentimens équivoques pour la Cour Imperiale de Russie: Leurs dites Majestés s'engagent mutuellement l'une vis à vis de l'autre, savoir: si la Cour de Vienne fait approcher un corps de Ses trouppes de la Pologne ou des provinces Turques conquises par les armes de Sa Majesté l'Imperatrice de toutes les Russies et que les deux Alliés ayent de justes soubçons, qu'un tel mouvement a pour objet de commencer des hostilités contre les trouppes de Sa Majesté Impériale de toutes les Russies, alors Sa Majesté le Roi de Prusse et Sa Majesté Imperiale déclareront commun à la Cour de Vienne, que toutes hostilité de Sa part contre les trouppes de Russie sera regardée par Sa Majesté le Roi de Prusse comme une aggrèssion personnellement à lui faite et qu'aussitôt il prendra fait et cause pour Sa Majesté Imperiale de toutes les Russies. Mais si au mepris de cette declaration la cour de Vienne fait entrer Ses trouppes en Pologne, ou dans les provinces conquises par les armes de Sa Majesté Imperiale pour commettre des hostilités contre les trouppes de Russie alors Sa Majesté le Roi de Prusse s'engage[1]) par la présente convention secrète qu'aussitôt que la requisition lui en sera faites Il enverra[2]) au secours de Sa Majesté

---

[1]) In dem russischen Entwurfe folgt hier: „conformement a l'article VI et VII de la Conventions ecrete du 31 Mai", während die Worte „par la presente convention" fehlen.

[2]) In dem russischen Projecte heisst es: il enverra la ou il sera besoin au secours de S. M. I. un corps de vingt mille de Ces trouppes selon l'exigence de cas contre les forces Autrichiens. Et si un tel nombre de 20 m. hommes n'etoient pas suffisant, S. M. le Roi de Prusse s'engage conformement à l'article II de la convention secrete de 23 Avril 1767 de se declarer ouvertement et d'agir avec toutes ses forces, et par une puissante diversion dans les Etats de l'Imperatrice-Reine. Sodann folgt: Pareillement S. M. Imp. de toutes les Russies promet et s'engage, que si par une suite des affaires actuelles de Pologne ou de Turquie, ou en haine de la convention conclue aujord'hui entre les deux alliés la Cour de Vienne attaque S. M. le Roi de

Imperiale un corps de vingt mille hommes de Ses trouppes en Pologne pour être employé par Elle, conjointement avec les trouppes qu'Elle tiendra également en Pologne, au nombre de cinquante mille hommes à repousser toute attaque de la part des Autrichiens dans ce Royaume et à faire sélon l'exigence du cas une diversion en Hongrie par le chemin dont les deux puissances conviendront, bien entendu cependant, que le susdit corps de vingt mille hommes, ne pourra pas être employé hors de la Pologne et de la Hongrie. Mais dans le cas ou ce corps auxiliaire ne seroit pas suffisant pour répousser la dite attaque, Sa Majesté le Roi de Prusse s'engage conformément à la déclaration à faire à la Cour de Vienne, sélon le dispositif du présent article, de Se declarer ouvertement et d'agir avec toutes ses forces, et par une puissante diversion dans les Etats de l'Imperatrice Reine, à condition cependant, que le Secours en argent, que Sa Majesté le Roi de Prusse a fourni jusqu'ici à Sa Majesté Imperiale de toutes les Russies cessera entièrement dès que le corps auxiliaire de vingt mille hommes aura joint l'Armée Russe et que Sa dite Majesté pourra également faire revenir ce corps de vingt mille hommes lorsqu'Elle se trouvera en guerre ouverte avec les Autrichiens, et que la plus-grande partie de Leurs forces se tournera contre Elle, ou contre Ses Etats, à moins que ces Auxiliaires ne fussent alors en pleine opération, contre les forces Autrichiennes. Pareillement Sa Majesté Imperiale de toutes les Russies promet et s'engage que si par une suite des affaires actuelles de Pologne ou de Turquie ou en haine de la Convention conclüe aujourd'-hui, entre les-deux Alliés, la Cour de Vienne attaque Sa Majesté le Roi de Prusse dans ses Etats, dans ce cas Sa dite Majesté l'Imperatrice de toutes les Russies, enverra d'abord un corps de six mille hommes d'Infanterie, et de quatre mille Cosaques, pour joindre l'armée de Sa Majesté le Roi de Prusse, et doublera même ce secours aussitôt que ses propres affaires pourront le permettre, promettant en même tems de conserver Son armée en Pologne dans un état de force capable de tenir en respect les Confédérés, et a prendre les positions les plus propres à en imposer aux-Autrichiens, ou à favoriser une diversion en Hongrie, et si — dans ces Entrefaites, Elle fait sa paix avec les Turcs, alors outre le dit secours de vingt mille hommes Sa Majesté Impériale de toutes les Russies assistera Sa Majesté le Roi de Prusse de toutes ses forces et nommement par la diversion projettée avec

---

Prusse dans ce cas, aussitot que Sa M. l'Imp. de toutes les Russies sera debarassée de Sa guerre avec la Turquie, non seulement elle assistera S. M. le Roi de Prusse par conformité de l'article III et IV de leurs alliance, mais encore avec toutes les forces aussi longtems qu'il en sera besoin pour forcer la Cour de Vienne a une paix juste et raisonnable.

une armée de cinquante mille hommes en Hongrie, laquelle-diversion Elle soutiendra aussi longtems qu'il en sera besoin — pour forcer la Cour de Vienne à une paix juste et raisonnable et même à un dedommagement tel que Sa Majesté Prussienne seroit en droit le demander dans le cas d'une guerre avec la maison d'Autriche.

Les deux hautes parties contractantes s'engagent au reste à convenir ulterieurement par une Convention expresse des arrangemens a prendre pour l'Entretien du corps auxiliaire qu'Elles s'enverront reciproquement.

Le présent Article separé et plus sécrèt aura la même force et valeur, que s'il etoit inserré môt pour môt dans la convention secrète conclüe ce même jour entre les deux Cours et sera ratifié dans le même tems. — En foi de quoi les Ministres plenipotentiaires respectifs, l'ont signé de leur propre main, et y ont opposé le cachet de leurs armes. — Fait à St. Petersbourg le quatrième du mois de Janvier, mille sept cent soixante douze. —

Victor Frederic
Comte de Solms

C. Panin
Pr. Alexander Galitzin.

XV. Depesche von Rhode. [1])

7. Sept. 1771.

Je fus avant hier au soir a Laxembourg pour faire ma Cour à S. M. l'Imp. Reine. S. M. me parla longtems, et avec beaucoup de force sur la situation embarassante ou elle se trouvait, à cause des grands progrès que les Russes continuoient à faire. Elle croyoit que cela devoit donner à penser à V. M. qui aussi bien qu'elle meme, qu'il n'y avait pas moyen de commencer les negociations de paix, par les conditions que la Russie demandoit, c'est a dire par l'uti possidetis. Elle m'a dit a ce sujet qu'elle ne voyoit pas comment on pourroit eviter la guerre, si la Russie ne se relachoit pas sur ses demandes, et si V. M. ne voulait trouver bon de parler haut. Mais après lui avoir fait sentir que V. M. n'etoit pas en droit de faire cela vis à vis d'un Allié comme la Russie et qu'il falloit entrer en negociation sans perdre plus de tems, l'Imp. Reine ajoute enfin que V. M. s'en reposât sur elle, pour faire entendre raison à la Russie pourvû qu'elle vouloit faire parler avec force à la Porte pour la faire consentir à l'ouverture d'un Congrès sur les demandes de la Russie ce qu'elle meme n'oseroit entreprendre, sachant que l'on ne l'ecouteroit pas, qu'elle pouvoit

---

[1]) Geh. Staatsarchiv Berlin.

assurer V. M. que son intention n'etoit nullement de diminuer par là son credit à la Porte, qu'elle voulait uniquement trouver un moyen de sortir d'affaires sans recourir aux armes, qu'elle avoit eu beau precher à ces gens là qui etoient encore hauts et fiers comme s'ils n'avoient pas été battus, et que le sultan meme avoit repondu qu'il n'etoit pas le maitre de ceder une seule province qu'il y alloit de sa tete, et qu'une furieuse emeute etoit ce qu'il avoit le moins à craindre alors. L'Imp. R. repete plusieurs fois que la situation presente des affaires l'embarassoit extrémement et qu'elle desiroit de tout son coeur d'en sortir sans guerre; qu'elle se portoit volontiers à tous les expediens raisonnables qu'on pourroit trouver, ou proposer, que si cependant le malheur vouloit, qu'elle fût forcée d'entrer en guerre elle ne prendroit son partie qu'apres avoir conféré avec V. M. qu'elle croyoit que ses liaisons avec la Russie ne l'obligeoient pas a prendre feu a cause d'une guerre qui lui seroit particulière avec la Russie, et qui n'avoit rien de commun avec la Pol.; qu'elle ne s'en meleroit pas du tout, sachant fort bien les engagemens que V. M. avoit avec la Russie concernant les affaires de Pol. Enfin l'Imp. R. ayant consenti et meme desiré que j'informasse V. M. sa façon de penser et particulierement de ce qu'elle souhaite que V. M. s'employe auprès de la Porte pour acheminer l'ouverture du Congrès, j'ai crû devoir m'en acquitter sans differer. Elle ajouta encore dans cette occasion qu'elle n'empecheroit pas les Russes, de faire les maitres en Crimée d'ou on n'etoit pas à portée de les chasser, mais qu'il n'en etoit pas de meme de la Wallachie et de la Moldavie ou elle ne pouroit pas permettre qu'on y innovait quelque chose.

XVI. Rapport du Pr. Kaunitz à l'Imperatrice.

La depeche tres humblement ci-jointe est arrivée cette nuit par un Exprès, depeché de Prague sur la demande positive que le Baron de Swieten en a faite au Bureau des Postes de la dite Ville. Votre Maj. y verra, que le Baron de Rohd Lui attribue des propos incroyables, diametralement opposés a tous les principes par Elle meme etablis et suivis jusqu'ici, directement contraires au langage, que jusqu'a present ont tenu par ses Ordres ses Ministres à Petersbourg, à Berlin et à la Porte, qui contredisent absolument tout ce qui a été dit, tout ce qui a été ecrit et tout ce qui a été fait jusqu'a présent, qui detruisent en un moment l'ouvrage de trois ans, qui soit à Berlin, soit à Petersbourg, soit à Constantinople ne peuvent produire que les effets les plus facheux, et aussi contraires à la gloire de Votre Majesté qu'à l'interêt essentiel de sa Monarchie, en un mot, de nature à detruire

de fond en comble toutes les esperances tres fondées, que l'on s'etoit soigneusement menagé jusqu'ici, de faire sortir votre Maj. de l'embarras de la guerre que s'est allumée entre la Russie et la Porte, non seulement avec sa gloire et sa sureté avenir, mais meme sans aucun risque ni danger avec quelques avantages réels pour la Monarchie. Votre Maj. imaginera sans peine, quelle doit avoir été, moyennant cela, ma Consternation à la lecture de cette depéche, et je ne sauroit lui cacher, que si je n'entrevoyait quelque remede dans la persuasion ou je crois devoir etre, qu'il est impossible que M. de Rohd àit bien entendu, je perdrois courage pour la première fois de ma vie.

Je me mets tres humblement aux pieds de V.' Maj.

a Vienne ce 23 Sept. 1771.

K. Rittberg.

Die Kaiserin schrieb am Rande:

J'ai recu en meme tems cet intercepte qui est a peu près la meme chose que la relation de Van Swite, j'etoit frappée en lisant cette note de votre decouragement et que c'est moi qui en devoit etre la cause. Vous vous souviendrois ce que je vous ai dite a cette conversation et vous chercherois l'intercepte ou j'y ais mîse tant des corrections je m'en souviens plus mais vous me le r'enverroit avec celui que je joint ici demain a 8 heure du matin en ville pour le montrer a l'Empereur avec la relation que je garde je n'aie jamais acquiescé a la cession de la crimée c'est lui qui m'a repetée a plusieurs reprises en ajoutant qui la reprendra a la Russie en convenant de cette difficulté j'ai ajoutée que les autres demandes etoit de façon a ne point se relacher non plus sur rien que de cete facon nous ne pourrions nous charger seulement de proposer un congrès sur l'uti possidetis et que je crains a voir allumer une guerre plus cruelle que tout ceux que j'ai eut a souffrir qu'il ne convient pas meme au rois de voir la russie si puissant que lui seul pouvoit la rendre plus raisonnable c'est alors ou rode m'at repondut que le roi y avoit a menager la Russie mais que nous pourions lui parler plus fort c'est sur cela que j'aie repondue que nous nous preterions volontiers si le roy parle de meme plus fort a la porte pour amener les choses a une meilleure fins. Il me paroit si jusqu'a le roy n'at point pris de resolutions fixe et je ne trouve tant de finesse comme Van Suite dans ces assurances. Je dois seulement vous marquer que nous ne sommes pas en etat de faire la guerre ni meme des demonstrations le manque de la recolte les maladies le manque d'argent sont des empechements reel au quel on ne peut contredire qu'ainsi nous devons serieusement penser a sortir de tout cela le moins mal que possible les turcs et cette convention

m'embarassent plus que tout le reste, et ce n'est qu'en vous que je met toute ma confiance de m'en tirer et de sauver de la ruine total cette monarchie qui nous at tant couté des saings et peines

M. Th.

XVII. Anmerkungen Ihrer Majestät der Kaiserin Königin die Theilung Polens betreffend.

22. Jänner 1772.

Die zwei ersten Vorschläge fallen ganz ab.

Der dritte ist ohnmöglich seit unserer Convention mit den Türken.

Der vierte wäre der erwünschlichste, und sodann der fünfte allein von beeden nichts zu hoffen.

Den sechsten sehe nicht als nuzlich, und den siebenten als unbillig an.

Alles lieget darann, dass man mit billigkeit aus dieser so verwickleten Sache herauskomme; es wäre schon ein grosser Nuzen, auch ohne reellen Vortheilen das ende hievon zu machen.

Jeder tag ist important, sonsten wird alles zu unserem schaden, und schande geschlossen werden, und die drei Mächte Russland, Preussen, und die Pforte noch zu unserem Nachtheil mit einander sich gegen uns verbinden, welches unsere Vorrückung in Pohlen unfehlbar nach sich ziehen würde, und wir auf eine, gar nicht honorable art heraus gejaget werden dörften, wann wir nicht eher wenigstens mit Preussen verstanden wären. Gott bewahre uns, den krieg länger zu trainiren, und die Türcken hiezu zu animiren, so nicht geheim bleiben könnte, und uns anheischig machen müsste, ihnen nach der unglücklichen geld-abnahme die hilfe zu leisten; wo bliebe sonsten treue, und glauben, worann doch alles lieget.

Der grösste Fehler aber ist, dass nach Meinem begrif die Sache in einem ganz falschen Supposito angesehen werde, nehmlich als ob von uns Krieg, oder Frieden zu machen abhange.

Ich schickte sogleich einen Courier nach Constantinople, um den Türken das Armistice, und sogar den Frieden anzurathen; ich sehete mit dem Zegelin wiederum aufrichtig zu werck zu gehen, und in dem Nehmlichen augenblick schickete einen anderen Courier durch Berlin nach Petersburg, und redete in beeden Orten klar, dass den Frieden wünsche, und alles hierzu anwenden werde; wann aber Russland, oder Preussen einige vortheile in Pohlen behaubten wolten, könte Ich es gleichgültig nicht ansehen, worüber eine klahre Sprache verlangte, dann in diesem Fall könnte nicht allein leer ausgehen, je-

doch Convenierete mir nichts auf unkosten von Pohlen, oder der Pforten; der König von Preussen Müste uns also entschädigen, oder mit dem gläzischen, oder mit jenen fränkischen oder auch clevischen Ländern, dann den Türcken gedächte nicht etwas zu entnehmen; Ich machete auch gar kein geheimnus von unserer mit der Pforten eingegangenen verbindlichkeit.

Durch diese klahre, und aufrichtige aufführung glaube, und finde Ich allein, dass wir noch mit Ehre, und vielleicht noch mit einigen Nuzen, oder doch geringeren Nachtheil für das gleichgewicht aus der Sache kommen könnten. Denen Türken rathete Ich in ansehen ihrer so grossen schwäche den frieden vorzüglich, wolte auch Sie von bezahlung deren Stipulirten Millionen loslassen, wann ihnen hievor die abtrettung von Belgrad proponiret werden könte. In gegenwärtigen Umständen ist nicht die frage von Mehr oder weniger haben, wohl aber, wie man mit geringsten schaden aus der Sache kommen könne. Dieses aber Mus ohne Zeit-verlust geschehen.

XVIII. Gradationsvorschläge.

(In dem Vortrage vom 23. Januar 1772 hatte Kaunitz folgende Reihenfolge aufgestellt: Zunächst Glatz und einen proportionirten Antheil von Schlesien, was unstreitig das Erwünschteste wäre; sodann Bayreuth und Anspach, in dritter Linie stand Belgrad und ein Theil von Bosnien, endlich sollte von der Wallachei kurze Erwähnung geschehen. Kaunitz erbat sich die allerhöchsten Befehle, ob Swieten mit allen diesen Modalitäten bekannt gemacht werden sollte, ob einige beseitigt, andere substituirt werden sollen, oder endlich ob nicht zuerst die näheren Aeusserungen des Königs abzuwarten seien, ehe man mit bestimmten Anträgen hervortrete. Seiner Ansicht nach sollte das letztere geschehen, „weil es noch dermalen auf die Sicherstellung des Grundsatzes ankäme, dass die Antheilung der einverstandenen drei Mächte in ihrem Werthe gleich und proportionirt sein solle, und dass der Gefahr ausgewichen werde, von allen Seiten hintergangen und sich ausgeschlossen zu sehen“.)

Beiliegend von Josef's Hand auf einem besonderen Blatte.

Le Prince Kaunitz qui sort de chez moi, m'a dit que V. M. vouloit que je couchasse une Resolution finale et que V. M. agreoit ntierement ces minutes, le mot de placet auroit donc sufit, neamoins comme il m'a reiteré que V. M. vouloit savoir la progression que je croyois propre a doner aux diferentes propositions j'ai couché la minute de cette resolution et qu'avec moi j'ai l'honneur de mettre a ses pieds

24 Janvier 1772.

Joseph.

Hierunter von der Hand der Kaiserin:

Je ne peux faire de plus que de signer meme la resolution de l'Emp. qui suit pour la mettre au Vortrag pour ne perdre un instant.

Auf einem besondern Blatte:

Die hier unterschiedlich mir vorgelegte Aufsätze begnehmige Ich vollkommen, nur ist in des Swietens Auftrag der Vorschlag wegen Belgrad und eines Stücks von Bosnien secundo loco zu setzen, dann tertio erst der von Bayreut und Anspach und endlich quarto das dedomagement in Polen selbsten (statt den in der Wallachey so gänzlich ausblieb) folgete. Diese Meine Entschliessung wird der Fürst in dieser wichtigen Angelegenheit je ehender je besser mit seinem mir bekannten Eifer bestmöglichst bewerkstelligen.

(gez.) Maria Theresia.

XIX. Rapport à Sa Maj. l'Imp.

à Vienne ce 13 Fevrier 1772.

Sacrée Majesté

Le Projet du Lettre tres humblement ci-joint etoit dêja à la copiature lorsqu'on me remit ce matin le Billet que votre Majesté m'a fait l'honneur de m'ecrire. Il me semble, que moyennant l'Esquise du Plan que je propose, en procurant un dedommagement à la Pologne, sans rien prendre sur ce Royaume pour Elle même et pour ce que d'autres sont decidér à s'approprier, sans qu'Elle puisse l'empecher, Votre Maj. satisfait à la delicatesse la plus scrupuleuse, et qu'Elle remplit en même tems les Devoirs sacrées de son Etat de souverain, qui ne peut pas lui permettre, en conscience, d'exposer des millions d'hommes ses propres sujets et Etats à toutes les horreurs des Guerres, que le renversement d'un Equilibre de puissance convenable ne pourroit pas manquer d'occasioner par la suite des tems; Elle n'enleveroit d'ailleurs aux Turcs, moyennant ce Plan, que ce qui est deja perdû pour Eux, et qu'elle ne pourroit tenter de leur faire recuperer, tout au plus, qu'en prenant part a la guerre, ce qu'elle ne veut ni ne peut faire.

Ce peu de raisons, qui en fournissent mille autre, qui sauvent tout et pourvoient à tout, pourrait être jugé par Votre Majesté conforme à sa juste delicatesse, à sa Gloire et à son interet. Quant à moi, au moins, je ne sais rien imaginer de mieux et même d'egal, et moyennant cela, si malheureusement je n'avois pas reussi à rencontrer ses Intentions, je serois dans le cas, de devoir la suppléer de daigner me prescrire ses ordres qu'elle voudra que j'adresse à son ministre à Berlin. Avec la plus profonde sousmission.

XX. Vorschläge des Kaisers.

Le Projet en question n'est point utile à la Monarchie, il lui est même nuisible, et par conséquent injuste, infaisable, et l'on en aura à repondre si on veut l'executer; que serait cette possession qui s'étendrait le long du Danube jusqu'à son embouchure, comment defendre des frontières, ou les garder depuis la mer noire jusqu'à l'Adriatique? Qu'est-ce que la Pologne a à exiger de nous, quand nous ne lui prenons rien, est ce que nous aurons la conscience assez delicate pour vouloir la dedomager des injustices (si c'en est une) que les Russes et le Roi de Prusse commettent, en prenant quelques morceaux. Je finis en peu de mots par dire qu'il nous faut toute la Moldavie et Walachie, et que de la Bessarabie il ne peut pas même être question, veut-on rendre celle-là aux Turcs, elle ne peut pas nous convenir, ou à qui l'on voudra hors les Russes cela est égal. Nos frontières doivent être le Pruth jusqu'au Danube; et en rendant la Bessarabie et le reste de la Maldavie et Walachie au delà du Pruth aux Turcs, obtenir peut-être la cession de la Ville d'Orsowa, et de Belgrad avec un Territoire d'une lieue autour de cette dernière. Voilà mon projet que je crois seul bon pour tous les cas; pour cela faire il faudrait que les Russes fissent mine de vouloir tout garder, en nous cedant la Walachie et Moldavie, et que pour n'avoir la Bessarabie, qui pour le voisinage des Tartares ne peut pas nous convenir, nous obtenions ces deux villes, voilà à la hâte mon sentiment, j'en pourrait dire beaucoup plus, mais dans un quart d'heure l'on ne peut pas tout rassembler.

ce 14. Fevrier 1772.

Joseph Corr.

Une garantie mutuelle des possessions alors de toutes les trois Puissances entre elles, par laquelle ils s'obligeroient à s'entre-aider contre quiconque les inquiéterait à ce sujet, ferait la base la plus solide d'une pacification et de la perpetuation du repos publique.

Les conditions:

1. Toute la partie de la Moldavie, Walachie et un peu de Bulgarie, qui se trouve renfermée entre les frontières de la Transilvanie Pologne et la rivière du Pruth jusqu'au Danube en remontant ce dernier jusqu'au Banat.

2. La Possesion des deux rives du Pruth de même que de celles du Danube jusqu'à l'influant du premier.

3. La liberté de fortifier et bâtir comme on voudrait, de même que du flottage, commerce et Douanes à mettre dans tout ce terrain.

4. Le Village nommé alt-Orsowa, l'isle soidisant forteresse avec le Chateau ruiné nommé Elisabethsfort sur la rive droite du Danube.

5. La Ville et les faubourgs de Belgrad avec un terrain d'une lieue autour, telle qu'elle est sans y faire de changement.

6. Le reste de la Moldavie et Walachie joint à la Bessarabie seroit rendu aux Turcs, si ils accordent Orsowa et Belgrad; si non, cela nous retomberait quitte à le negocier ensuite aux Polonais en revange d'une partie à nous convenable en Pologne croyant pour essentiellement necessaire, que ce terrain entre la Russie et les Tartares le long du Niestre soit à quelqu'un d'impuissant, et dont aucun n'ait à craindre, mais que chacun puisse faire chez soi ce qu'il voudrait; pour cela les Polonais ou les Turcs seroient les plus convenables, notre extension vers la mer noire ne peut pas nous convenir, et les Tartares étant libres, nous géneroient furieusement, et il n'y auroit pas moyen de s'en defendre. Les Turcs pour ravoir Bender, Oczakow Kilia, Cotzin peuvent bien nous donner Belgrad et Orsowa; cet arrangement conviendrait à mon avis à tout le monde, quoique cela n'égale jamais les avantages que les autres auront, ni ceux que la Bosnie nous auroit donné; en attendant c'est une bonne planche de mise.

XXI. Der Kaiser an Kaunitz.

Ce 2. May 1772.

Mon Prince, Sa Majesté m'a ordonné, de lui coucher une resolution propre aux circonstances, j'ai minuté ce billiet pour le Conseill de guerre, Sa Majesté l'a aprouvé et il est expedié, j'ai voulu vous en envoyer la copie, et en meme temps vous proposer, si vous ne croiriés pas à propos, d'informer ici le Prince Galitzien des ordres donnés, afin qu'il en avertisse le Ministre Saldern et que celui la, fasse parvenir ses ordres, aux generaux Russes, qui comandent, dans ces environs, dans un autre papier j'avois pris la liberté de representer à S. M. que je croyois l'ennoy du Courier par Berlin à Petersbourg pas d'une urgente necessité, et que de mollir si vite, sur nos propositions pouvoit decouvrir en nous une faiblesse ou incertitude, outre que des bons et loyalls conseils du Roi de Prusse et de la Czarine je ne faisois pour notre convenience pas grand cas. Je croyois qu'une declaration que nous ne garderions rien de plus de ce que les autres, atribueroient, et de ce dont nous conviendrions à l'aise mutuellement pourroit sufire, et qu'en attendant la prise de possession d'une plus grande, ou d'une moindre partie de la Pologne que celle qui nous resteroit ne tireroit à aucune consequence et n'établiroit aucun droit; les trouppes Russes et les Prussiennes sont actuellements dans des endroits qu'ils ne comptent pas garder, notre entré et prise de possession peuvent etre separés, ces memes puissances y sont entrés avec

leurs trouppes, depuis bien du temps, ils n'ont pas articulés encore, la question de se mettre en possession, de quelque palatinat, ne pourrions nous pas entrer de meme prendre une etendue arbitraire de terrain, des positions militairement avantageuses, et commodes pour la subsistance enfin reconnaitrè bien le pays et ensuitte arranger la demarcation de nos limites, selon les avantages que le terrain, le pays et selon ce que la convenience exigera, et dont on conviendra mutuellement, est ce que les trouppes prussienes, qui s'augmentent journellement presque en grande Pologne ne pouroient pas nous servir de pretexte, et de Manifeste pour ainsi dire pour faire ces premieres demarches, est ce que l'odiosité du partage, qui vient reellement d'eux, ne pouroit pas dans les yeux du Publique leur etre adossés en declarant au Roi de Pologne et à la Republique que nous etions prest à tout faire et à nous retirer meme hors de ses pays si le Roi de Prusse et la Russie en retireroient leurs trouppes, que tant que cella n'arivera point, la necessité et notre propre sureté exigoit, que nous agissions à leur instar, voilla mille reveries creuses, que vous excuserés mon Prince, à une jeune tête qui bouillone pour le bien, vous n'en ferés autre usage que celui que votre experience, et votre discernement, dont nous faisons journellement experience vous dictera, adieu croyés moi bien sincerement rempli d'estime. Votre

Joseph.

XXII. Maria Theresia an Kaunitz.

Wien 27. Juni 1772.

Diesen wohl verfasten aufsatz begnehmige Ich, und wird nur dieses noch an unsere Ministres beyzufügen seyn: dass unsere Gränze, wenn wir ein stuck des Palatinats von Chelm und Lublin zurukliessen, von dem Einfluss der San in die Weichsel, von da in einer graden linie über fronepol und Samos, und von da über Rabieszow an den Bugfluss, und über selben an die gewöhnlichen Gränzen von Roth-Reussen, welchen Gränzen (so zugleich die Gränzen von Volhynien und Podolien machen) bis Zbaraz gefolget würde, von da mit Einbegrif des kleinen stucks von Podolien, so durch das kleine Flüssel Podorze (so bey Grudeko in den Dniester fliesset) abgeschnitten wird, gegen Trembowla herunter, und von da in einer graden Linie an den Dniester und diejenigen Gränzen von Pokutien gezogen werde, so bey Zaleczyk an den Dniester stossen.

Solte, wider besseres Vermuthen, dieses kleine stuck von Podolien zu vielen Anstand finden, so könte man es nachher fahren lassen, und sich in diesem stuck willfährig erzeigen. Solte aber Russland zu Ueberlassung der Stadt Lemberg nicht zu bewegen seyn, so

wäre in pessimum casum unseren Ministris in Berlin und Petersburg zu gestatten, dass Sie den Russischen Vorschlag lediglich mit diesen Abänderungen annehmen; nemlich: dass das Stück von dem Palatinat von Cracau samt den Saltz Bergwerken unss zufiele, was alss eine conditio sine qua non aus denen wohl angeführten ursachen, ihnen vorzustellen ist, und dass, um die Gränzen grade zu ziehen, die Schiedlinie grad von dem Bog-Fluss an, auf Horody über Warez, Huwnow nach Zulkew, und von da über Janow bis Grodik gezogen würde, samt dem Einschluss von Pokutien.

Diese meine endliche Willensmeynung wird der Fürst, nach seiner bekannten Geschiklichkeit, am besten alsogleich einzuleiten wissen, damit dieses Geschäft ehebaldmöglichst seine Endschaft erreiche.

Maria Theresia.

Beiliegend folgender Zettel des Kaisers.

ce 27. Juni 1772.

J'ose envoyer ici à votre Majeste le Plan, pour la resolution qu'elle a daigné m'ordoner de minuter au Prince Kaunitz si elle daigne l'aprouver elle peut la signer et la lui envoyer tout de suite car en verite la chose presse.

Joseph.

Von der Hand Maria Theresia's:
comme toute le referat et plan m'est venut par l'Emp. je vous le renvois ici pour l'expedier je voudrois avoir un copie du billiet allemand que j'ai signée.

XXIII. Der Kaiser an Kaunitz.

du 3. Juillet 1772.

Voici, mon Prince! fort à la hâte les articles redigés du partage, qui nous reviendroit de la Pologne. Vous voudrez bien m'en dire votre avis; Mais comme Sa Mté. doit finalement en être consultée, je crois que demain vers les 1 heures si Vous veniez à Schönbrunn, tout y pourroit être reglé. La progression est observée par les lettres, et c'est ainsi que je l'ai comprise en omettant toutes les autres progressions, que j'avais fait autrefois. Littera C. est in pessimum casum, et diffère si peu de la proposition Russe, que je ne doute pas qu'elle sera acceptée.

Adieu,

Joseph Corr.

Erste Fassung: (Gleichlautend mit dem Entwurf bei Neumann Recueil etc.)

Art. III. Sa Majesté Imple. de toutes les Russies garantit formellement et de la maniére la plus forte à LL. MM. JJ. et Rle. les Pais et les Districts de la Pologne, dont en vertu du concert commun leurs dites Majestés se mettront en possession, savoir: tous les pais designés par les limites tracées cy après. La Rive droite de la Vistule depuis la Silesie jusqu'au delà de Sendomir et du confluant de la San, de là en tirant une ligne droite sur Fronepol à Zamosk, et de là à Rubieszow, et jusques à la Rivière du Bug, et en suivant au delà de cette rivière les vraies frontières de la Russie rouge (faisant en même temps celle de Volhynie et de la Podolie), jusques dans les Environs de Zbarraz, de là en droite ligne sur le Niester le long de la petite rivière, qui coupe une petite partie de la Podolie nommée Podorze jusqu'à son Embouchure dans le Niester, et en suite les frontières accoutumés entre la Pokutie et la Moldavie.

Zweite Fassung bis: jusques à la rivière de Bug gleichlautend sodann:

et en suivant au delà de cette rivière dont on aura les deux Bords, les vraies frontières de la Russie rouge, faisantes en même temps celle de la Volhinie et de la Podolie jusques dans les environs de Zbarraz et de là en suivant les frontières accoutumêes entre la Podolie et la Russie rouge et Pokutie jusques au de là du Niester aux frontières de la Moldavie.

Dritte Fassung bis: „par les limites tracées cy-après“ gleichlautend, sodann:

La rive droite de la Vistule, depuis les frontières de la Silesie jusques à l'embouchure de la Wipperz. D'où en remontant cette rivière, en ayant les deux Bords jusqu'à une autre petite rivière, pareillement nommé Wippers, et suivant le cours de cette petite rivière jusqu'à Barczow, de cet endroit elle descendrait le long de la frontière particulière du Palatinat de Brzesc, et irait gagner la Rivière du Bug au point, où cette rivière entre dans les frontières de ce Palatinat, de là elle suivrait le cour du Bug, savoir en possedant les deux rives jusqu'à Christianopol, de là on tirerait une ligne droite sur Zulkiew, d'où en excluant seulement la ville de Lemberg, on viendrait par Bobrka remonter le grand chemin, qui va en Podolie au Bug, et remonter cette Rivière jusques vers Zborow, de là en droite ligne aux confins de la Podolie, et ensuite en inserant toute la Pokutie garder ses frontières usitées.

XXIV. Der Kaiser an Siskovics.

Lieber General Siskovics! Da die lezliche Festsetzung der Gränz-Umständen von Gallizien gegen die Republik Pohlen erforderet, dasz ehenstens eine Gränz-Charte von selben dem Baron Swieten, Unserm auszerordentlichen Gesandten in Berlin, überschikket werde, so werden Sie alsogleich per privates, in Abweesenheit des Kriegs-Praesidenten, dem Obristen Seeger, der sich wirklich meines Erachtens noch in Warschau befindet, folgenden Innhalts zuschreiben, nemlich: dasz er alsogleich eine Charte, welche nichts als unsere Gränzen, so wie sie wirklich ausgestekt sind, enthielte und in einem kleinen Format, ohne die ruckwerts liegende Oerter hineinzuziehen, verfertigen solle, dergestalten, dasz es denen Worten der ihm bekannten Convention ziemlich gleichförmig ausfiele, wannenhero das Eck gegen Dubienka etwas zuruckgebogen werden müste, und der Sbrutz als Podorze schon benamset würde. Diese Charte, so bald als sie nur fertig wäre, hätte er dem Freyherrn v. Rewiczky zu überreichen, welcher nachhero schon den Befehl haben wird, wie er selbe nach Berlin sicher abschicken solle. Seeger aber hätte eine genaue Copia von dieser Charte auch hieher an Ihnen einzuschicken, und der erstern, die nach Berlin geschickt wird, nur ein schriftlich kurzes Raisonnement beyzufügen, wie und warum diese Gränz-Aussteckung dem Wörtlich- und Buchstablichen Innhalt der Convention gemäsz seye? Gegen Ihnen aber hätte er sich annoch auszulaszen, was er für Vortheile in Ueberkommung, wenn es möglich wäre, diesen Theils des Chelmer Palatinats bis Lübommel und bis an die groszen Moräste, wenn auch Wir dagegen den Theil des Lubliner Palatinats, so Wir jetzo besitzen, bis an den San zuruckgäben, zu erwachsen einsehete, so wie auch, was er von der Wichtigkeit deren drey Enclavuren von Volhynien, welche zwar kleine Theile ausmachen, aber dennoch von unsren Adlern eingezogen worden sind, so wie auch von den zwey Stücken, so über dem Bugflusz drüben liegen, von Wollhubeck bis Dubienka hielte, und ob deren Erhaltung sehr nutzbar wäre, oder ob deren Ruckgabe nicht zu einem besonderen Schaden ausfallete? Diese enclavirte Theile und besonders die Extension bis Lübommel an die Moräste unsrer Gränze, samt der Zurukstellung des Lubliner Theils, hätte er in der Ihnen einzuschickenden Charte besonders anzumerken, und sich schriftlich darüber auszulassen, was er über deszen Vortheile hielte. Sollte er selben Austausch im Ganzen oder wenigstens zum Theil für nutzbar in allem Anbetracht halten, so hätte er selbe Charte auch mit diesen Gränzen bezeichneter, dem Baron Rewiczky, so wie die anderen zu übergeben. Sollte er aber die Zuruckstellung der Enclavuren von Volhynien des Theils, was über den Bug liegt, von Wollhubeck bis Dubienka, und dem Theil vom Lubliner Palatinat, gegen Ueberkommung des Theils

vom Chehner, bis an Lubommel, nicht für nuzbar halten, so hätte er vor Uebergebung der Charte an Baron Rewiczky sich hier anzufragen, und seine Ursachen und Zweifel anzubringen. In diesem allem ist so wohl dem Seeger als auch allerseits das genau Geheimnisz zu halten aufzutragen, und ihm auch zu gestatten, zu Beschleunigung der Arbeit, dasz er ein oder andern Officier vom General-Staab an sich ziehe, wovon der General Hadick auch zu preveniren wäre, wie dann auch dieser B.ief durch eine sichere Hand zu schreiben, und an die Staats-Canzley zur sichern Abschickung mittels eines Couriers abzugeben seyn wird.

Wien den 16. Mártij 1774.

Joseph.

XXV. Aus der Correspondenz Friedrich's mit Finkenstein. [1]

1.

31 October 1767.

Confiderez avec cela que quoique Je vive actuellement en amitié avec la Cour de Russie, il est neamoins sur que positivement mes Interets ne sont pas en toute occurence les memes que les siens. Aussi ne croyez pas, que quand elle aura reussie a son gré relativement à l'affaire des Dissidents en Pologne elle voudra s'y arretter, tout au plustot, elle voudra en suite montrer là son autorité, dans toutes les autres occasions.

2.

4. Nov. 1767.

Ma grande consideration est de plus qu'il faudra bien qu'on tolere les procedés des Russes en Pologne parce que supposé le cas qu'il fussent liés par alliance avec la Cour de Vienne nous serions obligé de souffrir egalement ces procedés.

3.

La conversation que j'ai eue hier avec le general Nugent se reduit à deux poins, savoir à la neutralité de l'Allemagne, relativement qui est prêt a eclore entre la Rusie et la Porte ottomane, et a la guerre, qui selon les apparences, s'achemine entre la France et l'Angleterre. J'ai repondu au General Nugent, que, quoique J'approuvasse parfaitement la proposition, qu'il venoit de me faire, Je ne voyoit pas bien encore, comment on arrangeroit une Negociation, et entamer la dessus. Sur quoi le general Nugent s'est ouvert à Moi, que l'Empereur l'avoit

[1]) Aus dem k. Archive zu Berlin.

charge de me dire, qu'au cas que Je l'eusse pour agreable, il se proposoit de me voir l'année prochaine à Glatz, quand J'y serois, et Je l'ai assuré, que je me prêteroit volontiers a pareille Entrevue.

Au reste, quoique, selon le Gen. Nug., on pourroit se passer tout a fait de traité de neutralité, pour pourvoir a la conservation de la tranquillité de l'Allemagne, et qu'il suffisoit d'une declaration verbale, pour arranger cette affaire. il m'a paru entrevoir par la suite de son discours, qu'on vise à entrer plus avant avec Moi. Mais J'ai pensé, qu'il pouvoit suffrir pour le présent de M'en tenir au premier pas et de voir venir le reste. Au demeurant vous observerez de ne pas donner lieu de douter au gen. Nug., que vous ayez connaissance de tout ce que dessus, et vous lui remettrez le flacon le beaume de la Mecque, qui vous parviendra a la suite de cette lettre, et l'accompagnerez d'un compliment de Ma Part, sur l'effet salutaire que Je souhaitoit qu'il fut sur sa santé. Sur quoi etc.

à Potsdam ce 16 de Nov. 1768.

(Signé) Federic.

4.

J'ai lu la reponse que vous m'avez fait, sur ce que Je vous aimandé en date de 16 de ce mois relativement a la conversation, que J'ai eue en dernier lieu avec le gen. Nugent, et vous aurez vû, que M. de Nugent ne propose pas directement un traité, mais simplement des assecurances verbales, qu'on doit se donner, sur la neutralité de l'Allemagne.

Quant aux Français Je le vois venir a pied ferme, et cette negociation ne sera pas inutile, à decouvrir tous leurs projets, et toutes les tracasseries, que Choiseul amorge dans sa tête, si nous en pouvons profiter par notre commerce à la bonne heure: si cela ne se peut pas, il n'y aura rien de plus facile, que de finir tout ce chipotage là, et pour ce qui est relatif aux Russes, ceux si s'appercevront bien par Ma conduite, que rien ne m'ecarte de leur allience, parceque J'en accomplis tous les points et que Je médite même de renouveller mon Alliance avec eux. et sur ce Je prie dieu etc.

à Potsdam ce 18 de Novembre 1768.

(signé) Federic.

5.

Eigenhändig ohne Datum präsentirt 11. Februar 1769

J'ai vû la Reponsse de Nugean qui me paroit assé singuliere on voit bien que Conis ne veut pas repondre a la Question qu'on lui a fait touchant Le Pr. Albert de Sasse, et de Crainte se Lyér les Mains par un engagement prematuré sur le Tronne de pologne, il change de propos, et Cette L'Insserccitude que je temoigne sur l'Entrevue,

sans parlér du Traité de Neutrallité pour l'Allemagne sur le quel rouloit uniquement la premiere propossition de Nugeant, je crois qu'on pouroit Luy repondre aussi „L'offre flateusse que Sa Maj. Imperialle a faite au Roy n'a jamais fait hessiter Sa Majeste, a La resevoir avec reconnaissance, et Elle sera charmé de faire La Conoissance de Sa Maj. Imp. et de Contribuer de sa part tout ce qui dependra d'Elle pour effacér ajamais toutes les Tracasseries anssienes Inimitiez qui ont regnées entre les deux Maissons". Ditte moy ce que vous penssez des cette minute? Je ne dis rien de Traité de Neutrallité pour l'Allemagne, et je me borne a parllér de l'Entrevue. toute fois il ne serait cependant pas tout affoit hors de propos que Vous fissiez finement sentir a Nugean, que Lon avoit point repondu sur l'article principal de Notre Demande a savoir, sur les pretentions du prince Charlles au Tronne de pologne. Je vous prie de vous expliquér Librement sur tout cela.

Federic.

6.

Eigenhändig auf der Rückseite eines Schreibens von Finkenstein vom 11. Februar 1769.

Ayéz la bonté de faire La reponsse Telle a Nugeant que je L'ai ecrite et d'y ajouter sil vous plait Des petites reflexions sur la partie de nos Questions auquelles Le Conte Conis n'a pas repondu. en reflechissant sur cette reponsse singuillere de la Cour de Vienne, il m'est Venû dans l'Esprit que la Mort de Marcgrave de Bareit auroit peut etre refroidi La bonne Volonté qu'elle temoignait d'abord, il ne sera pas Difficille de s'en aperssevoir, car nous aprendrons inssensseMent ce que cette cour fera envers le Margrave d'Ansbach, et quel parti elle prendra pour les Investitures.

Federic.

7.

Auf der Rückseite eines Schreibens von Finkenstein vom 16. März 1769, eigenhändig.

Je vois par ce que Vous venéz de m'ecrire que L'entrevue aura Lieu quoi que j'en aye douté, je crois que ce sera peutetre Le plus convenable qu'on le face a Glatz, je vous prie de Demandér sur cela L'avis du Gen. Nugeant, et de Luy dire qu'on se conformeroit en tout au Desirs de L'Emp. charmé de voir renaitres Les premisses D'une Union tant desiré entrer Les Deux Cours.

ce sera une pertte pour nous que cette de Mons. Nugeant, je Craind fort qu'on ne trouve pas une homme d'un ausi bon caractere pour le remplacer. adieu Mon cher

Federic.

8.

Auf der Rückseite eines Schreibens von Finkenstein vom 3. August 1769, eigenhändig.

il faut Nonseulement tirer toute Cette Negotiation au Clair mais il faut La Trainér, car je suis Curieux de savoir ce que me dira L'Empereur, notre traité avec La Russie dure encore 2 anées et demi. Si nous allions resevoir des propositions fort avantageuses de L'Empereur, il les faudroit refusér par ce que nous aurions eu l'Imprudence de nous Liéer Les mains trop Vite, aulieu que si L'Empereur ne dit rien d'Interessant il sera toujours tems de conclure notre Traité avec les Russes. Voila le fond Du Sac, et quand je Vous Verrai Dimanche, nous meterons encore quelque allicroche a ce Traité pour que j'aye Le tems d'entendre L'Empereur et de juger foncierement ce qui nous Sera Le plus avantageux

Federic.

9.

Eigenhändig.

Ende October 1170.

Je vous assure, que Je me Soucie fort peu d'être mediateur entre les Russes et les Turcs, Je n'ai point Voulû donner ordre a benois d'appuyer des ordres que j'ignore et qu'on veut premiérement faire parvenir au Prince Volconsqui, et je laisse aller cette affaire, car il est sur que si les Russes veullent garder un pied en pollogne, que la Jalousie des Autrichiens redoublera Contre Eux et que tot ou tand la Russie sera obligée d'en revenir a passifier d'une fasson conforme a leur constituion les Troubles de la Pologne, ainsi tenons nous Les bras Croiséz, nous n'avons rien a aprehender en tout ce-ci et la Haine de la Cour de Viene contre celle de Petersbourg en redoublera certainement, tant mieux pour nous.

Federic.

10.

Potsdam a 7 de Fevrier 1771.

Plus Je reflechis sur la negociation de la paix entre La Russie et La Porte; et plus J'y entrevois des difficultés. Il nous faudra bien des appuis, pour assurer la marche de notre mediation, et le plus essentiel pour nous, c'est de ne pas nous laisser éblouir, ni par la Russie ni par l'Autriche et de ne pas consentir à rien, qui put être contraire à nôtre plan de neutralité, que J'ai dessein de soutenir absolument, et à quelque prix qe ce soit. C'est une consideration, qu'il faut avoir toujours presente à notre esprit dans tous le cours de cette negociation et Je vous en préviens, comme d'un principe dont Je ne M'ecarterai jamais.

11.

Potsdam 12 März 1771 an Finkenstein.

— — — — mais Je suis pas moins charmé, de la Conformité de nos idées, sur l'occupation des starosties par les Autrichiens, et sur le dessin, que J'ai formé d'imiter Leur exemples. En effet plus J'y reflechis, et plus Je suis convaincu, qu'avant de leur faire la moindre confidance de Mes vues il faut attendre la reponse de la Russie sur cet article; et comme elle ne tardera apparemment pas, de nous parvenir, nous ne perdrons surement rien a ce petit delaï, et nous assurerons plustot notre marché, dans une affaire aussi delicate.

12.

25 März 1771.

Je vous sait beaucoup de gré, de votre promtitude, à m'adresser le précis de Mes pretentions sur la Pologne, avec l'instruction pour le Comte de Solms. Je viens de recevoir l'un et l'autre, à la suite de votre rapport d'hier et Je ne tarderai point de les expedier à ce Ministre par le Courrier, que Je suis sur le point, de lui depecher avec mes ordres immediats. Il n'y a point de mal, que vous ne lui avez rien touché encore, des Palatinats de Culm et de Marienbourg. Je lui en ai laché quelque chose, dans Mes ordres immediats, et comme d'un dernier expedient, au cas que Je ne puisse pas obtenir quelque portion des provinces, qui confinent a Mes Etats de Prusse, de Silesie, de la nouvelle Marche ou de la Pomeranie. Tout depend a present de Ma bonne fortune; et Je serai bien charmé si Je puis réunir a Mes Domaines l'une et l'autre de ces cantons. Nous verrons, comment le Comte de Solms s'y prendra, et s'il sera assés intelligent et heureux, pour choisir un bon canal, à la réussite de cette negociation importante et delicate. Il en augure asséz bien, dans sa dernière depeche, et il faut voir maintenant, s'il aura les succés, qu'il paroit se promettre.

(Signé) Federic.

13.

6. April 1771.

Je vous sais gré de compte, que vous venez de me rendre de la conversation que vous avéz euë avec le Baron de Swieten. Sa reponse préalable, sur les starosties, que sa Cour a fait occuper en Pologne par son cordon est telle, que J'avois lieu, d'attendre de sa part. Comme sa Cour a des droits sur ces differends districts, il est tout naturel, que son intention est, de les faire valoir, à la prochaine negociation de La paix; et selon toutes les apparences sa reponse formelle sur la demande, que Je lui ai faite, à la requisition de la Russie, ne sera qu'un commentaire de celle de son Ministre.

14.

(Am 15 Mai eigenh.)

J'avoue mon cher Conte qu'il n'y a guere moyen d'estre satisfait de la Reponse de Monsieur Vansuiten, j'en juge Comme vous que ces gens Craignent que Leur porssion du partage soit trop Mince, et que plustot de Voir notre avantage ils renonsseront au Leur, Voila Cependant des signes non Equivoques quils nous donnent de Leur Jalousie, et une Conduite anticatechismatique, car il est dit dans ce Catechisme Konitien que Les puissances ne s'environt pas resiproquement des petits avantages; mais qu'importe que la Cour de Wiene conssente ou ne conssente pas a cette aquisition, si nous nous attendons avec les Russes ils seront bien obligez de consentir en rechignant a des chosses qu'ils ne peuvent changer et pour Lesquelles ils ne feront pas de Guerre, sans doute qu'allors ils augmenteront leur portion et prendrons Le parti de se Taire. C'est un bonheur que Cette france soit dans L'etat d'Epuissement ou elle est actuellement, les Autrichiens privé de son assistance en seront plus traitables et plus doux, marquez moy je Vous prie si Vous en jugez autrement. Nous allons exsorcés a dieu que Vous abandonne a Vos Reflexirons

Federic.

Ne seroit il pas bon de faire Compliment a Van Sviten, et de Dire qu'il n'avoit rien a aprehendér que la Russie et moy nous ne pressipiterions pas?

15.

Eigenhändig.

praes. 15 Maj 1771.

J'ai oublyé mon cher Conte en vous Ecrivant ce Matin une Circonstance qui merite quelque attention, c'est d'insinuer a Mons. Vansviten que le projet de partager quelques district de la Pologne Vient directement de La Cour de russie et non de ma Boutique, quant ces gens Saurons cette Circonstance, ils y pensseront plus d'une foy avant que de Heurter deux puissances qui s'acordent dans leur Plan, et il me semble quil finiront par faire ce que Les Russes et nous projetons. Si quelque chose Les Arette c'est peutetre Leur chers alliéz le français qui peut-etre n' Veroient pas demembrér La pologne de bon Oeuil. Je vous souhaite Le bon soir. 7 heures et demi

Federic.

16.

13 Sept. 1771.

Je ne neglige rien de mon coté, pour prévenir, par tous les moyens imaginables une rupture entre les deux Cours Imp., et Je

tenterai même l'impossible, pour etouffer le feu d'une guerre generale, qui en seroit la malheureuse suite. Mais Je souhaite plus que Je ne saurois esperer que Mes peines soient accompagnées d'un heureux succés. Et en effet il sera tres difficile, pour ne pas dire impossible, de prévenir tous les malheurs, que les conjonctures actuelles nous mettent en perspective; et Je pense bien, comme vous, dans vôtre rapport d'hier, que la Russie ne voudra gueres apporter quelque modification à l'article de la Wallachie et de la Moldavie. Supposé cependant qu'elle cedat a la fin, à la force et à la solidité de mes arguments, La Cour de Vienne, autant que J'en presume, n'y acquiescera point, et ayant declaré une fois ne vouloir entendre à aucun demembrement de l'Empire Ottoman, La liberté des Tartares lui fournira peut-être un nouveau pretext, et il y aura toujours, à recommencer avec elle. Je souhaite que je presume mal, à cet égard, mais toutes les apparences y sont; et le meilleur parti, qui Me reste à prendre dans cette situation critique des affaires et que Je prens en effet, c'est de Me preparer à tout evenement, afin de n'être pas pris a depourvu.

(Signé) Federic.

17.

19 Sept. 1771.

— — — Au reste plus Je m'occupe de d'idée, de conjurer l'orage, qui paroit se préparer de loin, entre Les Cours de Vienne et de Petersbourg, et plus Je crains, que la destinée de la Moldavie et de la Wallachie n'y mette le plus grand ostacle; et vous verrés, que cet article seul nous coutera une peine infinie d'arranger, et que nous rencontrerons mille difficultés pour engager la Russie à renoncer a leur demembrement de l'Empire Ottoman.

18.

20 Sept. 1771.

Votre idée, de céder une partie de la Moldawie à la Pologne, est à la verité bonne. J'y ai même deja pensé une fois, et elle pourroit en effet faciliter l'affaire des acquisitions. Mais le moyen d'y faire consentir les parties interessés, et la Cour de Vienne, ayant été revoltée de la cession de cette Province en entier, voudra-t-elle agréer qu'une partie en passât, entre les mains de la Rep. de Pol.? J'ai bien d'en douter beaucoup; et le tems seul nous apprendra, comment ce cahos des differents interets des Puissances se debrouillera enfin.

(Signé) Federic.

Eigenhändig: Je crains que perssonne ne voudera cedér et que mes pennes seront perdûes.

19.

18 Oct. 1771.

Pour repondre, en peu de mots, a votre rapport politique d'hier, Je vous dirai, que le denouement de toutes ces affaires depend, à mon avis, de la tournure, que prendra notre negociation de la convention secrete avec la Russie. Si celle-ci a le succes, que Je desire, toutes les autres difficultés, qui pourroient nous venir de la part de la Cour de Vienne me paroissent sans consequences et asses facile à ecarter

(Signé) Federic.

20.

6 Dec. 1771.

Je ne m'attens point à recevoir sitôt le nouveau projet de Convention avec la Russie. Vous vous rappellerez, qu'on a voulu consulter auparavant le Cte Orlow, sur son contenu, de sorte, que l'arrangement de ce projet pourroit bien être differé jusques a son retour de Moscou. Quoiqu'il en soit, il m'importe peu, que cette convention soit signée quelques semaines plustot ou plus tard. Bien au contraire plus elle trainera en longeur et plus grand deviendra l'embarras de la Russie Peut-être même ne se prétera-t-elle a nos conditions, que lorsqu'elle sentira la necessité urgente, de nous les accorder et le besoin extreme, qu'elle a de Mon alliance. Sur ce etc.

(Signé) Federic.

21.

15 Januar 1772.

Apres avoir reflechi sur le dernier rapport de Baron Edelsheim, il me paroit, que le Prince de Kaunitz n'a nulle envie d'avancer la negociation de la Paix entre la Russie et la Porte. Il me semble plustot, qu'il a dessein, de trainer la guerre, encore en longueur, afin qu'elle enerve et affaiblisse enfin ces deux Puissances au point, de se trouver dans la necessité, de le rendre arbitre de leur accomodement et de souscrire a sa decision.

(Signé) Federic.

22.

1 Feb. 1772.

C'est bien avec un plaisir infini que J'ai lu votre rapport d'hier. Il M'ouvre la plus belle perspective tant pour le retablissement de la paix entre la Russie et la Porte, que sur la conservation de la tranquilité generale, et vous n'aurés nulle peine de vous répresenter tout la vivacité de Ma joye, d'y avoir preparé les voyes.

— — — tout ce qui m'embarasse au reste dans cette conjoncture c'est que une convention avec la Russie n'est pas encore con-

cluë et signée, et il Me tarde d'autant plus à la voir parvenue à ce point de Consistance, qu'aussi longtems qu'elle ne l'est pas, Je ne vois pas trop, que Je puisse M'arranger, avec la Cour de Vienne, sur les autres articles avec toute l'assurance et toute la fermeté necessaire pour un ouvrage de cette importance.

23.

7 Feb. 1772.

Je pense a peu pres comme vous sur les dispositions de la Cour de Vienne et sur la conduite de son premier Ministre Le Pr. d. K. Je sens combien ce dernier doit être embarassé, de voir son plan derangé et de se trouver obligé de ceder aux circonstances. Mais qu'elques puissent être les projets, qu'il roule dans sa tete, Je crois cependent entrevoir asses, qu'il n'en veut point découdre; et cette persuasion Me suffit, pour Me tranquilliser et pour bien esperer de la tournure, que nos affaires prendront. En effet pourvû que nous tenions ferme la Russie et Moi, et que Mon traité avec cette derniere soit signé il faudra bien que la Cour de Vienne s'accomode et qu'elle se contente à la fin, bon gré mal gré, de la portion qui lui sera assignée de le Pologne.

24.

1 Avril 1772.

Quoique selon la derniere depeche du Cte de Solms, le Comte Panin ait manifesté des sentiments assez analogues aux Miens, au sujet des acquisitions de la Cour de Vienne, J'ai cru cependant bien faire, d'insister de nouveau, auprés de lui, qu'on observe l'egalité la plus scrupuleuse, dans les portions a faire, et que cette Cour fasse les siennes sur la Pologne et nullement sur la Porte. J'ai instruit en meme tems, le Baron Edelsheim, de l'arrivée du Courier autrichien a Petersbourg, et que le Prince Kaunitz seroit maintenant pressé, de declarer plus positivement les intentions de sa Cour, relativement aux Provinces, qu'elle desire, pour sa part.

25.

3 Ap. 1772.

Je ne sait si vous avéz bien comprit l'idee du Cte. de Panin sur la portion à accorder à la Cour de Vienne dans le partage de la Pologne.

Voici comme le Cte. de Solms L'a rendue dans sa depeche immediate du 17 de Mars dernier:

qu'on pourroit laisser prendre à cette Cour, le long de la Vistule, Cracovie exceptée jusques vers Sendomir, et de la tirer une ligne, au travers des marais et le Palatinat de Lemberg jusques a Niester etc.

Ce ministre ne pense donc point, à assigner la Ville de Cracovie a l'Autriche et cette ancienne Capitale du Royaume de Pologne n'entreroit nullement dans nôtre demembrement.

Je pourroit tout de meme acquiesser a l'etendue, qu'on veut donner, à la portion Autrichienne jusques à la Vistule, ce fleuve ne m'interessant d'ailleurs en rien de ce coté là; mais l'observation que Vous me faites, que la Haute Silesie se trouveroit toute enclavée, dans les Etats Autrichiens, et que les salines, qui font un de principaux revenus du Roi de Pologne pourroient entre les mains de la Cour de Vienne porter un prejudice tres considerable à mon debit du sel, merite, qu'on y fasse une attention tres serieuse.

26.

21 April 1772.

Que pensez vous, des nouvelles finesses, je diroit presque fourberies, du Prince de K. dans ses reponses au Prce. de Rohan sur les affaires de Pologne? et ne vous paroissent elles point comme autant d'avertissement, d'être continuellement sur ses gardes, avec un Ministre, qui met tant de ruse et d'artifice, dans sa politique vis a vis même de l'Alliée de sa Cour.

27.

8 Mai 1772.

Quelque soit le principe de la conduite de Prince de Kaunitz dans les negociations actuelles de paix et de partage; il est cependant hors de tout doute, qu'il y met beaucoup plus de finesse et de ruse, qu'il n'en faut. Une affaire de cette nature pouroit se traiter avec bien plus de simplicité, et dans la position actuelle de la Russie Je ne sait pas trop, s'il peut se flatter de l'intimider, au point, de céder à ses caprices de présomtion et de vanité. La repouse, qu'elle fera, à ses propositions, en decidera. Elle ne tardera plus gueres, de nous pourvenir et nous servira de barometre politique, dans les progres des negociations surmentionnes.

28.

13 Juni 1772.

Je ne saurois me persuader, que le P. Kaunitz ait dessin, de se roidir jusques au point, de ne rien rabattre de ses pretentions. En attendans le meillenr parti pour nous est, d'abandoner encore pour un tems, a ces deux Cour Imp. et seules, le soin, de vider leurs differents, sans y intervenir. souvenés vous, pour vous en convaincre, que celle de Vienne a toujours fait plus la difficile, vis à vis de moi, qu'envers la Russie et qu'il y a des conjonctures en fait de Politique, on le meilleur rôle, qu'on puisse prendre est celui d'un spectateur tranquile.

29.

Eigenhändig.

22 Aug. 1772.

Dieu merci que Cete affaire est Terminée il en été bien tems ou Le Coup auroit manqué je m'etonne Comme Vous de la Communication que les Russes nous feront d'une piece qui decelle Leurs mauvaise fois, tout cela est bien mal adroit mais la Prusse Polonaise met un Emplatre sur tout cela

Federic.

30.

12 Sept. 1772.

Selon votre rapport d'hier, vous jugés comme moi du projet de la Triple Alliance que Le Comte de Panin desire de former entre moi et les deux Cours Imp. et à laquelle le Prince Kaunitz est tout disposé, à se préter. Les apprehensions du Comte de Solms a ce sujet me paroissent egalement assez bien fondées; mais vous avez raison de dire, que d'une autre coté, il sera difficile, d'empecher ou d'eviter, les liaisons, que les Deux Cours Imp. desirent de Contracter. Tant il est vrai, qu'en fait de Politique on n'est pas toujours le maitre de suivre son penchant et de faire ce qu'on veut. Souvent il faut s'accomoder aux circonstances, et c'est justement le cas, ou Je me trouve, a l'egard de cette tripple Alliance. Le parti le plus sage me paroit donc, ainsi que nous l'aurez déja remarqué, par mes ordres au Cte. de Solms de m'arranger avec les deux Cours Imp. a l'egard de cette Alliance, de façon que J'y trouve au moins en quelque manière mon compte. D'ailleurs cette negociation n'est pas encore si avancée que nous touchions au moment de sa conclusion. Elle peut encore rencontrer des difficultées, et differents accidents peuvent l'arreter et même traverser. Mais supposé même qu'elle parvienne à sa consistance, nous n'y risquerons rien, aussi longtems, que l'on n'y admet point l'Angleterre. Elle fera surement des efforts, pour y être comprise et ce que J'apprehende le plus, c'est que les deux Cours Imp. par un reste de prédilection pour cette Cour, n'aurant aucune peine de l'y recevoir. Si Celle arrive tout sera gaté, et nous manquerons surement les avantages de cette Alliance, de sorte qu' à mon avis, le meilleur seroit de convenir, par une article separé, d'une exclusion entière, de toutes les autres Puissances en general.

31.

Auf der Rückseite eines Briefes vom 21. Sept. von Finkenstein eigenhändig.

Voici un Nouvel ordre des chosses qui se pressente. Le Traité des Turc Rompû fait plaisir à la Cour de Vienne; vous verréz qu'elle

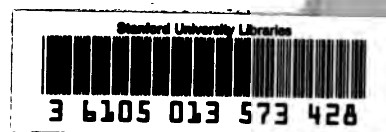
voudera en proffittér, Se faire rechercher des Russes pour exspulcér Les Turc de L'Europo, et partagée avec La Russie Les Deux Rives de Danube en hongurie, il faut savoir coment on pense a Petersbourg sur la Rupture du Congrais et q'elle messures on Voudra prendre cela nous eclercira pour toute nos Vûes a l'avenir; Le seul avantage que je retire De la Rupture des Congrais c'est qu'on ne me chicanera pas sur La Maniere dont je reglerai Les Douanes et peages tant avec Danzic qu'avec la pologne et nous y gagneront surement, il est bien bon que cette affaire soit Terminée, mais il faudra avoir l'oreille au Vent et observer attentivement tout ce qui se passe apressant, pour prevenir ce qui nous pourait etre contraire et pour proffiter de tout ce qui nous poura favorisser.

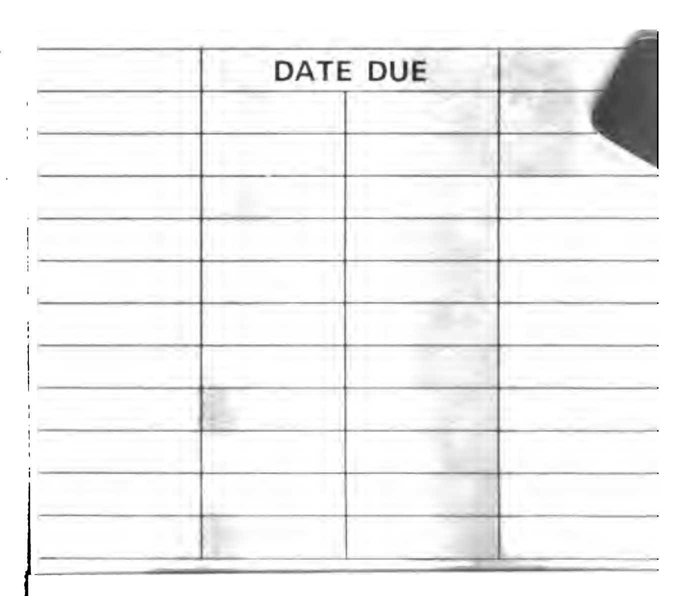
Federic.

32.

Je trouve le Cte. de Panin bien incommodé avec son alliance avec l'Angleterre Je lui ai deja fait sentir autrefois, combien l'idée seul d'une telle union me repugnoit. Que la Russie trouve son compte à la bonne heure. Mais pour moi, Je n'y entrerai surement jamais. La maniere indecente, Je dirais presque infame, dont l'Angleterre a agi envers Moi a la derniere paix, me tiendrea constamment eloigné de toute liaison avec elle.

13 Fev. 1773.





	DATE DUE		



